



Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr

---

# **Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland**

Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2007 des  
Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr

Thomas Bulmahn  
Rüdiger Fiebig  
Stefanie Greif  
Alexandra Jonas  
Wolfgang Sender  
Victoria Wieninger

**Forschungsbericht 86**

September 2008

## Impressum

Herausgeber: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr  
Verantwortlich für den Inhalt: Die Autoren der einzelnen Kapitel  
Anschrift: PF 1142, 15331 Strausberg  
Tel.: 03341 58 1826; Fax: 03341 58 1802  
E-Mail: [ThomasBulmahn@bundeswehr.org](mailto:ThomasBulmahn@bundeswehr.org)  
Internet: [www.sowi.bundeswehr.de](http://www.sowi.bundeswehr.de)

© Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr  
ISSN 0342-2569  
Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Belege erbeten.  
Druck: Wehrbereichsverwaltung Ost, Oktober 2008

Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr

# **Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland**

Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2007 des  
Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr

Thomas Bulmahn  
Rüdiger Fiebig  
Stefanie Greif  
Alexandra Jonas  
Wolfgang Sender  
Victoria Wieninger

## **Forschungsbericht 86**

Strausberg, September 2008



# Inhaltsverzeichnis

---

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	
	<i>Thomas Bulmahn</i> .....	7
1.1	Erkenntnisinteresse .....	7
1.2	Themenspektrum .....	7
1.3	Organisation und Design der Studie .....	8
<b>2</b>	<b>Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse</b>	
	<i>Rüdiger Fiebig</i> .....	11
<b>3</b>	<b>Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsempfinden</b>	
	<i>Rüdiger Fiebig</i> .....	15
3.1	Einleitung .....	15
3.2	Wahrgenommene Bedrohung der persönlichen Sicherheit .....	21
3.3	Beurteilung der persönlichen Sicherheitslage .....	26
3.4	Beurteilung der nationalen Sicherheitslage .....	30
3.5	Fazit .....	31
<b>4</b>	<b>Internationales Engagement Deutschlands</b>	
	<i>Alexandra Jonas</i> .....	33
4.1	Einleitung .....	33
4.2	Einstellungen zum internationalen Engagement Deutschlands .....	35
4.3	Pro und Contra – welche Motive für oder gegen ein aktives internationales Engagement? .....	37
4.4	Außen- und sicherheitspolitische Ziele und Prioritäten .....	40
4.5	Exkurs: Zur Wechselbeziehung zwischen Kenntnisstand und Einstellung .....	42
4.6	Fazit .....	45
<b>5</b>	<b>Kampf gegen den internationalen Terrorismus</b>	
	<i>Rüdiger Fiebig</i> .....	47
5.1	Einleitung .....	47
5.2	Einstellungen zum Einsatz der Bundeswehr bei der Terrorismusbekämpfung .....	52
5.3	Vorstellungen der Bundesbürger zur Terrorabwehr in Deutschland .....	53
5.4	Dimensionen der Terrorbekämpfung .....	57
5.5	Fazit .....	59

<b>6</b>	<b>Die Darstellung der Bundeswehr in den Medien</b>	
	<i>Stefanie Greif</i> .....	61
6.1	Einleitung .....	61
6.2	Die Entwicklung von Nachrichten im Mediensystem .....	62
6.3	Die Bundeswehr im Spiegel ausgewählter Printmedien .....	65
6.4	Tendenzen der Darstellung der Bundeswehr in der Medienlandschaft .....	72
6.5	Fazit .....	74
<b>7</b>	<b>Wahrnehmung und Bewertung der Bundeswehr</b>	
	<i>Thomas Bulmahn</i> .....	77
7.1	Einleitung .....	77
7.2	Wahrnehmung der Bundeswehr in den Medien und im persönlichen Umfeld .....	78
7.3	Bewertung der Bundeswehrpräsenz in den Medien und im persönlichen Lebensumfeld .....	82
7.4	Fazit .....	86
<b>8</b>	<b>Aufgabenfelder der Bundeswehr</b>	
	<i>Thomas Bulmahn</i> .....	89
8.1	Einleitung .....	89
8.2	Einstellungen zu den Aufgaben der Bundeswehr im Ausland .....	91
8.3	Einstellungen zu den Aufgaben der Bundeswehr im Inland .....	94
8.4	Einstellungsmuster und Milieus .....	96
8.5	Einstellungen im Zeitvergleich: Stabilität oder Wandel? .....	103
8.6	Fazit .....	106
<b>9</b>	<b>Auslandseinsätze der Bundeswehr</b>	
	<i>Rüdiger Fiebig</i> .....	109
9.1	Einleitung .....	109
9.2	Bekanntheit ausgewählter Einsätze der Bundeswehr im Ausland .....	113
9.3	Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr .....	116
9.4	Bevölkerungseinstellungen zum ISAF-Einsatz der Bundeswehr .....	119
9.5	Fazit .....	125
<b>10</b>	<b>Verteidigungsausgaben, Personalumfang und Wehrform</b>	
	<i>Victoria Wieneringer</i> .....	127
10.1	Einleitung .....	127
10.2	Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben .....	128
10.3	Vorstellungen zum Personalumfang der Bundeswehr .....	130
10.4	Generelle Einstellung der Bundesbürger zur Wehrpflicht .....	132
10.5	Haltungen zur Zukunft der Wehrpflicht in Deutschland .....	138
10.6	Fazit .....	140

<b>11</b>	<b>Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber</b>	
	<i>Rüdiger Fiebig</i> .....	143
11.1	Einleitung .....	143
11.2	Bekanntheitsgrad von beruflichen Möglichkeiten in der Bundeswehr .....	145
11.3	Attraktivität einer Berufstätigkeit in der Bundeswehr .....	148
11.4	Fazit .....	155
<b>12</b>	<b>Sicherheits- und verteidigungspolitische Einstellungen im Vergleich: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA</b>	
	<i>Alexandra Jonas</i> .....	157
12.1	Einleitung .....	157
12.2	Exkurs: Strategische Kulturen als Determinante für sicherheits- und verteidigungspolitische Einstellungen .....	159
12.3	Außen- und sicherheitspolitische Ziele und Prioritäten .....	162
12.4	Bevorzugte Aufgaben der nationalen Streitkräfte im Ausland .....	165
12.5	Einstellungen zu den nationalen Streitkräften .....	167
12.6	Fazit .....	169
<b>13</b>	<b>NATO und ESVP im Meinungsbild der Deutschen</b>	
	<i>Wolfgang Sender</i> .....	171
13.1	Einleitung .....	171
13.2	Auswirkungen des ISAF-Einsatzes auf die Zustimmung zur NATO .....	171
13.3	Grundsätzliche Vorstellungen zur Bedeutung der NATO .....	174
13.4	Bewertung der militärischen Zusammenarbeit in der NATO .....	176
13.5	Einstellungen der Bundesbürger zur Zukunft der NATO .....	178
13.6	Spezifische Aufgabenzuordnung zu NATO und ESVP .....	180
13.7	Grundsätze einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus Bürgersicht .....	182
13.8	Bekanntheit der militärischen Eingreifkräfte der EU (EU-Battlegroups) und Zustimmung zur deutschen Beteiligung an den EU-Battlegroups .....	183
13.9	Fazit .....	185
<b>14</b>	<b>Literaturverzeichnis</b> .....	187
<b>15</b>	<b>Tabellenverzeichnis</b> .....	193
<b>16</b>	<b>Abbildungsverzeichnis</b> .....	195
<b>17</b>	<b>Zu den Autoren</b> .....	197





# 1 Einleitung

*Thomas Bulmahn*

---

## 1.1 Erkenntnisinteresse

Im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung führt das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SWInstBw – „SOWI“) seit 1996 jährlich eine repräsentative Bevölkerungsbefragung durch. Im Mittelpunkt des Projekts stehen drei eng miteinander verknüpfte Aufgabenbereiche: Es geht erstens darum, die Haltungen der Menschen in Deutschland zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Themenfeldern zu erfassen und für die Bevölkerung insgesamt sowie für einzelne Altersgruppen, Bildungsschichten, Einkommenslagen und Wertemilieus vergleichend zu beschreiben. Ausgehend vom aktuellen sozialwissenschaftlichen Forschungsstand und auf der Grundlage des empirischen Materials sollen Differenzen und Trends identifiziert und gedeutet werden. Es sollen theoretische Modelle formuliert werden, mit denen sich die Entstehung und der Wandel von Einstellungen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen erklären lassen. Diese Modelle bilden schließlich die Ausgangsbasis, um die zukünftige Entwicklung des Meinungsklimas soweit wie möglich prognostizieren zu können.

## 1.2 Themenspektrum

Mit der Bevölkerungsumfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr werden Informationen zu einer Vielzahl von sicherheits- und verteidigungspolitisch relevanten Fragen erhoben. Das Themenspektrum der Umfrage 2007 umfasst folgende Komplexe:

1. Sicherheits- und Bedrohungswahrnehmung der Bundesbürger,
2. Sicherheitspolitische Einstellungen,
3. Wahrnehmung und Bewertung der Bundeswehr,
4. Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr,
5. Einstellungen zu den Aufgaben der Bundeswehr, zu den Verteidigungsausgaben und zum Streitkräfteumfang,
6. Einstellungen der Bundesbürger zur Wehrpflicht,

7. Einstellungen zur ESVP und zur NATO,
8. Attraktivität der militärischen und der zivilen Laufbahnen bei der Bundeswehr,
9. Bewertung von öffentlichen Institutionen und
10. Werte, gesellschaftspolitische Ziele und Mediennutzung.

Die im Rahmen der Studie gewonnenen Informationen zu diesen Themenfeldern ergeben zusammen ein umfassendes und detailreiches Bild vom sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Im vorliegenden Forschungsbericht werden die wichtigsten Resultate der im September/Oktober 2007 durchgeführten Befragung präsentiert.

### **1.3 Organisation und Design der Studie**

Verantwortlich für die Planung und Durchführung der Bevölkerungsumfrage ist der Projektleiter der Studie am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr, Dr. Thomas Bulmahn. Das Konzept der Untersuchung und der Fragebogen wurden in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium der Verteidigung erarbeitet. Mit der bundesweiten Erhebung der Daten wurde nach Abschluss eines entsprechenden Ausschreibungsverfahrens das Meinungsforschungsinstitut Ipsos GmbH, Mölln, beauftragt.

Der Fragebogen (Forschungsbericht 86 mit Anhang „Fragebogen“ abrufbar im Internet unter: [www.sowi.bundeswehr.de](http://www.sowi.bundeswehr.de)) wurde vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr konzipiert und von Ipsos in das notwendige Befragungslayout umgesetzt. Die Dauer der Interviews betrug durchschnittlich 59 Minuten. Die vorliegende Untersuchung wurde als computergestützte persönliche Befragung (CAPI: Computer Assisted Personal Interviewing) durchgeführt.

Zur Grundgesamtheit dieser Untersuchung gehören alle deutschsprachigen Personen ab 16 Jahren, die in Privathaushalten in der Bundesrepublik Deutschland leben. Aus dieser Grundgesamtheit wurde im Rahmen des ADM-Mastersamples eine repräsentative, mehrstufig geschichtete Zufallsstichprobe gezogen. Der Ziehungsvorgang ist dreistufig: 1. Ziehung von Sample-points: Aus dem Ziehungsband des ADM-Stichprobensystems 2003 wurden at random 512 Sample-points gezogen. 2. Haushaltsauswahl: Die Haushaltsauswahl erfolgte nach dem Random-Route-Verfahren. Von einem zufällig ausgewählten Startpunkt ausgehend ermittelte der Interviewer nach festgelegten Begehungs-

regeln die Befragungshaushalte. Jeder dritte Haushalt vom Startpunkt her gezählt wurde für die Befragung ausgewählt. 3. Zielpersonenauswahl: Im Haushalt wurden zunächst alle dort lebenden Personen ab 16 Jahren aufgelistet. Daraus wurde durch ein Zufallsverfahren die Zielperson für die Befragung ausgewählt. Um ein Interview mit der Zielperson zu erhalten, wurde der Zielhaushalt bis zu dreimal kontaktiert.

Die Interviews wurden in der Zeit vom 17. September 2007 bis 22. Oktober 2007 durchgeführt. Insgesamt wurden 2 224 Personen befragt. Die Ausschöpfungsquote der Stichprobe beträgt 62,2 Prozent. Für diese Untersuchung wurden bundesweit 345 Interviewer eingesetzt. Damit entfielen auf jeden Interviewer im Schnitt 6,5 Interviews. Die Interviewer wurden über die Ermittlung der Zielperson sowie über die Durchführung der Interviews anhand einer schriftlichen Einweisung eingehend instruiert. Die Feldarbeit wurde vom Institut geleitet und kontrolliert. Aufgrund der computergestützten Befragungsdurchführung können systematische Fehler bei der Datenerhebung ausgeschlossen werden. Rund 30 Prozent der Interviews wurden schriftlich auf korrekte Durchführung kontrolliert.

Die statistische Analyse der Daten, die grafische Aufbereitung der Ergebnisse und die wissenschaftliche Bewertung der Befunde wurden am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr realisiert.



## 2 Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

*Rüdiger Fiebig*

---

Für die Bundeswehr und ihre Soldaten, die nicht nur den militärischen Auftrag zur Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland wahrnehmen, sondern als Staatsbürger in Uniform auch die Ideale des freiheitlichen Rechtsstaates repräsentieren, ist die Bindung und Integration in die deutsche Öffentlichkeit seit ihrer Gründung ein zentrales Thema.

Aus diesem Grund sind Erkenntnisse über die Einstellungen der Bevölkerung über die Bundeswehr von großer Bedeutung, um Stand und Entwicklung des Verhältnisses der Bürger zu ihren Streitkräften einschätzen zu können. Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr führt seit 1996 eine jährliche repräsentative Bevölkerungsumfrage durch, um ein kontinuierliches Meinungsbild zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung zu erheben. Die Daten der Bevölkerungsbefragung 2007 wurden im Herbst des Jahres nach Ausschreibung durch das Umfrageinstitut Ipsos erhoben, das mit 345 Interviewern bundesweit 2 224 Personen befragte. Neu in der Bevölkerungsbefragung 2007 war der Themenkomplex „Attraktivität der militärischen und zivilen Laufbahnen bei der Bundeswehr“ sowie der stärkere Fokus auf die Bevölkerungseinstellungen zum ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan.

Das Meinungsbild der Bevölkerung zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen ist 2007 geprägt durch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, insbesondere durch einen fortgesetzten wirtschaftlichen Aufschwung im Land. Weniger Besorgnis vor Arbeitslosigkeit oder wirtschaftlichen Krisen führt dazu, dass sich die Deutschen mit großer Mehrheit persönlich sicher fühlen. Nur noch jeder achte Deutsche empfindet überwiegende Unsicherheit. Die Aspekte und Entwicklungen, von denen sich die Deutschen im Jahr 2007 bedroht fühlen, setzen den Trend der letzten Jahre fort. Umweltbedrohungen wie der Klimawandel gewannen gegenüber wirtschaftlichen und militärisch-terroristischen Bedrohungen weiter an Bedeutung. Dies spiegelt die wirtschaftliche Entwicklung und die Entspannung auf den Arbeitsmärkten wider, was auch dazu führt, dass die Mehrzahl der Deutschen der Meinung ist, dass ihr Land sich ein aktives außen- und sicherheitspolitisches Engagement durchaus leisten kann, und eine aktive Rolle in

der Welt spielen sollte. Folglich ist 2007 auch die Neigung der Bevölkerung, der Bundeswehr zukünftig mehr finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung zu stellen, also auch den Verteidigungsetat zu erhöhen, wieder leicht gestiegen, während nur eine Minderheit von 16 Prozent eine Verringerung des Etats befürwortet. Die Bundesbürger sind sich dabei der Anforderungen, denen die Bundeswehr im In- und Ausland gegenübersteht, durchaus bewusst und sind auch bereit, die notwendigen Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Die Bevölkerung sieht die Bundeswehr geeignet, eine Vielzahl von Aufgaben zu erfüllen, die sich an den sicherheitspolitischen Grundeinstellungen der Bürger orientieren. Zentrale Aufgabe der Bundeswehr ist nach Meinung der Bevölkerung, die Sicherheit Deutschlands und seiner Bürger zu garantieren. Die Bundeswehr wird als zuverlässiges Instrument gesehen, sowohl im Inland als auch im Ausland Gefahren und Bedrohungen der Sicherheit Deutschlands, die von Überschwemmungen über destabilisierende Krisenherde bis hin zu terroristischen Bedrohungen reichen, wirkungsvoll zu begegnen. Folglich werden auch die Auslandseinsätze der Bundeswehr weiterhin mehrheitlich befürwortet. Der Bundeswehreinsatz in Afghanistan im Rahmen der ISAF-Mission nimmt auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung eine Sonderrolle ein. Eine Mehrheit von 60 Prozent befürwortet diesen Einsatz. Die Zustimmung in der Bevölkerung ist jedoch nicht vorbehaltlos, sondern sie ist gebunden an die Erfolgsaussichten und die Risiken der Mission am Hindukusch. Die Hälfte derjenigen, die ISAF im Grundsatz zustimmen, lässt mehr oder minder große Vorbehalte erkennen. Diese sind vor allem auf Fragen des langfristigen Erfolges des Einsatzes gerichtet, aber auch auf quantitative wie qualitative Ausweitungen der Mission, insbesondere einer Veränderung des Charakters hin zu einem Kampfeinsatz. Die Bürger sehen zwar die Erfolge, welche die Bundeswehr vor allem im Norden Afghanistan vorzuweisen hat, sie sehen jedoch auch ein weiter instabiles und von fortgesetzter Gewalt erschüttertes Land, dessen Stabilisierung und Wiederaufbau zumindest bisher noch nicht als dauerhaft gesichert gesehen wird.

Darüber hinaus erscheint das Wissen über die Auslandseinsätze der Bundeswehr in der Bevölkerung auch 2007 sehr eingeschränkt. Mehr als die Hälfte der Befragten gaben zu jedem aktuellen Auslandseinsatz der Bundeswehr an, nichts Konkretes zu wissen. Dies ist angesichts der Stellung der Bundeswehr als Parlamentsarmee, die auf die Rückbindung an die Gesellschaft angewiesen ist, zu bemängeln, hat jedoch zusätzlich ganz konkrete Folgen für die dauerhafte und stabile Akzeptanz von Auslandseinsätzen. Durch geringes Wissen über die Einsätze der Bundeswehr wird die Bevölkerung anfälliger für

die Effekte kurzfristigen Einstellungswandels, der z. B. dann wirken kann, wenn kritische Ereignisse in Auslandseinsätzen zu negativer Medienberichterstattung führen. So können beispielsweise Anschläge auf die Bundeswehr in Afghanistan, der Tod von Soldaten oder andere aktuelle Ereignisse zumindest für kurze Zeit in den Augen der Bevölkerung den Einsatz an sich in Frage stellen, da die Meinung darüber instabil und flüchtig ist. Ein solides Wissen über sicherheitspolitische Themen und über die Bundeswehr würde auch dazu führen, dass das Meinungsbild der Bürger über die Auslandseinsätze stabiler und weniger anfällig gegenüber kritischen Ereignissen wäre.

Dass die Zustimmung der Öffentlichkeit über die Auslandseinsätze bisher dennoch relativ konstant blieb, hängt auch damit zusammen, dass das Vertrauen der Bürger in die Bundeswehr ungebrochen hoch ist. Die Bundeswehr rangiert in der Rangliste gesellschaftlicher Institutionen, für die in der Bevölkerungsbefragung Vertrauen geäußert werden konnte, an dritter Stelle unmittelbar hinter dem Bundesverfassungsgericht und der Polizei. Die Bevölkerung bewertet die Leistungen ihrer Streitkräfte insbesondere in Einsätzen im Inland, z. B. in der Katastrophenhilfe bei Überschwemmungen, ausgesprochen gut. Von diesen positiven Erfahrungen ausgehend werden auch die Auslandseinsätze unterstützt, im Vertrauen, dass die Bundeswehr in der Lage ist, ihre Aufgaben auch fernab der Heimat zu erfüllen. Dieses Vertrauen ist jedoch nicht immer durch konkrete Kenntnisse oder Erfahrungen mit der Bundeswehr untermauert, sondern besteht unabhängig von persönlichen Kontakten zu den Streitkräften, ähnlich wie auch der Polizei ohne genauere Kenntnisse über diese Institution Vertrauen entgegengebracht wird, in dem Wissen, dass sie in Notlagen bereitsteht.

Die Bundeswehr hat sich als staatliche Institution der Bundesrepublik damit in den Augen der Bürger bewährt, was sich auch durch die 2007 weiterhin konstante Zustimmung zur Wehrpflicht zeigt. 58 Prozent der Bürger plädieren für eine Beibehaltung des gegenwärtigen Modells, während 27 Prozent einer Abschaffung der Wehrpflicht zustimmen würden. Weiterhin wird der Soldatenberuf in der Bevölkerung als durchaus attraktiv beurteilt. Mehr als die Hälfte der Befragten betrachten die Offizier- und Unteroffizierlaufbahnen in der Bundeswehr für Männer als attraktiv; eine Laufbahn im Mannschaftsdienst wird immerhin noch von 40 Prozent als attraktiv für Männer empfunden. Auch der Soldatenberuf für Frauen beginnt allmählich, sich in der Gesellschaft als ernsthafte Option der Berufswahl zu etablieren. Etwa die Hälfte der Befragten sieht die Offizierlaufbahnen der Frauen als attraktiv an, und auch die Unteroffizierlaufbahnen stoßen noch bei 40 Prozent der Deutschen auf positive Resonanz. Aber auch diese Ein-

schätzungen sind gleichzeitig verbunden mit einem sehr dürftigen Wissen über die beruflichen Möglichkeiten und Laufbahnen in der Bundeswehr. Auch in diesem Fall speist sich die grundsätzlich positive Einschätzung der Bevölkerung weniger aus konkretem Wissen als aus einem eher diffusen und unfundierten „Bauchgefühl“.

Die Ergebnisse der SOWI-Bevölkerungsbefragung 2007 zeigen damit einerseits das positive Bild, dass die Deutschen mit der Bundeswehr verbinden, andererseits jedoch auch, dass dieses Meinungsbild unter den gegenwärtigen Bedingungen möglicherweise nicht auf Dauer stabil bleiben wird. Die gestiegenen Anforderungen bei einer ganzen Reihe von Auslandseinsätzen, die schon heute im Fall von ISAF auch mit einem größeren Risiko für die Soldaten verbunden sind, werden neben den Leistungen und Erfolgen der Bundeswehr immer auch kritische Ereignisse mit sich bringen, die in den Medien zwangsläufig ein eher negatives Echo finden werden. Soll die hohe Wertschätzung um die Leistungen der Soldaten und das Vertrauen der Deutschen in die Bundeswehr nicht erschüttert werden, muss sich vor allem der Informationsstand der Bevölkerung über die Bundeswehr im Allgemeinen und die Auslandseinsätze im Besonderen verbessern. Bundeswehr und Bundesregierung müssen in ihrer Informationsarbeit sowohl Chancen und Erfolge, aber auch Risiken und Probleme der Auslandseinsätze, und dabei insbesondere bei ISAF, realistisch darstellen, um der Bevölkerung eine ebenso realistische Einschätzung der Lage zu ermöglichen, die dann bereit ist, Erfolge zu würdigen, aber auch in der Lage ist, die problematischen Aspekte eines Auslandseinsatzes mitzutragen. So kann die Bindung der Bundeswehr an die Gesellschaft, die seit ihrem Bestehen zentraler Bestandteil ihrer Existenz ist, auch unter den neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts weiter bestehen und Erfolgsmodell sein.



# 3 Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsempfinden

Rüdiger Fiebig

---

## 3.1 Einleitung

### *Theoretische Grundlagen*

Die Einstellungen der Bevölkerung zur Außen- und Sicherheitspolitik nehmen in der politischen Einstellungsforschung seit Jahren eine Sonderrolle ein. Die Meinung der Bevölkerung zu Ereignissen weitab ihres eigenen Landes kann Wahlen entscheiden, wie sich 2002 in Deutschland zeigte, sie ist aber auch ein Themenbereich, der in Zeiten relativer außenpolitischer Stabilität im Bewusstsein der Bevölkerung eher eine Nebenrolle einnimmt. Der Alltag der Bürger wird eher von ihrem direkten Umfeld bestimmt und das Interesse der Bevölkerung an der Politik beschränkt sich oft auf Themen, die den Einzelnen unmittelbar betreffen, wie z. B. Wirtschafts- oder Sozialpolitik. Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik tritt oft erst dann in den Vordergrund des Interesses, wenn internationale Ereignisse von besonders großer Tragweite wie z. B. die Anschläge des 11. September 2001, die Medienberichterstattung beherrschen (vgl. Boomgaarden/Vreese 2007: 355ff.). Auch in diesen Fällen ist der persönliche Bezug des Einzelnen zu einem entsprechenden Thema oder Ereignis meist gering und Information wie auch Interpretation eines Sachverhaltes geschehen oft weitestgehend über die Medien. Diese sind somit der direkten Erfahrungswelt der Bürger entzogen.

Zu Beginn der systematischen Forschung über außen- und sicherheitspolitische Bevölkerungseinstellungen in den 1950er Jahren führte genau dieser Sachverhalt zur Herausbildung der *Mood Theory* in den USA. Sie besagte, dass durch die mangelnde persönliche Involvierung der Bevölkerung deren Einstellungen zu außenpolitischen Fragestellungen kaum als solche zu bezeichnen seien. Es handle sich dabei eher um sogenannte „*Non-Attitudes*“, um weitgehend substanzlose und unfundierte „Nicht-Einstellungen“, die je nach Gefühlslage und Stimmung starken Schwankungen unterworfen seien. Außen- und sicherheitspolitischen Ereignissen wurde zudem auch kein nennenswerter Einfluss auf das politische Verhalten der Bürger, beispielsweise das Wahlverhalten, zugestanden: „Foreign policy evaluations were viewed as among the least likely to affect political choices. When forming attitudes about the performance of the economy, citi-

zens have their personal experience to fall back on. But foreign policy is so removed from the everyday lives of most citizens, it was argued, that it is simply unreasonable to think that what happened beyond U.S. borders would have a large impact on Americans' political behaviour.“ (Gelpi et al. 2007: 154) Ausgehend von der *Mood Theory* und ihren Grundannahmen wurde folglich auch jeder Einfluss, den die öffentliche Meinung der Bevölkerung auf das sicherheitspolitische Handeln eines Staates haben könnte, aufgrund seiner mangelnden kognitiven Grundlage bei einem Großteil der Bürger höchst skeptisch betrachtet (vgl. Page/Shapiro 1992: 4ff.). Weitere Studien kamen allerdings in den darauf folgenden Jahren zu dem Ergebnis, dass es beim Thema der Außen- und Sicherheitspolitik zwar durchaus ein besonders starkes Informationsgefälle zwischen der Bevölkerung und ihrer Regierung gebe, dass aber trotz dieser Defizite der Bürger durchaus in der Lage sei, ausgehend von bestimmten Grundüberzeugungen, -gefühlen und -bedürfnissen seine eigenen Präferenzen für das spezifische außenpolitische Handeln seiner Regierung zu bestimmen, auch ohne detaillierte Einblicke und Wissen über Sicherheitspolitik (vgl. Rattinger/Holst 1998: 9f.; Hurwitz/Peffley 1987; Juhász 1996: 55–89). Eines der zentralen Grundbedürfnisse, das der Staatsbürger durch das außenpolitische Handeln seiner Regierung befriedigt wissen will, ist Sicherheit: Die Sicherheit seines Landes und seiner Person. Das Sicherheitsempfinden der Bundesbürger und die Bedrohungen, die sie 2007 als Gefährdung ihrer Sicherheit betrachteten, werden das Thema des ersten Kapitels dieses Berichts bilden.

Von Interesse ist dabei, welche Ereignisse und Faktoren die Bundesbürger vor allem als Bedrohung wahrgenommen haben, wie sicher sie sich persönlich fühlten, und wie sie die Sicherheitslage in Deutschland einschätzten.

Für die Untersuchung zugrunde gelegt wird dabei eine Konzeption der subjektiven Sicherheitswahrnehmung, welche aus der Bewertung der Bedrohungen entsteht, die der Einzelne als Gefahr wahrnimmt. Die Bewertung einzelner Problemfelder richtet sich dabei auch an persönlichen Wertorientierungen aus: „Je nach Weltansicht würden dann unterschiedliche Gefahren in den Vordergrund gestellt: Während Menschen mit egalitärem Weltbild vor allem technologische und ökologische Gefahren wahrnehmen, würden solche mit hierarchischem Weltbild vor allem Gefahren der sozialen Devianz und Individualisten vor allem die Gefahr durch Kriege perzipieren.“ (Holst 1998: 60)

Die einzelnen Bedrohungen, die der Bürger als Gefahr für seine eigene oder die Sicherheit seines Staates betrachten kann, sind dabei in unterschiedliche Kategorien oder Dimensionen zu subsumieren. Holst identifizierte 1998 durch konfirmatorische Fakto-

renanalysen aus einer Batterie von 18 Bedrohungsitems, die jeweils unterschiedliche Problemfelder wie z. B. „Weltweite Hochrüstung“ oder „Unfälle in AKW“ abfragten, für Westdeutschland insgesamt sechs zugrunde liegende Dimensionen der Bedrohung: Antikommunismus, Terrorismus, Spill-Over, Wirtschaft, Ökologie und Xenophobie (vgl. Holst 1998: 274f.). Holst untersuchte mit Hilfe von Regressionsanalysen auch den Zusammenhang zwischen den einzelnen Bedrohungsfaktoren und dem individuellen Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung und stellte signifikante, jedoch in ihrer Erklärungskraft eher schwache direkte Effekte des Bedrohungsgefühls fest. Das heißt, das eigene Sicherheitsempfinden wird zwar auch durch wahrgenommene Bedrohungen beeinflusst, jedoch lässt sich damit nur ein Teil der Varianz der subjektiven Sicherheit eines Befragten erklären. Ein auffälliges Resultat war der in dieser Untersuchung festgestellte negative Zusammenhang zwischen hohem Bedrohungsgefühl hinsichtlich ökologischer Probleme und Sicherheitsempfinden des Einzelnen. Das heißt, je stärker man sich beispielsweise von Störfällen in Atomkraftwerken bedroht fühle, desto sicherer, und nicht unsicherer, fühlte man sich im Allgemeinen. Holst führte dieses Resultat auf den Wertewandel in der Gesellschaft zurück: Bürger, die sich existenziell, z. B. militärisch, nicht bedroht sahen und deren individuelles Sicherheitsgefühl daher relativ hoch ist, wären dadurch eher in der Lage, „nicht-existenzielle“ Bedrohungen wahrzunehmen, die aufgrund ihres eher diffusen Charakters daher weniger stark oder gar nicht auf das eigentliche Sicherheitsgefühl wirken könnten (vgl. Holst 1998: 303f.). Die SOWI-Bevölkerungsbefragung 2006 lieferte bereits Ergebnisse, die diese Beobachtung bestätigen konnten. So wirkte sich eine stark wahrgenommene sozioökonomische Bedrohung, die beispielsweise durch Arbeitslosigkeit gegeben sein kann, sehr deutlich auf das persönliche Sicherheitsgefühl der Befragten aus, während Bedrohungen im ökologischen Bereich, wie z. B. die Angst vor Klimawandel, das individuelle Sicherheitsempfinden der Befragten nicht berührten. Die Untersuchung der Daten der SOWI-Bevölkerungsbefragung 2007 wird das Ziel verfolgen, diese Beobachtungen im aktuellen Meinungsbild der Bevölkerung weiter zu verfolgen.

Neben den angesprochenen Erkenntnissen legten die Daten vergangener Bevölkerungsbefragungen auch den Schluss nahe, dass aktuelle Ereignisse in zeitlicher Nähe zur Befragung sowohl Bedrohungswahrnehmungen als auch Sicherheitsempfinden der Bevölkerung in gewissem Umfang beeinflussen können. Ein kurzer Überblick über möglicherweise relevante Ereignisse soll daher die spätere Einordnung der Ergebnisse erleichtern.

### *Die Sicherheitslage im Jahr 2007*

In Deutschland war das Jahr 2007 insbesondere geprägt durch einen fortgesetzten wirtschaftlichen Aufschwung, der sich äußerte in steigendem Wachstum und einer positiven Entwicklung des Arbeitsmarktes. Auch in der Bevölkerung ließen Umfrageergebnisse eine steigende Zuversicht über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes erkennen. Trotz dieser auf der Makroebene positiven Entwicklung war die Stimmung in Deutschland teilweise ebenfalls geprägt durch die Sorge über einen möglichen sozialen Abstieg des Einzelnen, beispielsweise nach einem Verlust des Arbeitsplatzes oder im Alter. Die Diskussion um die Hartz-IV-Gesetzgebung und die Sorge vor damit verbundenem „Sozialabbau“ führte nicht nur zu einem merklich kühleren sozialen Klima im Land, sondern auch zu massiven Verwerfungen im Parteiensystem der Bundesrepublik, in deren Folge sich „Die Linke“ als politische Partei jenseits der SPD deutlich positionieren und etablieren konnte.

2007 befand sich die Bundesrepublik an der Seite ihrer Verbündeten bereits seit sechs Jahren in einem weltweiten Konflikt gegen islamistischen Terrorismus, der sowohl auf Fragen der äußeren wie auch der inneren Sicherheit fast tagtäglich seine Schatten warf. Die Bedrohung durch terroristische Anschläge auch in Deutschland war bereits 2006 durch die gescheiterten „Kofferbomber“ im Kölner Hauptbahnhof unterstrichen worden. Im September 2007 wurden im Rahmen einer umfangreichen Ermittlung zudem drei Angehörige einer terroristischen Zelle im Sauerland verhaftet, die sich aus türkischen und deutschen Mitgliedern, welche zum Islam konvertiert waren, zusammensetzte. Dies heizte auch die Debatte um weitergehende Maßnahmen der inneren Sicherheit erneut an, so auch die Diskussion um das Luftsicherheitsgesetz. Das Gesetz, das vorsah, von Terroristen entführte Passagierflugzeuge als letztes Mittel auch abschießen zu können, war bereits 2006 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden. Verteidigungsminister Jung erklärte jedoch im September 2007, er würde im Falle eines Szenarios wie am 11. September 2001 notfalls auch ohne gesetzliche Grundlage den Befehl zum Abschuss einer entführten Maschine geben. Schließlich führte im September 2007 auch die Warnung von Bundesinnenminister Schäuble, ein terroristischer Anschlag mit Nuklearwaffen sei keine Frage des „ob“, sondern nur noch des „wann“, dazu, dass Sicherheitsbedrohungen durch Terrorismus täglich die Medienberichterstattung dominierten. Auch das 2007 weiterhin ungelöste Problem des iranischen Atomprogramms, das trotz wachsendem internationalen Druck und verschärften Sanktionen

durch den UN-Sicherheitsrat fortgesetzt wurde, hielt die Gefahr der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen beständig im Fokus der öffentlichen Diskussion.

Die Bundeswehr befand sich 2007 im sechsten Jahr ihrer Beteiligung an der NATO-Stabilisierungsmission ISAF in Afghanistan. Ihr oblag dabei weiterhin die Führungsrolle im ISAF-Regionalkommando Nord. Obwohl diese Region auch im Verlauf des Jahres eine verglichen mit dem Süden Afghanistans deutlich stabilere Sicherheitslage aufwies, ereigneten sich 2007 mehrere Anschläge gegen deutsche Kräfte, denen drei Soldaten der Bundeswehr und drei Bundespolizisten zum Opfer fielen. Gleichzeitig intensivierte sich die Debatte um eine Erweiterung des deutschen Engagements über den bis dahin primär am Wiederaufbau orientierten Beitrag in der Nordregion hinaus, was das Risiko für das deutsche ISAF-Kontingent 2007 deutlich stärker erscheinen ließ.

Neben Bedrohungen wie militärischen Konflikten oder Terrorismus spielen in jüngster Zeit auch zunehmend ökologische Gefahren eine Rolle, die unmittelbarem menschlichen Handeln entzogen sind. So wurde die öffentliche Diskussion um notwendige Maßnahmen gegen den Klimawandel in den vergangenen Jahren durch eine Kombination aus verstärkten politischen Initiativen und einer Zunahme extremer Wetterphänomene, wie Dürren und Unwetter auch in Europa, buchstäblich aufgeheizt. Das gleichzeitige Ansteigen der Energiepreise führte dazu, dass immer mehr Bürger für ökologische Themen oder gar ihre eigene „CO<sub>2</sub>-Bilanz“ sensibilisiert wurden.

Die folgende Untersuchung des Sicherheits- und Bedrohungsgefühls der deutschen Bevölkerung im Jahr 2007 verfolgt einerseits das Ziel, das generelle Empfinden der Bevölkerung zu erfassen, als auch das Ausmaß zu bestimmen, in dem wahrgenommene Bedrohungen die eigene subjektive Sicherheit negativ beeinflussen können.

Das Bedrohungsempfinden wurde dabei in Bezug auf die eigene Person erhoben, d. h. es wurde die Frage gestellt: „Inwieweit fühlen Sie persönlich sich zurzeit von den folgenden Aspekten bedroht?“, gefolgt von einer Batterie von Items, die potenzielle Bedrohungen abfragten, welche von Atomwaffen-Proliferation bis hin zur verstärkten Zuwanderung von Ausländern reichten. Die Antwortskala ist dabei fünfstufig formuliert und reicht von „sehr stark bedroht“ bis „gar nicht bedroht“, mit einer Mittelkategorie von „bedroht“. Des Weiteren wurde dann das nach der Theorie aus dem Bedrohungsgefühl resultierende Sicherheitsempfinden erhoben, mit der Frage „Wie sicher fühlen Sie sich persönlich zurzeit?“. Die Skala der möglichen Antworten ist hier sechsstufig und

reicht von „sehr sicher“ bis „sehr unsicher“, ohne Mittelkategorie. Zusätzlich wurde noch die Frage nach der wahrgenommenen nationalen Sicherheit gestellt.

Die Untersuchung des individuellen Bedrohungsempfindens wird mit Hilfe eines Index geschehen, der aus den Mittelwerten der Bedrohungsisems gebildet wird und der das mittlere Bedrohungsgefühl über alle Befragten für ein bestimmtes Thema auf einer Skala von 0 bis 100 wiedergibt, was die Bildung einer Rangordnung mit den einzelnen Items gegenüber der einfachen Darstellung von Anteilen von Befragten, die ein Item z. B. „sehr bedrohlich“ empfanden, erleichtert. Die genauere Prüfung der Struktur des Bedrohungsempfindens wird, wie schon im vergangenen Jahr, mit dem Instrument der Faktorenanalyse durchgeführt. Die Faktorenanalyse ist ein dimensionsreduzierendes Verfahren, das es ermöglicht, eine Vielzahl von Variablen – hier: mögliche Bedrohungen – auf einige wenige gemeinsame Dimensionen zurückzuführen, die mit den ihnen zugeordneten Variablen, in unserem Fall einzelnen Bedrohungsisems, möglichst stark korrelieren, das heißt in Zusammenhang stehen, mit den Variablen anderer Bedrohungsdimensionen jedoch möglichst wenig. Die Bevölkerungsbefragung 2006 ergab für persönliche Bedrohungen insgesamt vier Dimensionen, nämlich militärische, terroristische und extremistische, sozioökonomische sowie ökologische Bedrohungs-„Bündel“. Veränderungen der Zuordnung dieser Dimensionen zu den einzelnen Items können Rückschlüsse darüber zulassen, ob die kognitive Einordnung bestimmter potenzieller Gefahren in der Bevölkerung sich im vergangenen Jahr verändert hat.

Schließlich wird die Wirkung der einzelnen Bedrohungsdimensionen, auf das Sicherheitsempfinden der Befragten geprüft. Dies wird mit dem Instrument der linearen Regressionsanalyse erfolgen, die es ermöglicht, in einem multivariaten Modell sowohl die Wirkung einzelner erklärender Variablen zu vergleichen, als auch die Erklärungskraft des gesamten Modells zu bestimmen. Das heißt, anhand des Anteils der erklärten Varianz des Sicherheitsgefühls lässt sich das Ausmaß bestimmen und quantifizieren, in dem das Sicherheitsempfinden von bestimmten wahrgenommenen Bedrohungen beeinträchtigt wird. Somit wird die Analyse nicht nur das Empfinden der Bürger als wichtige Kenngröße für deren sicherheitspolitisches Weltbild beschreiben, sondern auch in detaillierter Weise erfassen können, wie die potenziellen Bedrohungen der heutigen Zeit untereinander zusammenhängen, um welche Dimensionen sie sich gruppieren und welche Bedrohungen den Bürger so stark bewegen, dass er nicht nur Besorgnis darüber auf Nachfrage zum Ausdruck bringt, sondern davon auch tatsächlich in seinem allgemeinen Sicherheitsgefühl eingeschränkt wird.

### 3.2 Wahrgenommene Bedrohung der persönlichen Sicherheit

Die Einschätzung der persönlichen Sicherheitslage und ihrer Bedrohungen ist nach den beschriebenen theoretischen Annahmen eine Determinante mit erheblicher Bedeutung für die Herausbildung von Einstellungen über spezifische außen- und sicherheitspolitische Fragestellungen.

**Abbildung 3.1: Wahrgenommene Bedrohung der persönlichen Sicherheitslage**



Anmerkung: 1) Indexwert als Mittelwert auf der Basis einer 5er-Skala mit folgenden Skalenwerten: „Sehr stark bedroht“ = 100, „Stark bedroht“ = 75, „Bedroht“ = 50, „Kaum bedroht“ = 25 und „Gar nicht bedroht“ = 0; mit einem Wertebereich von 0 (wenn 100 Prozent mit „Gar nicht bedroht“ antworten) bis 100 (wenn 100 Prozent mit „Sehr stark bedroht“ antworten).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Ein Bürger, der in einem Themenbereich keinerlei Bedrohung wahrnimmt, wird auch sicherheitspolitischen Maßnahmen, die diesen Aspekt betreffen, nicht im gleichen hohen Maße zustimmen wie Maßnahmen, die speziell auf Bedrohungen abzielen, die er persönlich für relevant hält.

Eine Betrachtung des nach wahrgenommener Intensität eines Items gestaffelten Bedrohungsindex über persönliche Sicherheitsbedrohungen zeigt, dass die Rangordnung der bedrohlichen Themenbereiche in der persönlichen Wahrnehmung der Bevölkerung im Großen und Ganzen weiterhin stabil ist.

Das obere Extrem der persönlichen Bedrohungswahrnehmung wird wie im vergangenen Jahr durch die Angst arbeitsloser Befragter, keinen Arbeitsplatz zu finden, gebildet. Die Stärke der Bedrohung ist dabei seit der letzten SOWI-Bevölkerungsbefragung geringfügig gesunken, mit einem Index-Mittelwert von 76 gegenüber 79 im Jahr 2006. Direkt danach folgen die Items ökologischer Bedrohungen, nämlich der Umweltzerstörung und des Klimawandels. Sie sind auch den wenigen Items aus der Befragung zuzuordnen, die den Deutschen bedrohlicher erscheinen als noch 2006. Durch sozioökonomische Bedrohungen, darunter die Kürzung von Sozialleistungen sowie unzureichende finanzielle Absicherung im Alter, bei Krankheit und bei Arbeitslosigkeit fühlen sich die Deutschen auch 2007 noch in relativ starkem Maße bedroht. Die Indexwerte zeigen zwar, dass die Items gegenüber 2006 geringfügig an Bedeutung verloren haben, jedoch fühlen sich weiterhin rund 60 Prozent bedroht oder sehr bedroht von Gefahren, welche die eigene wirtschaftliche Situation betreffen können. (siehe Tabelle 3.1)

Wie bereits im vergangenen Jahr fühlen sich die Deutschen zwar von den sprichwörtlichen „neuen Bedrohungen“ durch Terror und die Proliferation von Massenvernichtungswaffen in Gefahr; diese Items sind in ihrer Bedeutung im Gesamtbild jedoch weiterhin von geringerem Gewicht, verglichen mit sozioökonomischen Faktoren, da sie die Lebenswelt der Befragten (noch) nicht unmittelbar berühren. Die Möglichkeit, dass sich Terroristen Zugang zu Massenvernichtungswaffen verschaffen könnten, erscheint den Deutschen 2007 in diesem Themenbereich als größte Gefahr, mit 65 Prozent, die angeben, sich davon bedroht oder sehr bedroht zu fühlen. Demgegenüber empfanden 57 Prozent die Möglichkeit von Terroranschlägen in Deutschland als Gefahr, wie auch die Proliferation von Atomwaffen in Nordkorea oder dem Iran. Traditionelle militärische Bedrohungen, wie beispielsweise die Möglichkeit eines Angriffs auf Deutschland oder auch kriegerische Konflikte in unterschiedlichen Regionen der Welt rangieren wie



schon in vergangenen Jahren am untersten Ende der Liste von Faktoren, welche die Deutschen als Gefahr für ihre persönliche Sicherheit empfinden.

**Tabelle 3.1: Wahrgenommene Bedrohung der persönlichen Sicherheit**

Frage: „Inwieweit fühlen Sie persönlich sich zurzeit durch folgende Faktoren bedroht?“				
	Sehr stark oder stark bedroht <sup>1</sup>	Bedroht	Kaum oder gar nicht bedroht <sup>1</sup>	Mittelwert 2007 (2006)
Angaben in Prozent				
Keinen Arbeitsplatz zu finden (nur Arbeitslose)	70	19	11	76 (79)
Weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt	37	40	24	55 (53)
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung	33	38	29	52 (51)
Kürzung von Sozialleistungen	33	32	34	51 (52)
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter	33	28	40	48 (52)
Atomare, chemische oder biologische Waffen in der Hand von Terroristen	29	36	35	48 (50)
Unzureichende finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit	31	27	42	46 (47)
Unzureichende finanzielle Absicherung im Krankheitsfall	26	28	45	44 (48)
Atombomben in der Hand von Staaten wie Iran oder Nord-Korea	24	33	43	43 (46)
Terroranschläge in Deutschland	20	37	43	43 (44)
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes (nur Erwerbstätige)	24	27	49	42 (49)
Verstärkte Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland	25	26	49	42 (44)
Große Naturkatastrophen, wie z. B. schwere Stürme oder Überschwemmungen	22	29	49	42 (42)
Schwere Wirtschaftskrise in Deutschland	18	29	52	40 (47)
Politischer Extremismus in Deutschland	16	32	52	39 (42)
Arbeitsplatzverlust/Keinen Arbeitsplatz finden	25	22	53	39 (--)
Religiöser Fundamentalismus in Deutschland	18	28	54	38 (40)
Terroranschläge außerhalb Deutschlands, z. B. in einem anderen europäischen Land	19	27	54	38 (37)
Kriege oder militärische Konflikte in der Welt	15	29	56	37 (37)
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche	13	26	60	35 (36)
Überalterung der Gesellschaft	16	26	58	35 (38)
Eine wieder erstarkende Militärmacht Russland, die ihre Interessen unnachgiebig durchsetzt	12	19	69	30 (--)
Militärischer Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland	9	15	76	25 (28)

Anmerkungen: 1) Basis: 5er-Skala, Anteile zusammengefasst; 2) Indexwert als Mittelwert auf der Basis einer 5er-Skala mit folgenden Skalenwerten: „Sehr stark bedroht“ = 100, „Stark bedroht“ = 75, „Bedroht“ = 50, „Kaum bedroht“ = 25 und „Gar nicht bedroht“ = 0; mit einem Wertebereich von 0 (wenn 100 Prozent mit „Gar nicht bedroht“ antworten) bis 100 (wenn 100 Prozent mit „Sehr stark bedroht“ antworten).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Die Rangordnung, welche die Deutschen 2007 potenziellen Bedrohungen ihrer persönlichen Sicherheit zuweisen, spiegelt wie schon im vergangenen Jahr die Entwicklungen wider, die die Menschen zum Zeitpunkt der Befragung beschäftigten. Bedrohungen der eigenen wirtschaftlichen Situation nahmen erneut eine dominierende Stellung ein, obwohl der wirtschaftliche Aufschwung und die Entspannung des Arbeitsmarktes die wahrgenommene Bedrohung in gewissem Umfang abdämpfte. Die Items, die ökologische Bedrohungen wie den Klimawandel benannten, nahmen dagegen an Bedeutung zu, was nicht zuletzt den intensiven politischen Bemühungen in diesem Bereich, wie auch der Entwicklung der Energiepreise zuzuschreiben ist. So nahmen die Deutschen 2007 den Klimawandel erneut als bedrohlicher wahr als den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes.

Demgegenüber scheinen die Menschen in Deutschland durch Bedrohungen wie Terrorismus und die Proliferation von Massenvernichtungswaffen auch 2007 noch nicht in dem Maße bewegt zu sein, wie es der Umfang der politischen Debatte um verschärfte Maßnahmen der inneren Sicherheit vermuten ließe. Potenzielle Gefahren in diesem Bereich werden von der Bevölkerung zwar wahrgenommen und als solche benannt, sie scheinen aber wie in den vergangenen Jahren auch in der Bevölkerung weniger stark kognitiv verankert zu sein, als z. B. das Risiko durch den Klimawandel, das sich in den Augen der Öffentlichkeit bereits durch heiße Sommer oder starke Unwetter manifestiert.

Um genaueren Einblick in die Struktur der Einstellungen zu erhalten, der Grundlage für das Bedrohungsgefühl der Deutschen hinsichtlich verschiedener Themen, wurden mit Hilfe einer Faktorenanalyse die unterschiedlichen Dimensionen des persönlichen Bedrohungsempfindens der Befragten identifiziert. Ziel dabei war es, eine möglichst kleine Zahl voneinander unabhängiger Komponenten von „Bedrohung“ zu extrahieren, die jeweils eine kognitive Dimension des Empfindens der Bürger repräsentieren.

**Tabelle 3.2: Bedrohungsdimensionen – Ergebnisse der Faktorenanalyse (MCA)<sup>1</sup>**

Frage: „Inwieweit fühlen Sie persönlich sich zurzeit durch folgende Faktoren bedroht?“			
	Faktor 1 Militärisch/ terroristisch	Faktor 2 Sozio- ökonomisch	Faktor 3 Ökologisch
Terroranschläge in Deutschland	,758		
Terroranschläge außerhalb Deutschlands, z. B. in einem anderen europäischen Land	,735		
Atombomben in der Hand von Staaten wie Iran oder Nord-Korea	,711		
Militärischer Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland	,708		
Kriege oder militärische Konflikte in der Welt	,694		
Religiöser Fundamentalismus in Deutschland	,689		
Eine wieder erstarkende Militärmacht Russland, die ihre Interessen unnachgiebig durchsetzt	,688		
Atomare, chemische oder biologische Waffen in der Hand von Terroristen	,683		
Politischer Extremismus in Deutschland	,678		
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche	,597		
Verstärkte Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland	,470		
Überalterung der Gesellschaft			
Unzureichende finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit		,857	
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter		,813	
Arbeitsplatzverlust/Keinen Arbeitsplatz finden		,806	
Unzureichende finanzielle Absicherung im Krankheitsfall		,787	
Kürzung von Sozialleistungen		,728	
Schwere Wirtschaftskrise in Deutschland	,436	,522	
Weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt			,822
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung			,820
Große Naturkatastrophen, wie z. B. schwere Stürme oder Überschwemmungen	,432		,571
Anteil der Varianz – bezogen auf die rotierte Summe der quadrierten Ladungen (Angaben in Prozent)	27,9	19,4	11,3

Anmerkung: 1) Ausgewiesen werden die Faktorladungen der rotierten Komponentenmatrix, die Faktorladungen entsprechen der Korrelation zwischen der jeweiligen Bedrohung und dem betreffenden Faktor (Bedrohungsdimension); Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse (MCA); Kriterium für die Anzahl der Faktoren: Kaiser-Guttman-Kriterium (Eigenwerte der Faktoren > 1); Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung; Behandlung fehlender Werte: Listenweiser Fallausschluss; kumulierter Anteil der Varianz: 58,7 Prozent. Faktorladungen größer als ,500 sind grau unterlegt; Faktorladungen kleiner als ,400 werden aufgrund ihrer geringen Bedeutung nicht ausgewiesen.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

In Tabelle 3.2 lassen sich die einzelnen Komponenten anhand der Faktorladungen identifizieren, die sich um drei Dimensionen anordnen: Der erste extrahierte Faktor bildet eine Dimension, die sich als militärisch/terroristische Bedrohung beschreiben lässt. Sie umfasst sowohl Items, die klassisch „symmetrischen“ militärischen Bedrohungen entsprechen, wie z. B. Kriege und Konflikte in der Welt oder auch ein militärischer Angriff

auf Deutschland als auch solche Gefahren, die stärker „asymmetrischen“ Charakter haben, so z. B. terroristische Bedrohungen wie auch die Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Doch nicht nur „harte“ Bedrohungen, die konkrete Gefahren für Leib und Leben in sich tragen, „laden“ auf diesen Faktor, sondern auch Aspekte, die eher auf einer ideologischen Ebene angesiedelt sind, wie z. B. religiöser oder politischer Extremismus, die sich also mit Phänomenen wie Terrorismus in Zusammenhang stellen lassen. Der zweite Faktor bezeichnet die Dimension sozioökonomischer Bedrohung, also die Gefahren der Arbeitslosigkeit, gekürzter Sozialleistungen, unzureichender finanzieller Absicherung im Alter und bei Krankheit, sowie die Möglichkeit einer schweren Wirtschaftskrise in Deutschland. Als „ökologische Bedrohung“ lässt sich der dritte Faktor benennen. Insbesondere die Angst vor den Folgen des globalen Klimawandels geht auf diese Bedrohungsdimension zurück, wie auch die Items „weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt“ und „große Naturkatastrophen“.

Auffällig an der faktorenanalytischen Untersuchung der einzelnen wahrgenommenen Bedrohungen ist der Befund, dass zwei der abgefragten Items auf unterschiedlichen Dimensionen „laden“, das heißt kognitiv aus unterschiedlichen Gründen als Gefahr wahrgenommen werden. So lässt sich den Bedrohungen durch schwere Naturkatastrophen, wie auch durch eine schwere Wirtschaftskrise in Deutschland, neben ihrer ökologischen bzw. ökonomischen Dimension in gewissem Umfang auch eine Komponente zuordnen, die stärker in den „harten“ Sicherheitsbereich fällt.

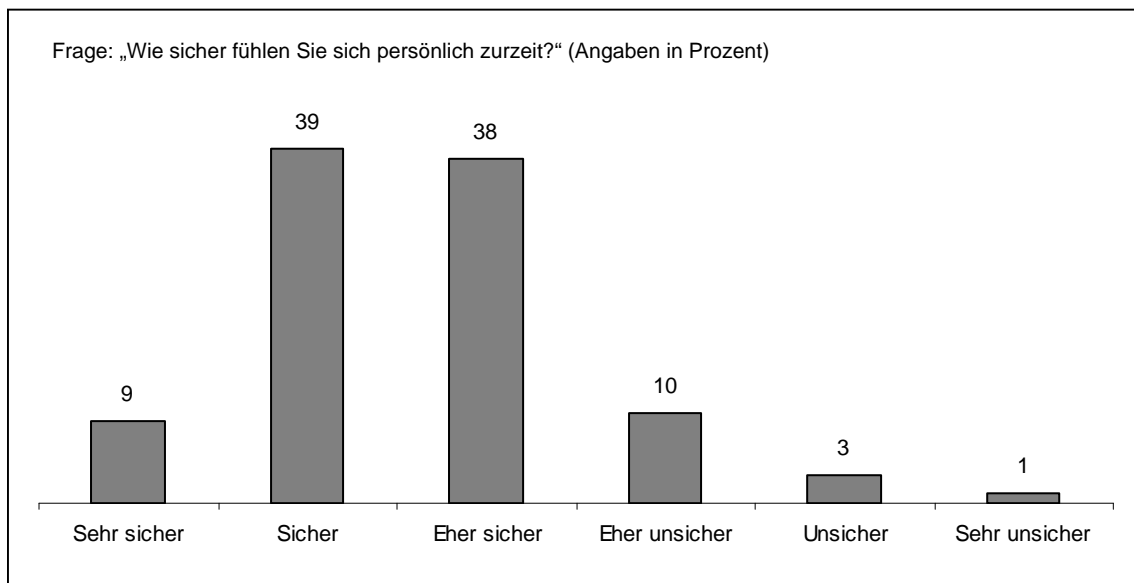
Im Vergleich zur Struktur des Bedrohungsempfindens im Jahr 2006 fällt zudem auf, dass ideologische und terroristische Bedrohungselemente, die also klassischerweise als „neue Bedrohungen“ angesehen werden, nunmehr keine eigene Dimension mehr bilden, sondern gemeinsam mit den militärischen Bedrohungen auf einem einzelnen Faktor „laden“, also auch kognitiv einer Dimension zuzuordnen sind. Dies könnte darauf hindeuten, dass Gefahren wie Terrorismus und Islamismus zunehmend in die Nähe gerückt werden zu „klassisch“ militärischen Sicherheitsbedrohungen, zu deren Lösung auch militärische Mittel klassischerweise geeignet erscheinen.

### **3.3 Beurteilung der persönlichen Sicherheitslage**

Ausgehend von den drei in Abschnitt 3.2 extrahierten Dimensionen persönlicher Bedrohungswahrnehmung der Bundesbürger soll nun deren Auswirkung auf das allgemeine Sicherheitsgefühl der Deutschen untersucht werden. Vor der eigentlichen Regressions-

analyse, mit der diese Fragestellung bearbeitet wird, ist eine Betrachtung der Entwicklung des Sicherheitsempfindens der Deutschen im Lauf der letzten Jahre lohnenswert, denn sie offenbart einen deutlichen Trend, nach dem die Deutschen sich persönlich von Jahr zu Jahr sicherer fühlen.

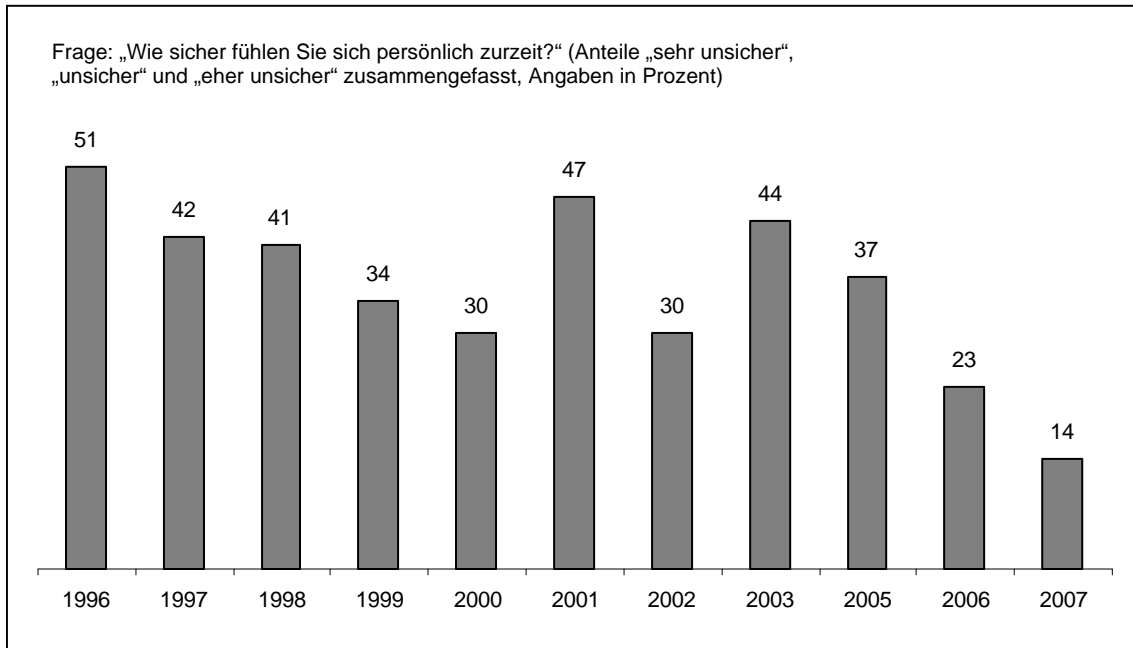
**Abbildung 3.2: Beurteilung der persönlichen Sicherheitslage**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Während 2006 noch ganze 23 Prozent der Befragten auf die Kategorien „sehr unsicher“, „unsicher“ und „eher unsicher“ entfielen, war dieses Empfinden 2007 mit nur 14 Prozent deutlich schwächer ausgeprägt. 86 Prozent der Befragten gaben an, sich persönlich „eher sicher“, „sicher“ oder „sehr sicher“ zu fühlen. Insgesamt offenbart sich dabei der Trend, eines seit Mitte der 1990er Jahre stetig absinkenden Unsicherheitsgefühls der Deutschen, von 1996 noch 51 Prozent, die sich „sehr unsicher“, „unsicher“ und „eher unsicher“ fühlten. Die „Ausreißer“ in den Jahren 2001, 2003 und 2005 könnten somit erklärt werden mit weltpolitischen Ereignissen in diesen Jahren, also dem 11. September 2001, dem Irak-Krieg 2003 sowie den Terroranschlägen in London im Jahr 2005. Solche aktuellen Ereignisse sind geeignet, kurzfristig insbesondere Empfindungen wie Bedrohung oder Angst auszulösen, also Impulse, die keiner weiteren komplexen kognitiven Einordnung bedürfen und so auch zu Ausreißern bei emotional besonders „aufgeladenen“ Fragen führen können.

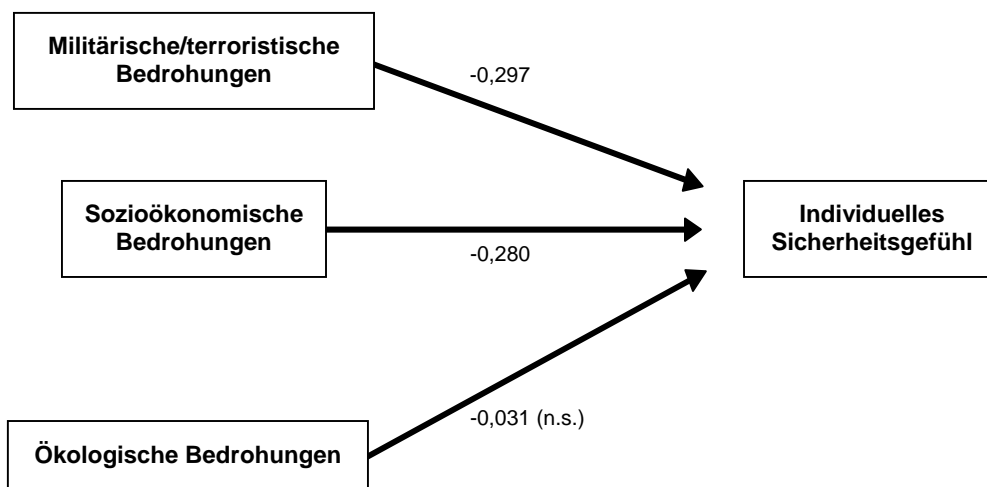
**Abbildung 3.3: Rückgang persönlichen Unsicherheitsgefühls**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 1996–2007.

Die im vorangegangenen Abschnitt erfolgte Faktorenanalyse ermöglicht es nun, gezielt die Wirkung der einzelnen Bedrohungsdimensionen auf das allgemeine individuelle Sicherheitsgefühl der Deutschen zu untersuchen, um näher beleuchten zu können, welche Dimension, also militärische/terroristische, sozioökonomische oder ökologische Bedrohung, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung am stärksten beeinträchtigt. Im Rahmen einer Regressionsanalyse wurden die extrahierten Faktoren der Bedrohungen als erklärende Variablen und das individuelle Sicherheitsgefühl als zu erklärende genutzt. Abbildung 3.4 zeigt das Ergebnis.

**Abbildung 3.4: Auswirkungen des Bedrohungsempfindens auf das individuelle Sicherheitsgefühl – Ergebnisse der multiplen Regressionsanalyse<sup>1</sup>**



Anmerkung: 1) Ausgewiesen sind Regressionskoeffizienten Beta; Anteil der erklärten Varianz  $R^2=0,166$ .  
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

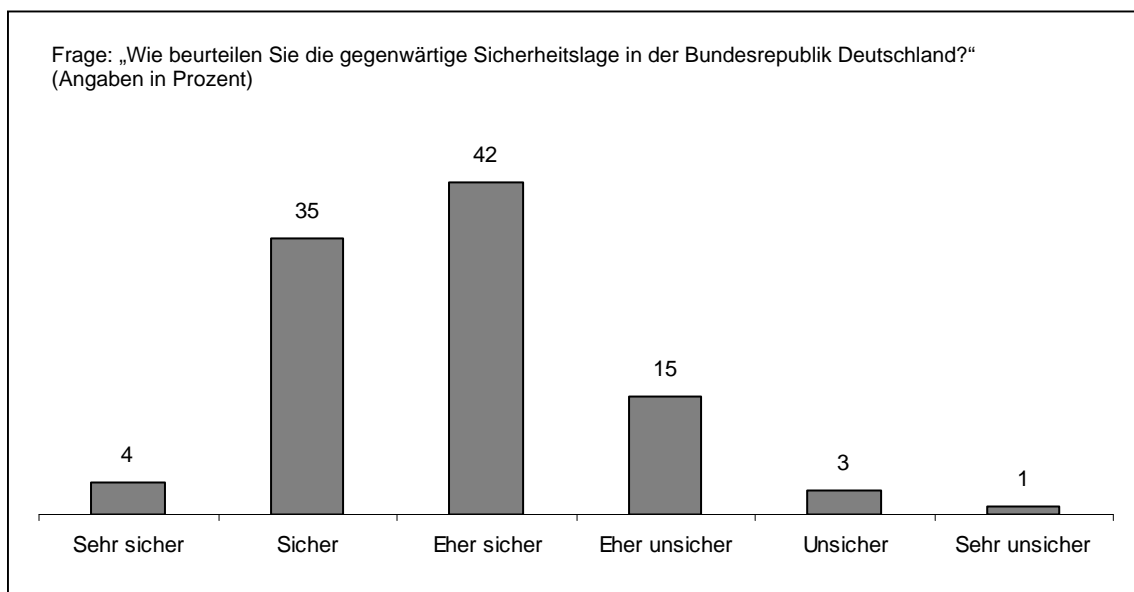
Dem Faktor „militärische/terroristische Bedrohung“ kommt die größte Wirkung zu. Das heißt, bei hoch ausgeprägtem persönlichen Bedrohungsgefühl, z. B. hinsichtlich kriegerischer Auseinandersetzungen in Afghanistan oder der Gefahr von Terroranschlägen in Deutschland, wirkt sich dies auch auf das allgemeine Sicherheitsgefühl des Bürgers aus, das durch die Bedrohungsempfindung verringert wird. Während auch der Effekt der Bedrohungen der individuellen wirtschaftlichen Situation sehr bedeutsam ist, also eine Bedrohung durch Arbeitslosigkeit sich auch auf das Sicherheitsgefühl auswirkt, fällt auf, dass die Wirkung der Dimension „ökologische Bedrohungen“ auf das Sicherheitsgefühl nur sehr marginal ausfällt. So fühlen sich Bürger, auch wenn sie angeben, den globalen Klimawandel als sehr große Bedrohung ihrer persönlichen Sicherheit zu betrachten, durch diese Bedrohung kaum unsicherer als Befragte, die Umweltthemen keine größere Bedeutung zumessen. Dieser Befund bestätigt die Beobachtungen, die in der Bevölkerungsbefragung 2006 gemacht werden konnten, wie auch die Erkenntnisse von Holst (1998). Obwohl der Klimawandel 2007 fast täglich in den Medien thematisiert wurde, scheint eine Gefahr dennoch weiterhin äußerst diffus und für eine Mehrheit der Befragten schlecht erfassbar zu sein. Die Aufmerksamkeit darauf ergibt sich für eine Mehrheit noch immer primär durch die öffentliche Diskussion und Berichterstattung der Medien und weniger durch direkte Konfrontation mit dem Gefahrenpotenzial. Besonders der Unterschied im Effekt einerseits des Faktors „ökologische Bedrohungen“ und andererseits des Faktors „sozioökonomische Bedrohungen“ könnte so erklärt werden.

Es muss aber auch erwähnt werden, dass das zweistufige Modell aus Bedrohungsempfinden und Sicherheitsgefühl der Bürger den Mechanismus der Herausbildung subjektiver Sicherheit nicht vollständig abbildet. Die Ergebnisse der Regressionsanalyse machen deutlich, dass noch weitere Faktoren mitwirken, welche die subjektive Sicherheit der Deutschen formen.

### 3.4 Beurteilung der nationalen Sicherheitslage

Bei der Beurteilung der nationalen Sicherheitslage Deutschlands fällt zunächst im Vergleich zum persönlichen Sicherheitsempfinden auf, dass ein geringerer Anteil der Deutschen ihr Land als „sicher“ oder „sehr sicher“ betrachtet, nämlich nur 39 Prozent, verglichen mit 48 Prozent, die sich selber „sicher“ oder „sehr sicher“ fühlen. Die neuen Bedrohungen der letzten Jahre, insbesondere durch Terrorismus, aber z. B. auch die Gefahren des Klimawandels, werden offenbar als nationales Problem wahrgenommen, was aber nur in geringem Maße ein individuelles Unsicherheitsgefühl auslöst. Aber auch die Überlegung, dass Bedrohungen der eigenen Sicherheit oftmals weniger intensiv wahrgenommen oder gar übersehen werden, während Bedrohungen „der anderen“ kognitiv stärker im Bewusstsein stehen, könnte bei dieser Abweichung eine Rolle spielen.

**Abbildung 3.5: Beurteilung der nationalen Sicherheitslage**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.



### 3.5 Fazit

Die Ergebnisse der Untersuchung von Bedrohungs- und Sicherheitsempfinden der deutschen Bevölkerung im Jahre 2007 bestätigen die Befunde und Trends des Vorjahres.

Die Deutschen fühlen sich persönlich so sicher wie noch nie im Zeitraum der SOWI-Bevölkerungsbefragungen gemessen. Jeder Zweite fühlt sich persönlich „sicher“ oder sogar „sehr sicher“, nur minimale Anteile geben an, sich tatsächlich „unsicher“ zu fühlen. Und auch die nationale Sicherheitslage wird, obwohl geringfügig kritischer eingeschätzt als die persönliche, insgesamt als hochgradig sicher empfunden. Dieses Ergebnis scheint primär wirtschaftliche Gründe zu haben. Während die Bedrohungen durch Terrorismus in den letzten Jahren zunahm, entspannte sich die wirtschaftliche Situation im Lande, und insbesondere die Arbeitslosigkeit wurde nicht mehr in dem Maße als Problem und Gefahr gesehen, wie dies noch vor einigen Jahren der Fall war.

Gleichzeitig legen die Ergebnisse der SOWI-Bevölkerungsbefragung 2007 wie auch 2006 den Schluss nahe, dass sozioökonomische Faktoren eine nicht unbedeutende Rolle für das Sicherheitsgefühl des einzelnen Bürgers haben. Das heißt, dass wirtschaftliche Entwicklungen auch kurzfristig erheblichen Einfluss auf das Sicherheitsempfinden der Bürger entwickeln können. So könnten Preissteigerungen, insbesondere im Energiesektor, den Trend zunehmender persönlicher Sicherheit der letzten Jahre relativ schnell wieder umkehren lassen.

Der Themenbereich, den die Deutschen momentan als bedrohlichsten wahrnehmen, wirkt sich auch 2007 weiterhin nicht auf ihr Sicherheitsgefühl aus, nämlich ökologische Probleme wie der Klimawandel. Obwohl das Problembewusstsein in diesem Bereich nun seit mehreren Jahren zunimmt, scheint das Phänomen weiterhin primär durch die Medien vermittelt zu sein, ohne dass die Bevölkerung eine Bedrohung bisher persönlich konkret wahrnehmen würde.

Zukünftige Untersuchungen sollten also insbesondere Entwicklungen in der Realität, sowohl im wirtschaftlichen Bereich wie auch bei Terrorismus und Klimawandel, in Betracht ziehen, um Veränderungen im Meinungsbild des Sicherheits- und Bedrohungsempfindens korrekt prognostizieren zu können.



## 4 Internationales Engagement Deutschlands

*Alexandra Jonas*

---

### 4.1 Einleitung

Das Jahr 2007 war geprägt durch eine exponierte Rolle Deutschlands auf der internationalen Bühne. Durch die G 8-Präsidentschaft sowie die EU-Ratspräsidentschaft war die Bundesregierung in der Verantwortung, als *primus inter pares* eine Führungsrolle einzunehmen. Dieses verstärkte Engagement auf der politisch-diskursiven Ebene verdeutlichte jedoch nicht nur die Gestaltungsmöglichkeiten, sondern auch die globale Verantwortung der Bundesrepublik. Ein essenzieller Teil dieser Verantwortung ist das sicherheits- und verteidigungspolitische Engagement Deutschlands in der Welt, vor allem durch die Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2007 erfasste das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr die Einstellungen der Bevölkerung zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Engagement Deutschlands. Im Rahmen einer Analyse dieser Einstellungen kann man grundsätzlich unterscheiden zwischen den Bundesbürgern, die im Sinne einer isolationistischen Grundhaltung eine aktive internationale Rolle Deutschlands ablehnen und den Bundesbürgern, die in einer globalen Logik eine solche aktive Rolle befürworten. Im Rahmen der Auswertung der Bevölkerungsbefragung 2007 stellt sich dabei die spezifische Frage, ob die hervorgehobene Verantwortung Deutschlands in diesem Jahr die Einstellungen der Bevölkerung zur internationalen Rolle der Bundesrepublik beeinflusste. Dreizehn Jahre nachdem das Bundesverfassungsgericht Auslandseinsätze der Bundeswehr legitimierte, wird im Einzelnen zu überprüfen sein, wie sich die stetig zunehmende Zahl an zivilen und militärischen Auslandseinsätzen auf die Zustimmung der Bevölkerung zum internationalen Engagement Deutschlands auswirkt. Schließlich ist dieses Engagement mit immer deutlicher sichtbaren Gefahren für deutsche Soldaten verbunden. Eine grundsätzliche Zustimmung des Volkes zu den von der Regierung determinierten internationalen Aktivitäten ist somit als Legitimationsbasis für das deutsche sicherheits- und verteidigungspolitische Engagement wünschenswert. Ohnehin ist zu vermuten, dass Umfrageergebnisse und die darin widerspiegelten Einstellungen der Bevölkerung zur Grundlage bestimmter politischer Entscheidungen werden könnten bzw. dies bereits sind. Insgesamt wurde allerdings in den letzten Jahren im

Rahmen von Meinungsumfragen klar, dass die Bevölkerung eher skeptisch auf das wachsende internationale Engagement Deutschlands reagiert.

Aus den Daten der vergangenen Jahre wird jedoch auch ersichtlich, dass über die Korrelation mit der zunehmenden Zahl an risikoreichen Auslandseinsätzen der Bundeswehr hinaus weiterhin ein enger Zusammenhang besteht zwischen der wahrgenommenen wirtschaftlichen Situation Deutschlands und der Zustimmung des Einzelnen zum internationalen Engagement. So sprachen sich die Befragten, die Deutschland für ein wirtschaftlich starkes, stabiles Land halten eher für ein aktives internationales Engagement aus als die Befragten, welche die wirtschaftliche Situation als schlecht und instabil wahrnehmen. Somit wird auch im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2007 zu überprüfen sein, ob ein solcher Zusammenhang zwischen der Angst der Bürger vor einer Wirtschaftskrise oder dem Verlust des Arbeitsplatzes und deren Einstellung zum internationalen Engagement Deutschlands besteht. Ist dieser Zusammenhang gegeben, wäre angesichts des anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs im Jahr 2007 und der Tatsache, dass der Staatshaushalt im Jahr 2007 erstmalig seit Ende der 80er Jahre insgesamt ausgeglichen war,<sup>1</sup> eine hohe Zustimmung zu einem aktiven internationalen Engagement Deutschlands zu erwarten.

In der folgenden Analyse der Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2007 wird neben einer differenzierten Betrachtung der Umfragewerte auch auf die Motive für die jeweiligen Einstellungen eingegangen. Weiterhin wird untersucht, welche grundlegenden außenpolitischen Ziele in der Bevölkerung als wichtig erachtet werden und inwiefern diese Priorisierung mit dem tatsächlichen internationalen Engagement Deutschlands übereinstimmt. In einem abschließenden Exkurs wird dann der sicherheitspolitische Kenntnisstand der deutschen Bevölkerung unter die Lupe genommen. Im Einzelnen soll die Annahme überprüft werden, dass dieser eine ausschlaggebende Determinante für die Einstellungen der Bevölkerung zum internationalen Engagement Deutschlands darstellt. So können Meinungsbilder auf nicht fundierten Einstellungen basieren, die sich in Befragungen durch stark kontextabhängige, spontane und sozial angepasste Antworten zu erkennen geben und meist in engem Zusammenhang mit einem niedrigen sicherheitspolitischen Kenntnis- und Informationsstand stehen.

---

<sup>1</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2008): Jahreswirtschaftsbericht. Online: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/jahreswirtschaftsbericht-2008,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>

## 4.2 Einstellungen zum internationalen Engagement Deutschlands

Auf die Frage nach dem bevorzugten Verhalten der Bundesrepublik auf der internationalen Ebene antworteten 55 Prozent der Befragten, dass Sie eine aktive Politik befürworten. Die verbleibenden 45 Prozent waren hingegen der Ansicht, dass sich Deutschland lieber auf die Bewältigung eigener Probleme konzentrieren und sich aus Krisen und Konflikten anderer heraushalten sollte. Sowohl Männer als auch Frauen sprachen sich mehrheitlich für ein aktives Engagement aus, wobei die Zustimmung bei den männlichen Befragten höher ausfiel als bei den weiblichen Befragten. Ähnlich verhielt es sich bei den jüngeren Befragten, die einem aktiven Engagement positiver gegenüber standen als die älteren Befragten.

**Tabelle 4.1: Zustimmung zum internationalen Engagement Deutschlands**

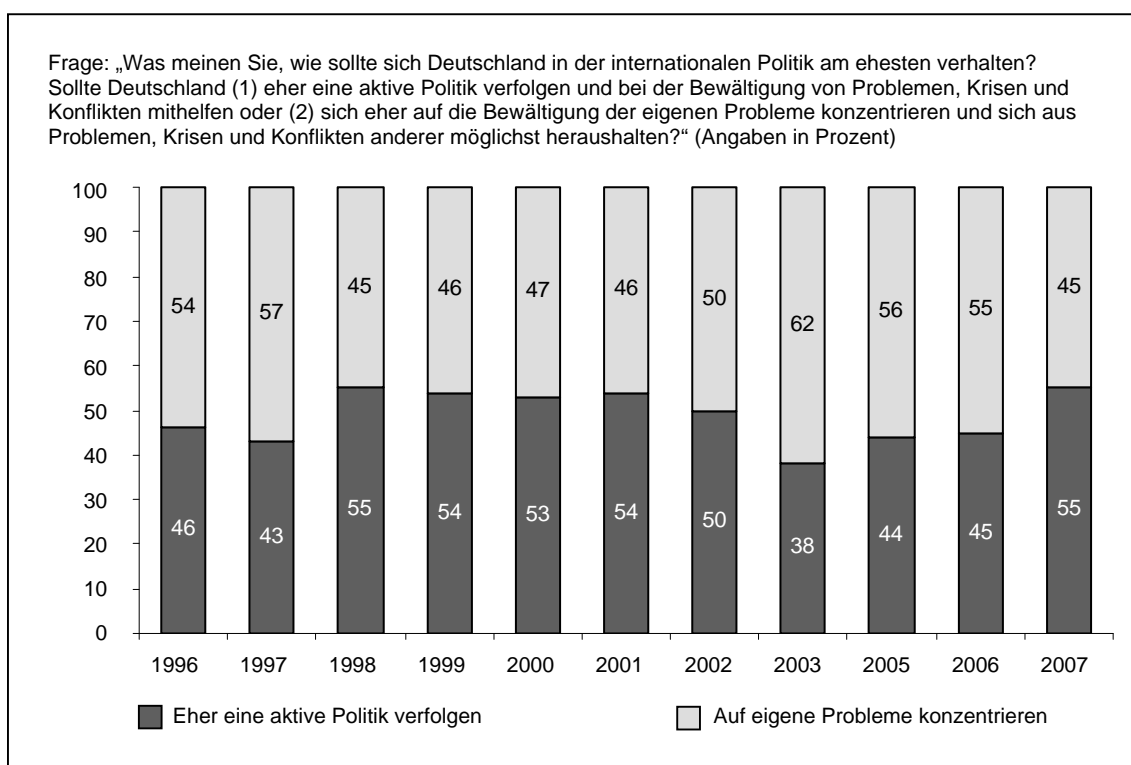
Frage: „Was meinen Sie, wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten? Sollte Deutschland ...“		
(1) eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder (2) sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten?“ (Angaben in Prozent)		
	Antwort (1)	Antwort (2)
Insgesamt	55	45
Geschlecht		
Männer	58	42
Frauen	52	49
Altersgruppe		
16 bis 24 Jahre	57	43
25 bis 35 Jahre	58	42
36 bis 45 Jahre	56	44
46 bis 59 Jahre	58	42
60 Jahre und älter	49	51
Bildungsniveau		
Hochschulreife	67	33
Realschulabschluss	52	48
Hauptschulabschluss	51	49

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Auch hat offenbar der Bildungsstand der Bevölkerung Auswirkungen auf deren Einstellungen zum internationalen Engagement Deutschlands, da unter den Befragten mit einem Hochschulabschluss eine wesentlich höhere Zustimmungsrate festgestellt wurde als unter denen mit Real- oder Hauptschulabschluss.

Im Vergleich zum Vorjahr wird eindeutig ersichtlich, dass die Zustimmung der Bevölkerung zu einem aktiven internationalen Engagement Deutschlands gestiegen ist. So stimmten im Jahr 2007 mehr als die Hälfte der Bundesbürger einem aktiven internationalen Engagement zu. Dies sind genau zehn Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Verteilung der Zustimmung und Ablehnung nach Geschlecht, Alter und Bildungsstand ist jedoch zum Vorjahr vergleichbar. Betrachtet man darüber hinaus die Umfrageergebnisse in einer langfristigeren Retrospektive, so kommt man zu dem Schluss, dass im Jahr 2007 in der Bevölkerung die höchste Zustimmung zu einem aktiven internationalen Engagement Deutschlands seit zwölf Jahren gemessen werden konnte. Lediglich im Jahr 1998 war die Zustimmung der Bevölkerung zu einem aktiven internationalen Engagement mit 55 Prozent ebenso hoch wie 2007. Diese hohen Zustimmungswerte fielen damals in eine Zeit, in der sich die Bundesrepublik aktiv im ehemaligen Jugoslawien engagierte und die Notwendigkeit für einen solchen Einsatz den Bundesbürgern angesichts der Kriege „vor der eigenen Haustür“ mehr als deutlich sein musste.

**Abbildung 4.1: Zustimmung der Bundesbürger zum außenpolitischen Engagement in der Retrospektive**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Wie bereits in den vergangenen Jahren konnte auch im Jahr 2007 ein enger Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen wirtschaftlichen Situation Deutschlands und der Zustimmung des Einzelnen zu einem aktiven internationalen Engagement festgestellt werden.<sup>2</sup> Je mehr sich der Befragte durch sozioökonomische Faktoren, wie z. B. durch eine schwere Wirtschaftskrise, die Kürzung von Sozialleistungen, den Verlust des Arbeitsplatzes, die andauernde Arbeitslosigkeit sowie eine unzureichende finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit, im Alter oder im Krankheitsfall bedroht fühlte, desto geringer war dessen Zustimmung zu einem aktiven internationalen Engagement Deutschlands. Im Einzelnen zeigte sich im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2007, dass die Zustimmung der Befragten, die sich von sozioökonomischen Faktoren stark bedroht fühlten mit 41,7 Prozent wesentlich geringer ausfiel als die 65,1-prozentige Zustimmung der Befragten, die sich gar nicht bedroht fühlten. Darüber hinaus fühlten sich jedoch im Jahr 2007 insgesamt annähernd zehn Prozent weniger Bundesbürger von sozioökonomischen Faktoren bedroht als noch im Jahr 2006. Der anhaltende wirtschaftliche Aufschwung und der ausgeglichene Staatshaushalt scheinen somit im Jahr 2007 zu einer veränderten Bedrohungsperzeption in der Bevölkerung geführt zu haben, die sich unmittelbar auf die Einstellung der Bundesbürger zum internationalen Engagement Deutschlands auswirkte. Für die sicherheits- und verteidigungspolitischen Entscheidungsträger hat dieser Nexus zwischen sozioökonomischen Faktoren und den Einstellungen der Bevölkerung zu den Aktivitäten Deutschlands auf der internationalen Ebene vorwiegend Nachteile. Schließlich sind nationale sozioökonomische Faktoren durch die sicherheits- und verteidigungspolitischen Akteure innerhalb der Regierung politisch nicht unmittelbar zu beeinflussen.

#### **4.3 Pro und Contra – welche Motive für oder gegen ein aktives internationales Engagement?**

Hinsichtlich der Motive der Befragten, die ein aktives internationales Engagement Deutschlands befürworten, berief sich mit 69 Prozent eine Mehrheit auf das Gebot der Solidarität und verwies auf die globale Verantwortung, die Deutschland v. a. aufgrund seiner Machtposition im internationalen Gefüge inne habe. Die entsprechenden Befragten sagten unter anderem: „Man muss anderen Ländern aus Krisen helfen“, „Was auf der Welt passiert betrifft alle“, „Die Reichen müssen den Armen helfen“ oder verwiesen

---

<sup>2</sup> Zum Zusammenhang zwischen Bedrohungswahrnehmung, Sicherheitsempfinden und ökonomischen Faktoren, siehe auch Kapitel 3 „Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsempfinden“.

auf eine moralische, soziale und ethische Verantwortung, Deutschlands technologische, militärische und politische Stärke sowie auf eine historische Verpflichtung und Vorbildrolle. Als weitere Motive für ein aktives Engagement wurden von 32 Prozent der Befragten Prävention sowie die Sicherung des Friedens in der Welt genannt. So müssten Gefahren für Deutschland abgewendet, die Machtposition der USA eingedämmt, die Sicherheit und Stabilität der Staatengemeinschaft gewährleistet und der internationale Terrorismus bekämpft werden. Darüber hinaus führten 28 Prozent der Befürworter einer aktiven internationalen Rolle Deutschlands humanitäre Gründe, die Förderung von wirtschaftlicher Entwicklung, Wiederaufbau, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit an. In diesem Sinne sprachen sich die Befragten dafür aus, Armut und Krankheiten weltweit zu bekämpfen, den Aufbau von Bildungssystemen zu unterstützen und zur Achtung der Menschenrechte beizutragen. 20 Prozent der Befragten nannten weiterhin die mit der Globalisierung einhergehenden Mechanismen und internationalen Vertragsverpflichtungen als Motiv. Im Einzelnen bezogen sie sich dabei auf Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft in NATO, EU, VN und G 8 sowie darauf, dass die Globalisierung die Abhängigkeit von anderen Nationen bedingt und nationale Probleme zu internationalen Belangen werden lässt. Mit drei und vier Prozent wesentlich seltener aufgeführt wurden ökonomische Motive, z. B. die Förderung des Welthandels und die Sicherung der Energieversorgung, sowie die Eigeninteressen Deutschlands, z. B. die Steigerung des internationalen Ansehens und die Durchsetzung politischer Interessen.

**Tabelle 4.2: Motive der Befürworter eines aktiven internationalen Engagements Deutschlands**

Motive	Prozent
Solidarität; globale Verantwortung aufgrund der Machtposition Deutschlands im internationalen Gefüge	69
Prävention, globale Friedenssicherung	32
Humanitäre Gründe; Förderung von wirtschaftlicher Entwicklung, Wiederaufbau, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	28
Globalisierung; Militärbündnisse und vertragliche Verpflichtungen im Rahmen von NATO, VN, G 8 und EU	20
Eigeninteressen Deutschlands	4
Ökonomische Gründe	3

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Die Gegner eines aktiven internationalen Engagements Deutschlands nannten mit 75 Prozent mehrheitlich das Primat der Innenpolitik als Grund für ihre Einstellung. So solle Deutschland erst seine eigenen Probleme, v. a. ökonomischer oder sozialer Natur



wie Armut, Arbeitslosigkeit oder Einwanderung, lösen. Schließlich, so die entsprechenden Befragten, sollte sich Deutschland neutral verhalten, da die Bundesrepublik ja keine Weltpolizei sei und sich doch auch andere, wie z. B. die USA, um die globalen Probleme kümmern könnten. Als weiteren Grund gegen ein aktives Engagement führten 24 Prozent der Befragten die grundsätzliche Eigenverantwortlichkeit von Krisenregionen auf. So wurde unter anderem geäußert, die Menschen in den Krisenregionen würden Deutschland aufgrund ihrer Kulturen und Mentalitäten ohnehin nicht als Hilfe sehen. 19 Prozent der Befragten nannten außerdem potenzielle Gefahren für Deutschland als Motiv für ihre Ablehnung eines aktiven Engagements und bezogen sich z. B. auf eine erhöhte Terrorgefahr und die Gefahren für Leib und Leben der deutschen Soldaten. Darüber hinaus nannten 15 Prozent der Befragten ökonomische Gründe: So sei ein aktives internationales Engagement zu teuer bzw. Geldverschwendung und die Mittel sollten in wichtigere Dinge investiert werden. Mit vier Prozent gab des Weiteren eine kleine Minderheit der Gegner eines aktiven außenpolitischen Engagements schlechte Erfolgsaussichten als Motiv für ihre Einstellung an und bezog sich u. a. auf das oftmals undefinierte Ende eines spezifischen Einsatzes.

**Tabelle 4.3: Motive der Gegner eines aktiven internationalen Engagements Deutschlands**

Motive	Prozent
Primat der Innenpolitik	75
Eigenverantwortlichkeit von Krisenregionen	24
Gefahren für Deutschland/Gefahren für deutsche Soldaten	19
Ökonomische Gründe	15
Erfolgsaussichten	4

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Auffällig ist, dass die Befürworter eines aktiven internationalen Engagements Deutschlands vor allem ideelle, postmaterielle Begründungen wie Solidarität, eine internationale Verantwortung und die globale Friedenssicherung anführten. Im Gegensatz dazu beriefen sich die isolationistisch eingestellten Gegner eines aktiven Engagements mehrheitlich auf rationale, materielle Argumente, wie z. B. den Vorrang innenpolitischer Problemlösungen, die Eigenverantwortlichkeit von Krisenregionen sowie die mit aktivem internationalen Engagement verbundenen Gefahren. Weiterhin wurde die einführend erläuterte These, dass eine enge Korrelation zwischen einer als problematisch wahrgenommenen sozioökonomischen Situation Deutschlands und der Ablehnung eines akti-

ven internationalen Engagements Deutschlands besteht, bestätigt. Schließlich sprach sich die Mehrheit der Gegner eines solchen Engagements dafür aus, dass zunächst innenpolitische Probleme wie Armut oder Arbeitslosigkeit gelöst werden müssten, was darauf schließen lässt, dass diese sozioökonomischen Probleme als virulent empfunden werden. Vor dem Hintergrund des stetig zunehmenden internationalen Engagements Deutschlands und der notwendigen Zustimmung der Bevölkerung zu diesem im Sinne einer grundlegenden Legitimation, ist es für die politischen Entscheidungsträger von essenzieller Bedeutung zu kommunizieren, dass ein aktives internationales Engagement und die Bewältigung innenpolitischer Probleme nicht nur Hand in Hand gehen, sondern sowohl unmittelbar als auch mittelbar in Zusammenhang stehen können.

#### **4.4 Außen- und sicherheitspolitische Ziele und Prioritäten**

Ungeachtet der jeweiligen Motive der Befragten für oder gegen ein aktives internationales Engagement Deutschlands soll im Folgenden betrachtet werden, welche außen- und sicherheitspolitischen Ziele die Bundesbürger im Rahmen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik grundsätzlich für wichtig erachten.

Für das Jahr 2007 zeigt Tabelle 4.4, dass 76 Prozent der Befragten die Katastrophenhilfe und jeweils 72 Prozent den Umweltschutz und die Friedenssicherung als die wichtigsten Schwerpunkte erachten. Auf den letzten Plätzen in der Prioritätenliste der Befragten befinden sich hingegen das Verhindern der nuklearen Aufrüstung sogenannter Schurkenstaaten, der Erhalt und die Fortentwicklung der politischen und militärischen Zusammenarbeit in der NATO sowie die Pflege der Beziehungen zu den USA.

Bei der Betrachtung der außen- und sicherheitspolitischen Prioritätensetzung der Bevölkerung fällt auf, dass die Schwerpunkte, die auf ein sicherheitspolitisches Engagement hoher Intensität, inklusive militärischer Mittel, schließen lassen, von den Befragten als nicht sehr wichtig eingestuft werden. Im Einzelnen handelt es sich zum Beispiel um die Fortentwicklung der politischen und militärischen Zusammenarbeit in der NATO, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus bzw. das Verhindern der nuklearen Aufrüstung von Staaten wie Iran oder Nord-Korea. Im Gegensatz dazu sind solche Schwerpunkte, bei denen eine Assoziation mit militärischem Engagement fern liegt, unter den Top-Prioritäten der Befragten.

**Tabelle 4.4: Schwerpunkte in der Außen- und Sicherheitspolitik**

Frage: „Die Bundesregierung kann in der Formulierung Ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik ja unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Für wie wichtig erachten Sie diese außen- und sicherheitspolitischen Ziele? (Angaben in Prozent)			
Schwerpunkte	Außerordentlich wichtig	Wichtig	Gar nicht wichtig/ weniger wichtig
Katastrophenhilfe leisten	76	22	2
Umwelt schützen helfen	72	26	2
Frieden in der Welt sichern helfen	72	25	3
Versorgung Deutschlands mit Energie und Rostoffen sichern	69	28	3
Zur Achtung der Menschenrechte beitragen	65	30	5
Klimawandel begrenzen	64	32	4
Respektierung des Völkerrechts in der Welt fördern	59	35	6
Ausbeutung und Unterdrückung bekämpfen	58	34	8
Internationalen Terrorismus weltweit bekämpfen	56	36	8
Kluft zwischen armen und reichen Weltreligionen überwinden helfen	55	34	11
Sicherheit und die Stabilität der Staatengemeinschaft gewährleisten helfen	54	40	6
Europa und die außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit der EU stärken	52	41	7
Verbreitung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fördern	51	40	9
Wirtschaftsentwicklung in ärmeren Ländern fördern	50	37	13
Freien und ungehinderten Welthandel sichern	49	42	9
Nukleare Aufrüstung von Ländern wie Iran oder Nord-Korea verhindern helfen	48	35	17
Politische und militärische Zusammenarbeit in der NATO erhalten und fortentwickeln	37	44	19
Beziehungen zu den USA gestalten und pflegen	25	49	26

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Somit kann anhand der außen- und sicherheitspolitischen Prioritätenliste der Befragten abgeleitet werden, dass eine grundsätzliche Präferenz für ein ziviles, nicht-militärisches Engagement Deutschlands besteht. Dies deckt sich mit den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragung 2006, in der bereits ersichtlich war, dass gegen ein internationales Engagement hoher Intensität meist Vorbehalte in der Bevölkerung herrschen. Weiterhin ist auffällig, dass die drei von den Befragten für am wenigsten wichtig erachteten Schwerpunkte in engem Zusammenhang mit den USA bzw. der US-Außenpolitik stehen. Vor dem Hintergrund der kritischen Haltung weiter Teile der europäischen Öffentlichkeit gegenüber der 2007 amtierenden US-Administration ist dieses offensichtliche Unbehagen gegenüber amerikanischer Prioritäten allerdings auch nicht verwunder-

lich.<sup>3</sup> Die politischen Entscheidungsträger in der Bundesrepublik sollten daher im öffentlichen Diskurs deutlich klarstellen, warum gute transatlantische Beziehungen – in und außerhalb der NATO – unabhängig von der Politik der jeweiligen US-Administration unerlässlich sind und weshalb die Eindämmung nuklearer Ambitionen der von Präsident Bush als „Schurkenstaaten“ bezeichneten Länder auch ein genuines deutsches Interesse sind. Weiterhin sollten die Gründe für ein internationales Engagement Deutschlands mit hoher Intensität der Öffentlichkeit offen und regelmäßig kommuniziert werden, um langfristig mehr Akzeptanz für nicht zivile Mittel herzustellen.

#### **4.5 Exkurs: Zur Wechselbeziehung zwischen Kenntnisstand und Einstellung**

Wie bereits einführend dargestellt und in Anlehnung an die Bevölkerungsbefragung 2006 soll im Folgenden die These überprüft werden, dass auch im Jahr 2007 ein enger Zusammenhang zwischen dem sicherheits- und verteidigungspolitischen Kenntnis- und Informationsstand des Einzelnen und dessen Einstellung zum internationalen Engagement Deutschlands besteht. Im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2006 wurde bereits deutlich, dass sicherheits- und verteidigungspolitische Themen im Gegensatz zu Themenbereichen innenpolitischer Natur von nachgeordneter Bedeutung für das Gros der Bundesbürger sind. Während der Einzelne sich üblicherweise von Politikbereichen wie Sozial-, Bildungs-, oder Arbeitsmarktpolitik unmittelbar betroffen fühlt und diesen eine dementsprechend große Aufmerksamkeit schenkt, herrscht ein wesentlich geringeres Interesse an dem abstrakteren sicherheits- und verteidigungspolitischen Themenkomplex. Dieses geringe Interesse zieht einen mangelnden Kenntnisstand der Bundesbürger über die Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach sich, der wiederum zu nicht fundierten, oftmals instabilen Einstellungen in diesem Politikfeld führt. In der Konsequenz sind diese nicht fundierten Einstellungen der Bevölkerung sehr leicht anfällig für aktuelle Ereignisse, die von den Massenmedien verbreitet werden und meist negativ-polemischer Natur sind. Weiterhin führt ein mangelhafter Kenntnisstand im Rahmen von

---

3 Laut *Transatlantic Trends*, der jährlichen Meinungsumfrage des *German Marshall Fund of the United States*, ist die Bush-Regierung und ihre Politik im Jahr 2007 äußerst unbeliebt in Deutschland. Exemplarisch dafür halten 2007 lediglich 38 Prozent der Bundesbürger eine globale Führungsrolle der USA für wünschenswert. Im Vergleich dazu sprachen sich im Jahr 2002 noch 68 Prozent der Deutschen für eine führende Rolle der USA aus. Online: [http://www.transatlantictrends.org/trends/doc/TT07DEKFR\\_FINAL.pdf](http://www.transatlantictrends.org/trends/doc/TT07DEKFR_FINAL.pdf)

Meinungsumfragen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stark kontextabhängigen, spontanen und sozial angepassten Antworten.

Als Teil der Bevölkerungsbefragung 2007 wurden neun Wissensfragen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen gestellt, zu denen jeweils vier vorgegebene Antwortmöglichkeiten sowie die Option „Weiß nicht/Keine Antwort“ zur Auswahl standen.

#### **Abbildung 4.2: Wissensfragen zur Bundeswehr und ihren Einsätzen**

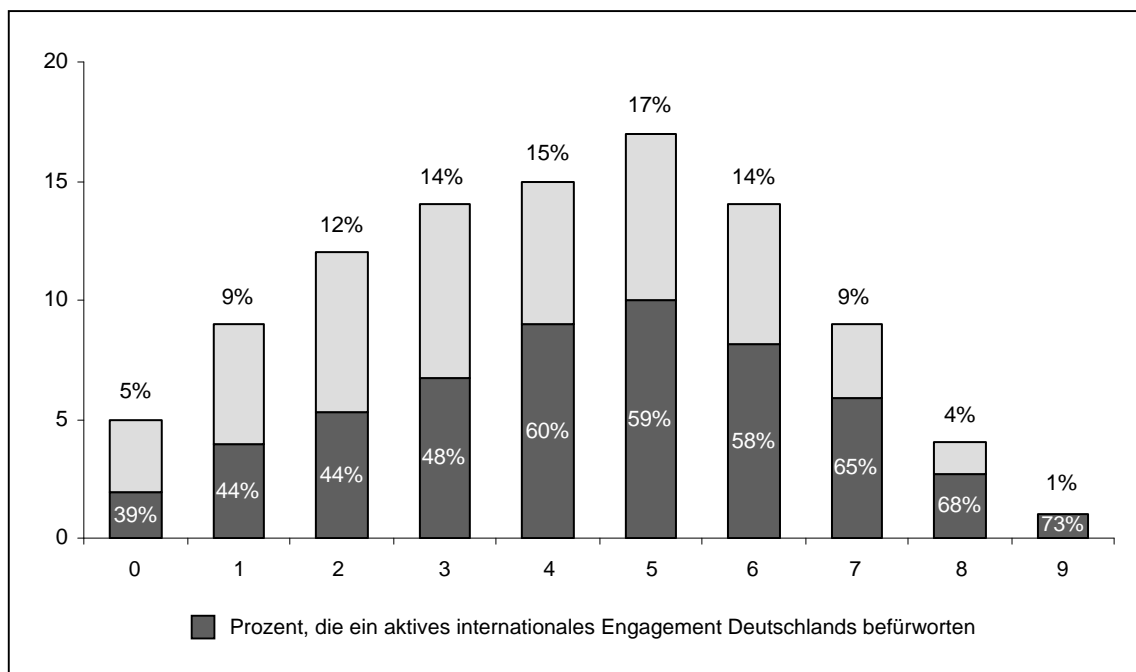
1. „Wie viele Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr befinden sich derzeit im Auslandseinsatz?“
2. „Wie heißt der gegenwärtige Bundesminister der Verteidigung?“
3. „Deutschland beteiligt sich zurzeit an der Friedenstruppe der Vereinten Nationen im Libanon (UNIFIL). Welche Kräfte der Bundeswehr sind mit diesem Einsatz hauptsächlich betraut?“
4. „Seit wann befindet sich die Bundeswehr im Rahmen der ISAF-Friedenstruppe in Afghanistan im Einsatz?“
5. „Wem obliegt die letztendliche Entscheidung über die Auslandseinsätze der Bundeswehr, wie beispielsweise dem ISAF-Einsatz in Afghanistan?“
6. „In welchem Land ist die Bundeswehr gegenwärtig im Einsatz?“
7. „Wie viele Monate dauert der Grundwehrdienst in der Bundeswehr?“
8. „Welche der folgenden Aussagen beschreibt die Situation von Frauen in der Bundeswehr korrekt?“
9. „Welches Dokument zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands wurde im Jahr 2006 veröffentlicht?“

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Aus Abbildung 4.3 wird ersichtlich, dass über 50 Prozent der Befragten lediglich null bis vier dieser Wissensfragen richtig beantworten konnten. Eine Minderheit beantwortete fünf bis neun Fragen richtig, wobei lediglich ein Prozent der Befragten alle neun Wissensfragen richtig beantwortete und nur vier Prozent auf acht der neun Fragen die richtige Antwort wussten. Die meisten Befragten beantworteten vier bis fünf Wissensfragen richtig. Dabei handelte es sich bei den Fragen mit dem höchsten Anteil an richtigen Antworten um die Frage nach dem Namen des gegenwärtigen Bundesministers der Verteidigung, die 60 Prozent der Befragten richtig beantworteten, sowie um die Frage nach der Situation von Frauen in der Bundeswehr, die 64 Prozent der Befragten richtig beantworten konnten. Die größten Wissenslücken wurden hingegen bei der Wissensfrage zum „Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ deutlich, auf die nur 19 Prozent der Befragten die richtige Antwort wussten, sowie bei der Wissensfrage zur gegenwärtigen Anzahl der Bundeswehrsoldaten im Einsatz, auf die 31 Prozent richtig antworteten.

Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2007 bestätigen die These, dass der sicherheits- und verteidigungspolitische Kenntnis- und Informationsstand der Bundesbürger gering ist. Dies lässt darauf schließen, dass die Antworten der Befragten auf nicht fundierten und somit instabilen Einstellungen beruhen. Weiterhin demonstriert Abbildung 4.3 eindeutig, dass die Zustimmung zu einem aktiven internationalen Engagement Deutschlands tatsächlich in engem Zusammenhang mit dem Wissen der Bundesbürger zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen wächst. So wächst die Zustimmung zu einer aktiven außenpolitischen Rolle Deutschlands nahezu graduell mit dem Kenntnisstand des Einzelnen, was wiederum darauf schließen lässt, dass vor allem die Ablehnung einer aktiven internationalen Rolle auf nicht-fundierten, instabilen Einstellungen beruht. Im Einzelnen befürworten 39 Prozent der Befragten, die keine der Wissensfragen richtig beantworten konnten, ein aktives internationales Engagement Deutschlands, während 59 Prozent der Befragten, die fünf Wissensfragen richtig beantworteten, sich für ein solches Engagement aussprachen und 73 Prozent der Befragten, die alle neun Wissensfragen korrekt beantworten konnten, zu den Befürwortern zählen.

**Abbildung 4.3: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Informationsniveau**



Anmerkung: Anzahl der richtigen Antworten auf neun Wissensfragen (Angaben in Prozent).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Der geringe Kenntnis- und Informationsstand der Bundesbürger zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Themenbereich ist also eine entscheidende Determinante für

die ablehnende Haltung eines Teils der Bevölkerung zu einem aktiven internationalen Engagement Deutschlands. Grundsätzlich kann der geringe Kenntnisstand hierbei durch verschiedene Faktoren bedingt sein: Zum einen durch die Tatsache, dass die Interessen der Bundesbürger vorwiegend im innenpolitischen Themenspektrum liegen. Zum anderen kann er dadurch bedingt sein, dass die veränderte, über Jahrzehnte durch Zurückhaltung geprägte Rolle der Bundesrepublik als international agierender militärischer Akteur sich erst langsam im Bewusstsein der Bürger verfestigt. Vor diesem Hintergrund könnte erwartet werden, dass das grundsätzlich geringe Interesse der Bürger an außen- und sicherheitspolitischen Themenfeldern diesem „Lernprozess“ allerdings Grenzen setzt. Von daher bleibt es eine Daueraufgabe der politischen Verantwortlichen, durch Bereitstellung von leicht zugänglichem und verständlichem Informationsmaterial, durch entsprechende Priorisierung in der politischen und parlamentarischen Diskussion die Bürger bestmöglich zu informieren, sie über das Rational von Auslandseinsätzen überzeugend aufzuklären und auf diese Weise eine mehrheitliche Unterstützung in der Bevölkerung zu den im Bundestag getroffenen Einsatzentscheidungen sicherzustellen.

#### **4.6 Fazit**

Im Jahr 2007 ist ein deutlicher Wandel der Einstellungen der Bundesbürger zum internationalen Engagement Deutschlands festzustellen. Erstmals nach neun Jahren sprach sich eine so große Mehrheit der Befragten für ein aktives internationales Engagement der Bundesrepublik aus.

Bei eingehender Betrachtung der Umfrageergebnisse fällt auf, dass vor allem sozioökonomische Faktoren, im Einzelnen die Wahrnehmung der Befragten bezüglich ihrer wirtschaftlichen Lage, einen entscheidenden Einfluss auf die jeweiligen Einstellungen zum internationalen Engagement Deutschlands haben. Folglich wirkte sich die gute wirtschaftliche Situation Deutschlands im Jahr 2007 positiv auf die Einstellungen der Bundesbürger hinsichtlich einer aktiven Rolle Deutschlands auf internationaler Ebene aus. Befragt nach den Motiven für ihre jeweilige Einstellung gaben die Befürworter eines aktiven Engagements vor allem ideelle, postmaterialistische Gründe an, wohingegen die eher isolationistisch eingestellten Befragten rationale, materielle Motive nannten und sich für ein Primat der Innenpolitik aussprachen. Die grundsätzlichen Prioritäten der Bevölkerung in der Außen- und Sicherheitspolitik spiegelten auch im Jahr 2007 eine Präferenz für solche Ziele wider, die Einsätze hoher Intensität bzw. die Verwendung

militärischer Mittel nicht unmittelbar implizieren. Weiterhin konnte durch die Auswertung der Bevölkerungsbefragung 2007 bestätigt werden, dass ein enger Zusammenhang zwischen dem sicherheits- und verteidigungspolitischen Kenntnisstand der Bevölkerung und ihren Einstellungen zum internationalen Engagement Deutschlands besteht. So stehen die Teile der Bevölkerung, die über einen gehobenen Kenntnisstand verfügen, einem aktiven internationalen Engagement Deutschlands deutlich positiver gegenüber als die weniger gut informierten Bürger. Diese zeichnen sich durch nicht fundierte Einstellungen aus, bedingt durch ein geringes Interesse an sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen. Es bleibt eine Aufgabe von Politik und Politikwissenschaft herauszufinden, ob und auf welche Art und Weise am effektivsten ein höheres Interesse der Bevölkerung an sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen erreicht werden könnte.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind ein essenzieller Teil des internationalen Engagements Deutschlands. Detaillierte Betrachtungen zu den Aufgabenfeldern der Bundeswehr sowie der Einstellungen der Bundesbürger zu den Auslandseinsätzen folgen daher in Kapitel 8 und 9 des vorliegenden Berichts zur Bevölkerungsbefragung 2007.



# 5 Kampf gegen den internationalen Terrorismus

*Rüdiger Fiebig*

---

## 5.1 Einleitung

Schon in vergangenen Kapiteln wurde auf die Rolle Deutschlands im Kampf gegen den internationalen Terrorismus seit dem 11. September 2001 hingewiesen. Die Bedrohung, insbesondere durch islamistischen Terrorismus, stellt für Deutschland und andere westliche Staaten eine neue Herausforderung dar, die nach Ansicht auch von Vertretern der Bundesregierung die traditionelle Grenze zwischen innerer und äußerer Sicherheit des Staates und seiner Bürger aufweicht und somit neue Lösungsansätze und Maßnahmen notwendig macht. Während sich Deutschland bereits in den 70er und 80er Jahren einer großen Herausforderung durch die terroristische Gruppierung RAF gegenüber sah, welche die Bundesrepublik in ihrem Selbstverständnis als Rechtsstaat in ihren Grundfesten erschütterte, stellt die Bedrohung durch islamistischen Terrorismus einen qualitativen Unterschied zu den linksextremistisch motivierten Gewalttaten der RAF und vergleichbarer Organisationen in Westeuropa dar. Dieser rein politisch motivierte Terrorismus war in seinen Zielen und Mitteln selbst auferlegten Beschränkungen unterworfen, da er auf Sympathien in der Bevölkerung setzte. Religiös motivierter Terrorismus, z. B. durch die Organisation Al Qaida, operiert dagegen in einem in sich geschlossenen System von Zielen und Rechtfertigungen, das auf Legitimation von außen nicht angewiesen ist, sobald das eigene Tun als Werk Gottes definiert ist. Damit werden Umfang, Ziele und Mittel von Anschlägen lediglich durch die vorhandenen Ressourcen einer Organisation begrenzt. Ziele können somit breit gefasste Kategorien wie „die Ungläubigen“ sein, und Mittel könnten auch Massenvernichtungswaffen beinhalten, ohne dass deren Einsatz durch „weltliche“ Beschränkungen wie moralische Bedenken tabuisiert wäre (vgl. Gearson 2002: 168–175; Hoffman 2002: 121ff.).

Islamistischer Terrorismus stellt damit eine Bedrohung dar, die anders als vorherige Formen des Terrorismus sogar die physische wie wirtschaftliche Integrität eines Staates massiv beeinträchtigen könnte. Terroristische Anschläge, die nicht mehr auf einzelne Funktionsträger einer Gesellschaft, wie beispielsweise wirtschaftliche oder politische Spitzen abzielen, sondern im Alltag der Bürger wahllos tausende zivile Opfer fordern

können und auf die für die Lebensfähigkeit einer modernen Gesellschaft notwendige Infrastruktur abzielen, darunter wirtschaftliche oder industrielle Knotenpunkte wie z. B. Hafenanlagen, haben somit das Potenzial katastrophaler und langfristiger Folgen für eine Gesellschaft. (Meade/Molander 2006: 13–52).

Aus diesem Grund begannen fast alle westlichen Industrienationen bereits unmittelbar nach dem 11. September 2001 mit einer umfassenden Verschärfung von Maßnahmen der Inneren Sicherheit, da im Rahmen der qualitativ neuen terroristischen Bedrohungen auch einzelne Anschläge katastrophale Folgen haben könnten. Der „USA PATRIOT“ Act in den USA, der Anti Terrorism Act in Großbritannien wie auch das Terrorismusbekämpfungsgesetz in der Bundesrepublik wurden verabschiedet, um den Sicherheitsbehörden erweiterte Möglichkeiten, insbesondere im Bereich der Ermittlung und des Strafrechts, zu verschaffen.

In Deutschland war die erste größere Reaktion auf den 11. September 2001 im Bereich der Gesetzgebung das Terrorismusbekämpfungsgesetz, das am 9. Januar 2002 verabschiedet wurde. Es bündelte eine Vielzahl von Gesetzesänderungen. Unter anderem führte es die Möglichkeit ein, Flugverkehrsdaten durch Geheimdienste und Strafverfolgungsbehörden abfragen zu lassen, Auskünfte von Bankdaten der Kreditinstitute zu erhalten sowie biometrische Daten im Reisepass zu speichern. Ferner wurde auch das Vereins- und Ausländerrecht verschärft, um beispielsweise terroristische Vereinigungen und deren Mitglieder eher strafrechtlich verfolgen zu können, als das früher der Fall war. Das Terrorismusbekämpfungsgesetz wurde am 5. Januar 2007 durch das Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz ersetzt bzw. ergänzt, das die Geltungsdauer verlängerte sowie nochmals erweiternde Auskunftsbefugnisse für die Nachrichtendienste einführte.

Diese Bestrebungen führten, genau wie schon 30 Jahre zuvor zu Zeiten der RAF, unmittelbar zu Diskussionen um den Konflikt zwischen Freiheitsrechten im demokratischen Rechtsstaat auf der einen Seite und der Notwendigkeit von erweiterten Möglichkeiten der Verbrechensbekämpfung nach dem 11. September auf der anderen Seite. Die Anwendung von Maßnahmen wie der erweiterte Zugriff auf personenbezogene Daten – z. B. Bank- und Telefonbindungsnachweise – oder die sogenannte „Online-Durchsuchung“ wurden nicht nur von Vertretern des Datenschutzes kritisiert, sondern auch mehrfach in Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts eingeschränkt oder gekippt, insbesondere in Fällen, wo die Maßnahme nicht nur zur unmittelbaren Gefah-

renabwehr und einem konkreten Verdacht, sondern auch zur breiteren Überwachung abseits substanzieller Verdachtsmomente genutzt werden könnte.

Neben neuen Instrumenten der Verbrechensbekämpfung brachte der „Kampf gegen den Terror“ Deutschland noch eine weitere Debatte, nämlich die eines Militäreinsatzes im Inland. Da die Anschläge des 11. September in den USA nicht durch polizeiliche Maßnahmen, sondern in ihrer letztendlichen Ausführung lediglich durch militärische Mittel hätten abgewendet werden können, war das Luftsicherheitsgesetz eine der vordringlichsten Initiativen der Bundesregierung seit 2001. Neben verschiedenen Maßnahmen zur Verbesserung der Kontrolle von Flugpassagieren beinhaltete das Gesetz auch die Möglichkeit, von Terroristen entführte Passagierflugzeuge abzuschießen, sollten diese von den Entführern als Waffe eingesetzt werden. Das Bundesverfassungsgericht erklärte bereits 2006 diesen Aspekt des Luftsicherheitsgesetzes für verfassungswidrig.

## **Jung will abdrücken**

Minister denkt über Abschuss von Ziviljets nach / SPD:  
Frankfurter Rundschau, 17.09.2007, S. 5

## **Flugzeuge zum Abschuss freigegeben**

Verteidigungsminister Jung will entführte Passagierflugzeuge auch ohne rechtliche Grundlage zerstören lassen. Dabei will er sich auf den „übergesetzlichen Notstand“ berufen. Mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts wäre das vereinbar

Die tageszeitung, 17.09.2007, S. 6

Erneut in die öffentliche Diskussion gelangte das Thema jedoch im September 2007, als Bundesverteidigungsminister Jung gegenüber der Presse äußerte, dass er im Falle einer Flugzeugentführung wie am 11. September auch ohne gesetzliche Grundlage den Befehl zum Abschuss einer Maschine geben würde, und zwar im Rahmen des „übergesetzlichen Notstandes“. Zusammen mit dem mehrfach geäußerten Bestreben von Bundesinnenminister Schäuble, die Möglichkeiten für einen erweiterten Einsatz der Bundeswehr im Inland zum Schutz vor terroristischen Anschlägen zu schaffen, stießen diese Initiativen in der öffentlichen Diskussion und in den Medien auf erhebliche Kritik. Insbesondere die Überlegung Schäubles, dass ein schwerer terroristischer Anschlag in Deutschland möglicherweise als bewaffneter Angriff auf die Bundesrepublik gelten könnte, der

folglich den verfassungsmäßigen Verteidigungsfall auslösen würde, stieß auf Kritik. Dies wurde als „Hintertür“ für einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren und auch als Möglichkeit gesehen, die verfassungswidrigen Teile des Luftsicherheitsgesetzes im Rahmen des Verteidigungsfalles in der Praxis dennoch umsetzen zu können.

Neben diesem speziellen Fall eines bewaffneten Bundeswehreinsatzes im Inneren zog auch der während des G 8-Gipfels 2007 in Heiligendamm im Rahmen der technischen Amtshilfe geleistete Einsatz der Bundeswehr Kritik auf sich. Dabei setzte die Bundeswehr mehrere gepanzerte Spähwagen vom Typ Fennek sowie Tornado-Aufklärungsflugzeuge zur Überwachung von Straßen ein. Obwohl die Bundeswehr nach Artikel 87a des Grundgesetzes „[z]ur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes“ Amtshilfe leisten kann, sofern sie dabei keine hoheitlichen Aufgaben übernimmt, empfanden Kritiker, auch in den Regierungsfractionen, Tiefflüge von Kampfflugzeugen über den Camps von G 8-Gegendemonstranten als zumindest verfassungsrechtlich bedenklich.

**Abbildung 5.1: Gepanzertes Spähfahrzeug „Fennek“ der Bundeswehr**



Quelle: [www.Mediendatenbank.Bundeswehr.de](http://www.Mediendatenbank.Bundeswehr.de)

2007 war damit, wie schon die Vorjahre, geprägt von einem einerseits diffusen Bewusstsein einer terroristischen Bedrohung, das von Zeit zu Zeit, beispielsweise beim „Ausheben von Terrorzellen“, an die Oberfläche kam, und andererseits von einem stetigen Konflikt zwischen den Idealen eines freiheitlichen Rechtsstaates und immer weitergehenden Möglichkeiten für die staatlichen Sicherheitsorgane, die teilweise als Bedrohung wahrgenommen wurden. Während das Bewusstsein terroristischer Bedrohungen bereits in Kapitel 3 betrachtet wurde, sollen nun die Einstellungen der deutschen Bevölkerung zu den staatlichen Reaktionen auf diese Bedrohungen im Zentrum der Untersuchung stehen.

Basis der folgenden Analyse sind zwei Fragen der SOWI-Bevölkerungsumfrage 2007. Die erste Frage zielt auf die Rolle der Bundeswehr in der Terrorismusbekämpfung im Inland ab. Die Frage umfasst eine Reihe von Items, die potenzielle Einsatzszenarien der Bundeswehr im Inland enthielten, denen die Befragten zustimmen oder die sie ablehnen konnten. In diesem Kapitel werden diejenigen Einsatzfälle im Inland genauer betrachtet, welche sich mit Szenarien der Terrorabwehr beschäftigen.

Die zweite Frage befasst sich mit Instrumenten der inneren Sicherheit, die in den letzten Jahren diskutiert oder bereits implementiert wurden, um der gestiegenen Bedrohung durch internationalen Terrorismus seit dem 11. September in Deutschland zu begegnen. Die Frage lautete: „Um die Menschen in Deutschland vor den Gefahren des Terrorismus zu schützen, werden verschiedene Maßnahmen erwogen. Sagen Sie mir bitte, ob Sie den folgenden Vorschlägen zur Terrorabwehr zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“ Bei der vergangenen SOWI-Bevölkerungsbefragung 2006 ließen sich die Items analytisch in zwei Dimensionen abgrenzen, die den Charakter klassischer Strafverfolgung im Gegensatz zu stärker geheimdienstlichen Überwachungsmaßnahmen hatten. Die aktuelle Liste an möglichen Maßnahmen, die im Lichte der Ereignisse und politischen Entwicklung 2007 um mehrere Items ergänzt wurde, soll ebenfalls mit dem Mittel der Faktorenanalyse auf ihre zugrunde liegende Struktur geprüft werden, um Einblick zu erhalten in die kognitiven Konstrukte, die die Deutschen mit Maßnahmen der inneren Sicherheit in Verbindung bringen. Da die Möglichkeit, die Bundeswehr im Rahmen der Terrorabwehr auch zum Abschuss entführter Passagierflugzeuge einzusetzen, trotz verfassungsrechtlicher Einwände weiterhin nicht ausgeräumt ist, soll das Meinungsbild in der Bevölkerung zu dieser Einsatzoption auch mit Hilfe der in Kapitel 3 herausgearbeiteten Dimension der terroristischen Bedrohung genauer untersucht werden.

## 5.2 Einstellungen zum Einsatz der Bundeswehr bei der Terrorismusbekämpfung

Die Deutschen stehen einem Einsatz der Bundeswehr im Inland zum Schutz des Landes gegen Terrorismus nicht generell ablehnend gegenüber. Tabelle 5.1 zeigt die Anteile der Befragten, die unterschiedlichen Einsatzszenarien der Bundeswehr zur Bekämpfung von Terrorismus zustimmten oder diese ablehnten.

Allen genannten Szenarien zum Einsatz der Bundeswehr wird mit deutlicher Mehrheit zugestimmt. Fast alle Befragten, 95 Prozent, sind der Meinung, dass die Bundeswehr den deutschen Luftraum zum Schutz vor Anschlägen mit Flugzeugen überwachen sollte. Auch die Überwachung von Seehäfen, Industrieanlagen und auch öffentlichen Gebäuden trifft in der Bevölkerung auf deutliche Fürsprache. Das Item „Schutz von Flughäfen, Bahnhöfen und anderen öffentlichen Gebäuden“ ist das einzige, bei dem die ablehnenden Anteile mit 15 Prozent deutlicher zu Tage treten.

**Tabelle 5.1: Einstellungen zum Bundeswehreinsatz im Inneren: Terrorismusbekämpfung**

Frage: „Welche Aufgaben sollte die Bundeswehr in Deutschland übernehmen? Sagen Sie mir bitte, ob Sie einer Übernahme folgender Aufgaben durch die Bundeswehr zustimmen würden oder ob Sie dieses ablehnen würden.“ (Angaben in Prozent)				
	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab <sup>2</sup>
Zur Überwachung des deutschen Luftraums, um Terroranschläge mit Flugzeugen zu verhindern	79	16	3	2
Zur Überwachung der Küste und der Hafenanlagen, um Terroranschläge mit Schiffen zu verhindern	71	20	6	3
Zum Schutz von Flughäfen, Bahnhöfen und anderen öffentlichen Gebäuden vor Terroranschlägen	68	17	9	6
Zum Schutz von Kernkraftwerken, Chemiewerken und ähnlichen Anlagen vor Terroranschlägen	67	20	8	5

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne überwiegend ab“ und „Lehne vollkommen ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Das Meinungsbild zu den Einsatzszenarien der Bundeswehr im Inland legt den Schluss nahe, dass die Bevölkerung den Schutz vor Terrorismus auch innerhalb der Landesgrenzen durchaus als Aufgabe der Bundeswehr mitzutragen bereit ist. Die Bürger sind sich offenbar der Tatsache bewusst, dass die deutschen Streitkräfte mit speziellen Fähigkeiten vor allem im technischen Bereich auf dem Gebiet der inneren Sicherheit Aufgaben übernehmen könnten, die Länder- wie Bundespolizei nicht oder nicht in ausreichendem Maße besitzen. Insbesondere im Luftraum und in den Gewässern unseres Landes wird

Überwachung und Kontrolle zur Terrorismusabwehr fast selbstverständlich auch als Aufgabe der Bundeswehr gesehen. Dieser Befund korrespondiert mit Ergebnissen vergangener SOWI-Bevölkerungsbefragungen wie auch der vorliegenden Umfrage, welche die Leistungen der Bundeswehr bei Einsätzen im Inland, z. B. zur Katastrophenhilfe, im Urteil der Bundesbürger durchweg als herausragend gesehen haben. Auch das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Bundeswehr speist sich nach wie vor in erheblichem Maße aus ihren Leistungen bei Einsätzen im Rahmen der Katastrophenhilfe, z. B. an Oder und Elbe.

Ablehnung scheint nur dann überhaupt aufzutreten, wo eine Präsenz der Bundeswehr im Alltag der Bürger möglich erscheint. Die Vorstellung von bewaffneten Bundeswehrosoldaten, die beispielsweise an Bahnhöfen unmittelbar hoheitliche Aufgaben wahrnehmen, erscheint einem kleinen Teil der Befragten nicht länger als sinnvolle Ergänzung und Unterstützung der inneren Sicherheit und wird mit Skepsis betrachtet. Die kritischen Reaktionen von Medien und Politik auf die Bundeswehr-Amtshilfe während des G 8-Gipfels in Heiligendamm sind auch in Verbindung mit diesen Ergebnissen zu sehen. Während die Bürger einen Einsatz der Bundeswehr im Inland, der insbesondere auf technische oder personelle Alleinstellungsmerkmale der Streitkräfte zurückgreift, ohne den Alltag der Bürger zu berühren, nahezu vorbehaltlos mitträgt, sind Einsätze, die bewaffnete militärische Präsenz in das direkte Umfeld der Bevölkerung tragen, etwas größerer Skepsis ausgesetzt. So ist militärische Amtshilfe in Fällen wie dem Schutz von Großveranstaltungen durch die Kontrolle des Luftraumes oder auch Amtshilfe durch Bundeswehr-Tornados bei der Suche nach vermissten Personen bei den Bürgern fast selbstverständlich, während der Einsatz gepanzerter Bundeswehrfahrzeuge zur Verkehrsüberwachung auf Autobahnbrücken, wie 2007 in Heiligendamm geschehen, zumindest in Teilen der Bevölkerung skeptischer gesehen wird.

### **5.3 Vorstellungen der Bundesbürger zur Terrorabwehr in Deutschland**

Neben der Möglichkeit eines Einsatzes der Bundeswehr in Deutschland zum Schutz oder der Abwehr terroristischer Bedrohungen gehörten noch weitere Maßnahmen zur Optimierung der inneren Sicherheit seit dem 11. September zu den konfliktträchtigsten Themen der deutschen Politik. Die SOWI-Bevölkerungsbefragung 2006 zeigte erstaunlich hohe Zustimmung zu sehr weitreichenden Mitteln der Terrorismusbekämpfung, die

erst dann auf deutliche Ablehnung treffen, sobald die Möglichkeit besteht, auch als unbeteiligter Bürger davon betroffen zu sein.

**Tabelle 5.2: Vorstellungen der Bundesbürger zur Terrorabwehr in Deutschland**

Frage: „Um die Menschen in Deutschland vor den Gefahren des Terrorismus zu schützen, werden verschiedene Maßnahmen erwogen. Sagen Sie mir bitte, ob Sie den folgenden Vorschlägen zur Terrorabwehr zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“ (Angaben in Prozent)				
	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab <sup>2</sup>
Überführte Gewalttäter härter bestrafen	80	14	4	2
Die Zusammenarbeit von Polizei, Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst ausbauen	68	25	4	3
Verdächtige Ausländer aus Deutschland ausweisen	69	20	8	3
Potenzielle Terroristen vorbeugend in Gewahrsam nehmen	62	23	9	6
Öffentliche Plätze und Gebäude, z. B. Flughäfen und Bahnhöfe, verstärkt mit Videokameras überwachen	59	28	7	6
Mehr Polizisten in der Öffentlichkeit einsetzen	59	27	10	4
Alle verfügbaren Informationen über verdächtige Personen sammeln und die Daten in einer zentralen Anti-Terror-Datei der Polizei und den Geheimdiensten zur Verfügung stellen	56	30	8	6
Die militärischen Mittel und Möglichkeiten der Bundeswehr auch im Inland nutzen, z. B. zum Schutz von Atomkraftwerken	55	29	9	7
Den Verfassungsschutz auf die Bank-, Telefon- und Reisedaten (z. B. Flugverbindungen) von verdächtigen Personen zugreifen lassen	48	31	11	10
Handy- und Internetverbot für Personen, die im Verdacht stehen, Terroranschläge vorzubereiten	51	25	12	12
Fingerabdrücke und andere Persönlichkeitsmerkmale von allen Bundesbürgern in einer zentralen Datei erfassen und zur Verbrechensbekämpfung nutzen	46	23	14	17
Einsatz der Rasterfahndung (vernetzte Durchsuchung von Datenbeständen zur leichteren Identifizierung von Verdächtigen, auch wenn dabei unbeteiligte Personen in Verdacht geraten)	37	32	17	14
Die Möglichkeiten zum Abhören von Telefonen und Privaträumen ausweiten	25	21	26	28
Online-Durchsuchungen von privaten Computern aller Bundesbürger ermöglichen	23	20	21	36
Von Terroristen gekaperte Flugzeuge im Notfall abschießen, auch wenn dabei unschuldige Passagiere getötet werden	17	11	21	51

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne überwiegend ab“ und „Lehne vollkommen ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Tabelle 5.2 zeigt, dass diese Grundhaltung der Öffentlichkeit auch 2007 weiter besteht. Fast alle Befragten stimmen einer härteren Bestrafung überführter Gewalttäter zu. Ebenfalls auf große Unterstützung trifft eine verstärkte Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, die von lediglich sieben Prozent der Befragten abgelehnt wird. Auch weitere,



teils in der politischen Diskussion kontrovers diskutierten Vorschläge werden von der Bevölkerung mit relativ geringer Skepsis betrachtet. Fast 90 Prozent sind der Ansicht, dass der Ausweisung „verdächtiger Ausländer“ aus Deutschland zuzustimmen sei, oder stimmen zumindest „eher zu“. Die vorbeugende Inhaftierung von „potenziellen Terroristen“ befürworten 85 Prozent. Und immer noch 79 Prozent stehen der Möglichkeit positiv gegenüber, dem Verfassungsschutz Zugriff zu Bank-, Telefon- und Reisedaten von verdächtigen Personen zu gewähren, ein Vorschlag, der vom Bundesverfassungsgericht als höchst bedenklich angesehen und stark eingeschränkt wurde.

Auf deutliche Ablehnung stoßen schließlich Maßnahmen, die potenziell den privaten Bereich der Befragten berühren, z. B. das Abhören von Telefonen und Privaträumen (54 Prozent ablehnend und eher ablehnend). Ebenfalls mehrheitlich abgelehnt wird die sogenannte „Online-Durchsuchung“ von privaten Computern. Auf den größten Widerwillen in der Bevölkerung trifft schließlich die Möglichkeit des Abschusses entführter Passagiermaschinen. Dies lehnen 72 Prozent ab, mehr als die Hälfte sogar „überwiegend“ und „vollkommen“.

Die Betrachtung des Meinungsbildes der Bürger zum Abschuss entführter Flugzeuge nach einzelnen soziodemografischen Merkmalen ermöglicht gewisse Einblicke in die Gründe für die mehrheitliche Ablehnung (siehe Tabelle 5.3). Zwischen den Geschlechtern lassen sich zwar leichte Unterschiede feststellen, die Abweichung erscheint allerdings trotz der stärkeren Ablehnung unter den Frauen nicht dramatisch.

Beim Vergleich zwischen den unterschiedlichen Altersgruppen fällt auf, dass mit zunehmendem Alter die Skepsis gegenüber einem Abschuss entführter Passagiermaschinen leicht zunimmt, während jüngere Befragte geringfügig häufiger bereit sind, diese Instrumente der Terrorismusbekämpfung mitzutragen. Der auffälligste Unterschied besteht zwischen den einzelnen Gruppen von Befragten, die sich durch Terrorismus und militärische Bedrohungen (siehe Kapitel 3) in unterschiedlichem Maß bedroht fühlen. Während die Befragten, die keinerlei Bedrohung wahrnehmen, zu 69 Prozent einen Abschuss von entführten Passagiermaschinen ablehnen, also noch deutlich mehr als in der Gesamtbevölkerung, stimmen andererseits 42 Prozent derjenigen, die sich stark bedroht fühlen, dieser möglichen Maßnahme zu, verglichen mit 17 Prozent insgesamt. Je besorgter die Befragten über terroristische Bedrohungen sind, desto eher sind sie also geneigt, auch kontroverse Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung, wie den Abschuss entführter Passagierflugzeuge, zu befürworten.

**Tabelle 5.3: Abschuss von entführten Passagierflugzeugen**

Frage: „Um die Menschen in Deutschland vor den Gefahren des Terrorismus zu schützen, werden verschiedene Maßnahmen erwogen. Sagen Sie mir bitte, ob Sie den folgenden Vorschlägen zur Terrorabwehr zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“ Item: Von Terroristen gekaperte Flugzeuge im Notfall abschießen, auch wenn dabei unschuldige Passagiere getötet werden (Angaben in Prozent)				
	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab <sup>2</sup>
Insgesamt	17	11	21	51
Geschlecht				
Männer	19	13	22	46
Frauen	15	8	20	57
Altersgruppe				
16 bis 24 Jahre	18	13	25	44
25 bis 35 Jahre	21	12	24	43
36 bis 45 Jahre	18	9	22	51
46 bis 59 Jahre	14	11	18	57
60 Jahre und älter	14	10	19	57
Bildungsniveau				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	13	12	21	54
Realschulabschluss	17	11	21	51
Hauptschulabschluss	19	9	21	51
Bedrohungsempfinden: Militärische/terroristische Dimension				
Keines	12	6	13	69
Schwach	13	12	23	52
Mittel	25	12	24	40
Stark	42	15	24	19

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne überwiegend ab“ und „Lehne vollkommen ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Insgesamt korrespondieren die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2007 hinsichtlich möglicher Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung stark mit dem Meinungsbild 2006. Die Angst vor einer Aushöhlung des Rechtsstaates durch immer weitergehende Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit wiegt in der deutschen Bevölkerung offenbar weitaus weniger schwer, als es die öffentliche Debatte darüber vermuten lässt. Lediglich solche Instrumente, die geeignet sind, jeden Einzelnen in seinem Privatleben unabhängig von einem gegebenen Verdacht, z. B. der Vorbereitung terroristischer Taten, zu berühren, stoßen auf größere Ablehnung. Auffällig ist die Abhängigkeit des Antwortverhaltens von der Frage, ob Maßnahmen nur „verdächtige“ Personen betreffen könnten oder die Allgemeinheit. Die Möglichkeit, dass Bürger auch aufgrund von Verfahrensfehlern und Justizirrtümern in das Raster von „Terrorverdächtigen“ geraten

könnten, wie beispielsweise durch Namensgleichheit in Datenbanken, scheint die Bevölkerung offenbar relativ wenig zu berühren, genauso wie grundsätzliche verfassungsrechtliche Bedenken, die zwar in den Medien und in der Politik reflektiert werden, die Öffentlichkeit jedoch scheinbar nur in geringem Maße berühren. So werden auch Vorschläge mehrheitlich befürwortet, welche die Ausübung individueller Grundrechte massiv beeinträchtigen würden, wie z. B. das vorbeugende Inhaftieren „potenzieller Terroristen“. Die Deutschen lassen in diesen Aspekten also die Neigung erkennen, „Terrorverdächtige“ als jederzeit klar identifizierbare Out-Group zu betrachten, denen elementare Grundrechte durchaus abgesprochen werden können. Dieses Meinungsbild ist

angesichts der gleichzeitigen Kritik der Instrumente anderer Staaten im „Krieg gegen den Terror“, beispielsweise der USA, durchaus bemerkenswert.

Bemerkenswert ist jedoch auch die kategorische Ablehnung, die seitens der Bevölkerung der Möglichkeit entgegengebracht wird, von Terroristen entführte Passagierflugzeuge notfalls abschießen zu können. Hier wird seitens der Bürger im Vergleich zu anderen Maßnahmen scheinbar ein sehr scharfer Bruch wahrgenommen, da die Möglichkeit, selber betroffen zu sein, leicht erkennbar ist. Auch wenn die Deutschen durchaus bereit sind, im Kampf gegen den Terrorismus rechtsstaatliche Ideale gewissen Einschränkungen zu unterwerfen, so schrecken sie vor der Vorstellung, den Tod unbeteiligter Flugpassagiere von staatlicher Seite als Folge der Abwehr eines Terroranschlages in Kauf zu nehmen, mit Entschiedenheit zurück.

## **5.4 Dimensionen der Terrorbekämpfung**

Im Folgenden soll nun wie einleitend vorgestellt die Einstellungsstruktur der Bevölkerung hinsichtlich der einzelnen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung mittels Faktorenanalyse herausgearbeitet werden, um die einzelnen möglichen staatlichen Mittel auf der Ebene ihrer Grunddimensionen zuordnen zu können.

Tabelle 5.4 zeigt die Faktorladungen nach der Hauptkomponentenanalyse. Die abgefragten Items lassen sich grob in drei Dimensionen einteilen: Die erste Dimension beinhaltet hauptsächlich Maßnahmen, die auf der Grundlage von Verdachtsmomenten spezifische Personen betreffen. Diese sollen bestimmten staatlichen Sanktionen unterworfen werden, wie z. B. der Inhaftierung. Die Dimension umfasst dabei keine Instrumente,

welche in den Augen der Befragten geeignet wären, die Bevölkerung als Ganzes ins Blickfeld bestimmter Maßnahmen zu rücken.

**Tabelle 5.4: Kognitive Dimensionen von Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung**

Frage: „Um die Menschen in Deutschland vor den Gefahren des Terrorismus zu schützen, werden verschiedene Maßnahmen erwogen. Sagen Sie mir bitte, ob Sie den folgenden Vorschlägen zur Terrorabwehr zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“			
	Faktor 1 Sanktionen gegen Ver- dächtige	Faktor 2 Über- wachung aller Bürger	Faktor 3 Präsenz im Alltag
Potenzielle Terroristen vorbeugend in Gewahrsam nehmen	,811		
Verdächtige Ausländer aus Deutschland ausweisen	,791		
Handy- und Internetverbot für Personen, die im Verdacht stehen, Terroranschläge vorzubereiten	,697		
Überführte Gewalttäter härter bestrafen	,609		,452
Den Verfassungsschutz auf die Bank-, Telefon- und Reisedaten (z. B. Flugverbindungen) von verdächtigen Personen zugreifen lassen	,596	,508	
Die militärischen Mittel und Möglichkeiten der Bundeswehr auch im Inland nutzen, z. B. zum Schutz von Atomkraftwerken	,569		
Alle verfügbaren Informationen über verdächtige Personen sammeln und die Daten in einer zentralen Anti-Terror-Datei der Polizei und den Geheimdiensten zur Verfügung stellen	,539		
Die Möglichkeit zum Abhören von Telefonen und Privaträumen ausweiten		,814	
Online-Durchsuchungen von privaten Computern aller Bundesbürger ermöglichen		,806	
Einsatz der Rasterfahndung		,709	
Fingerabdrücke und andere Persönlichkeitsmerkmale von allen Bundesbürgern in einer zentralen Datei erfassen und zur Verbrechensbekämpfung nutzen		,615	
Von Terroristen gekaperte Flugzeuge im Notfall abschießen, auch wenn dabei unschuldige Passagiere getötet werden		,579	
Mehr Polizisten in der Öffentlichkeit einsetzen			,857
Öffentliche Plätze und Gebäude, z. B. Flughäfen und Bahnhöfe, verstärkt mit Videokameras überwachen			,661
Die Zusammenarbeit von Polizei, Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst ausbauen	,489		,583
Anteil der Varianz – bezogen auf die rotierte Summe der quadrierten Ladungen (Angaben in Prozent)	24,8	22,1	13,8

Anmerkung: Ausgewiesen werden die Faktorladungen der rotierten Komponentenmatrix, die Faktorladungen entsprechen der Korrelation zwischen der jeweiligen Maßnahme und dem betreffenden Faktor; Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse (MCA); Kriterium für die Anzahl der Faktoren: Kaiser-Guttman-Kriterium (Eigenwerte der Faktoren > 1); Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung; Behandlung fehlender Werte: Listenweiser Fallabschluss; kumulierter Anteil der Varianz: 60,7 Prozent. Faktorladungen größer als ,500 sind grau unterlegt; Faktorladungen kleiner als ,400 werden aufgrund ihrer geringen Bedeutung nicht ausgewiesen.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Dieser Maßnahmenkatalog wird dagegen von der zweiten Dimension abgedeckt, die Mittel der Terrorismusbekämpfung enthält, die ohne oder nur mit grobem Raster große Teile der Bevölkerung (be)treffen können, wie die Rasterfahndung oder die Online-

Durchsuchung. Auch der Abschuss von entführten Verkehrsflugzeugen ist Teil dieser Dimension der Terrorismusbekämpfung. Die dritte Dimension schließlich lässt sich definieren durch Schutz der Bevölkerung primär durch Präsenz der Sicherheitsorgane in der Öffentlichkeit. Diese kann sowohl durch physische Präsenz der Polizei gegeben sein, aber auch z. B. durch die Überwachung öffentlicher Plätze mittels Videokameras.

Die Faktorenanalyse bestätigt die Interpretationen, die bereits hinsichtlich Zustimmung und Ablehnung bestimmter Maßnahmen getroffen wurden. Die Unterscheidung von Maßnahmen, welche nur einen Kreis von mehr oder weniger genau definierten „Terrorverdächtigen“ umfassen, und Mittel der Terrorismusbekämpfung, welche die gesamte Bevölkerung gleichermaßen ins Auge fassen, findet sich auch in der kognitiven Struktur wieder, die durch die Faktorenanalyse abgebildet wurde.

## **5.5 Fazit**

Die qualitativ neuen terroristischen Bedrohungen seit dem 11. September 2001 machen aufgrund des gestiegenen Sicherheitsrisikos auch einzelner terroristischer Anschläge eine Verbesserung der inneren Sicherheit notwendig. Aus diesem Grund wurden auch in Deutschland in den vergangenen Jahren Anstrengungen unternommen, den Sicherheitsbehörden neue und verbesserte Möglichkeiten der Terrorismusbekämpfung zu ermöglichen. Die Bedrohung, der sich Deutschland insbesondere durch islamistischen Terrorismus gegenüber sieht, aber auch die Effektivität der deutschen Ermittlungs- und Strafverfolgungsverfahren wurde in den letzten Jahren durch eine Reihe von vereitelten Anschlägen und aufgedeckten Terror-Zellen demonstriert, sodass Deutschland bisher Ereignisse wie in London und Madrid erspart blieben.

Auch die Bevölkerung ist sich der Bedrohung durch Terrorismus bewusst, auch wenn sie auf den Alltag der Deutschen nur marginalen Einfluss hat (vgl. Kapitel 3). Folglich ist die Bevölkerung auch gewillt, weitreichende staatliche Instrumente der Terrorismusbekämpfung zu akzeptieren. Insbesondere solche Mittel, die sich gegen Verdächtige und tatsächliche Straftäter richten, werden von den Deutschen mit breiter Mehrheit unterstützt. Nur Maßnahmen, die als konkretes Risiko für die eigene Person gesehen werden, steht die Bevölkerung ablehnend gegenüber. Ein weitgehend unkritisches Akzeptieren von diffusen Begriffen wie „potenzieller Terrorist“ oder „verdächtige Person“ wirft die Frage auf, ob die deutsche Bevölkerung die hitzigen verfassungsrechtlichen Debatten über Maßnahmen wie die Online-Durchsuchung überhaupt mit Sorge über die Verfas-

sung des deutschen Rechtsstaates wahrnimmt oder nur aus der Perspektive der eigenen, „unverdächtigen“ Person.

Ein Sonderfall unter den verschiedenen Möglichkeiten der Terrorismusbekämpfung ist der Bundeswehreinsatz im Inland. Hier scheint das Meinungsbild der Deutschen zunächst geprägt durch das Vertrauen in die Präsenz der Bundeswehr, die sie auch bei Naturkatastrophen wie Überschwemmungen als selbstverständlich ansieht. Auch wenn die Vorstellung bewaffneter Bundeswehrsoldaten zur Bewachung öffentlicher Gebäude im Land eine deutlich andere Qualität besitzt als ein Hilfeinsatz, ist die Bevölkerung dennoch bereit, solchen Überlegungen mit großer Mehrheit zuzustimmen. Nur der Abschuss entführter Passagierflugzeuge als Ultima Ratio der militärischen Terrorabwehr im Inland, ist für die große Mehrheit der Deutschen entschieden abzulehnen. Auch die Fragen des Bundeswehreinsatzes im Inneren zur Terrorabwehr wie schon die Überlegungen zu den Maßnahmen der zivilen Behörden zeichnen das Bild einer Bevölkerung, welche die politische Debatte um Sicherheitspakete und Luftsicherheitsgesetze mehrheitlich nur an der Oberfläche mitverfolgt, ohne eine tiefe Sorge über den Gehalt des deutschen Rechtsstaates zu teilen. Wie das Ergebnis der Zustimmung zum Abschuss entführter Passagierflugzeuge zeigt, hat letztlich die Angst vor terroristischen Bedrohungen ganz erheblichen Einfluss auf die Neigung der Bevölkerung, Eingriffe in die eigene verfassungsrechtliche Ordnung mitzutragen.

Soll die Bevölkerung in der Lage sein, das Für und Wider von Instrumenten der Terrorismusbekämpfung in der politischen Diskussion informiert mitzuverfolgen, so muss die Kommunikation sowohl der Chancen als auch der Risiken bestimmter Maßnahmen seitens der Regierung auch konkrete Befürchtungen ihrer Kritiker aufgreifen, sodass das Meinungsbild in der Öffentlichkeit nicht durch Angst und Bedrohung, sondern stärker durch konkrete Information gebildet wird.

# 6 Die Darstellung der Bundeswehr in den Medien

*Stefanie Greif*

---

## 6.1 Einleitung

Die heutige sicherheitspolitische Lage und die damit verbundenen Herausforderungen an die Bundeswehr erfordern eine intensive Debatte, die verschiedene Einzelthemen, wie Kriege, Konflikte, Sicherheit und Frieden, Aufklärung über militärische Missionen usw. beinhaltet. In Kapitel 4 wurde deutlich, dass ein Großteil der Bevölkerung kaum oder nur wenig über die Bundeswehr informiert ist, der Kenntnisstand jedoch in einem engen Zusammenhang mit der Einstellung der Bundesbürger zum Engagement der Streitkräfte steht. Aufgabe der politischen Kommunikation ist es demnach, die Verbindung zwischen unterschiedlichen Akteuren aufrechtzuerhalten. Nicht zuletzt ist politische und somit auch sicherheitspolitische Kommunikation nicht nur Austausch von Informationen, sondern entscheidend für den Aufbau eines Vertrauensverhältnisses.

Eine allumfassende Auseinandersetzung findet jedoch in der Regel nicht statt. Kaum einer Regierung ist es möglich, einen intensiven Dialog über Außen- und Sicherheitspolitik mit der gesamten Bevölkerung zu führen. Zudem ist dieses Politikfeld überaus vielschichtig, sodass sich der Großteil der Bürger selten dauerhaft und ausführlich damit auseinandersetzen vermag. Die Allgemeinheit zeigt zudem deutlich mehr Interesse an Themen, die sie unmittelbar berühren, wie soziale Sicherheit, Angst vor Arbeitslosigkeit oder wachsende Kriminalität im Inland. Medien stellen sich mit ihren Berichten auf diese Situation ein (vgl. u. a. Gareis 1999: 9f.). Sie spielen in der politischen Kommunikation eine immer größere Rolle. Die zunehmende Bedeutung der Medien erklärt sich vor allem durch den gesellschaftlichen Modernisierungsprozess, bei dem sich die meisten Industrieländer, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, begleitet von rasanten informationstechnologischen Fortschritten, von einer Industrie- zur Informationsgesellschaft gewandelt haben (vgl. Altmeppen/Löffelholz 1994: 570ff.). Heute leben wir in einer Medien-, Informations- oder Kommunikationsgesellschaft, in der die (Massen-)

Medien entscheidend zur Meinungsbildung der Öffentlichkeit beitragen<sup>4</sup> (vgl. Jäckel 2005: 236).

Der Wandel von der Industrie-, zur Informations- oder auch Mediengesellschaft ging einher mit einer Zunahme an Informationen und der Entwicklung der Massenkommunikation. Die neuen Medien, die erhebliche Verbesserung der technologischen Infrastruktur, vor allem der rasante Aufstieg des Internets, sowie die Modernisierung der Übertragungswege, führten nicht nur zur Steigerung des Informationsaufkommens, sondern gleichfalls zu Kapazitätsproblemen. Nachrichten werden wiederum zu Ereignissen, über die berichtet werden soll und so weiter. Kommunikation versteht sich demnach als ein sich selbst vervielfältigender Prozess, der schließlich zur Knappheit der Kapazitäten führt und zur Selektion zwingt (vgl. Schulz 1987: 129ff.). Aufgabe ist es also, aus der Vielzahl der Informationen diejenigen herauszusuchen, die als Nachricht publiziert werden. Welcher Maßstab dabei angelegt wird, welche Ereignisse von besonderem Wert sind, soll im folgenden Abschnitt nachgegangen werden. Daneben wird die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr und ihre Zusammenarbeit mit den Medien erörtert. Anschließend werden Zeitungsartikel verschiedener Tages- und Wochenzeitungen analysiert. Die hieraus gewonnen Erkenntnisse sollen Aufschluss darüber bringen, wie die Bundeswehr in den Medien abgebildet wird, welche Themen dabei eine besondere Rolle spielen, welche Informationen folglich in die Öffentlichkeit gelangen, welche gerade nicht und inwieweit die Bundeswehr auf diese Mechanismen Einfluss zu nehmen vermag.

## **6.2 Die Entwicklung von Nachrichten im Mediensystem**

Welche Nachricht in den Medien erscheint, ist abhängig vom sogenannten Nachrichtenwert (*news value*). Dabei kommt es auf die Ereignismerkmale, aber auch auf die journalistische Selektion an. Der aktuelle Forschungsstand bezieht sich auf die Erkenntnisse der Norweger Johan Galtung und Mari Holmboe Ruge (1965), nach deren Nachrichtenwert-Theorie Journalisten die Nachrichten danach aussuchen, wie einfach und überschaubar, bedeutsam und folgenreich, überraschend und außergewöhnlich ein Geschehnis ist. Außerdem haben kürzere und kurzfristig abgeschlossene Begebenheiten eine größere Chance, zur Nachricht zu werden. Daneben kann über ein Ereignis, das bereits zum Thema in den Medien geworden ist, auch kontinuierlich berichtet werden.

---

4 Detaillierte Ausführungen zu Medienwirkungen werden im Kapitel 7 ausführlich betrachtet.



Es gibt weiterhin eine Präferenz für „große“ Ereignisse und die mit den Erwartungen und Vorstellungen der Rezipienten übereinstimmen. Um ein ausgeglichenes, variables Gesamtbild der Berichterstattung zu erhalten, kann eine vergleichsweise unwichtige Mitteilung an Nachrichtenwert gewinnen. Die genannten Faktoren wurden von Galtung und Ruge als kulturunabhängig klassifiziert. Kulturabhängig ist die Bezugnahme auf menschliche Akteure oder individuelle Handlungen sowie die Negativität von Nachrichten. Das bedeutet, je negativer ein Geschehen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen sind, um so eher wird es zur Nachricht. Schließlich haben Ereignisse, die im Zusammenhang mit einflussreichen Nationen oder prominenten Personen stehen, eine größere Chance, als Nachricht beachtet zu werden (vgl. Ruhrmann 1994: 238f.). Dabei wirken die Nachrichtenfaktoren zum einen additiv, das heißt je mehr Faktoren auf eine Begebenheit zutreffen, um so publikumswürdiger ist es darüber zu berichten. Zum anderen verhalten sie sich komplementär, also kann das Fehlen eines Faktors durch einen anderen ausgeglichen werden (vgl. Staab 1990: 165).

Das Nachrichtenwert-Modell wurde später von Winfried Schulz (1976) ergänzt, indem er Nachrichtenfaktoren in sechs weitere Dimensionen wie Zeit, Nähe, Status, Dynamik, Valenz und Identifikation einteilte. Vor allem aber sprach er den Publizisten eine stärkere Bedeutung zu. So entscheiden nicht die Merkmale eines Ereignisses über den Nachrichtenwert, sondern der Journalist oder der Redakteur, der dem Ereignis gewisse Merkmale zuschreibt und durch die Auswahl einen gewissen Nachrichtenwert bestimmt (vgl. Staab 1990: 164f.).

Im Zentrum des journalistischen Berufs sollte der Grundsatz der Objektivität stehen. Es ist allerdings fraglich, ob dies überhaupt möglich ist. Zunächst kann davon ausgegangen werden, dass Berichterstatter nicht bewusst falsche, unausgewogene oder subjektive Artikel verfassen. Dies geschieht eher unbewusst, zum Beispiel durch die im System der Journalisten dauerhaft verankerten Wertvorstellungen oder durch spezifische Beurteilung der Wirklichkeit. In der Praxis hat sich vor allem bei Tageszeitungen gezeigt, dass zumindest implizit gegen das Objektivitätsgebot verstoßen wird, beispielsweise durch die Angleichung der Nachrichtenauswahl an Kommentare (vgl. Merten/Schmidt/Weischenberg 1994: 225ff.). Letztlich hängen die Auswahlkriterien für das eigentliche Verfassen des Textes von „interne[n] Konstruktionen und Kognitionen“ (Ruhrmann 1994: 244) des Verfassers ab. Informationen, Agenturmeldungen oder Recherchen werden überprüft, zusammengefasst und je nach Standpunkt oder politischer Einstellung reproduziert. Demzufolge sind Printmedien keine homogene Masse, unterschiedliche

Zeitungen oder Zeitschriften können stattdessen über ein und dasselbe Thema verschiedenartig berichten, je nachdem, wie der Journalist beziehungsweise der Redakteur dem Thema gegenübersteht (vgl. Ruhrmann 1994: 244).

Durch die genannten Mechanismen entsteht jedoch ein Problem der Wirklichkeitsabbildung in den Massenmedien. Die starke Tendenz, unter anderem zum Negativismus, zur Personalisierung, zur Konzentration auf Elite-Nationen oder Elite-Personen, eine mögliche tendenziöse oder ideologisch eingefärbte, ungenaue Berichterstattung und Zwänge der Nachrichtenproduktion verhindert, dass ein ausreichender Bezug zur Realität erreicht werden kann. Dies bedeutet in der Folge eine nur bedingt repräsentative Wirklichkeit in den Massenmedien (vgl. Schulz 1989: 138f.).

Neben den Journalisten, können die Betroffenen selbst die Wahrnehmung innerhalb der Medienlandschaft mitbestimmen, indem das Interesse der Rezipienten geweckt wird. Entscheidend ist dabei das Themenmanagement. Durch das aktive Platzieren von Themenschwerpunkten auf die Tagesordnung der Medien können die gewünschten Inhalte in die Öffentlichkeit gelangen und in einer selbst gewählten, vornehmlich positiven, Tendenz diskutiert werden (*Agenda-Setting*). Auf der anderen Seite sollten Vorkommnisse möglichst nicht in den Medien behandelt werden, welche die Betroffenen im negativen Sinne belasten. Diese Aspekte sollten daher von den PR-Verantwortlichen aus den Medien ferngehalten werden (*Agenda-Cutting*). Schließlich werden Themen, über die nicht berichtet wird, meistens als belanglos bewertet oder erst gar nicht zur Kenntnis genommen. Ist es bei einem sich aufdrängendem Problem jedoch nicht möglich, die Agenda zu beeinflussen, muss der Versuch unternommen werden, die Angelegenheit zum eigenen Vorteil zu nutzen (*Agenda-Surfing*) (vgl. u. a. Brettschneider 2002: 37f.; Jäckel 2005: 159ff.).

Da das Medienbild die öffentliche Meinung beeinflussen kann, ist es auch für die Bundeswehr entscheidend, ob und wie sie in den Medien abgebildet wird. Das Verhältnis von Medien und Streitkräften war lange Zeit vorwiegend distanziert. Mit dem veränderten Aufgabenfeld und den neuen Herausforderungen, denen sich die Bundeswehr stellen muss, hat sich auch die Zusammenarbeit mit der Presse gewandelt. Seit dem Einsatz in Kambodscha 1992, spätestens mit dem Engagement in Somalia ab 1993, erhielt die Zusammenarbeit von Presse und Streitkräften eine neue Qualität. Auch Journalisten befinden sich in den Einsatzgebieten der Bundeswehr und berichten von dort, was Politik und Bundeswehr weder verhindern noch zensieren können. Sie sind längst „eigenständige Akteure der sicherheitspolitischen Kommunikation“ (Löffelholz 2007: 26) gewor-

den. Daher scheint es umso wichtiger, den Reportern mit „größtmöglicher Offenheit“ zu begegnen und diese in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Eine Untersuchung von Kommunikationswissenschaftlern aus München und Hannover über die Behandlung sicherheits- und verteidigungspolitisch relevanter Themen in der „Süddeutschen Zeitung“ sowie der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ für den Zeitraum von 1989 bis 2000 hat ergeben, dass seit 1993 erheblich mehr über Bundeswehr und verwandte Themen berichtet wurde als vor dem Somalia-Einsatz. Dabei stehen vor allem die Struktur der Bundeswehr und Kostenfragen im Mittelpunkt des Interesses, erst an zweiter Stelle folgen Auslandseinsätze. Insgesamt wurde dennoch wenig intensive und kontinuierliche Berichterstattung verzeichnet, zumeist handelte es sich um ereignisorientierte Meldungen, oftmals stand die Bundeswehr dabei in der Kritik (vgl. Löffelholz 2005: 18f.).

Ob sich diese Erkenntnisse für einen ausgewählten Zeitraum in 2007 bestätigen lassen, soll im nächsten Abschnitt ermittelt werden.

### **6.3 Die Bundeswehr im Spiegel ausgewählter Printmedien**

Im Folgenden wird die Berichterstattung vom 13. August (33. Kalenderwoche) bis 19. Oktober 2007 (42. Kalenderwoche) ausführlich betrachtet und analysiert. Innerhalb dieses Zeitraumes wird ebenfalls untersucht, welche Wirkung Medienberichte über die Bundeswehr und ihre Einsätze in der Bevölkerung und auf die öffentliche Meinung haben.<sup>5</sup>

Zu diesem Zweck wurden Artikel unterschiedlicher Tageszeitungen und Wochenzeitschriften ausgewertet (Bild-Zeitung, die tageszeitung, Der Tagesspiegel, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Welt, Berliner Zeitung, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Financial Times Deutschland, Handelsblatt, DIE ZEIT, Spiegel, Focus, Stern). Die Auswahl der Printmedien richtet sich vor allem nach der Überregionalität, der Auflagenstärke und der themensetzenden Bedeutung.

Vom 13. August bis 19. Oktober 2007 berichteten durchschnittlich 93 Artikel pro Woche<sup>6</sup> über die Bundeswehr oder mit dieser im Zusammenhang stehender Themen. Wei-

---

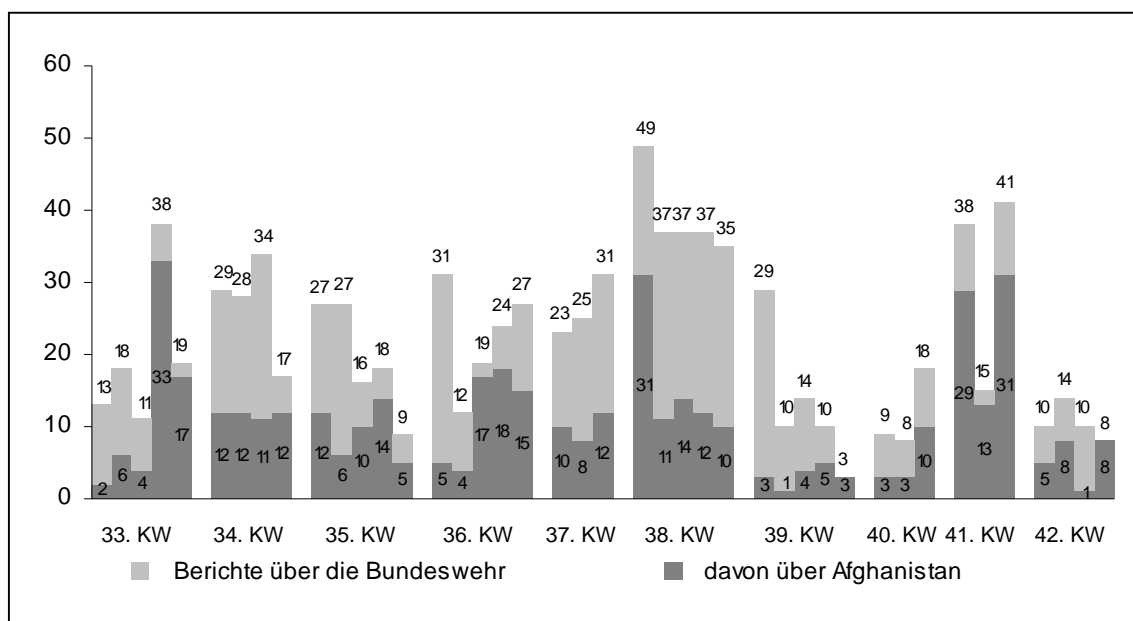
<sup>5</sup> Vgl. hierzu Kapitel 7.

<sup>6</sup> Zeitungen und Zeitschriften, die an den Wochenenden erscheinen, wurden für die Auswertung nicht betrachtet.

terführende Themen der Sicherheitspolitik, wie NATO oder Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurden nicht näher betrachtet.<sup>7</sup>

Bei der Auswertung der Berichte im untersuchten Zeitraum ist neben der Quantität auch auf die Qualität, die Aufmachung und den Inhalt der Artikel zu achten. In welcher Form wird die Bundeswehr dargestellt? Handelt es sich um rein neutrale Informationen oder wird dabei eine positive beziehungsweise negative Meinung vermittelt?

**Abbildung 6.1: Die Bundeswehr im Spiegel ausgewählter Printmedien**



Anmerkung: 935 Berichte in 10 Tageszeitungen und 4 Nachrichtenmagazinen (Bild-Zeitung, die tageszeitung, Der Tagesspiegel, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Welt, Berliner Zeitung, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Financial Times Deutschland, Handelsblatt, DIE ZEIT, Spiegel, Focus, Stern); Erhebungszeitraum 13.08.2007 bis 19.10.2007; eigene Berechnungen.

Zu Beginn des Beobachtungszeitraumes beherrscht der tödliche Anschlag auf drei deutsche Polizisten in Afghanistan vom 15. August 2007 die Berichterstattung. Bei den Opfern des Attentats handelte es sich um Mitarbeiter des Personenschutzkommandos der Deutschen Botschaft, die auf dem Weg zum Schießtraining auf einen Sprengsatz führen und trotz gepanzerten Fahrzeuges durch die Explosion ums Leben kamen. Mehrere Beiträge äußern sich negativ über die mangelnde Ausrüstung und Planung bei der Polizei und der Bundeswehr. Die meisten Tageszeitungen platzieren die Schlagzeile publikumswirksam auf der ersten Seite, die weiteren Ausführungen folgen auf den nächsten Seiten. Dabei wird der gesamte Einsatz Deutschlands in Afghanistan in Frage

<sup>7</sup> Für weiterführende Darstellungen zur Thematisierung der NATO und EVSP in den Medien wird auf Kapitel 13 verwiesen.

gestellt. Auffällig ist allerdings auch, dass ein großer Teil der Artikel Stellungnahmen von Politikern, Journalisten und anderen Experten veröffentlicht, die sich für ein weiteres Engagement aussprechen. Hierbei wird insbesondere darauf Wert gelegt, dass die Aufbauarbeit in Afghanistan durch terroristische Anschläge nicht beendet werden dürfe, vielmehr müsse es Verstärkung im Kampf gegen die Taliban geben.

Das Thema Afghanistan setzt sich auch in den darauffolgenden Wochen weiter fort, zumeist beeinflusst durch die negativen Schlagzeilen aus der 33. Kalenderwoche. Der Schwerpunkt liegt dabei bei der Frage nach dem eigentlichen Auftrag der Truppen und der Polizei, ob und wie das Engagement weiter fortgesetzt werden sollte („Bleiben oder gehen? Die umstrittene Mission“, Stern vom 13.09.2007, S. 27; „Jung will Ausbildung in Afghanistan verstärken“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.09.2007, S. 1), welche Aufgaben zukünftig übernommen werden sollen, z. B. die Ausbildung von einheimischen Sicherheitskräften durch die Bundeswehr oder in welcher Form der Kampf gegen den Terrorismus erfolgreicher sein kann, z. B. indem man den Taliban Gespräche anbietet („UN: Karsai soll mit Taliban reden. Sondergesandter Koenigs will Einbindung der Radikalen“, Süddeutsche Zeitung vom 13.09.2007, S. 7). Diskutiert wird außerdem, ob deutsche Soldaten zukünftig auch im gefährlicheren Süden eingesetzt werden, wie es die NATO fordert, oder ob die Mission weiterhin auf den Norden Afghanistans beschränkt bleiben sollte („Bundeswehr nach Süd-Afghanistan?“, Die Welt vom 14.09.2007, S. 5).

Die für den November 2007 geplante Abstimmung über die Verlängerung der Mandate der Bundeswehr (ISAF, OEF) führte innerhalb der Parteien, vor allem bei der SPD und den Grünen, für Auseinandersetzungen, was in den Zeitungen ab der 36. Kalenderwoche entsprechend thematisiert wurde. Durch den Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen am 15. September 2007 wird die Debatte weiter intensiviert. Auf dem Sonderparteitag entschied sich die Parteibasis der Bündnisgrünen gegen den Tornado-Einsatz und gleichzeitig gegen die Verlängerung des ISAF-Mandats der Bundeswehr in Afghanistan. Die Führungsspitze der Grünen hatte für die Billigung der Missionen votiert. Die Führungskrise bei Bündnis 90/Die Grünen, das mögliche Zerwürfnis zwischen Fraktion und Partei bestimmen unter anderem die Schlagzeilen der 38. Kalenderwoche und lösen damit wiederum eine Debatte um den Einsatz der Streitkräfte in Afghanistan aus („Grünen-Gau heizt Afghanistan Debatte an“, Handelsblatt vom 17.09.2007, S. 17). Argumente für und gegen einen Einsatz beziehungsweise für die geplante Zusammenlegung des ISAF- und Tornado-Mandats für die Abstimmung, wurden dargelegt. Daneben

nutzten insbesondere Hilfsorganisationen die bevorstehende Abstimmung im Bundestag über die Afghanistan-Mandate zur Kritik an der bisherigen Strategie. Gefordert wurden mehr finanzielle und materielle Hilfen für zivile Aufbauarbeit und Entwicklungshilfe. Vor allem aber sollte der militärische Einsatz zugunsten des zivilen Engagements eingeschränkt werden. Anhaltende Gewalt und Armut, Anschläge auf Armee und zivile Helfer machen deutlich, dass das bisherige Konzept gescheitert sei, so vor allem die Hilfsorganisationen („Die Nöte der Helfer“, die tageszeitung vom 09.10.2007, S. 2).

Immer wieder werden in Afghanistan Menschen als Geiseln gefangen genommen. Davon waren auch Deutsche, wie der Bauingenieur Rudolf B. und die Entwicklungshelferin Christiane M. betroffen. Letztere ist am 20. August 2007 (34. KW) befreit worden, wodurch auch Positives berichtet werden konnte. Insgesamt spiegeln diese Geiselnahmen aber die Gefahren in Afghanistan wider. Die Beiträge werfen erneut Zweifel am Einsatz in Afghanistan auf. Zwar wurde nicht ausdrücklich nur in Verbindung mit der Bundeswehr berichtet, allerdings sollte der Abzug der deutschen Truppen erpresst werden.

Diesen Begebenheiten folgte erneut eine Diskussion über Ziele und Strategien der Mission und das von der Bundesregierung am 4. September 2007 (36. KW) vorgelegte neue „Afghanistan-Konzept“. Darin betont die Regierung die Notwendigkeit der militärischen Aktion im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und für den Aufbau des Landes. Gerade wegen der in dem Strategiepapier eingeräumten Defizite, wie der wachsende Drogenhandel oder Korruption in Justiz und Verwaltung, sei es fatal, das Land zu diesem Zeitpunkt zu verlassen. Daneben wurden aber auch die bisherigen Erfolge, wie der Zugang zu medizinischer Versorgung oder der Bau von Schulen angesprochen.

Die durch den ehemaligen Verteidigungsminister Peter Struck initiierte Reise einiger SPD-Abgeordneter nach Afghanistan hatte zur Folge, dass in Berichten der Teilnehmer oder in Interviews auch auf die Aufgaben vor Ort, die bisherigen positiven Entwicklungen und die Wichtigkeit des Einsatzes hingewiesen wurde.

Durch diese Beispiele wird, trotz teilweiser kritischer Berichterstattung, vor allem in Kommentaren, auch ein positives Bild der Bundeswehr in Afghanistan gezeichnet („Es gibt beachtenswerte Erfolge“, Interview mit Heidemarie Wiczorek-Zeul in Berliner Zeitung vom 05.09.2007, S. 10.). So schildert beispielsweise die Zeitschrift DIE ZEIT in einer ausführlichen Reportage die verbesserten Lebensumstände der Frauen („Ziehen Sie bloß ihre Soldaten nicht ab“. In Afghanistan verändert sich das Bild der Frauen.

Sie spielen Fußball, sie verdienen Geld, sie gründen Frauenräte (...)“ vom 13.09.2007, S. 6). Weiteres Beispiel ist der Artikel „Wir sind hier Gast“ (die tageszeitung vom 25.09.2007, S. 13), in dem ein Bundeswehroffizier über seine Erlebnisse in Afghanistan berichtet. Dadurch erhält der Leser eine „Innenansicht“ des Einsatzes, der Schwierigkeiten und Gefahren, aber auch der positiven Entwicklungen durch die Soldaten vor Ort.

Am 12. September 2007 verlängerte der Bundestag mit großer Mehrheit das UNIFIL-Mandat. Aufgabe der deutschen Marine im Rahmen dieses Libanon-Einsatzes ist die Kontrolle des Seegebietes sowie die Verhinderung von Waffenschmuggel durch die radikal-islamische Hisbollah. Die Abstimmung dazu hatte insgesamt 11 Artikel zur Folge, wobei es sich überwiegend um kurze Meldungen handelte. Einzig die tageszeitung vom 12. September 2007 sprach sich im Vorfeld für eine Verlängerung aus und begründete dies mit den Erfolgen dieser Mission. Der Autor betont, dass der UNIFIL-Einsatz entscheidend für eine Beendigung des Krieges zwischen Israel und der Hisbollah beigetragen habe und die Bundeswehr hierfür eine wichtige Rolle spielte: „Wichtig war dabei auch der Einsatz der deutschen Marine, der die Aufhebung der israelischen Seeblockade gegen Libanon ermöglichte – und damit zur Normalisierung der Verhältnisse direkt nach dem Krieg beitrug.“ („Frieden schaffen fast ohne Waffen“, die tageszeitung vom 12.09.2007, S. 11)

Andere Missionen fanden im Beobachtungszeitraum so gut wie nicht in der Presse statt. Nur ein Artikel thematisierte Bosnien. Allerdings stand dabei nicht die Bundeswehr, sondern die Perspektiven für einen zukünftigen EU-Beitritt Bosniens im Mittelpunkt des Interesses („Brüssel droht Sarajevo mit Isolation“, Financial Times Deutschland vom 12.09.2007, S. 12).

Zu Beginn der 34. Kalenderwoche stand die Debatte um die Wehrpflicht im Zentrum der Berichterstattungen. Argumente für den Erhalt der allgemeinen Wehrpflicht sowie zu deren Abschaffung oder Umwandlung in eine Freiwilligenarmee werden zum Teil sehr ausführlich diskutiert. Durch neutrale Abwägung von Vor- und Nachteilen, Vergleiche mit anderen Staaten usw. tragen die Artikel zur Informationsgewinnung bei. Dabei spricht für die Wehrpflicht zum Beispiel der Hinweis auf die „Armee in der Demokratie“, also die Verbindung der Streitkräfte mit der zivilen Gesellschaft durch ständigen Austausch der Rekruten oder die Personalgewinnung. Dagegen wird unter anderem das Argument der fehlenden Wehrgerechtigkeit für eine Änderung der bestehenden Gesetze angeführt. Teilweise ist zwar eine Tendenz zur Abschaffung bzw. Beibehaltung

bei bestimmten Autoren erkennbar, ein besonders positives oder negatives Bild der Bundeswehr im Allgemeinen wird dadurch jedoch nicht vermittelt.

Der Vorschlag der SPD, eine „freiwillige Wehrpflicht“ einzuführen wurde in mehreren Artikeln vorgestellt. Inhalt des SPD-Entwurfes war es, freiwillige Männer zum Wehrdienst einzuberufen. Erst bei Personalmangel greife wieder die Pflicht zum militärischen Dienst.

Die mitunter heftig geführten Debatten innerhalb der SPD und der Großen Koalition werden in den Zeitungen entsprechend kommentiert. Das Konzept wurde vielfach kritisiert, vereinzelt von Medien und politischen Gegnern ins Lächerliche gezogen. Dadurch kann auch ein entsprechend negatives Bild der Bundeswehr auf die Leser übertragen werden. In den folgenden Wochen wird das Thema Wehrpflicht dann allenfalls am Rande erwähnt.

Am 16. September 2007 (38. KW) sprach sich Bundesverteidigungsminister Jung gegenüber der Zeitschrift Focus dafür aus, ein entführtes Flugzeug abzuschießen, sollte dieses wie am 11. September 2001 als Terrorwaffe eingesetzt werden. Diese Äußerung führte zu heftiger Gegenwehr, da der Abschuss einen Verfassungsbruch darstelle.

Daneben warnte Bundesinnenminister Schäuble vor Anschlägen mit nuklearem Material. Der Kampf gegen den Terrorismus, vor allem die Darstellung eines Bedrohungsszenarios für die deutsche Bevölkerung, ist Inhalt der zahlreichen Diskussionen in den Medien. Der Kontext für die Armee ist daher ein negativer, wenngleich die Bundeswehr als Mittel zur Terrorismusbekämpfung im Inland eingesetzt werden soll und damit einen positiven Beitrag leisten könnte. Berichte über mögliche Befehlsverweigerungen durch Bundeswehripiloten sowie Hinweise auf die Verfassungswidrigkeit, auf die Menschenwürde und das Recht auf Leben hebeln dieses positive Bild jedoch aus. Entsprechend emotional wird das Thema behandelt, oftmals auf den ersten Seiten oder mit entsprechenden Schlagzeilen (siehe Abbildung 6.2).<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> Der Zeitungsartikel der Bild-Zeitung vom 19.09.2007 schildert die Erlebnisse eines russischen Majors, der im Jahr 1983 eine Boeing der „Korean Air“ abgeschossen hatte.



Abbildung 6.2: Medienberichte vom 18. und 19.09.2007



Die Abschussdebatte wird auch in den darauffolgenden Wochen weitergeführt, allerdings weit weniger ausführlich oder kontrovers. Beschäftigten sich vom 24. bis 28. September 2007 noch 84 Artikel mit dem Abschuss von entführten Flugzeugen, sind es in der 39. Woche lediglich 16, in der 40. Woche sogar nur noch drei Artikel. Nicht nur die Anzahl der Berichte zeigt ein Absinken des Interesses, denn es handelt sich überwiegend um kurze Artikel. Auch wird hauptsächlich im Rahmen der allgemeinen Diskussion über Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Großen Koalition Kritik an den Ministern Jung und Schäuble bezüglich Terrorismusbekämpfung durch Einsatz der Bundeswehr im Inneren geübt.

Erste Urteile für Bundeswehrausbilder aus Coesfeld führten in der 35. Kalenderwoche zu einer steigenden Berichterstattung in diesem Fall. Angeklagt und zu Geld- und Bewährungsstrafen verurteilt wurden Ausbilder, die bei simulierten Überfällen und Geiselnahmen in der Kaserne Coesfeld im Sommer des Jahres 2004 Rekruten misshandelt haben sollen. Es handelt sich teilweise um kürzere Artikel. Vereinzelt wird die Höhe der Strafen kritisiert, zumeist jedoch in neutraler Weise berichtet. Dennoch schaffen

Schlagwörter wie „Bundeswehr-Skandal“ und Schlagzeilen wie „Misshandlung von Bundeswehrsoldaten. Ausbilder verurteilt“ (die tageszeitung vom 28.08.2007, S. 2) oder „Wasser in den Mund gepumpt“ (Berliner Zeitung vom 28.08.2007, S. 6) eine äußerst negative Assoziation mit der Bundeswehr.

Insgesamt ist festzustellen, dass nach intensiver Berichterstattung das Interesse rasch abfällt. Besonders auffällig ist dies von der 38. zur 40. Kalenderwoche. Innerhalb von nur zwei Wochen sank die Anzahl der Artikel, in denen über die Bundeswehr berichtet oder in denen sie erwähnt wurde, von 195 (38. KW) auf 35 (40. KW). Die Bundeswehr findet dann nur am Rande oder im Zuge anderer Berichte Erwähnung. Selbst erneute Anschläge, wie in der 42. Kalenderwoche, werden in den Zeitungen zwar erwähnt, jedoch nur in sehr kurzen Artikeln ohne nähere Ausführungen.

#### **6.4 Tendenzen der Darstellung der Bundeswehr in der Medienlandschaft**

Im Zeitraum vom 16. Oktober bis 8. Dezember 2006 wurden durchschnittlich 146 Artikel pro Woche über die Bundeswehr veröffentlicht.<sup>9</sup> Im Zeitraum vom 13. August bis 19. Oktober 2007 waren es im Durchschnitt lediglich 93 Meldungen pro Woche. Die Medienberichterstattung hat im Vergleich zum Vorjahr offensichtlich abgenommen.

Vergleichbar sind jedoch die Inhalte sowie die Art der Berichterstattung. Etwa die Hälfte der Berichte informierte sowohl 2006 als auch 2007 über die Auslandseinsätze der Bundeswehr, wobei den einzelnen Missionen unterschiedliche Aufmerksamkeit zukam. Häufig standen die Einsätze in Afghanistan, sowohl im Rahmen der Terrorismusbekämpfung (OEF) als auch in der Schutztruppe der Vereinten Nationen (ISAF) im Mittelpunkt des Interesses. Daneben wurde über die Einsätze im Kongo, auf dem Balkan oder im Libanon nur am Rande berichtet.

Im SOWI-Forschungsbericht 84 vom April 2008, Kapitel 9, wurde festgestellt: „Anlass für Medienberichte über die Bundeswehr waren vor allem außergewöhnliche, zumeist negative Ereignisse oder kritische Entwicklungen im Auslandseinsatz; hierzu zählen insbesondere Anschläge auf die Bundeswehr, dabei verletzte und getötete Soldaten, psychische Störungen nach den Einsätzen sowie offensichtliche oder vermeintliche Ver-

---

9 Alle Angaben aus 2006 beziehen sich auf Bulmahn/Fiebig/Sender 2008.

fehlungen von Angehörigen der deutschen Einsatzkräfte.“ (Bulmann/Fiebig/Sender 2008: 99)

Eine besonders intensive Berichterstattung in 2006 erfolgte, nachdem Fotos von Bundeswehrsoldaten, die mit Totenköpfen posierten, zunächst in der Bild-Zeitung, veröffentlicht wurden. In der 43. Kalenderwoche 2006 waren es allein 174 von insgesamt 242 Meldungen. Die Aufmerksamkeit für das zum selben Zeitpunkt vorgestellte „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und Zukunft der Bundeswehr“ fiel hingegen eher gering aus. Auch in der darauffolgenden Woche beherrschten diese Schlagzeilen das Medienbild. Insgesamt nimmt die Berichterstattung bis zum Ende des Beobachtungszeitraumes aber wieder ab.

In 2007 wiederholt sich dieser Ablauf. An nur zwei Tagen (16. und 17. August 2007) erscheinen insgesamt 47 Artikel (von insgesamt 99 für die gesamte Kalenderwoche), in denen die tödlichen Anschläge auf drei Polizisten thematisiert werden. Aber auch hier erschöpft sich das Thema rasch, denn bereits in der darauffolgenden Woche behandeln nur noch sechs Artikel diese Terrorakte. Berichte über Geiselnahmen, Attentate, aber auch heftige Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der sogenannten „Abschussdebatte“, überschatten Reportagen über positive Entwicklungen während der weltweiten Missionen oder die für die Bundeswehr erfolgreichen Einsätze, wie die Hilfsflüge über Griechenland, bei denen die Bundeswehr die Löscharbeiten der schweren Waldbrände unterstützte.

Für beide Beobachtungszeiträume ist demnach festzustellen, dass die Medien besonders intensiv auf spektakuläre Ereignisse reagieren, anschließend jedoch das Medieninteresse stark abnimmt. Durch die Fokussierung auf tagesaktuelle Ereignisse unterliegen die Berichterstattungen starken Schwankungen. Eine kontinuierliche Information über die deutschen Soldaten sowie ihrer Aufgaben und Einsätze findet kaum statt.

Wie sind diese Erkenntnisse im Hinblick auf das Bild der Bundeswehr in den Medien nunmehr zu bewerten? Sicherheitspolitische Darstellungen in den Medien unterliegen selbstverständlich ebenso den oben dargestellten Regeln der Nachrichtenselektion. In der Vergangenheit wurden die Veränderungen in der Sicherheitspolitik oftmals durch kritische, vereinfachende Berichte und Reportagen begleitet, vielfach waren diese an Personen oder bestimmte aktuelle Ereignisse gebunden, manchmal wurde dramatisiert und emotionalisiert. Dabei spielen neben den individuellen Einstellungen der Journalisten auch organisatorische und redaktionelle Strukturen eine Rolle. Entscheidend ist ins-

besondere, ob sich in einer Redaktion ein Experte für sicherheitspolitische Fragen befindet oder ob die Reporter alle Themengebiete abdecken sollen (vgl. Löffelholz 2008: 123ff.). Ein wichtiger Faktor bei der publizistischen Tätigkeit sind Informationsquellen. Dabei kann auf Bereiche innerhalb der Bundeswehr zurückgegriffen werden, deren Auftrag die Öffentlichkeitsarbeit für sicherheitspolitische Fragen ist, wie den Presse- und Informationsstab des Bundesministeriums der Verteidigung. Im August 2005 wurde vom Verteidigungsministerium das „Teilkonzept Informationsarbeit der Bundeswehr“ erlassen, welches dem Presse- und Informationsstab eine besonders wichtige Rolle verleiht. Daneben bildet beispielsweise die Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation in Strausberg Bundeswehrführungs- sowie Fachpersonal aus und vermittelt dabei Kenntnisse unter anderem für die Bereiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Neue Medien. Durch diese Professionalisierung der PR soll eine Mitgestaltung des Bildes der Bundeswehr in der Öffentlichkeit erreicht werden. Betrachtet man die Fokussierung der Medien auf Negativereignisse, den gleichzeitigen Mangel einer kontinuierlichen Berichterstattung über bundeswehrspezifische Themen sowie den geringen Kenntnisstand über sicherheitspolitische Fragen innerhalb der Bevölkerung, ist es von Bedeutung, die Aufmerksamkeit der Bürger auf diese Themen zu lenken. Durch kontinuierliche Informationen wird so das Interesse an Sicherheits- und Verteidigungspolitik geweckt. Das Meinungsbild der Bevölkerung entwickelt sich letztlich aus den zur Verfügung stehenden Informationen, folglich über genau die Themen, die in den Massenmedien überwiegen (vgl. u. a. Brettschneider 2002: 37f.; Jäckel 2005: 159ff.).

## **6.5 Fazit**

In einer im Jahr 2005 veröffentlichten Untersuchung wurde festgestellt, dass die Berichterstattung über Bundeswehreinsätze vor der Darstellung der sicherheitspolitischen Diskussion stattfand. Stattdessen löste erst der Einsatz an sich eine mediale Auseinandersetzung mit dem Thema aus. Mit einiger Verzögerung wurde dann auch über die vorausgegangene Debatte informiert (vgl. Löffelholz 2008: 127).

Ein ähnliches Vorgehen ist auch in dem hier betrachteten Zeitraum zu beobachten. Besonders intensive Berichterstattung konnte vor allem nach erschreckenden Ereignissen beobachtet werden, wie Geiselnahmen und Anschläge in Afghanistan. Diese Meldungen werden eindeutig in Zusammenhang mit der generellen Frage nach der Mission in

Afghanistan, der Truppenstärke, Abzug deutscher Streitkräfte oder weiteres Engagement bei ISAF und OEF sowie nach dem Mandat für den Einsatz der Tornadoaufklärungsflugzeuge gebracht.

Auffällig ist dennoch, dass gerade in Bezug auf Afghanistan und im Vorfeld der Abstimmung im Bundestag über die Mandatsverlängerungen (ISAF, OEF, Tornado-Einsatz) eine ausführlichere Berichterstattung stattfand, die nicht ausschließlich einen negativen Tenor verfolgte. Vielmehr wurde versucht, die Aufgaben, Ziele und Konzepte vorzustellen.

So diskutierten beispielsweise in der Zeitung Der Tagesspiegel verschiedene Experten in der neunteiligen Serie „Unsere Soldaten in Afghanistan“ die militärischen Missionen aus unterschiedlichen Sichtweisen und trugen somit zur umfassenden Informationsgewinnung bei. In diesen Fällen überwiegen neutrale, objektive sowie intensive Berichte mit Informationscharakter.

Insgesamt kamen Meldungen oder Reportagen über die bisher erreichten Erfolge des Einsatzes jedoch zu kurz, auch wenn im Rahmen der „Werbung“ für den Afghanistan-Einsatz vor der Bundestagsabstimmung auf die Wichtigkeit des Auftrages eingegangen wurde. Hier scheint sich der Nachrichtenfaktor „Negativität“ zu bestätigen, nach dem negative Ereignisse wichtiger, eindeutiger, dominanter und auch unerwarteter sind als positive Geschehnisse.

Allerdings beschränkt sich die genannte Entwicklung fast ausschließlich auf den ISAF-Einsatz. Andere Auslandseinsätze, in denen sich ähnlich viele Soldaten befinden,<sup>10</sup> werden in der Presse kaum erwähnt (30 Prozent Afghanistanberichte, ein Prozent über das Kosovo, ein Artikel über Bosnien). Wie in Abbildung 6.1 dargestellt, scheint auch im Vergleich mit anderen Themen über die Bundeswehr ein überwiegendes Interesse an der Mission in Afghanistan zu bestehen.

Mediale Beachtung finden dennoch auch andere, besonders strittige Themen, wie die Debatte über den möglichen Abschuss ziviler Flugzeuge oder das Gefährdungspotenzial in Deutschland in der 38. Kalenderwoche. Auslöser sind in der Regel pointierte Äußerungen, in diesem Falle der Minister Jung und Schäuble. Durch die Bezugnahme auf bestimmte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie die Verbindung mit einem emotionalen, bedeutsamen Thema, nämlich der Kampf gegen Terrorismus, auch im In-

---

10 ISAF: 3 840, KFOR: 2 260, andere: 751, Quelle: BMVg, Stand: 16. Juli 2008.

land, erhalten die Meldungen einen offenbar besonders hohen Nachrichtenwert und werden entsprechend häufig und publikumswirksam platziert (siehe Abbildung 6.1).

Die allgemeine Wehrpflicht, seit ihrem Bestehen Gegenstand von Kontroversen, ist auch heute noch immer wieder Mittelpunkt politischer, mithin medialer Konfrontationen. Der hohe Grad an Betroffenheit für alle jungen Männer, deren Familien und Lebensgefährtinnen verursacht eine entsprechend intensivere Berichterstattung, so auch im betrachteten Zeitabschnitt. Dabei wurde mitunter ausführlich über die Vor- und Nachteile einer Wehrpflicht-, Berufs-, oder Freiwilligenarmee debattiert.

Im Beobachtungszeitraum wurden einige Berichte und ausführliche Reportagen über die Bundeswehr publiziert. Dies ist positiv zu bewerten. Wünschenswert wäre allerdings eine Beschäftigung mit den Aufgaben, Zielen, sicherheitspolitischen Konzepten und vor allem mit den Erfolgen, zum Beispiel von langjährigen Einsätzen der Bundeswehr, auch ohne vorangegangene Negativereignisse.

Ein verantwortungsbewusster und offener Umgang miteinander von Experten aus Politik, Bundeswehr, Wissenschaft und Journalisten ist sicherlich Voraussetzung, um eine kontinuierliche Berichterstattung und Auseinandersetzung mit Sicherheits-, Militär- und Verteidigungspolitik in der Öffentlichkeit zu erreichen und zu verhindern, dass nur kurzfristige, zumeist negative Schlagzeilen das Medienbild beherrschen.

# 7 Wahrnehmung und Bewertung der Bundeswehr

*Thomas Bulmahn*

---

## 7.1 Einleitung

Was die Menschen in Deutschland über die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wissen, was sie von der Bundeswehr und ihren Aufgaben halten, ob sie die Auslandseinsätze der Bundeswehr befürworten oder ablehnen, was sie über die Wehrpflicht und die Pflege militärischer Traditionen denken – all diese Kenntnisse, Einstellungen und Meinungen werden von den Medien mitgeformt. Die Berichte im Fernsehen, in Zeitungen und Zeitschriften, im Radio und im Internet prägen schon heute das öffentliche Bild von den Streitkräften. In Anbetracht der Entwicklungen in Militär und Gesellschaft kann man davon ausgehen, dass die Medienbilder an Einfluss gewinnen werden.

Für die These eines weiteren Bedeutungszuwachses der Medien sprechen zunächst einmal grundlegende gesellschaftliche Veränderungen. Wie die meisten westlichen Gesellschaften hat auch die Bundesrepublik Deutschland einen tiefgreifenden Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft vollzogen. Die zunehmende Nutzung des Internets beschleunigt die bereits laufenden Prozesse der Virtualisierung und Vernetzung von Kommunikation und Information. Diesen Veränderungen können sich auch die Streitkräfte nicht entziehen; sie sind mit den eigenen Informationsangeboten im Bereich der elektronischen und Neuen Medien vielmehr Teil der Entwicklung und sie versuchen, diese mitzugestalten.

Ein größerer Einfluss der Medien wird sich auch aus dem veränderten Aufgabenspektrum der Bundeswehr ergeben. „Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus sind auf absehbare Zeit ihre wahrscheinlicheren Aufgaben. Sie sind strukturbestimmend und prägen maßgeblich Fähigkeiten, Führungssysteme, Verfügbarkeit und Ausrüstung der Bundeswehr“ (BMVg 2006b: 72). Die Verkleinerung der Bundeswehr und die damit verbundene Verringerung der Zahl der Soldaten, der zivilen Beschäftigten, der Standorte und der Wehrpflichtigen trägt dazu bei, dass immer weniger Menschen in Deutschland persönlich mit der Bundeswehr in Kontakt kommen.

Wichtiger noch ist die Tatsache, dass die Bundeswehr bei der Bewältigung der Auslandseinsätze für die Bundesbürger nicht unmittelbar sichtbar in Erscheinung tritt. Anders als etwa bei den Hilfseinsätzen an Elbe und Oder ist die öffentliche Präsenz bei der Aufgabenerfüllung nicht mehr gegeben. An die Stelle des authentischen Erlebens tritt immer öfter das medial vermittelte Dabei-Sein. Diese Verschiebung der Wahrnehmungsformen bleibt nach vorliegenden Erkenntnissen der Medienforschung nicht ohne Wirkung: Sowohl Wissensbestände als auch Einstellungen werden davon beeinflusst (vgl. Elsner et al. 1994).

Die medial konstruierte Wirklichkeit ist zudem das Resultat komplexer Selektionsprozesse: Es sind wenige Journalisten, die aus den Einsätzen deutscher Soldaten in Afghanistan oder auf dem Balkan berichten, die entsprechende Meldungen schreiben und die Bilder produzieren. Und es sind wenige Redakteure, die den Nachrichtenwert dieser Meldungen und Bilder beurteilen und darüber entscheiden, was veröffentlicht wird und was nicht (zur „Gatekeeper-Funktion“ von Journalisten vgl. White 1950 und Breed 1973; zu Organisationsformen und Entscheidungsstrukturen in den Medien vgl. Weischenberg 1994: 435ff.).

Im Folgenden wird untersucht, inwieweit die Menschen in Deutschland die Bundeswehr in den Medien und in ihrem persönlichen Lebensumfeld wahrnehmen und zu welchem Gesamtbild sich diese Erfahrungen verdichten.

## **7.2 Wahrnehmung der Bundeswehr in den Medien und im persönlichen Umfeld**

Die Wahrnehmung der Bundeswehr wird wie erwartet von Medienbildern dominiert. Insbesondere das Fernsehen hat eine bemerkenswerte Breitenwirkung. Durch Fernsehsendungen werden 58 Prozent der Bundesbürger mindestens einmal im Monat auf die deutschen Streitkräfte aufmerksam: davon sieben Prozent täglich oder fast täglich, 17 Prozent etwa ein- bis dreimal in der Woche und 34 Prozent etwa ein- bis dreimal im Monat (vgl. Tabelle 7.1).

Die Printmedien tragen in fast gleichem Ausmaß zur öffentlichen Präsenz bei. Beim Lesen von Zeitungen und Zeitschriften nehmen insgesamt 54 Prozent die Bundeswehr mindestens einmal im Monat wahr: darunter sechs Prozent täglich oder fast täglich, 16 Prozent etwa ein- bis dreimal in der Woche und 32 Prozent etwa ein- bis dreimal im



Monat. Jeder Dritte wird seltener auf dieses Thema aufmerksam und etwa jeder Zehnte nie.

Das Internet hat als relativ junges Medium noch nicht diese Bedeutung erlangt. Die aktuellen Resonanzwerte fallen im Vergleich zum Fernsehen und den Printmedien wesentlich geringer aus: 72 Prozent der Bundesbürger sind im Internet noch nie auf die Bundeswehr aufmerksam geworden. Nur jeder Zehnte begegnet der Bundeswehr im Internet mindestens einmal im Monat, für 18 Prozent ist das seltener als einmal im Monat der Fall.

Jenseits der Medienberichte ist die Bundeswehr für die Mehrheit der Bevölkerung nur noch sehr selten oder gar nicht mehr präsent. Im Alltag am Wohnort werden 78 Prozent seltener als einmal im Monat oder nie auf die Streitkräfte aufmerksam, bei Gesprächen in der Familie sind es 80 Prozent und bei öffentlichen Veranstaltungen 92 Prozent.

**Tabelle 7.1: Häufigkeit der Wahrnehmung in den Medien und im Lebensumfeld**

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Gelegenheiten, bei denen man die Bundeswehr im alltäglichen Leben sieht, etwas von ihr hört oder über sie liest. Bitte sagen Sie mir, wie oft Sie persönlich die Bundeswehr bei diesen Gelegenheiten wahrnehmen. Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala.“ (Angaben in Prozent)					
	Täglich, fast täglich	Etwa ein- bis dreimal in der Woche	Etwa ein- bis dreimal im Monat	Seltener als einmal im Monat	Nie
<b>Medial vermittelte Wahrnehmung</b>					
Bei Sendungen im Fernsehen	7	17	34	34	8
Bei Berichten in Zeitungen und Zeitschriften	6	16	32	34	12
Bei Beiträgen im Internet	1	3	6	18	72
<b>Persönliche Wahrnehmung</b>					
Im Alltag, da wo Sie wohnen	4	8	10	34	44
Bei Gesprächen in der Familie oder mit Verwandten	1	4	15	47	33
Bei öffentlichen Veranstaltungen	0	2	6	43	49
<b>Indexwerte</b>					
Mediale Wahrnehmung insgesamt <sup>1</sup>	10	21	35	29	5
Persönliche Wahrnehmung insgesamt <sup>2</sup>	5	10	19	48	18
Bei allen genannten Gelegenheiten <sup>3</sup>	13	25	34	25	3

Anmerkungen: 1) Ergebnis einer Gesamtbetrachtung der drei genannten Gelegenheiten, die Bundeswehr in Medien wahrzunehmen: im Fernsehen, in Zeitungen und Zeitschriften oder im Internet; 2) Ergebnis einer Gesamtbetrachtung der drei genannten Gelegenheiten, die Bundeswehr persönlich wahrzunehmen: im Alltag, bei öffentlichen Veranstaltungen oder bei Gesprächen; 3) Ergebnis einer Gesamtbetrachtung der sechs genannten Gelegenheiten, die Bundeswehr persönlich oder medial wahrzunehmen.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Auch bei einem Vergleich der Indexwerte wird deutlich, dass die mediale Präsenz der Bundeswehr, d. h. die Darstellung im Fernsehen, in Zeitungen und Zeitschriften oder im Internet, einen größeren Stellenwert besitzt als die nicht-mediale Präsenz, d. h. die persönliche Begegnung mit der Bundeswehr im Alltag, bei Gesprächen im Familien- und Freundeskreis oder bei öffentlichen Veranstaltungen (vgl. Tabelle 7.1, untere drei Zeilen).

Bei der Berücksichtigung aller sechs betrachteten Gelegenheiten, die Bundeswehr wahrzunehmen, zeigt sich, dass insgesamt 72 Prozent der Bundesbürger mindestens einmal im Monat etwas über die Bundeswehr lesen, sehen oder hören; jeder Vierte wird seltener auf die Streitkräfte aufmerksam und nur drei Prozent nie.

Wie oft das Fernsehpublikum bzw. die Leserschaft Medienberichte über die Bundeswehr wahrnimmt, ist von mehreren Faktoren abhängig. Das persönliche Interesse an Sicherheits- und Verteidigungspolitik und das Ausmaß, in dem Medien zur politischen Information genutzt werden, spielen eine wesentliche Rolle. An sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen sehr interessierte Personen sehen bzw. lesen wesentlich häufiger entsprechende Beiträge über die Bundeswehr als weniger interessierte (vgl. Bulmahn/Fiebig/Sender 2008: 103ff.). Die Intensität der Mediennutzung zur politischen Information übt ebenfalls einen Einfluss aus. Personen, die regelmäßig Tageszeitungen, Nachrichtenmagazine und Wochenzeitungen lesen, um sich über politische Themen zu informieren, werden öfter auf die Bundeswehr aufmerksam als andere (vgl. ebenda).

Bei einem Zeitvergleich zeigt sich, dass die medial vermittelte Wahrnehmung im Beobachtungszeitraum weiter an Bedeutung gewonnen hat (vgl. Tabelle 7.2). Während die nicht-mediale Wahrnehmung im persönlichen Umfeld auf niedrigerem Niveau stagniert ist der Anteil der Befragten, die mindestens einmal im Monat Fernsehsendungen über die Bundeswehr gesehen haben, von 42 Prozent (2005) auf 58 Prozent (2007) und damit um 16 Prozentpunkte gestiegen. Für die Printmedien beziffert sich der Zuwachs in diesem Zeitraum auf 14 Prozentpunkte.

Bei einer Betrachtung der Indexwerte werden die Veränderungen sehr deutlich: Der Indexwert für die regelmäßige mediale Wahrnehmung der Bundeswehr ist im Beobachtungszeitraum von 51 Prozent im Jahr 2005 auf 66 Prozent im Jahr 2007 gestiegen. Der Indexwert für die persönliche Wahrnehmung lag im Jahr 2005 bei 36 Prozent und im Jahr 2007 bei 34 Prozent (vgl. Tabelle 7.2). Die eingangs skizzierten Entwicklungen in Gesellschaft und Bundeswehr tragen maßgeblich zu diesem Wandel bei.

**Tabelle 7.2: Wahrnehmung mindestens einmal im Monat im Zeitvergleich**

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Gelegenheiten, bei denen man die Bundeswehr im alltäglichen Leben sieht, etwas von ihr hört oder über sie liest. Bitte sagen Sie mir, wie oft Sie persönlich die Bundeswehr bei diesen Gelegenheiten wahrnehmen. Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala.“ (Angaben in Prozent) <sup>1</sup>			
	2005	2006	2007
Medial vermittelte Wahrnehmung			
Bei Sendungen im Fernsehen	42	65	58
Bei Berichten in Zeitungen und Zeitschriften	40	64	54
Bei Beiträgen im Internet	6	14	10
Persönliche Wahrnehmung			
Im Alltag, da wo Sie wohnen	25	27	22
Bei Gesprächen in der Familie oder mit Verwandten	20	22	20
Bei öffentlichen Veranstaltungen	9	13	8
Indexwerte			
Mediale Wahrnehmung insgesamt <sup>2</sup>	51	74	66
Persönliche Wahrnehmung insgesamt <sup>3</sup>	36	38	34
Bei allen genannten Gelegenheiten <sup>4</sup>	60	79	72

Anmerkungen: 1) Ausgewiesen wird der Anteil der Personen, die die Bundeswehr bei den betreffenden Gelegenheiten mindestens einmal im Monat, d. h. entweder „täglich, fast täglich“, „etwa ein- bis dreimal in der Woche“ oder „etwa ein- bis dreimal im Monat“, wahrgenommen haben (Basis: fünfstufige Skala, vgl. Tabelle 7.1). Für die Anmerkungen 2), 3) und 4) vgl. die entsprechenden Hinweise in der Tabelle 7.1.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2005 bis 2007.

Bei diesen Veränderungen handelt es sich nicht um lineare Prozesse, sondern um Entwicklungen, die stark mit der Intensität der Medienberichterstattung über die Bundeswehr korrelieren. Die höchsten Resonanzwerte wurden bei der Befragung im Herbst 2006 registriert. In diesen Wochen war das Medieninteresse an der Bundeswehr und ihren Auslandseinsätzen außergewöhnlich groß. Anlass hierfür waren Fotos, auf denen Soldaten der deutschen Einsatzkräfte in Afghanistan mit Totenschädeln posieren. Die mediale Schockwelle auf diese von der Bild-Zeitung veröffentlichten „Skandal-Fotos“ war bemerkenswert; sie ebte allerdings nach kurzer Zeit wieder ab (vgl. Bulmahn/Fiebig/Sender 2008: 98ff.). Zum Zeitpunkt der aktuellen Befragung, im September/Oktober 2007, war die Bundeswehr wesentlich seltener in den Medien präsent,<sup>11</sup> was zu

11 Die Datenerhebung der Bevölkerungsbefragung 2006 begann in der 44. Kalenderwoche (KW) und war in der 48. KW nahezu vollständig abgeschlossen. Der für die Medienwirkung besonders relevante Zeitraum reicht von der 43. bis zur 48. KW. In dieser Zeit wurden in den ausgewählten überregionalen Zeitungen und Zeitschriften durchschnittlich 32,9 Artikel pro Tag (nur Montag bis Freitag) veröffentlicht, in denen (auch) über die Bundeswehr und ihre Einsätze berichtet wurde. Im Jahr 2007 reichte der für die Medienwirkung relevante Zeitraum von der 37. bis zur 42. KW. In diesen sechs Wochen wurden durchschnittlich 21,4 Artikel pro Tag veröffentlicht, das sind 11,5 Beiträge pro Tag weniger als im Vorjahr, was einem Rückgang um rund 35 Prozent entspricht.

einem Rückgang der Wahrnehmung um sieben Prozentpunkte für das Fernsehen und um zehn Prozentpunkte für die Printmedien geführt hat.

### 7.3 Bewertung der Bundeswehrpräsenz in den Medien und im persönlichen Lebensumfeld

Wer die Bundeswehr in den Medien oder im persönlichen Lebensumfeld wahrnimmt, der gewinnt zumeist positive Eindrücke (vgl. Tabelle 7.3). Bei Begegnungen im Alltag wird die Bundeswehr von insgesamt 91 Prozent der Bundesbürger vorteilhaft wahrgenommen, bei Gesprächen in der Familie sind es 86 Prozent. Von denen, die der Bundeswehr im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen begegnen, berichten 94 Prozent von positiven Erfahrungen, wobei zu berücksichtigen ist, dass entsprechende Veranstaltungen, beispielsweise öffentliche Gelöbnisse, Tage der offenen Tür oder Messestände der Bundeswehr, eher selten von Personen besucht werden, die der Bundeswehr kritisch gegenüberstehen.

**Tabelle 7.3: Bewertung der Bundeswehrpräsenz in den Medien und im Lebensumfeld**

Frage: „Und wie nehmen Sie die Bundeswehr bei diesen Gelegenheiten normalerweise wahr? Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte mit Hilfe der folgenden Skala.“ (Angaben in Prozent) <sup>1</sup>				
	(Sehr) positiv <sup>2</sup>	Eher positiv	Eher negativ	(Sehr) negativ <sup>3</sup>
<b>Medial vermittelte Wahrnehmung</b>				
Bei Sendungen im Fernsehen	39	49	10	2
Bei Berichten in Zeitungen und Zeitschriften	37	50	11	2
Bei Beiträgen im Internet	30	57	11	2
<b>Persönliche Wahrnehmung</b>				
Im Alltag, da wo Sie wohnen	43	48	7	2
Bei Gesprächen in der Familie oder mit Verwandten	35	51	12	2
Bei öffentlichen Veranstaltungen	48	46	5	1
<b>Indexwerte</b>				
Mediale Wahrnehmung insgesamt <sup>4</sup>	35	52	11	2
Persönliche Wahrnehmung insgesamt <sup>5</sup>	42	48	8	2
Bei allen genannten Gelegenheiten <sup>6</sup>	39	50	9	2

Anmerkungen: 1) Frage wurde nur Personen gestellt, welche die Bundeswehr bei der jeweiligen Gelegenheit wahrgenommen haben; 2) Anteile „Sehr positiv“ und „Positiv“ zusammengefasst; 3) Anteile „Sehr negativ“ und „Negativ“ zusammengefasst; 4) Durchschnittswert für alle genannten Gelegenheiten, die Bundeswehr in Printmedien oder elektronischen Medien wahrzunehmen; 5) Durchschnittswert für alle genannten Gelegenheiten, die Bundeswehr im Alltag, bei Veranstaltungen oder Gesprächen persönlich wahrzunehmen; 6) Durchschnittswert für alle genannten Gelegenheiten, die Bundeswehr persönlich oder medial wahrzunehmen.

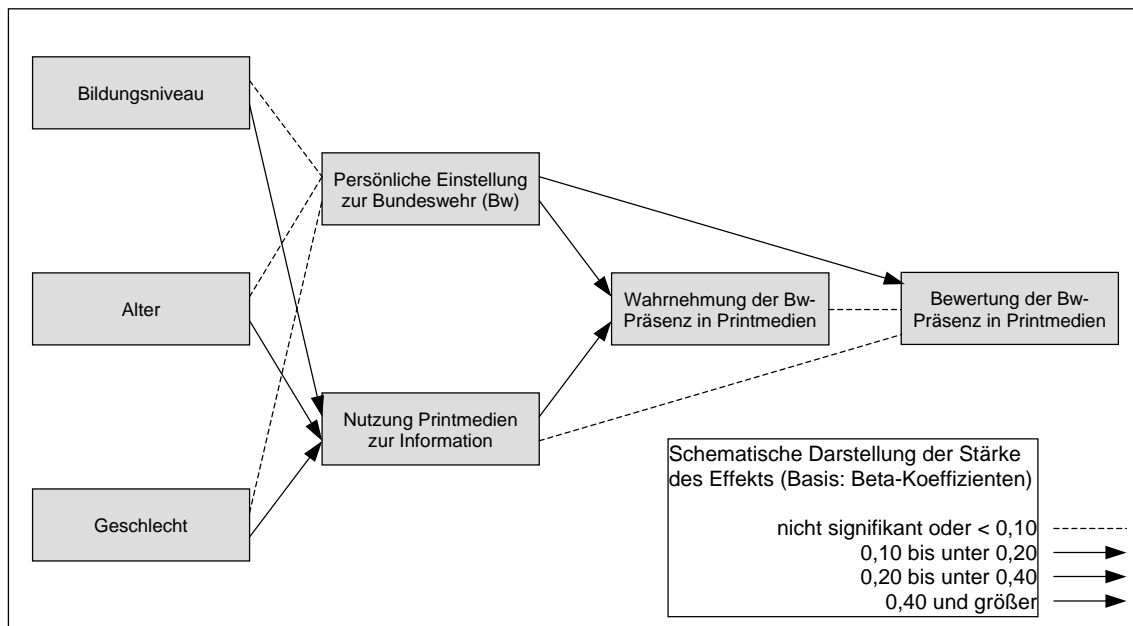
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Von denen, die im Fernsehen etwas über die Bundeswehr sehen, nehmen 88 Prozent die Streitkräfte positiv wahr, davon 39 Prozent „sehr positiv“ oder „positiv“ und weitere 49 Prozent „eher positiv“. Nur 12 Prozent gelangen zu einem negativen Gesamtbild. Ebenso günstig sind die Eindrücke derjenigen, die dem Thema „Bundeswehr“ in Zeitungen und Zeitschriften oder im Internet begegnen.

In Anbetracht der eher kritischen Medienberichte über die Bundeswehr sind diese mehrheitlich positiven Eindrücke überraschend. Warum nehmen Zeitungleser die Bundeswehr überwiegend positiv wahr, wenn in den Zeitungen und Zeitschriften vor allem über negative Ereignisse und Entwicklungen berichtet wird?

Die naheliegende Vermutung, dass die persönliche Einstellung zur Bundeswehr in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen könnte, hat sich bei entsprechenden Analysen bestätigt. Je positiver die individuelle Haltung zur Bundeswehr ist, desto größer ist das Interesse an diesem Thema, desto häufiger werden Berichte über die Bundeswehr in den Medien wahrgenommen und desto positiver sind die Eindrücke.

**Abbildung 7.1: Pfadmodell zu den Einflussfaktoren Wahrnehmung und Bewertung der Bundeswehr in Zeitungen und Zeitschriften<sup>1</sup>**



Anmerkung: 1) Pfadmodell auf der Basis von vier linearen Regressionsanalysen. Ausgewiesen werden standardisierte Beta-Koeffizienten.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Die im Rahmen der Pfadanalyse gewonnenen Erkenntnisse ergeben folgendes Gesamtbild (vgl. Abbildung 7.1). Die Nutzung von Printmedien ist wie erwartet vom Bildungs-

niveau abhängig. Bessergebildete lesen häufiger Zeitungen und Zeitschriften, um sich über politische Ereignisse und Zusammenhänge zu informieren. Auch das Alter und das Geschlecht spielen eine Rolle: Ältere greifen öfter zur Zeitung als Jüngere und Männer informieren sich häufiger als Frauen.

Wer die Printmedien häufiger zur Information nutzt, wird auch öfter auf Berichte über die Bundeswehr aufmerksam.<sup>12</sup> Zwischen der Wahrnehmung der Bundeswehr in den Printmedium und der Bewertung dieser Berichte besteht allerdings nur ein marginaler Zusammenhang.<sup>13</sup> Die Bewertung der Darstellungen der Bundeswehr in Zeitungen und Zeitschriften wird sehr stark von der persönlichen Einstellung zur Bundeswehr beeinflusst,<sup>14</sup> die sich wiederum auch positiv auf die Wahrnehmung des Themas „Bundeswehr“ auswirkt.<sup>15</sup>

Die persönliche Einstellung zur Bundeswehr wirkt sich von allen betrachteten Einflussfaktoren – Geschlecht, Alter, Bildungsniveau, Nutzungsintensität der Printmedien und Häufigkeit der Wahrnehmung des Themas „Bundeswehr“ in den Medien – am deutlichsten auf die Bewertung der Medienberichte über die Bundeswehr aus. Von einer starken Medienwirkung kann in Anbetracht dieser Ergebnisse keine Rede sein. Vielmehr wird der Einfluss der Medien in mehrfacher Weise begrenzt und modifiziert: sowohl die Auswahl der vorliegenden Informationen als auch deren Deutung werden von der persönlichen Einstellung zur Bundeswehr beeinflusst. Diese Selektions- und Interpretationseffekte sind so stark, dass sie die auf kritische Ereignisse fokussierte Berichterstattung der Medien im Normalfall kompensieren. Nur bei außergewöhnlich kritischer Berichterstattung, wie beispielsweise nach der Veröffentlichung der Totenkopf-Bilder aus Afghanistan, kommt es zu signifikanten negativen Medienwirkungen.

Die moderne Kommunikations- und Medienforschung sieht das nachrichtentechnologische Modell, wonach Kommunikation als simple Übertragung von Informationen bzw. Botschaften von einem Sender zu einem Empfänger verstanden wird, als obsolet an (vgl. Rusch 2003: 292). Mit der kognitiven Wende der Sozialwissenschaften hat man sich von den althergebrachten Stimulus-Response Metaphern endgültig verabschiedet und sich den komplexen Wahrnehmungs- und Verarbeitungsprozessen von Informationen durch die Rezipienten zugewandt: „Der Mensch [kann] nur wahrnehmen, was er auf Grund seiner neurophysiologischen Grundausstattung, seines Wissens und affektiven

---

12 Standardisierter Beta-Koeffizient = ,224; Signifikanz = ,000.

13 Standardisierter Beta-Koeffizient = ,089; Signifikanz = ,000.

14 Standardisierter Beta-Koeffizient = ,539; Signifikanz = ,000.

15 Standardisierter Beta-Koeffizient = ,116; Signifikanz = ,000.

Befindlichkeit wahrnehmen kann. Er generiert sein Verhalten kognitiv autonom, erzeugt Informationen erst intern, seine Aufmerksamkeit ist selektiv, sein Bewusstsein begrenzt, sein Gedächtnis löchrig, sein Verhalten und Handeln ist von Bedürfnissen und Interessen geleitet und abhängig von Wissensvoraussetzungen, Erwartungen und Hoffnungen“ (vgl. Rusch 2003: 294). Die vorliegenden empirischen Befunde sind vor dem Hintergrund dieses neueren Paradigmas zu interpretieren.

Bei einem Zeitvergleich werden leichte Schwankungen bei der Bewertung der Bundeswehrpräsenz in den Medien erkennbar (vgl. Tabelle 7.4). Von den Zuschauern, die bei Fernsehsendungen auf die Bundeswehr aufmerksam geworden sind, berichteten im Jahr 2005 insgesamt 85 Prozent von positiven Eindrücken. Ein Jahr später waren es mit 74 Prozent elf Prozentpunkte weniger. Für die Printmedien beziffert sich der Rückgang auf 15 Prozentpunkte und für das Internet auf acht Prozentpunkte.

**Tabelle 7.4: Positive Bewertung der Bundeswehrpräsenz im Zeitvergleich**

Wortlaut der Frage: „Und wie nehmen Sie die Bundeswehr bei diesen Gelegenheiten normalerweise wahr? Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte mit Hilfe der folgenden Skala.“ (Angaben in Prozent) <sup>1</sup>			
	2005 <sup>2</sup>	2006	2007
<b>Medial vermittelte Wahrnehmung</b>			
Bei Sendungen im Fernsehen	85	74	88
Bei Berichten in Zeitungen und Zeitschriften	83	68	87
Bei Beiträgen im Internet	82	74	87
<b>Persönliche Wahrnehmung</b>			
Im Alltag, da wo Sie wohnen	90	88	91
Bei Gesprächen in der Familie oder mit Verwandten	80	82	86
Bei öffentlichen Veranstaltungen	92	91	94
<b>Indexwerte</b>			
Mediale Wahrnehmung insgesamt <sup>3</sup>	83	72	87
Persönliche Wahrnehmung insgesamt <sup>4</sup>	87	87	90
Bei allen genannten Gelegenheiten <sup>5</sup>	85	80	89

Anmerkungen: 1) Ausgewiesen wird der Anteil der Personen, die die Bundeswehr bei den betreffenden Gelegenheiten „Positiv“ wahrgenommen haben, d. h. entweder „Sehr positiv“, „Positiv“ oder „Eher positiv“ (Basis: sechsstufige Skala, vgl. Tabelle 7.3); 2) Nicht vollkommen mit den Angaben für die Jahre 2006 und 2007 vergleichbar, da mit einer siebenstufigen Skala erhoben; ausgewiesen werden die ersten drei Skalenwerte „Sehr positiv“, „Positiv“ oder „Eher positiv“, die Anteile auf dem mittleren Skalenwert „Teils/teils“ werden zur besseren Vergleichbarkeit nicht berücksichtigt. Für die Anmerkungen 3), 4) und 5) vgl. die entsprechenden Hinweise in der Tabelle 7.3.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Die Zunahme der negativen Eindrücke im Jahr 2006 ist auf die weiter oben beschriebene intensivere Berichterstattung über kritische Vorfälle im Auslandseinsatz zurückzuführen. Das verdeutlichen die Analysen auf der Basis von Kalenderwochen. Dabei wird

der Zusammenhang zwischen der Intensität der kritischen Medienberichte und der negativen Bewertung der Bundeswehrpräsenz sehr deutlich (vgl. Bulmahn/Fiebig/Sender 2008: 103ff.).

Die Medienwirkung ist in solchen Phasen nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleich stark. Bei Personen, die sich nicht für Sicherheits- und Verteidigungspolitik interessieren, und noch mehr bei denen, die selten Zeitungen und Zeitschriften zur Hand nehmen, hinterlassen die kritischen Berichte über die Bundeswehr einen größeren Eindruck (vgl. ebenda, Tabelle 35). Regelmäßige Zeitungsleser bzw. sicherheitspolitisch Interessierte haben ein umfassenderes Bild von der Bundeswehr und ihren Auslandseinsätzen, das sie in die Lage versetzt, kritische Vorfälle, über die berichtet wird, differenzierter zu bewerten. Stabilisierend wirkt sich auch die überdurchschnittlich positive Einstellung zur Bundeswehr aus, die in diesen Gruppen zumeist vertreten wird.

Im Jahr 2007 lagen die Anteilswerte derjenigen, die positive Erfahrungen machen, wenn sie in den Medien oder im persönlichen Umfeld auf die Bundeswehr aufmerksam werden, deutlich über den Vorjahreswerten.

## **7.4 Fazit**

Die Untersuchungen zur Wahrnehmung der Bundeswehr in den Medien und im persönlichen Lebensumfeld der Menschen in Deutschland führen zu folgenden wesentlichen Erkenntnissen:

1. Bei den Analysen wird deutlich, dass die Bundeswehr vor allem über die Medien wahrgenommen wird. Durch Sendungen im Fernsehen oder Beiträge in Zeitungen und Zeitschriften werden die Bundesbürger häufiger auf die deutschen Streitkräfte aufmerksam als im persönlichen Umfeld, bei Gesprächen im Familien- und Freundeskreis oder beim Besuch öffentlicher Veranstaltungen. Eine vergleichbare Breitenwirkung hat das Internet zumindest bisher noch nicht entfalten können.
2. Bei einem Zeitvergleich zeichnet sich ein Wandel der Wahrnehmungsformen ab: Während die von den Medien produzierten und vermittelten Bilder immer häufiger wahrgenommen werden, stagniert die nicht-mediale, persönliche Wahrnehmung auf wesentlich geringerem Niveau. Der Indexwert für die regelmäßige mediale Wahrnehmung der Bundeswehr ist im Beobachtungszeitraum von 51 Prozent im Jahr 2005 auf 66 Prozent im Jahr 2007 gestiegen. Der Indexwert für die persönliche



Wahrnehmung lag im Jahr 2005 bei 36 Prozent und im Jahr 2007 bei 34 Prozent (vgl. Tabelle 7.2). Zurückzuführen ist dieser Wandel auf die eingangs skizzierten Entwicklungen in der Gesellschaft und der Bundeswehr.

3. Die Wahrnehmung der Bundeswehr ist von mehreren Faktoren abhängig. Das persönliche Interesse an sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen und das individuelle Mediennutzungsverhalten spielen ebenso eine Rolle wie die Intensität, mit der die Medien über die Bundeswehr berichten. Aufgrund der Fokussierung auf Ereignisse mit hohem Nachrichtenwert schwankt das Medieninteresse sehr stark, weshalb letztlich auch der Einfluss der Medien auf die öffentliche Meinung zeitlich begrenzt ist.
4. Die Mehrheit derjenigen, die der Bundeswehr in den Medien oder im persönlichen Umfeld begegnen, berichtet von positiven Erfahrungen. Dieses Ergebnis ist bemerkenswert, weil die Medien ein überwiegend kritisches Bild von den Streitkräften und ihren Einsätzen zeichnen. Zwar wird überwiegend neutral berichtet und dezidiert negative Wertungen sind relativ selten, doch stehen zumeist Negativereignisse im Mittelpunkt des Medieninteresses.
5. Die Suche nach einer Erklärung für dieses Phänomen führt zu der Erkenntnis, dass die Wahrnehmung der Bundeswehrpräsenz in den Printmedien und mehr noch die Bewertung dieser Bilder und Berichte von der persönlichen Einstellung zur Bundeswehr abhängig sind. Je positiver diese Grundeinstellung ist, desto häufiger werden Informationen über die Streitkräfte wahrgenommen und desto positiver werden diese Informationen gedeutet. Diese Selektions- und Interpretationsmechanismen stabilisieren die öffentliche Meinung in entscheidender Weise, indem sie die Medienwirkung begrenzen und modifizieren.



# 8 Aufgabenfelder der Bundeswehr

*Thomas Bulmahn*

---

## 8.1 Einleitung

Mit dem Wandel der sicherheits- und verteidigungspolitischen Rahmenbedingungen in den letzten beiden Jahrzehnten hat sich auch das Aufgabenspektrum der Bundeswehr grundlegend verändert. Im „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ wird eine leistungsfähige Bundeswehr als „Instrument einer umfassend angelegten, vorausschauenden Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ definiert (BMVg 2006b: 13). Die Bundeswehr hat als ein derartiges Instrument den Auftrag, „die außenpolitische Handlungsfähigkeit zu sichern, einen Beitrag zur Stabilität im europäischen und globalen Rahmen zu leisten, die nationale Sicherheit und Verteidigung zu gewährleisten, zur Verteidigung der Verbündeten beizutragen, die multinationale Zusammenarbeit und Integration zu fördern“ (ebenda).

Die konkreten Aufgaben der Bundeswehr werden „aus ihrem verfassungsrechtlichen Auftrag sowie den Werten, Zielen und Interessen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ abgeleitet (ebenda). Im Weißbuch 2006 werden die folgenden sechs Aufgaben benannt:

- „internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus,
- Unterstützung von Bündnispartnern,
- Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger,
- Rettung und Evakuierung,
- Partnerschaft und Kooperation,
- subsidiäre Hilfsleistungen (Amtshilfe, Hilfe bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen)“ (ebenda).

Einzelnen Aufgabenfeldern wird eine spezifische Priorität beigemessen, die mit der Wahrscheinlichkeit verschiedener Bedrohungsszenarien korrespondiert. Die Landesverteidigung im Bündnisrahmen wird in diesem Dokument als „eine zentrale Aufgabe der Bundeswehr“ bezeichnet und als ein „Ausdruck staatlicher Souveränität und gemeinsamer Sicherheitsvorsorge gegen mögliche, auf absehbare Zeit aber unwahrscheinliche

Bedrohungen“ (ebenda: 72) beschrieben. Die internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus werden dagegen als die „wahrscheinlicheren Aufgaben“ benannt (ebenda).

Die deutschen Streitkräfte, ihr Auftrag, ihre Aufgaben und ihre Einsätze unterliegen verfassungsrechtlichen Vorgaben und dem Vorrang demokratisch legitimierter Politik. Das bedeutet im Wesentlichen, dass „die Initiative zu einem Streitkräfteeinsatz sowie zur Festlegung seiner konkreten Modalitäten (...) bei der Bundesregierung [liegt]“, dass „bewaffnete Einsätze deutscher Streitkräfte (...) grundsätzlich der vorherigen konstitutiven Zustimmung durch den Deutschen Bundestag [bedürfen]“ und dass dieses „Zustimmungserfordernis (...) der parlamentarischen Kontrolle über den Einsatz von Streitkräften [dient]“ (ebenda: 75).

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Akzeptanz des neuen, deutlich erweiterten Aufgabenspektrums der Bundeswehr: Mit welchen Aufgaben wollen die Bürgerinnen und Bürger die deutschen Streitkräfte betraut wissen und mit welchen nicht? Dieser Leitfrage soll im Folgenden nachgegangen werden. Betrachtet werden dabei sowohl Aufgaben, die von der Bundeswehr im Ausland bewältigt werden, wie beispielsweise die Stabilisierung der Sicherheitslage in einer Krisenregion in Europa, als auch Funktionen, die im Inland zu erfüllen sind, beispielsweise die Katastrophenhilfe bei Sturmfluten oder Überschwemmungen.

Um mehr über die Determinanten der Zustimmung zu den Aufgaben der Streitkräfte zu erfahren, werden im Rahmen der Studie auch Missionen thematisiert, die nicht zum beschriebenen Aufgabenspektrum der Bundeswehr gehören: beispielsweise die Sicherung der Landesgrenzen gegen illegale Einwanderer, die Entmachtung einer ausländischen Regierung, die die Menschenrechte verletzt oder die Sicherung der Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen.

Welche Aufgaben sollten die deutschen Streitkräfte nach Meinung der Bundesbürger übernehmen? Vorstellbar sind ganz unterschiedliche Antwortmuster: Auf der Basis einer überwiegend positiven Einschätzung der Aufgabenerfüllung der Bundeswehr im In- und Ausland durch die Bundesbürger und des mehrheitlichen Vertrauens in die Streitkräfte könnte sich eine breite, weitgehend undifferenzierte Zustimmung zu allen betrachteten Aufgabenfeldern ergeben.

Doch auch ein ganz anderes Ergebnis ist denkbar: Eine generelle Ablehnung aller thematisierten Aufgabenfelder. Plausibel erscheint ein solcher Befund in Anbetracht der

von den Menschen empfundenen Bedrohungen: Nicht die Angst vor Terrorismus und Krieg steht im Vordergrund, sondern Befürchtungen vor einem weiteren Abbau sozialer Leistungen bei Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit, Sorgen um die wirtschaftliche Lage in Deutschland und Ängste vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes (vgl. Kapitel 3). Dieses Bedrohungsgefühl trägt dazu bei, dass die Bevölkerungsmehrheit für eine stärkere Konzentration der Kräfte auf die wirtschaftlichen und sozialen Probleme im eigenen Land ist und sich gegen ein internationales Engagement Deutschlands wendet (vgl. Kapitel 4). Dieses Gefühl könnte auch dazu führen, dass die Mehrheit eine Übernahme der meisten hier betrachteten Aufgabenfelder durch die Bundeswehr ablehnt, und zwar insbesondere dann, wenn es sich um Aufgaben handelt, die im Rahmen eines Auslandseinsatzes der Bundeswehr zu bewältigen sind.

Wahrscheinlicher als die beiden Extrempositionen ist die dritte Möglichkeit: Eine von Werten, Interessen und Emotionen geleitete, insofern verschiedene Beweggründe berücksichtigende und damit zugleich auch differenziertere Betrachtung, die ihren Ausdruck in einer unterschiedlich starken Zustimmung bzw. Ablehnung der verschiedenen Aufgabenfelder findet.

## **8.2 Einstellungen zu den Aufgaben der Bundeswehr im Ausland**

Die empirische Analyse für die im Rahmen der Studie betrachteten Aufgabenfelder der Bundeswehr im Ausland ergibt ein sehr differenziertes Bild. Am stärksten unterstützt wird ein Einsatz deutscher Streitkräfte im Ausland, um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten: Insgesamt 96 Prozent stimmen einem solchen Auftrag zu (vgl. Tabelle 8.1). Darunter sind 83 Prozent, die vollkommen oder überwiegend zustimmen und 13 Prozent, die eher zustimmen und folglich mit gewissen Einschränkungen dafür sind. Nur sehr wenige lehnen eine solche Mission ab.

Das Ansinnen, deutsche Soldaten zu entsenden, um eine ausländische Regierung zu entmachten, die die Menschenrechte verletzt, wird am stärksten zurückgewiesen: Insgesamt 52 Prozent lehnen eine derartige Aufgabe für die Bundeswehr ab, darunter sind 29 Prozent entschieden dagegen und weitere 23 Prozent lehnen das eher ab.

Beide Missionen definieren die empirischen Grenzen der Akzeptanzskala: die größte Zustimmung für den einen Auftrag und die geringste Zustimmung für den anderen.

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass es sich bei beiden Aufgaben, sowohl bei der Katastrophenhilfe als auch bei der Entmachtung einer Regierung, die die Menschenrechte verletzt, im Kern um – im weitesten Sinne – humanitäre Missionen handelt, bei denen es jeweils darum geht, Menschen aus einer existenziellen Notlage zu befreien. Der Unterschied zwischen den beiden Szenarien besteht zum einen im Charakter des Streitkräfteeinsatzes: Im ersten Fall werden die militärischen Möglichkeiten dazu genutzt, Hilfsmittel in ein Katastrophengebiet zu transportieren und medizinische Hilfe zu leisten. Im zweiten Fall geht es darum, mit militärischer Gewalt eine Regierung zu entmachten, möglicherweise mit Verwundeten und Toten sowie mit ungewissem Erfolg.

Der Einsatz militärischer Gewaltmittel unterliegt allerdings auch keinem absoluten Tabu. Wenn es beispielsweise darum geht, die Bundeswehr im Ausland einzusetzen, um deutsche Staatsbürger aus der Hand von Geiselnehmern zu befreien oder um einen Völkermord zu verhindern, dann liegt der Anteil der Befürworter alles in allem bei 89 bzw. 84 Prozent. Auch hier ist die Anwendung militärischer Gewalt wahrscheinlich, doch wird hier durch die Beschreibung der Aufgabe das Leid der Betroffenen deutlicher und die sich daraus ergebende moralische Verpflichtung zu helfen ist wesentlich größer.

Größere Unterschiede ergeben sich auch hinsichtlich der Region, in der eine Mission stattfinden soll. Wenn es darum geht, die Sicherheitslage in einer Krisenregion in Europa zu stabilisieren, dann sind insgesamt 85 Prozent der Bundesbürger dafür, diese Aufgabe der Bundeswehr zu übertragen; darunter 52 Prozent, die ohne nennenswerte Vorbehalte zustimmen. Wenn die Stabilisierungsmission nicht in Europa, sondern im Nahen Osten oder in Afrika stattfinden soll, dann fällt die Zahl der Befürworter wesentlich geringer aus. Der Anteil derer, die weitgehend vorbehaltlos dafür sind, d. h. vollkommen oder überwiegend zustimmen, ist mit 31 Prozent bzw. 27 Prozent nur noch etwa halb so groß.

Die wesentlich geringere Akzeptanz von Stabilisierungsmissionen im Nahen Osten bzw. in Afrika ist vermutlich nicht allein auf die geografische Entfernung zurückzuführen, sondern auf vielfältige Unterschiede in politischen, sozialen, kulturellen und religiösen Fragen. Je größer diese Unterschiede sind, desto schwächer ausgeprägt sind Gefühle der individuellen Verbundenheit, der persönlichen Betroffenheit, der nationalen Verantwortung und damit letztlich auch die Bereitschaft, deutsche Soldaten in diese in mehrfacher Hinsicht fernen Krisengebiete zu entsenden.

**Tabelle 8.1: Einstellung zu den Aufgabenfeldern der Bundeswehr im Ausland**

Frage: „Welche Aufgaben sollten die deutschen Streitkräfte Ihrer Meinung nach im Ausland übernehmen? Stimmen Sie einer Übernahme der folgenden Aufgaben durch die Bundeswehr zu oder lehnen Sie dieses ab?“ (Angaben in Prozent)				
Die deutschen Streitkräfte sollten im Ausland eingesetzt werden, ...	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab <sup>2</sup>
um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten.	83	13	2	2
um deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren.	71	21	5	3
um einen terroristischen Anschlag auf Deutschland zu verhindern.	66	23	7	4
um deutsche Staatsbürger aus der Hand von Geiselnehmern zu befreien.	66	23	6	5
um einem NATO-Partner zu helfen, der angegriffen wurde.	54	31	9	6
um einen Völkermord zu verhindern.	54	30	10	6
um die Sicherheitslage in einer Krisenregion in Europa zu stabilisieren.	52	33	10	5
um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen.	46	31	13	10
um die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern.	45	30	14	11
um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern.	45	25	16	14
um den internationalen Seeverkehr zu überwachen und zu sichern.	42	36	13	9
um den freien und ungehinderten Welthandel zu sichern.	39	35	14	12
um Länder wie den Iran an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern.	38	24	20	18
um Drogenanbau und Drogenhandel zu unterbinden.	33	25	23	19
um bei der Durchführung demokratischer Wahlen zu helfen.	32	33	18	17
um die Sicherheitslage in einer Krisenregion im Nahen Osten zu stabilisieren.	31	31	10	18
um die Sicherheitslage in einer Krisenregion in Afrika zu stabilisieren.	27	34	22	17
um eine ausländische Regierung zu entmachten, die die Menschenrechte verletzt.	26	22	23	29

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne vollkommen ab“ und „Lehne überwiegend ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Die Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus für die Sicherheit Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger werden offensichtlich wahrgenommen, auch wenn sich vergleichsweise wenige von möglichen Terroranschlägen in Deutschland persönlich bedroht sehen. Insgesamt teilen 89 Prozent die Auffassung, dass die Bundeswehr im Ausland eingesetzt werden sollte, um einen terroristischen Anschlag auf das eigene Land zu verhindern und 77 Prozent meinen, deutsche Streitkräfte sollten sich grundsätzlich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus beteiligen.

Diese Befunde belegen, dass die Erweiterung des Aufgabenspektrums der Bundeswehr von der Bevölkerungsmehrheit ohne größere Vorbehalte akzeptiert wird. Lediglich eine Minderheit spricht sich gegen die Abwehr terroristischer Gefahren durch die Bundeswehr im Ausland bzw. gegen eine Beteiligung deutscher Streitkräfte am Kampf gegen diese Bedrohung aus.

Andere Aufgaben, die nicht oder nur mittelbar zum erweiterten Aufgabenspektrum der Bundeswehr gehören, finden weniger Zustimmung. Rund zwei Drittel befürworteten einen Einsatz der Bundeswehr im Ausland, um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern, um Länder wie den Iran an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern, um bei der Durchführung demokratischer Wahlen zu helfen oder um Drogenanbau und Drogenhandel zu unterbinden. Ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung, die Spanne reicht von 30 bis 42 Prozent, lehnt die Übernahme derartiger Aufgaben durch die Bundeswehr ab.

Bei aller Differenzierung sollte nicht übersehen werden, dass die Bevölkerungsmehrheit die Bundeswehr mit nahezu allen hier betrachteten Aufgaben betrauen will. Die Zustimmung ist bei den Punkten am größten, bei denen sich aus der Aufgabenbeschreibung unmittelbar eine persönliche Betroffenheit, eine moralische Verpflichtung bzw. eine nationale Verantwortung ergeben und zugleich die Anwendung militärischer Gewalt eher unwahrscheinlich, nicht zwingend erforderlich bzw. für die Befragten nicht erkennbar ist.

Deutlich wird allerdings auch eine gewisse Unsicherheit bei der Beurteilung dieser Fragen. Der Anteil derjenigen, die „eher zustimmen“ oder „eher ablehnen“ beziffert sich für alle 18 betrachteten Aufgaben auf durchschnittlich 41 Prozent. Bei fünf Missionen wird die 50-Prozent-Marke entweder fast erreicht oder sogar überschritten.

### **8.3 Einstellungen zu den Aufgaben der Bundeswehr im Inland**

Der Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger wird im „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ als ein zentrales Aufgabenfeld der Bundeswehr beschrieben: „Die Verteidigung Deutschlands gegen eine militärische Bedrohung von außen ist und bleibt die verfassungsrechtliche Kernfunktion der Bundeswehr.“ (BMVg 2006b: 75) Für die innere Sicherheit und damit auch für die Abwehr terroristischer Bedrohungen in Deutschland sind dagegen zunächst die entspre-



chenden Behörden von Bund und Ländern zuständig. Unter bestimmten Bedingungen ist jedoch auch ein Einsatz der Bundeswehr verfassungsrechtlich möglich. Im Grundgesetz Artikel 87a Absatz 4 heißt es hierzu: „Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann die Bundesregierung, wenn die Voraussetzungen des Artikels 91 Absatz 2 vorliegen und die Polizeikräfte sowie der Bundesgrenzschutz nicht ausreichen, Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes beim Schutze von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen.“ (GG Art. 87a Abs. 4)

Im Weißbuch 2006 werden nahezu gleich lautende Einschränkungen formuliert: Außerhalb des Verteidigungsfalls kann die Bundeswehr nur dann im Inland eingesetzt werden, „wenn nur mit ihrer Hilfe eine derartige Lage bewältigt werden kann, insbesondere wenn nur sie über die erforderlichen Fähigkeiten verfügt oder wenn die zuständigen Behörden erst zusammen mit Kräften der Bundeswehr den Schutz der Bevölkerung und gefährdeter Infrastruktur sicherstellen können“ (BMVg 2006b: 72).

**Tabelle 8.2: Einstellung zu den Aufgabenfeldern der Bundeswehr im Inland**

Frage: „Welche Aufgaben sollte die Bundeswehr Ihrer Meinung nach in Deutschland übernehmen?“ (Angaben in Prozent)				
Die Bundeswehr sollte in Deutschland eingesetzt werden ...	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab <sup>2</sup>
zur Katastrophenhilfe, z. B. bei Sturmfluten und Überschwemmungen.	92	7	1	0
zur Verteidigung bei einem militärischen Angriff auf unser Land.	91	7	1	1
zur Überwachung des deutschen Luftraums, um Terroranschläge mit Flugzeugen zu verhindern.	79	16	3	2
zur Suche und Rettung von Vermissten.	78	16	4	2
zur Überwachung der Küsten und der Hafenanlagen, um Terroranschläge mit Schiffen zu verhindern.	71	20	6	3
zum Schutz von Flughäfen, Bahnhöfen und anderen öffentlichen Gebäuden vor Terroranschlägen.	68	17	9	6
zum Schutz von Kernkraftwerken, Chemiewerken und ähnlichen Anlagen vor Terroranschlägen.	67	20	8	5
zur Sicherung der Landesgrenzen gegen illegale Einwanderer.	57	20	13	10

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne vollkommen ab“ und „Lehne überwiegend ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Diese verfassungsrechtlichen Beschränkungen sind der Bevölkerungsmehrheit entweder nicht bekannt oder sie werden nicht als solche wahrgenommen: Die Mehrheit der Bundesbürger spricht sich nahezu vorbehaltlos dafür aus, die deutschen Streitkräfte im Inland einzusetzen, um Terroranschläge zu verhindern (vgl. Tabelle 8.2). Hierzu sollen alle im Rahmen der Studie betrachteten Möglichkeiten genutzt werden: Die Bundeswehr soll nicht nur den deutschen Luftraum überwachen, um Terroranschläge mit Flugzeugen abzuwehren (insgesamt 95 Prozent Zustimmung), sondern auch die Küste und die Hafenanlagen überwachen, um Terroranschläge mit Schiffen zu vereiteln (insgesamt 91 Prozent Zustimmung), sie soll Flughäfen, Bahnhöfe und andere öffentliche Gebäude sichern (insgesamt 85 Prozent Zustimmung) sowie auch Kernkraftwerke, Chemiewerke und ähnliche Anlagen vor Terroranschlägen schützen (insgesamt 87 Prozent Zustimmung).

Die Akzeptanz ist am größten, wenn Punkte zur Diskussion stehen, die zum klassischen Aufgabenspektrum der Streitkräfte in Deutschland gehören: die Verteidigung bei einem militärischen Angriff und die Katastrophenhilfe, z. B. bei Sturmfluten und Überschwemmungen. Der Anteil derjenigen, die darin Aufgaben für die Bundeswehr sehen, liegt bei insgesamt 99 bzw. 98 Prozent. Auf der anderen Seite ist die Ablehnung am größten, wenn die Bundeswehr mit einer Aufgabe betraut werden soll, die ganz offensichtlich keine Aufgabe der Streitkräfte ist, sondern eine der zuständigen Behörden in Bund und Ländern, wie beispielsweise die Sicherung der Landesgrenzen gegen illegale Einwanderer.

#### **8.4 Einstellungsmuster und Milieus**

Die Einstellungen der Bundesbürger zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen werden nach vorliegenden Erkenntnissen von zahlreichen Faktoren beeinflusst: vom Bildungsniveau, von der wirtschaftlichen Lage, von Emotionen, von politischen und religiösen Überzeugungen und nicht zuletzt von Werten (vgl. Bulmahn 2005: 8–15 und 47–58). Es ist daher eher unwahrscheinlich, dass die Bundesbürger zu einer zentralen Frage, wie der nach den Aufgabenfeldern der deutschen Streitkräfte im In- und Ausland, einer Meinung sind. Vielmehr kann man davon ausgehen, dass es in der Bevölkerung Gruppen mit unterschiedlichen Einstellungsmustern gibt. Die einen werden sich vor dem Hintergrund ihrer wirtschaftlichen Lage, ihrer politischen und religiösen Überzeugungen bzw. ihrer Werthaltungen eher für die Übernahme möglichst vieler Aufga-

ben durch die Bundeswehr aussprechen, während andere das in Anbetracht ihrer spezifischen Lebensumstände ablehnen werden.

Im Folgenden soll untersucht werden, wie heterogen das Meinungsbild ist, das heißt, wie viele Milieus es gibt, wie groß sie sind und inwieweit sich die jeweiligen Präferenzmuster unterscheiden. Die vorliegenden Befragungsdaten werden in einem dreistufigen Verfahren analysiert: Zunächst werden die zahlreichen Aussagen zu den Aufgaben der Streitkräfte im Rahmen einer Faktorenanalyse mit dem Ziel verdichtet, wesentliche Aufgabendimensionen zu identifizieren. Ausgehend von diesen Dimensionen werden in einem zweiten Analyseschritt Individuen mit ähnlichen Präferenzen zusammengefasst. Diese Gruppen werden schließlich beschrieben und hinsichtlich ihrer Aufgabenpräferenzen verglichen. Mit Hilfe der Faktorenanalyse<sup>16</sup> können vier Faktoren bzw. Dimensionen identifiziert werden (vgl. Tabelle 8.3). Diese Dimensionen bündeln einzelne Aufgaben bzw. Teilaspekte von Aufgaben, die von den Befragten jeweils ähnlich wahrgenommen und beurteilt werden.

### **Erste Dimension: Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung**

Bei der ersten Dimension stehen die internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowie der Kampf gegen den internationalen Terrorismus im Mittelpunkt. Zu diesem Aufgabenfeld gehören<sup>17</sup> unter anderem die Auslandseinsätze der Bundeswehr, um die Sicherheitslage in einer Krisenregion in Afrika zu stabilisieren, um bei der Durchführung von demokratischen Wahlen zu helfen, um eine ausländische Regierung zu entmachten, die die Menschenrechte verletzt, um einen Völkermord zu verhindern, um den Drogenanbau und Drogenhandel zu unterbinden, um Länder wie den Iran an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern, um die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern und um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen.

---

16 Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse (MCA); Extraktion: Eigenwerte > 1; Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung; Behandlung fehlender Werte: Listenweiser Fallabschluss.

17 Die in Tabelle 8.3 ausgewiesenen Faktorladungen entsprechen der Korrelation zwischen der jeweiligen Variablen (Aufgabe der Bundeswehr) und dem betreffenden Faktor (Aufgabendimension).

**Tabelle 8.3: Einstellungsdimensionen – Ergebnisse der Faktorenanalyse (MCA)<sup>1</sup>**

	Faktor I Internationale Konflikt- verhütung und Krisen- bewältigung	Faktor II Überwachungs- und Schutz- missionen im Inland	Faktor III Sicherung deutscher Interessen im Ausland	Faktor IV Landesverteidi- gung und Katastrophen- hilfe
Ausland - Sicherheitslage in einer Krisenregion in Afrika stabilisieren	,851			
Ausland - Sicherheitslage in einer Krisenregion im Nahen Osten stabilisieren	,834			
Ausland - Bei Durchführung von Wahlen helfen	,776			
Ausland - Ausländische Regierung entmachten, die Menschenrechte verletzt	,736			
Ausland - Völkermord verhindern	,692			
Ausland - Drogenanbau/-handel unterbinden	,649			
Ausland - Länder wie den Iran an der Entwicklung von Atomwaffen hindern	,645			
Ausland - Sicherheitslage in einer Krisenregion in Europa stabilisieren	,644			
Ausland - Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen verhindern	,641		,476	
Ausland - Kampf gegen internat. Terrorismus	,610		,484	
Ausland - Seeverkehr sichern	,572		,410	
Ausland - Freien Welthandel sichern	,545		,401	
Ausland - NATO-Partner helfen	,467			
Inland - Schutz von Flughäfen, Bahnhöfen usw. vor Terroranschlägen		,853		
Inland - Schutz von Kernkraftwerken, Chemiewerken usw. vor Terroranschlägen		,843		
Inland - Überwachung der Küsten und der Hafenanlagen, um Terroranschläge mit Schiffen zu verhindern		,802		
Inland - Sicherung der Landesgrenzen gegen illegale Einwanderer		,734		
Inland - Überwachung des deutschen Luftraums, um Terroranschläge mit Flugzeugen zu verhindern		,682		
Inland - Suche und Rettung von Vermissten		,598		,438
Ausland - Deutsche Staatsbürger befreien			,740	
Ausland - Terroranschlag auf Deutschland verhindern			,673	
Ausland - Deutsche Staatsbürger evakuieren			,671	
Ausland - Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen sichern		,426	,526	
Katastrophenhilfe im Inland				,767
Verteidigung bei einem militärischen Angriff auf unser Land				,731
Hilfeinsatz bei Naturkatastrophe im Ausland				,676
Anteil der Varianz - bezogen auf die rotierte Summe der quadrierten Ladungen (Angaben in Prozent)	24,7	16,2	12,5	10,1

Anmerkung: 1) Ausgewiesen werden die Faktorladungen der rotierten Komponentenmatrix, die Faktorladungen entsprechen der Korrelation zwischen der jeweiligen Aufgabe und dem betreffenden Faktor (Aufgabendimension); Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse (MCA); Kriterium für die Anzahl der Faktoren: Kaiser-Guttman-Kriterium (Eigenwerte der Faktoren > 1); Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung; Behandlung fehlender Werte: Listenweiser Fallausschluss; kumulierter Anteil der Varianz: 63,4 Prozent. Faktorladungen größer als ,500 sind grau unterlegt; Faktorladungen kleiner als ,400 werden aufgrund ihrer geringen Bedeutung nicht ausgewiesen.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

### **Zweite Dimension: Überwachungs- und Schutzmissionen im Inland**

Die zweite Dimension umfasst eine Reihe von Überwachungs- und Schutzmissionen im Inland, die in erster Linie der Abwehr von Terroranschlägen in Deutschland dienen. Dabei handelt es sich zum einen um Aufgaben, mit denen die Bundeswehr tatsächlich betraut ist, beispielsweise die Überwachung des deutschen Luftraums, um Terroranschläge mit Flugzeugen zu vereiteln oder die Überwachung der Küsten, um Terroranschläge mit Schiffen zu verhindern. Zum anderen gehören auch einige potenzielle Einsatzfelder der Bundeswehr dazu, wie beispielsweise der Schutz wichtiger Verkehrseinrichtungen (Flughäfen und Bahnhöfe) sowie sensibler Industrieanlagen (Kernkraftwerke und Chemiewerke) vor Anschlägen. Erwartungsgemäß ist auch die Suche und Rettung von Vermissten eine Aufgabe, die überwiegend der Dimension „Überwachungs- und Schutzmissionen im Inland“ zuzuordnen ist, die in Teilen aber auch zur „Landesverteidigung und Katastrophenhilfe“ gehört.

### **Dritte Dimension: Sicherung deutscher Interessen im Ausland**

Die dritte Dimension vereint eine Reihe von Aufgaben, die der Sicherung deutscher Interessen im Ausland dienen. Hierzu zählen beispielsweise Auslandseinsätze der Bundeswehr, um deutsche Staatsbürger aus der Hand von Geiselnehmern zu befreien oder aus Krisengebieten zu evakuieren sowie Auslandseinsätze, um einen terroristischen Anschlag auf Deutschland zu verhindern. Ein Einsatz der Bundeswehr, um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern, fällt ebenfalls in diese Kategorie. Eine Reihe von Aufgaben korreliert nicht nur mit der Dimension „Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“, sondern darüber hinaus auch mit der Dimension „Sicherung deutscher Interessen im Ausland“. Das betrifft unter anderem Einsätze deutscher Streitkräfte, um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen, um den Seeverkehr zu schützen bzw. um den freien Welthandel zu sichern. Diese Missionen werden von den Bundesbürgern zum einen als internationales Engagement bewertet und zum anderen auch als ein Beitrag zur Sicherung deutscher Interessen im Ausland wahrgenommen.

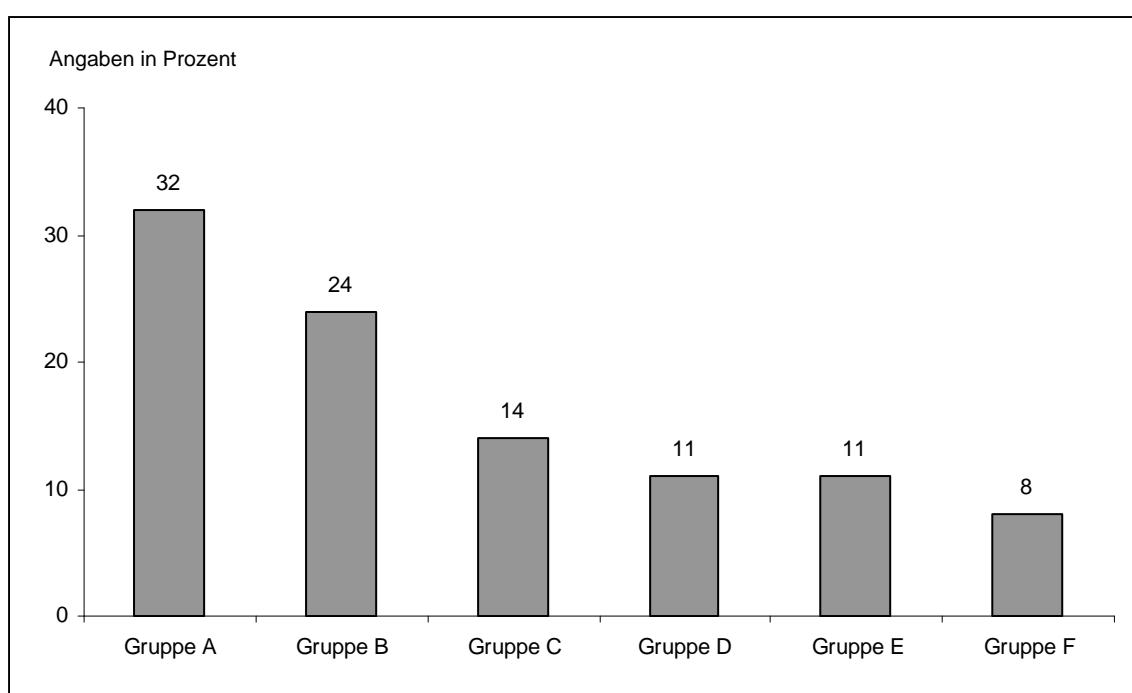
### **Vierte Dimension: Landesverteidigung und Katastrophenhilfe**

Die vierte Dimension beinhaltet schließlich klassische Kernaufgaben der Streitkräfte: Landesverteidigung und Katastrophenhilfe. Interessanterweise gehört nicht nur die Katastrophenhilfe im Inland dazu, sondern auch ein Einsatz der Bundeswehr im Aus-

land, um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten. Die gemeinsame Sinndimension beider Aufgaben, die Katastrophenhilfe, überwiegt in der Wahrnehmung der Bundesbürger offensichtlich das Trennende, die Differenz „Inland vs. Ausland“.

Das Ziel der folgenden Clusteranalyse besteht darin, Individuen, die ähnliche Einstellungen zu den Aufgabenfeldern der Bundeswehr haben, zu möglichst homogenen Gruppen zusammenzufassen.<sup>18</sup> Mit Hilfe einer Two-Step-Clusteranalyse können sechs Gruppen mit spezifischen Präferenzmustern identifiziert werden.

**Abbildung 8.1: Anzahl und Umfang der Gruppen mit spezifischen Einstellungsprofilen<sup>1</sup>**



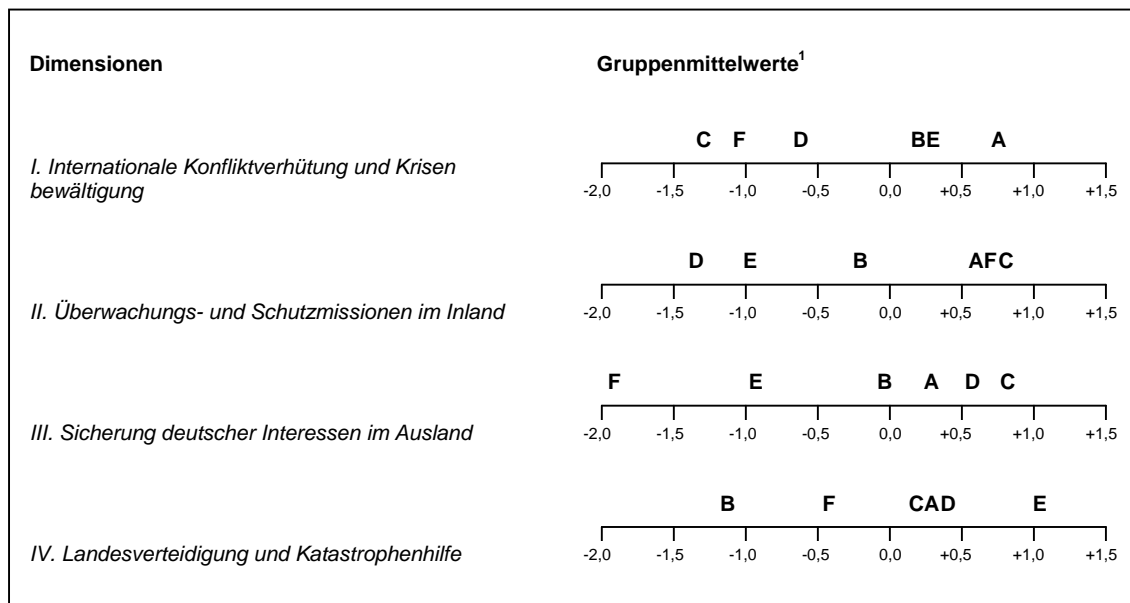
Anmerkung: 1) Ausgewiesen werden die Anteilswerte für die sechs identifizierten Cluster. Verfahren: Two-Step-Clusteranalyse, Distanzmaß: Log-Likelihood, Kriterium für die Anzahl der Cluster: automatisch ermittelt (Minimum 1, Maximum 15), mit dem Clusterkriterium BIC, Input: Faktorwerte (z-standardisierte, voneinander unabhängige Werte). Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

<sup>18</sup> Die Einstellungsunterschiede zwischen den Individuen einer Gruppe sollen möglichst klein sein. Zugleich sollen die Differenzen zwischen den zu bildenden Gruppen möglichst groß ausfallen. Ausgangsmaterial der Clusteranalyse sind die im Rahmen der Faktorenanalyse berechneten Faktorwerte. Diese Faktorwerte sind im vorliegenden Fall ein Maß für die individuelle Zustimmung der Befragten zu den vier extrahierten Aufgabendimensionen. Die Faktorwerte sind z-standardisiert (Mittelwert = 0, Streuung = 1) und voneinander unabhängig. Verfahren: Two-Step Clusteranalyse, Distanzmaß: Log-Likelihood, Kriterium für die Anzahl der Cluster: automatisch ermittelt (Minimum 1, Maximum 15), mit dem Clusterkriterium BIC.

## Gruppe A: Vorbehaltlose Unterstützung für fast alle Missionen

Etwa ein Drittel der Bevölkerung ist der Gruppe A zuzuordnen, die damit die größte aller sechs aufgefundenen Gruppen ist (vgl. Abbildung 8.1). Bei einem Vergleich der verschiedenen Einstellungsprofile wird deutlich, dass in diesem Milieu die Bereitschaft, die Bundeswehr mit Aufgaben im In- und Ausland zu betrauen, überdurchschnittlich stark ausgeprägt ist (vgl. Abbildung 8.2). Der Mittelwert des Zustimmungswertes liegt bei allen vier identifizierten Aufgabendimensionen im positiven Bereich der Akzeptanzskala, was für die anderen Gruppen nicht zutrifft. Bei der Detailanalyse zeigt sich, dass der Anteil derjenigen, die „vollkommen zustimmen“ oder „überwiegend zustimmen“, für die meisten betrachteten Aufgaben die 90-Prozent-Marke überschreitet (vgl. Tabelle 8.4). Zudem ist in der Gruppe A die Unterstützung für Einsätze im Rahmen der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung am größten, wenn es beispielsweise darum geht, die Sicherheitslage in einer Krisenregion in Afrika zu stabilisieren oder bei der Durchführung von demokratischen Wahlen zu helfen.

Abbildung 8.2: Einstellungsprofile für die sechs Gruppen (Cluster)



Anmerkung: 1) Ausgewiesen werden die Mittelwerte der sechs Gruppen für die vier Einstellungsdimensionen (Zentroide). Der Gesamtmittelwert (kombiniert) ist für alle vier Dimensionen gleich 0, die Standardabweichung ist für alle vier Dimensionen gleich 1.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

## Gruppe B: Generelle Zurückhaltung und Skepsis

Die Gruppe B umfasst mit 24 Prozent etwa ein Viertel der Bevölkerung. In dieser Gruppe ist die Bereitschaft zum Einsatz der Bundeswehr wesentlich geringer ausgeprägt

als in der Gruppe A. Der Anteil derjenigen, die „vollkommen zustimmen“ oder „überwiegend zustimmen“, ist in der Gruppe B bei den meisten Aufgaben nur etwa halb so groß (vgl. Tabelle 8.4). Insgesamt wird hier eine gewisse Zurückhaltung deutlich, die sich nicht nur auf bestimmte Aufgabenfelder bezieht, wie das für die Gruppen C bis F zu beobachten ist, sondern auf alle Einsatzfelder der Streitkräfte.

### Gruppe C: Auslandseinsätze nur zur Sicherung deutscher Interessen

Zur drittgrößten Gruppe C sind 14 Prozent der Bundesbürger zu zählen. Charakteristisch für dieses Milieu ist, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr nur dann befürwortet werden, wenn sie der Sicherung deutscher Interessen dienen, wenn beispielsweise deutsche Staatsbürger aus der Hand von Geiselnehmern befreit werden sollen oder wenn ein Terroranschlag auf Deutschland zu verhindern ist. Auslandseinsätze im Rahmen der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung werden dagegen abgelehnt. Einsätze der Bundeswehr im Inland werden generell befürwortet.

**Tabelle 8.4: Haltung zu Aufgaben der Bundeswehr nach Einstellungsmilieus**

	Gruppe A	Gruppe B	Gruppe C	Gruppe D	Gruppe E	Gruppe F
	Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst <sup>1</sup> , Angaben in Prozent					
<i>I. Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung</i>						
Sicherheitslage in einer Krisenregion in Afrika stabilisieren	55	28	0	8	27	1
Bei der Durchführung von Wahlen helfen	60	29	4	15	44	4
<i>II. Überwachungs- und Schutzmissionen im Inland</i>						
Schutz von Flughäfen, Bahnhöfen usw. vor Terroranschlägen	96	56	91	21	33	76
Schutz von Kernkraftwerken, Chemiewerken usw. vor Terroranschlägen	95	54	87	19	31	76
<i>III. Sicherung deutscher Interessen im Ausland</i>						
Deutsche Staatsbürger befreien	92	52	86	77	45	6
Terroranschlag auf Deutschland verhindern	94	53	78	71	39	3
<i>IV. Landesverteidigung und Katastrophenhilfe</i>						
Katastrophenhilfe im Inland	100	73	100	97	100	92
Verteidigung bei einem militärischen Angriff auf unser Land	99	72	100	93	100	88

Anmerkung: 1) Der Anteil „Stimme eher zu“ wird an dieser Stelle nicht betrachtet, um die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen zu verdeutlichen (vgl. die entsprechenden Werte in den Tabellen 8.1 und 8.2).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.



### **Gruppe D: Geringe Akzeptanz für neue Aufgabenfelder**

Zur Gruppe D gehören elf Prozent der Bundesbürger. Wie in der Gruppe C werden Aufgaben in den Bereichen Landesverteidigung und Katastrophenhilfe sowie Sicherung deutscher Interessen im Ausland befürwortet, während Missionen im Rahmen der Internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung eher abgelehnt werden. In diesen Punkten gleichen sich die Einstellungsmuster beider Milieus. Sie unterscheiden sich jedoch erheblich hinsichtlich der Akzeptanz von Überwachungs- und Schutzmissionen im Inland. Einer Übernahme derartiger Aufgaben durch die Bundeswehr steht man in der Gruppe D eher ablehnend gegenüber.

### **Gruppe E: Vorbehaltlose Zustimmung nur für klassische Kernaufgaben**

Die Gruppe E umfasst mit elf Prozent ebenfalls etwa ein Zehntel der Bevölkerung. Wer zu diesem Milieu gehört, der stimmt den klassischen Kernaufgaben der Streitkräfte, der Landesverteidigung und der Katastrophenhilfe, vorbehaltlos zu. Die Übernahme weiterer Aufgaben durch die Streitkräfte wird dagegen eher kritisch betrachtet. Das betrifft Aufgaben zur Sicherung deutscher Interessen im Ausland ebenso wie Missionen im Rahmen der Internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung oder die Überwachungs- und Schutzmissionen im Inland.

### **Gruppe F: Keine Zustimmung für Auslandseinsätze der Streitkräfte**

Die sechste Gruppe, die Gruppe F, ist mit neun Prozent am kleinsten. Inlandseinsätzen der Bundeswehr steht man in dieser Gruppe zustimmend gegenüber, während man Auslandseinsätze der Bundeswehr grundsätzlich ablehnt. Der Anteil derjenigen, die einer Bundeswehrmission zur Stabilisierung der Sicherheitslage in Afrika oder zur Befreiung deutscher Staatsbürger aus der Hand von Geiselnemern „vollkommen zustimmen“ oder „überwiegend zustimmen“, liegt bei dieser Gruppe im einstelligen Prozentbereich.

## **8.5 Einstellungen im Zeitvergleich: Stabilität oder Wandel?**

Die Bundeswehr führt zurzeit zahlreiche Einsätze im In- und Ausland durch. Über diese Missionen wird in den bundesdeutschen Medien mit unterschiedlicher Intensität berichtet. Besonderes Interesse wird dem ISAF-Einsatz in Afghanistan zuteil. Anlass für Medienberichte über die Bundeswehr sind vor allem kritische Ereignisse oder negative Entwicklungen im Auslandseinsatz (vgl. Bulmahn/Fiebig/Sender 2008: 98ff.; Kapitel 6

im vorliegenden Bericht). Dabei handelt es sich um Anschläge auf die Bundeswehr, verletzte und getötete Soldaten, psychische Störungen nach Einsätzen sowie offensichtliche oder vermeintliche Verfehlungen von Angehörigen der deutschen Einsatzkräfte (vgl. ebenda). In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Stabilität des Meinungsbildes. Vorstellbar sind zwei alternative Hypothesen:

### **1. Hypothese: Enttäuschung und Rückzug**

Die Fokussierung des Medieninteresses auf Probleme und Defizite bei den Auslandseinsätzen, die ihren Ausdruck in fortlaufenden Berichten über mangelhafte Ausrüstung und Bewaffnung, ungenügende Ausbildung, unprofessionelles Agieren der Soldatinnen und Soldaten usw. findet, könnte in der Bevölkerung den Eindruck hervorrufen, dass die Bundeswehr den neuen Herausforderungen nicht gewachsen ist und man sich besser auf die Kernaufgaben Landesverteidigung und Katastrophenhilfe beschränken sollte.

### **2. Hypothese: Größeres Bewusstsein für internationale Verantwortung**

Die zahlreichen Berichte über die Einsätze deutscher Streitkräfte im Ausland könnten allerdings auch das Bewusstsein für die gewachsene internationale Verantwortung Deutschlands und die besondere Rolle der Bundeswehr bei der Wahrnehmung dieser Verantwortung schärfen, mit dem Resultat einer zunehmenden Akzeptanz für die Übernahme von Aufgaben insbesondere im Bereich der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung.

Ein Vergleich der vorliegenden Daten spricht eher für die zweite Annahme: In den beiden Beobachtungszeiträumen, von 1997 bis 2001 und von 2005 bis 2007, hat die Zustimmung für eine Beteiligung der Bundeswehr an Missionen der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung zugenommen (vgl. Tabelle 8.5). Der Anteil derjenigen, die Kampfeinsätzen der Bundeswehr im Auftrag oder unter Kontrolle der Vereinten Nationen (UNO) oder anderer internationaler Organisationen akzeptieren, ist von 56 Prozent (1997) auf 66 Prozent (2001) gestiegen. Die Zahl derer, die einen Auslandseinsatz der Bundeswehr befürworten würden, um einen Völkermord zu verhindern, hat von 76 Prozent (2005) auf 84 Prozent (2007) zugenommen. Ein Einsatz deutscher Streitkräfte zur Entmachtung einer ausländischen Regierung kommt mittlerweile für jeden zweiten Bundesbürger in Betracht (2007: 48 Prozent); wenige Jahre zuvor war das nur für jeden Dritten denkbar (2005: 36 Prozent). Ebenfalls gewachsen ist die Akzep-

tanz eines Bundeswehreininsatzes, um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern (2005: 63 Prozent, 2007: 70 Prozent).

**Tabelle 8.5: Zustimmung zu Aufgabenfeldern der Bundeswehr im Ausland im Zeitvergleich (Angaben in Prozent)**

	1997 <sup>1</sup>	1998 <sup>1</sup>	1999 <sup>1</sup>	2000 <sup>1</sup>	2001 <sup>1</sup>	--- <sup>2</sup>	2005 <sup>3</sup>	2006 <sup>4</sup>	2007 <sup>4</sup>
Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln versorgen und medizinische Hilfe leisten <sup>5</sup>	93	94	94	92	92		94	95	96
Deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten evakuieren	94	94	96	94	95		92	-	92
Beteiligung am Kampf gegen den internationalen Terrorismus <sup>5</sup>	72	77	71	74	84		68	78	77
Militärische friedenserhaltende Missionen im Auftrag oder unter Kontrolle der Vereinten Nationen (UNO) oder anderer internationaler Organisationen <sup>6,7</sup>	78	82	85	83	83		-	-	-
Militärische Kampfeinsätze im Auftrag oder unter Kontrolle der Vereinten Nationen (UNO) oder anderer internationaler Organisationen <sup>6,7</sup>	56	62	64	67	66		-	-	-
Einen Völkermord verhindern <sup>8</sup>	-	-	-	-	-		76	86	84
Bei der Durchführung demokratischer Wahlen helfen <sup>8</sup>	-	-	-	-	-		58	71	64
Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen sichern <sup>8</sup>	-	-	-	-	-		63	66	70
Ausländische Regierung entmachten, die die Menschenrechte verletzt <sup>8</sup>	-	-	-	-	-		36	42	48

Anmerkungen: 1) In den Jahren 1997 bis 2001 lautete die Frage: „Ich lese Ihnen nun einige Aufgaben aus dieser Liste vor, über die derzeit diskutiert wird, die für die Bundeswehr im Gespräch sind. Sind Sie der Meinung, dass diese Aufgaben von der Bundeswehr übernommen werden sollten?“. Ausgewiesen werden die zusammengefassten Anteilswerte für die Antworten „Ja, sicher“ und „Eher ja“ (vierstufige Skala); 2) Für die Jahre 2002 bis 2004 liegen keine vergleichbaren Daten vor; 3) Wortlaut der Frage im Jahr 2005: vgl. Anmerkungen der Tabellen 8.1 und 8.2. Ausgewiesen werden die zusammengefassten Anteilswerte für die Antwortvorgaben „Befürworte stark“ und „Befürworte eher“ (vierstufige Skala); 4) Wortlaut der Frage in den Jahren 2006 und 2007: vgl. Anmerkungen der Tabellen 8.1 und 8.2. Ausgewiesen werden die zusammengefassten Anteilswerte für die Antwortvorgaben „Stimme vollkommen zu“, „Stimme überwiegend zu“ und „Stimme eher zu“ (sechsstufige Skala); 5) Bis 2001: „Internationale Katastrophenhilfe“, ab 2005: „Einsatz der Bundeswehr im Ausland ... um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten“; 6) Bis 2001: „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“, 2005: „Einsatz der Bundeswehr im Ausland ... um sich an Operationen gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen“, ab 2006: „Einsatz der Bundeswehr im Ausland ... um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen“; 7) Nur bis 2002 erhoben; 8) Erst ab 2005 erhoben.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Einer Beteiligung der Bundeswehr am Kampf gegen den internationalen Terrorismus stimmten 1997 bereits 72 Prozent der Bundesbürger zu. Kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 waren es 84 Prozent. Vor dem Hintergrund der Bilder aus den Kriegsgebieten im Irak und in Afghanistan ging der Wert auf 68 Prozent zurück und im Jahr 2007 waren es mit 77 Prozent wieder deutlich mehr.

## 8.6 Fazit

Im Mittelpunkt dieses Kapitels stand die Frage, mit welchen Aufgaben die Bürgerinnen und Bürger die deutschen Streitkräfte betrauen möchten und mit welchen eher nicht. Im Rahmen der Untersuchungen ist deutlich geworden, dass das erweiterte Aufgabenspektrum der Bundeswehr, wie es im Weißbuch 2006 definiert wurde, von der Bevölkerung mitgetragen wird.

Die Mehrheit der Menschen in Deutschland stimmt zu, die Bundeswehr im Ausland einzusetzen, um einen Terroranschlag auf das eigene Land zu verhindern, um die Sicherheitslage selbst in entfernten Krisenregionen zu stabilisieren und um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen. Aufgaben, die nicht oder eher mittelbar zum erweiterten Aufgabenspektrum der Bundeswehr gehören, finden dagegen weniger Zustimmung. Das betrifft beispielsweise die Sicherung der Landesgrenzen gegen illegale Einwanderer oder die Entmachtung einer ausländischen Regierung, die die Menschenrechte verletzt.

Bei einem Zeitvergleich hat sich gezeigt, dass der Anteil derjenigen, die für eine Beteiligung der Bundeswehr an Missionen der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung votieren, in den letzten Jahren zugenommen hat. Die Akzeptanz des neuen Aufgabenspektrums der Bundeswehr hat sich folglich weiter stabilisiert. Eine Erosion der Zustimmung, die man in Anbetracht der kritischen Medienbegleitung der Auslandseinsätze nicht ausschließen kann, ist bisher nicht eingetreten.

Die Zustimmung zu den einzelnen Aufgabenfeldern fällt allerdings unterschiedlich deutlich aus. Die Akzeptanz ist besonders groß, wenn es sich um humanitäre Missionen handelt, bei denen ein Einsatz als eine moralische Verpflichtung empfunden wird. Skepsis macht sich immer dann breit, wenn absehbar ist, dass zur Erfüllung der Aufgabe auch militärische Gewalt eingesetzt wird. Vorbehalte gibt es auch, wenn der Einsatzort nicht in Europa liegt, sondern in Afrika oder dem Nahen Osten.

Bemerkenswert groß ist die Zustimmung zu Bundeswehreinsätzen im Inland ausgefallen. Das Spektrum umfasst nicht nur Kernfunktionen der deutschen Streitkräfte, wie Landesverteidigung und Katastrophenhilfe, sondern auch die Bewachung öffentlicher Gebäude, sensibler großtechnischer Anlagen (Kernkraftwerke, Chemiewerke) und Infrastruktureinrichtungen (Flughäfen, Bahnhöfe) zum Schutz vor einem Terroranschlag.

Weiterführende Analysen haben zu der Erkenntnis geführt, dass sich die Haltungen der Bundesbürger zu den Aufgaben der Bundeswehr im In- und Ausland deutlich unterscheiden. Es konnten sechs Gruppen identifiziert werden, die den vier aufgefundenen Aufgabendimensionen – 1. Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, 2. Überwachungs- und Schutzmissionen im Inland, 3. Sicherung deutscher Interessen im Ausland und 4. Landesverteidigung und Katastrophenhilfe – mit unterschiedlicher Intensität zustimmen.

Die Zustimmung einer Bevölkerungsmehrheit zu den Aufgaben der Bundeswehr stellt eine wichtige Akzeptanzgrundlage für die konkreten Einsätze der Bundeswehr im In- und Ausland dar.



# 9 Auslandseinsätze der Bundeswehr

*Rüdiger Fiebig*

---

## 9.1 Einleitung

Die Bundeswehr beteiligte sich zum Zeitpunkt der Bevölkerungsumfrage 2007 mit rund 7 000 Soldaten an einer Reihe von Auslandseinsätzen auf drei Kontinenten. Darunter waren die friedenserhaltenden Missionen EUFOR und KFOR in Bosnien-Herzegowina bzw. dem Kosovo, UNIFIL, ein umfangreicher Einsatz der deutschen Marine zur Verhinderung von Waffenschmuggel vor der Küste des Libanon, die Missionen zur Sicherung der Seewege im Rahmen der Operationen Active Endeavour und Enduring Freedom sowie der deutsche Beitrag zur Schutztruppe ISAF in Afghanistan, der mit bis zu 3 500 eingesetzten Soldaten derzeit größte Auslandseinsatz der Bundeswehr. Ferner beteiligte sich die Bundeswehr im Herbst 2007 mit Hubschraubern an einem Einsatz zur Brandbekämpfung während der Waldbrandkatastrophe in Griechenland.

Die Auslandseinsätze liefen teilweise schon seit vielen Jahren. So entwickelte sich der EUFOR-Einsatz in Bosnien-Herzegowina aus den vorherigen Missionen IFOR und SFOR, die unter NATO-Kommando das Dayton-Friedensabkommen 1995 nach dem Ende des Bosnien-Krieges absicherten. KFOR begann 1999 nach der NATO-geführten Operation Allied Force, die mit 78-tägigen Luftangriffen gegen die damalige Bundesrepublik Jugoslawien ein Ende der Vertreibungen von Kosovo-Albanern aus der abtrünnigen serbischen Provinz erzwang, und schließlich 2008 die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo möglich machte. Active Endeavour und Enduring Freedom waren internationale Marineoperationen, die vornehmlich der Sicherung der Seewege gegen Terrorismus dienen sollten. UNIFIL schließlich sicherte die Seegebiete vor der libanesischen Küste nach dem Libanon-Krieg 2006 gegen Waffenschmuggel der Terrororganisation Hisbollah ab.

Während Auslandseinsätze der Bundeswehr bereits seit den ersten Einsätzen Anfang der 1990er Jahre politisch wie verfassungsrechtlich zu Diskussionen führten, war noch kein Auslandseinsatz so umstritten wie die deutsche Beteiligung an der Schutztruppe ISAF in Afghanistan. Der Einsatz begann parallel zu den erfolgreichen Petersberger Gesprächen in Bonn, die zu einem Abkommen über die zukünftige politische Entwicklung Afghanistans führten. ISAF sollte mit militärischer Stabilisierung wie auch humanitärem

Wiederaufbau die Bedingungen für einen Neuanfang in dem Land schaffen, das seit mehr als 30 Jahren von Gewalt und Krieg beherrscht wird.

ISAF gliederte sich 2007 in fünf Regionalkommandos, von denen Deutschland als Führungsnation das Regional Command North – RC(N) anführte. Der nördliche ISAF-Sektor wurde zunächst als relativ stabil angesehen, auch aufgrund der ethnischen Zusammensetzung der dortigen Bevölkerung, doch im Verlauf des Jahres 2006 und 2007 stieg auch im Einsatzgebiet der Bundeswehr die Zahl von Sicherheitszwischenfällen und Anschlägen an, denen auch eine Reihe deutscher Soldaten zum Opfer fielen. Mit der Verschärfung der Sicherheitslage ging auch die Diskussion um die Frage der militärischen Intensivierung insbesondere der deutschen Anteile an ISAF einher. Während zu Beginn des Einsatzes der Wiederaufbau und die Beziehungen zur einheimischen Bevölkerung durch die Bundeswehr häufig als Musterbeispiel für andere beteiligte Nationen genannt wurden, dominierte im Lauf des Jahres 2007 in der politischen Diskussion zunehmend die Frage, ob das Engagement Deutschlands in Afghanistan auch militärisch ausreichend sei. Angesichts der sich verschlechternden Sicherheitslage auch im RC(N), die einherging mit wiederholten Anschlägen auf Bundeswehr-Patrouillen sowie Raketen- und Mörserangriffen gegen die deutschen Feldlager, forderten sowohl Politiker im Inland als auch anderer NATO-Nationen ein verstärktes militärisches Engagement Deutschlands in Afghanistan. Während eine umfangreichere Beteiligung an Kampfeinsätzen in Südafghanistan durch die Bundesregierung auf kategorische Ablehnung stieß, wurde die deutsche Beteiligung an ISAF ab April 2007 mit der Entsendung von sechs Tornado-Aufklärungsflugzeugen der Luftwaffe ins nordafghanische Mazar-e-Sharif ausgeweitet. Die Einsätze der Flugzeuge sollten die ISAF-Mission mit aktuellen Luftaufklärungsdaten unterstützen, und nach Aussage der Bundesregierung nicht der Aufklärung oder Zielerfassung im Rahmen von Kampfeinsätzen der Operation Enduring Freedom dienen. Die Entsendung der Tornados nach Afghanistan verschaffte der Bundesregierung in den Debatten mit den Alliierten um eine Ausweitung des deutschen Afghanistan-Engagements zusätzlichen Verhandlungsspielraum, unterstrich jedoch auch die Probleme, die sich dem gesamten Einsatz in Deutschland selbst gegenüberstellten.



**Abbildung 9.1: Tornado-Aufklärungsflugzeug des Einsatzgeschwaders Mazar-e-Sharif**



Quelle: Bundeswehr/Pressestelle Mazar-e-Sharif

Obwohl die Mandatsverlängerungen für ISAF im Bundestag in den vergangenen Jahren jeweils mit breiter Mehrheit verabschiedet wurden, herrschte innerhalb der Fraktionen auch der großen Koalition große Skepsis gegenüber einem stärker militärisch ausgerichteten Einsatz, der sich nicht nur primär auf den Wiederaufbau Afghanistans, sondern auch auf offensive Operationen gegen die Taliban und andere „Opposing Militant Forces“ konzentrieren sollte. Besondere Bedeutung kommt dabei der Meinung der Bevölkerung zu ISAF wie auch zu den anderen Auslandseinsätzen der Bundeswehr zu. Da die Auslandseinsätze der Bundeswehr von regelmäßigen Mandaten des Bundestages abhängig sind, hat die Akzeptanz der Öffentlichkeit einen entscheidenden Einfluss auf das Ausmaß und die Ausgestaltung der Einsätze. Im Falle von ISAF befand sich Deutschland dabei auf einer Gratwanderung. Einerseits stand die Bundesregierung einer Öffentlichkeit und damit Wählern gegenüber, die den Einsatz zwar im Grundsatz mittragen (vgl. Bulmahn/Fiebig/Sender 2008), jedoch jeder Verschiebung des Einsatzes weg von einer primären Ausrichtung auf den Wiederaufbau mit äußerster Skepsis gegenüberstanden. Andererseits war die Bundesregierung bedacht, innerhalb der Mandatsobergrenze von 3 500 deutschen Soldaten in Afghanistan auch die militärische Durchsetzungsfähigkeit der Operationen so weit wie möglich zu erhalten, ohne dabei die Akzeptanz der Öffentlichkeit zu verlieren. Dies führte in der öffentlichen Kommu-

nikation des Einsatzes teilweise zu einer Abkopplung der Einsatzrealität in Afghanistan von der öffentlichen und politischen Debatte in Deutschland. So ist die politisch strikte Trennung des ISAF-Einsatzes von der Operation Enduring Freedom in den Mandaten des Bundestages wie auch u. a. in der Information über die Tornado-Komponente der deutschen ISAF-Beteiligung militärisch kaum durchzusetzen. Da der amerikanische Kommandeur des ISAF-Regionalkommandos Ost gleichzeitig Oberkommandierender der Operation Enduring Freedom in Afghanistan ist, ist zumindest auf Stabsebene eine Verschränkung beider Einsätze gegeben, die eine strikte Trennung im Einsatz selber unrealistisch erscheinen lässt. Diese Abweichungen der Einsatzrealität von der Wahrnehmung der Einsätze im Inland führen zwangsläufig zu Problemen, wenn kritische Ereignisse im Einsatz stattfinden, oder auch Entscheidungen notwendig werden, die dem Bild eines primär humanitären deutschen ISAF-Beitragers widersprechen. Dies kann angesichts des insgesamt eher geringen Kenntnisstandes über die Auslandseinsätze in der Bevölkerung zu hoch volatilen Einstellungen führen, die kurzfristig starken Schwankungen hinsichtlich der Akzeptanz unterworfen sind (vgl. Bulmahn/Fiebig/Sender 2008).

Der Information und Kommunikation kommen damit zentrale Bedeutung zu, und sie sollen neben Fragen der Unterstützung der Auslandseinsätze Forschungsgegenstand in diesem Kapitel sein. Daneben soll auch die Beurteilung des ISAF-Einsatzes eine Rolle spielen, da die Bevölkerung trotz vergleichsweise geringem Kenntnisstand durchaus Überlegungen über Effektivität und Erfolgsaussichten eines Einsatzes anstellt, die durch die Rückkopplung der Einsatzmandatierung des Bundestages auch entscheidend für die Weiterführung oder die Beendigung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr sein können.

Die SOWI-Bevölkerungsbefragung 2007 enthielt eine Reihe von Fragen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr sowie speziell zu ISAF. Die Auslandseinsätze allgemein wurden zunächst nach dem Wissen erhoben, das die Befragten über die einzelnen Einsätze kundtun konnten. Das Wissen wurde in einer vierstufigen Skala erfragt, das von „ich habe mich intensiv damit beschäftigt und kenne alle wesentlichen Fakten und Zusammenhänge“ bis hin zu „ich habe noch nie davon gehört oder gelesen“ reichte. Anschließend folgte die Frage nach der Zustimmung zu den gleichen Einsätzen, wobei eine sechsstufige Skala von „stimme vollkommen zu“ bis „lehne vollkommen ab“ genutzt wurde. Die sechsstufige Skala ohne Mittelkategorie ermöglicht es den Befragten dabei, nicht nur kategorische Zustimmung oder Ablehnung zu äußern, sondern mit abgestuften

Antwortkategorien auch Vorbehalte zum Ausdruck zu bringen, die trotz tendenzieller Zustimmung bestehen können. Die Beurteilung des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr wurde mit zwei Fragen erhoben. Die Befragten konnten die vermuteten Auswirkungen des Einsatzes auf verschiedene Aspekte, wie z. B. die Lebensbedingungen der Menschen in der von der Bundeswehr kontrollierten Region mit einer siebenstufigen Skala, die von „sehr positiv“ über „keine Auswirkungen“ als Mittelkategorie bis hin zu „sehr negativ“ reichte, einschätzen. Daneben wurde noch ein Gesamtfazit über den ISAF-Einsatz erfragt, das ebenfalls siebenstufig von „ein voller Erfolg“ über „teils/teils“ bis zu „ein voller Misserfolg“ reichte. Zum Abschluss des Fragenteils über den ISAF-Einsatz wurde die Meinung der Befragten über bestimmte Teilaspekte der Mission, wie z. B. die Tornado-Komponente oder auch eine quantitative wie qualitative Ausweitung des Einsatzes behandelt. Auch der Wunsch nach einer Weiterführung des Einsatzes oder einem Abzug aller Soldaten wurde dabei mit einer sechsstufigen Skala erfragt. Offene Fragen nach den Gründen für eine weitere Beteiligung an ISAF oder einem Abzug aus Afghanistan schlossen den Fragenteil zu den Auslandseinsätzen ab.

Im Folgenden soll nun zunächst der Bekanntheitsgrad der einzelnen Auslandseinsätze betrachtet werden. Dabei wird auch der Index über den sicherheitspolitischen Kenntnisstand der Befragten, der bereits in Kapitel 4 vorgestellt wurde, Anwendung finden. Mit ihm soll untersucht werden, ob allgemeines sicherheitspolitisches Wissen, das auch Interesse an den Auslandseinsätzen der Bundeswehr nahelegt, gleichzeitig die Selbsteinschätzung der eigenen Kenntnisse über die Auslandseinsätze der Bundeswehr positiv beeinflusst. Anschließend wird die eigentliche Zustimmung zu den Auslandseinsätzen betrachtet. Schließlich werden die Einstellungen zum ISAF-Einsatz der Bundeswehr untersucht, die sowohl die Beurteilung des Erfolges der Mission als auch die Meinungen zu ihrer Zukunft enthalten.

## **9.2 Bekanntheit ausgewählter Einsätze der Bundeswehr im Ausland**

Bereits in Kapitel 6 dieses Forschungsberichts wurde deutlich, dass die Medien Auslandseinsätze vor allem im Zusammenhang mit negativen Ereignissen, wie z. B. Anschlägen und Zwischenfällen, thematisieren. Demzufolge ist bereits zu vermuten, dass das Wissen der Bundesbürger über die Auslandseinsätze auch in der eigenen Wahrnehmung eher gering ausgeprägt sein wird. Die Bevölkerungsbefragung 2006 erbrachte be-

reits das Ergebnis eines hohen Anteils von Befragten, die nach eigener Einschätzung „nichts konkretes“ auch über Einsätze mit erheblicher sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik wussten. Tabelle 9.1 zeigt die Anteile der Interviewten der aktuellen Befragung, die, nach unterschiedlichen Auslandseinsätzen der Bundeswehr befragt, einen bestimmten Wissensstand angaben, der von „noch nie davon gehört“ bis hin zu „wesentliche Fakten bekannt“ reichte.

**Tabelle 9.1: Bekanntheit ausgewählter Einsätze der Bundeswehr im Ausland**

Frage: „Haben Sie schon einmal von den folgenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr gehört oder gelesen?“ (Angaben in Prozent)				
	Wesentliche Fakten bekannt	Einige Fakten bekannt	Weiß nichts Konkretes	Noch nie davon gehört
Einsatz von Löschhubschraubern bei der Waldbrandkatastrophe in Griechenland	8	42	39	11
Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Afghanistan (ISAF)	4	44	48	4
Einsatz Deutscher Tornado-Aufklärungsflugzeuge in Afghanistan	5	34	50	11
Friedenstruppe der NATO im Kosovo (KFOR)	3	34	57	6
Friedenstruppe der EU in Bosnien und Herzegowina (EUFOR)	2	30	57	11
Friedenstruppe der UN im Libanon (UNIFIL)	3	21	55	21
Operation gegen den internationalen Terrorismus (OEF)	2	17	48	33
Anti-Terror-Operation der NATO im Mittelmeer (OAE)	2	14	45	39

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Das Ergebnis zeigt deutlich, dass ein großer Anteil der Bevölkerung weiterhin nur schwach über die deutschen Auslandseinsätze informiert ist. Mehr als die Hälfte der Befragten gaben zu jedem einzelnen Einsatz an, nichts Konkretes darüber zu wissen oder gar noch nie davon gehört zu haben. Mehr als ein Drittel der Befragten haben von der deutschen Beteiligung an OEF und OAE noch nie etwas gehört.

Die Analyse des Bekanntheitsgrades bestimmter Auslandseinsätze nach dem allgemeinen sicherheitspolitischen Kenntnisstand der Befragten ermöglicht Einblicke in die Struktur des Wissensstandes der Bevölkerung. Auffällig ist, dass bei einigen Einsätzen der Kenntnisstand bei steigendem Informationsniveau ebenfalls zunimmt. So gaben bei ISAF nur 30 Prozent der Befragten mit niedrigem Informationsniveau an, über einige Fakten des Einsatzes Bescheid zu wissen, während es bei jenen mit hohem Kenntnisstand 64 Prozent waren, gleichzeitig sinkt der Anteil derjenigen Befragten, die angaben, nichts Konkretes zu wissen oder noch nie davon gehört zu haben. Demgegenüber ist der

Effekt beim Brandbekämpfungseinsatz in Griechenland schwächer ausgeprägt, wie auch bei UNIFIL, wo auch unter der Gruppe der Befragten mit hohem Kenntnisstand 55 Prozent angaben, nichts Konkretes zu wissen.

**Tabelle 9.2: Bekanntheit ausgewählter Einsätze nach Informationsniveau**

Frage: „Haben Sie schon einmal von den folgenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr gehört oder gelesen?“ (Angaben in Prozent)				
	Wesentliche Fakten be- kannt	Einige Fakten be- kannt	Weiß nichts Konkretes	Noch nie da- von gehört
<b>Einsatz von Löschhubschraubern bei der Waldbrandkatastrophe in Griechenland</b>	8	42	39	11
Befragte mit niedrigem Informationsniveau	4	33	46	17
Befragte mit mittlerem Informationsniveau	11	47	34	8
Befragte mit hohem Informationsniveau	8	42	39	11
<b>Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Afghanistan (ISAF)</b>	4	44	48	4
Befragte mit niedrigem Informationsniveau	2	30	60	8
Befragte mit mittlerem Informationsniveau	5	50	43	2
Befragte mit hohem Informationsniveau	7	64	29	0
<b>Einsatz deutscher Tornado-Aufklärungsflugzeuge in Afghanistan</b>	5	34	50	11
Befragte mit niedrigem Informationsniveau	1	21	59	19
Befragte mit mittlerem Informationsniveau	6	39	48	7
Befragte mit hohem Informationsniveau	9	54	36	1
<b>Friedenstruppe der UN im Libanon (UNIFIL)</b>	3	21	55	21
Befragte mit niedrigem Informationsniveau	1	10	51	38
Befragte mit mittlerem Informationsniveau	3	26	59	12
Befragte mit hohem Informationsniveau	6	36	53	5
<b>Operation gegen den internationalen Terrorismus (OEF)</b>	2	17	48	33
Befragte mit niedrigem Informationsniveau	1	10	44	45
Befragte mit mittlerem Informationsniveau	2	20	51	26
Befragte mit hohem Informationsniveau	4	27	49	20
<b>Anti-Terror-Operation der NATO im Mittelmeer (OAE)</b>	2	14	45	39
Befragte mit niedrigem Informationsniveau	0	10	37	53
Befragte mit mittlerem Informationsniveau	2	16	50	31
Befragte mit hohem Informationsniveau	3	21	47	30

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Der Informationsgrad der Bevölkerung ist offenbar in hohem Maße bestimmt durch die öffentliche Aufmerksamkeit, die die Operationen hervorrufen. Einsätze mit starkem „Profil“ wie ISAF, der Tornado-Einsatz oder die Brandbekämpfungseinsätze in Grie-

chenland werden von vornherein eher durch die Bevölkerung wahrgenommen, da die Berichterstattung der Medien wie auch die politischen Debatten um einzelne Einsätze die öffentliche Aufmerksamkeit erhöhen. Dies geht jedoch nicht zwangsläufig einher mit größerem Faktenwissen über die Einsätze, da trotz großer Aufmerksamkeit immer noch mindestens die Hälfte der Bevölkerung nichts Konkretes über die Einsätze weiß. Dies wäre angesichts des allgemein niedrigen Informationsstandes der Öffentlichkeit sowie des geringen Interesses über sicherheitspolitische Themen noch nicht auffällig. Bemerkenswert ist jedoch, dass auch unter denjenigen Befragten, die einen hohen sicherheitspolitischen Kenntnisstand aufweisen, bei bestimmten Einsätzen der Anteil derjenigen mit geringem Wissen darüber nur unwesentlich geringer ausfällt.

Dies lässt vermuten, dass selbst die Bevölkerungsgruppe mit hohem allgemeinem Kenntnisstand sicherheitspolitischer Themen nicht in ausreichendem Maße in der Lage ist, sich hinreichend über die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu informieren, wenn diese nicht ohnehin über die Medien und im Rahmen der öffentlichen Diskussion rezipiert werden. Wenn selbst Befragte, die sich ansonsten durch einen soliden Kenntnisstand über Themen der Bundeswehr und der Verteidigungspolitik verfügen, zu 70 Prozent angeben, nichts Konkretes über die Operation Enduring Freedom oder über UNIFIL zu wissen, oder gar noch nie davon gehört zu haben, dann sind nicht nur die Medien gefordert, die ihre Berichterstattung primär nach Nachrichtenfaktoren auswählen (vgl. Kapitel 6), sondern auch die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung, die in höherem Maße und detaillierter auch über solche Einsätze informieren könnte, die nicht permanent im Licht der Öffentlichkeit stehen.

### **9.3 Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr**

Nur über Einsätze, die den Befragten mit ihren grundlegenden Fakten überhaupt bekannt sind, kann die Bevölkerung auch fundierte Urteile abgeben. Wie der vorherige Abschnitt zeigte, herrscht über die Auslandseinsätze der Bundeswehr in weiten Teilen der Öffentlichkeit ein lediglich diffuses Wissen. Dennoch sehen sich fast alle Befragten in der Lage, auch auf der Grundlage eines eingeschränkten Informationsstandes eine Meinung zu den einzelnen Einsätzen zu äußern. Diese speist sich nicht nur aus Faktenwissen, sondern kann auch aus übergeordneten Einstellungen abgeleitet werden, z. B. aus dem Vertrauen in die Streitkräfte, oder aus fundamentalen Grundeinstellungen über verteidigungspolitische Politikpräferenzen. Auch wirtschaftliche und finanzielle Erwä-

gungen über die Kosten von Auslandseinsätzen können eine große Rolle bei deren Akzeptanz in der Bevölkerung spielen (vgl. Bulmahn/Fiebig/Sender 2008; Juhasz 1996).

**Tabelle 9.3: Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr**

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie der Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden Missionen zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“ (Angaben in Prozent)				
	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab <sup>2</sup>
Einsatz von Löschhubschraubern bei der Waldbrandkatastrophe in Griechenland	85	12	2	1
Friedenstruppe der NATO im Kosovo (KFOR)	37	38	15	10
Operation gegen den internationalen Terrorismus (OEF)	39	35	15	11
Friedenstruppe der EU in Bosnien und Herzegowina (EUFOR)	37	37	16	10
Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Afghanistan (ISAF)	32	32	20	16
Friedenstruppe der UN im Libanon (UNIFIL)	30	33	22	15
Anti-Terror-Operation der NATO im Mittelmeer (OAE)	32	37	19	12
Einsatz deutscher Tornado-Aufklärungsflugzeuge in Afghanistan	26	30	22	22

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne vollkommen ab“ und „Lehne überwiegend ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Tabelle 9.3 veranschaulicht die Zustimmung zu den Auslandseinsätzen, mit denen die Bundeswehr 2007 betraut war. Im Ergebnis wird deutlich, dass eine Mehrheit der Deutschen allen abgefragten Auslandseinsätzen der Bundeswehr grundsätzlich zustimmt. Besonders positiv wird der Brandbekämpfungseinsatz gegen die Waldbrände in Griechenland bewertet, dem nahezu alle Befragten zustimmen.

Positiv werden auch die Einsätze im Kosovo und in Bosnien gesehen, denen 75 bzw. 74 Prozent der Befragten zustimmen. Ebenfalls auf hohe Akzeptanz trifft die deutsche Beteiligung an der Operation Enduring Freedom. Dem ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan stimmen 64 Prozent zu, darunter 32 Prozent „vollkommen“ bzw. „überwiegend“, und weitere 32 Prozent stimmen „eher“ zu. Wie bereits in Kapitel 8 deutlich wurde, sind Zustimmung und Ablehnung von Auslandseinsätzen unter den Bedingungen eines relativ geringen Informationsstandes in der Bevölkerung in hohem Maße anfällig für kurzfristigen Einstellungswandel, beispielsweise hervorgerufen durch negative Medienberichterstattung. Sichtbar wird dies bei Betrachtung der Differenzen der Zustimmungswerte zwischen 2005 und 2007.

**Tabelle 9.4: Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Zeitvergleich**

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie der Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden Missionen zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“ (Angaben in Prozent; Differenz in Prozentpunkten)				
	2005 <sup>1</sup>	2006 <sup>1</sup>	2007 <sup>1</sup>	Differenz zw. 2006 – 2007
Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Afghanistan (ISAF)	66	53	64	+11
Friedenstruppe der NATO im Kosovo (KFOR)	78	67	75	+8
Friedenstruppe der EU in Bosnien und Herzegowina (EUFOR)	72	68	74	+6
Anti-Terror-Operation der NATO im Mittelmeer (OAE)	64	60	69	+9

Anmerkung: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“, „Stimme überwiegend zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst.  
 Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Die Verringerung der Akzeptanz im Jahr 2006 wurde demnach primär von einer Reihe negativer Medienereignisse zum ISAF-Einsatz hervorgerufen. Insbesondere die Berichterstattung über die sogenannten „Totenkopffotos“ hatte deutlichen Einfluss auf die Einstellungen der Bevölkerung, der von der ISAF-Mission auch auf die weiteren Bundeswehr-Auslandseinsätze ausstrahlte. Die Medienberichterstattung über negative Ereignisse im Befragungszeitraum, insbesondere in Bezug auf den Auslandseinsatz in Afghanistan, beeinflusste nicht nur die Zustimmungswerte zu ISAF, sondern in geringerem Maße auch die der übrigen deutschen Auslandseinsätze. Das Meinungsbild im Jahr 2007 ist demgegenüber als Normalisierung der Bevölkerungseinstellungen zu den Auslandseinsätzen im Allgemeinen und ISAF im Besonderen zu werten.

Einstellungswandel z. B. durch Medienberichterstattung stellt also nur einen kurzfristigen Effekt dar, der sich mittelfristig wieder normalisieren kann. Den größten „Schutz“ vor solchen Effekten liefert jedoch ein fundiertes Wissen der Bevölkerung, nicht unbedingt über Details eines Einsatzes, aber über seine Ziele und auch Risiken. Dies ermöglicht es der Bevölkerung, negative Ereignisse, die Auslandseinsätze zwangsläufig mit sich bringen, in einem breiteren Kontext zu sehen, besser einordnen zu können und sich in ihren Einstellungen folglich auch nicht so leicht durch kurzfristige Impulse erschüttern zu lassen.



## 9.4 Bevölkerungseinstellungen zum ISAF-Einsatz der Bundeswehr

Die deutsche Bevölkerung erhält im Rahmen der fast täglichen Medienberichterstattung und der Informationsarbeit der Bundesregierung ein Bild der Ereignisse und Verhältnisse der Auslandseinsätze, das zwar durch Effekte wie den Nachrichtenwert nicht in allen Punkten der Realität entspricht, das es aber trotz eingeschränktem Faktenwissen über die Einsätze der Bundeswehr durchaus ermöglicht, die Effektivität und die Auswirkungen der Einsätze zu beurteilen.

Tabelle 9.5 zeigt das Ergebnis solcher Bewertungen des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr. Den stärksten Effekt sehen die Deutschen offenbar auf das Ansehen, das ihrem Land durch den Einsatz aus den Reihen der westlichen Nationen entgegengebracht wird. 66 Prozent der Befragten sehen hier positive Auswirkungen, sieben Prozent gehen von negativen Auswirkungen aus, 19 Prozent vermuten keine Auswirkungen auf das deutsche Ansehen, und acht Prozent der Befragten sind unentschlossen.

Positive Auswirkungen werden ferner insbesondere für die Verhältnisse in der von der Bundeswehr kontrollierten Nordregion Afghanistans erwartet. So werden mehrheitlich Verbesserungen der Sicherheitslage, der Lebensbedingungen der Menschen, der Einsatzmöglichkeiten internationaler Hilfsorganisationen wie auch der Bildungschancen der Bevölkerung als Effekt des Bundeswehreinsatzes angenommen. Ein nüchterneres Bild hat die Bevölkerung demgegenüber von den Auswirkungen des Einsatzes außerhalb des unmittelbaren deutschen Zuständigkeitsbereiches. So sieht fast ein Drittel der Befragten keine Auswirkungen der deutschen ISAF-Beteiligung auf die Chancen Afghanistans, sich zu einem freien, sicheren und wohlhabenden Land zu entwickeln. 15 Prozent sind hier sogar der Ansicht, der Bundeswehreinsatz schade diesen Chancen. Ebenfalls in Teilen skeptisch gesehen wird der Effekt des Einsatzes auf den Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Zwar sehen hier 44 Prozent positive Auswirkungen, aber auch 29 Prozent keine, und 18 Prozent negative Effekte. Die Probleme der ISAF, dem Drogenanbau in Afghanistan Herr zu werden, werden auch durch die Bevölkerung reflektiert. 40 Prozent sehen hier keine Auswirkungen des Einsatzes der Bundeswehr, nur 30 Prozent vermuten positive Effekte. Das Risiko, das Deutschland durch sein Engagement eingeht, beispielsweise in Form von Terroranschlägen, wird auch im Bezug auf die Sicherheit in Deutschland nachvollzogen. Mehr als ein Drittel der Befragten sehen die Sicherheitslage Deutschlands durch seinen Einsatz in Afghanistan als gefährdet an.

**Tabelle 9.5: Vermutete Auswirkungen des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan**

Frage: „Was meinen Sie, wie hat sich – nach allem was Sie darüber wissen – die bisherige Beteiligung der Bundeswehr an der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Afghanistan (ISAF) auf die folgenden Punkte ausgewirkt?“ (Angaben in Prozent)				
	Sehr positiv/ eher positiv	Keine Aus- wirkungen	Sehr negativ/ eher negativ	Weiß nicht
Das Ansehen Deutschlands in der westlichen Welt	66	19	7	8
Die Einsatzmöglichkeiten internationaler Hilfsorganisationen in der von der Bundeswehr kontrollierten Region	64	16	9	11
Die Lebensbedingungen der Menschen in der von der Bundeswehr kontrollierten Region	61	19	9	11
Das Ansehen der Bundeswehr in Deutschland	56	25	12	7
Die Sicherheitslage in der von der Bundeswehr kontrollierten Region im Norden Afghanistans	55	22	12	11
Die Stabilität in der Gesamtregion	53	25	14	8
Die Bildungschancen junger Männer und Frauen in der von der Bundeswehr kontrollierten Region	51	28	7	14
Die Chancen Afghanistans, sich zu einem freien, sicheren und wohlhabenden Land zu entwickeln	43	31	15	11
Den Kampf gegen den internationalen Terrorismus	44	29	18	9
Das Ansehen Deutschlands in der arabischen Welt	38	17	33	12
Den Kampf gegen den Drogenanbau in Afghanistan	30	40	18	12
Die Sicherheitslage in Deutschland	29	26	38	7

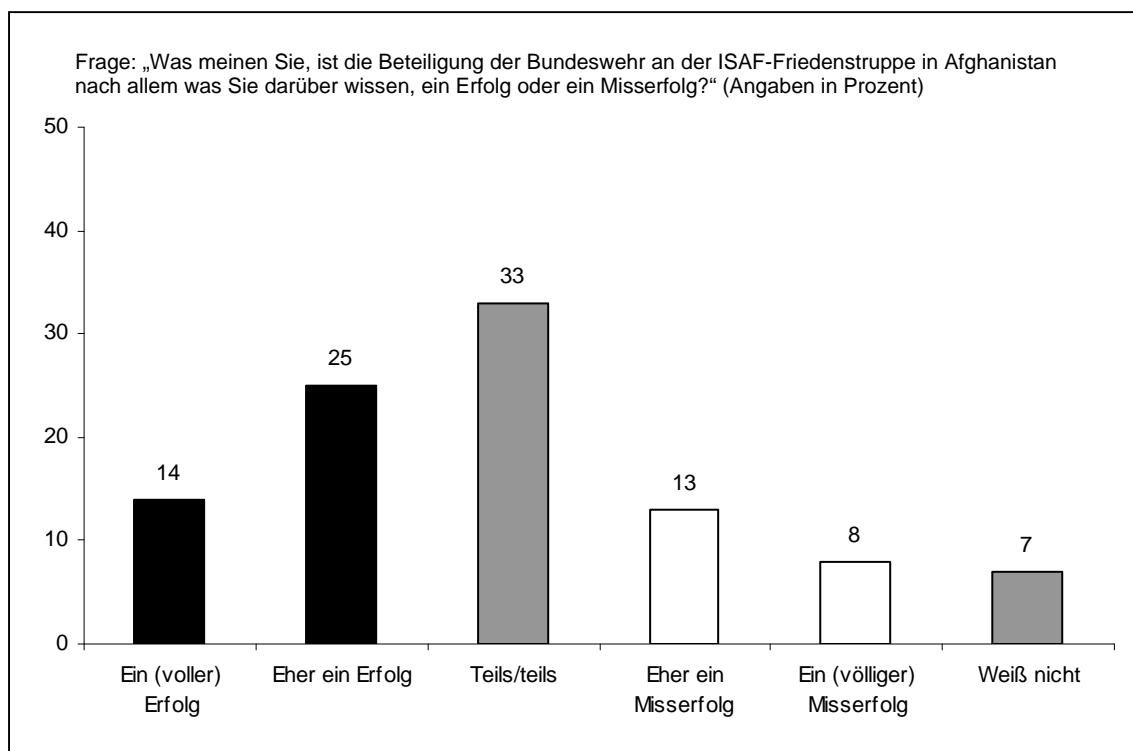
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Auch in der Gesamtbewertung zieht die Bevölkerung ein differenziertes Fazit des deutschen militärischen Engagements in Afghanistan. 39 Prozent der Befragten sehen den ISAF-Einsatz der Bundeswehr insgesamt als erfolgreich an. Ein Drittel bewertet ihn als teilweisen Erfolg, sieht jedoch auch negative Aspekte. 21 Prozent sehen den Einsatz tendenziell als Misserfolg, und sieben Prozent sind unentschieden.

Die Bewertung des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan durch die Bevölkerung zeigt, dass die Deutschen durchaus eine differenzierte Haltung zur deutschen Beteiligung an ISAF haben. Obwohl das Faktenwissen über den Einsatz bei einem großen Anteil der Bevölkerung lückenhaft erscheint, sind ihr Herausforderungen und Probleme, aber auch positive Wirkungen des Einsatzes insbesondere in Afghanistan selbst dennoch bewusst. In vielen Aspekten überwiegt das positive Fazit, aber der langfristige Erfolg des Einsatzes für ganz Afghanistan scheint im Meinungsbild der Bevölkerung in Frage zu stehen. Da die Medienberichterstattung über den Einsatz und seine Auswirkungen kein vollständiges Bild vermitteln kann, scheint verstärkte Informationsarbeit

seitens der Regierung wie auch der Bundeswehr notwendig, um Chancen, Risiken sowie langfristige Perspektiven des Einsatzes in klarer Form zu vermitteln.

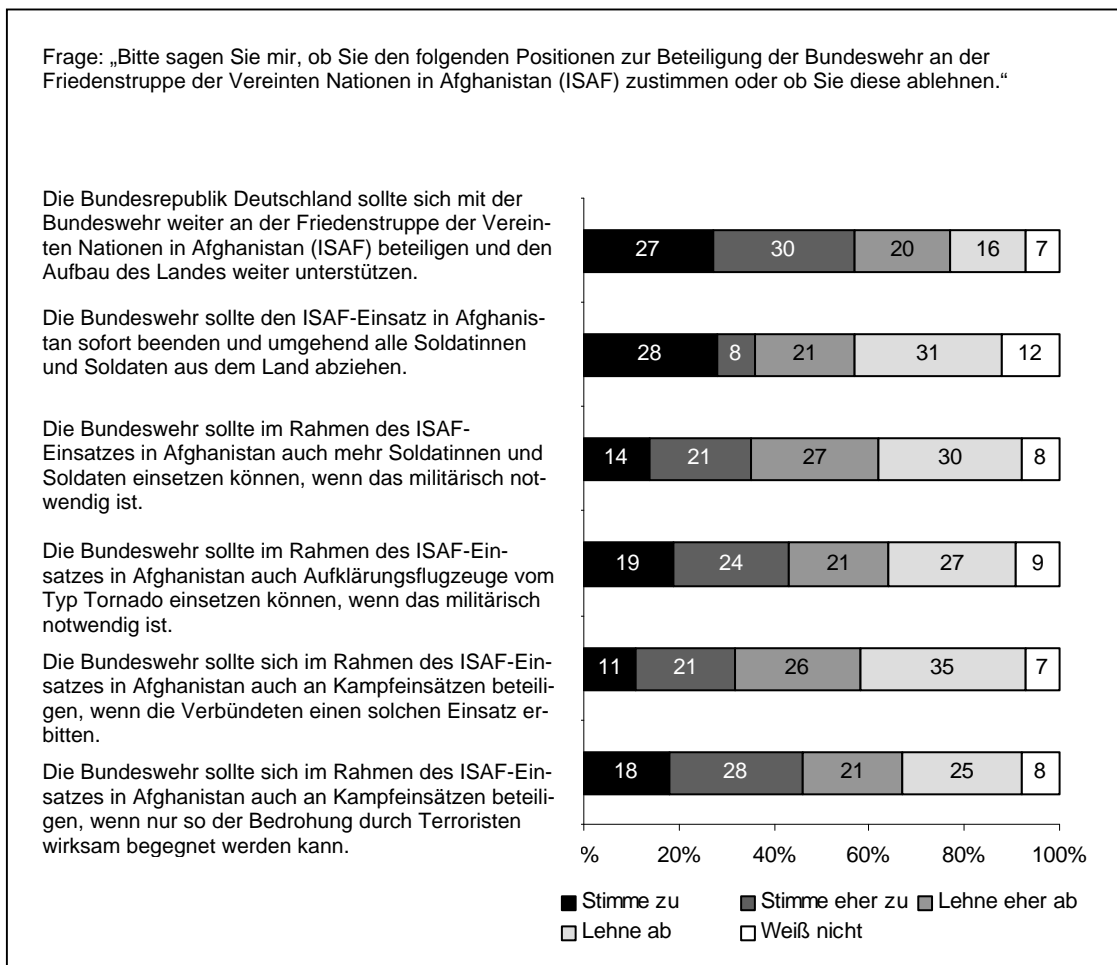
**Abbildung 9.2: Wahrgenommener Erfolg des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Einer Ausweitung des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan stehen die Deutschen skeptisch gegenüber. Obwohl 57 Prozent der Befragten der Meinung sind, die Bundeswehr solle sich weiter am ISAF-Einsatz beteiligen und den Aufbau Afghanistans weiter unterstützen, und nur 36 Prozent einen sofortigen Abzug der Bundeswehr befürworten, werden sowohl quantitative wie auch qualitative Verstärkungen des militärischen Engagements mit Sorge gesehen. 57 Prozent lehnen den Einsatz von weiteren Soldaten in Afghanistan auch bei militärischer Notwendigkeit ab. Einer stärker militärisch-offensiven Ausrichtung des Einsatzes stehen die Deutschen ebenfalls kritisch gegenüber. Die Beteiligung an Kampfeinsätzen, sollten verbündete Nationen darum bitten, wird von 61 Prozent abgelehnt, Kampfeinsätze aus militärischer Notwendigkeit zur Bekämpfung von Terroristen in Afghanistan von 46 Prozent.

**Abbildung 9.3: Einstellungen zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan**



Anmerkung: Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; Anteile „Lehne vollkommen ab“ und „Lehne überwiegend ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Die Ergebnisse zeigen die Sorge der deutschen Bevölkerung über die weitere Zukunft der deutschen ISAF-Mission in Afghanistan. Obwohl sie eine Weiterführung des Einsatzes im Grundsatz mehrheitlich befürworten, werden Abweichungen von der humanitären Ausrichtung der Mission kritisch beurteilt, und stoßen auf nicht zu unterschätzende Ablehnung. Auch hier erscheint umfangreiche und detaillierte Information auch über militärische Aspekte des Einsatzes notwendig, die in den Kontext der Gesamtmission gestellt werden muss. Nur so kann die Bevölkerung in die Lage versetzt werden, auch kritische Elemente des deutschen Engagements zu beurteilen und sich eine Meinung zu bilden, die nicht durch negative Impulse, beispielsweise durch Medienberichterstattung, in Frage gestellt wird.

Auch wenn nur eine Minderheit der Bevölkerung einen sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan unterstützt, so erscheint es dennoch sinnvoll, die Motive einer solchen Meinung genauer zu prüfen. So lassen sich detailliertere Einblicke in die Sorgen und Befürchtungen der Deutschen hinsichtlich des Einsatzes in Afghanistan ableiten.

**Tabelle 9.6: Gründe für eine sofortige Beendigung eines Einsatzes**

Frage: „Warum sollte die Bundeswehr den ISAF-Einsatz in Afghanistan sofort beenden und umgehend alle Soldatinnen und Soldaten aus dem Land abziehen?“ (Offene Frage an die Befürworter einer Beendigung des Einsatzes)	
Antworten (kategorisiert)	Genannt <sup>1</sup>
Geringe Erfolgsaussichten, Einsatz bringt nicht den gewünschten Erfolg	39
Gefahr für die eingesetzten Soldaten	37
Krieg in Afghanistan liegt nicht in deutscher Verantwortung, ist afghanische Angelegenheit	33
Innere Angelegenheiten Deutschlands sollten vorrangig sein	23
Gefahren für Deutschland, mehr Terrorismus, Hass, werden provoziert	19
Finanzielle Gründe, Einsatz ist zu teuer	17
Andere sollten Verantwortung übernehmen, Deutschland hat den Krieg nicht begonnen	7

Anmerkungen: 1) Anteil der Befragten, die eine Antwortkategorie nannten, bezogen auf die Befürworter der sofortigen Beendigung des ISAF-Einsatzes. (Angaben in Prozent)

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Tabelle 9.6 zeigt die Antworten auf eine offene Frage zu den Gründen für einen sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan unter den Befragten, die einen solchen Abzug befürworten. Wichtigste Begründung für diese Gruppe sind demnach geringe Erfolgsaussichten des gesamten Einsatzes; 39 Prozent nannten solche Gründe als Argument für einen Abzug. Die Gefahr für die deutschen Soldaten ist für die Gegner eines weiteren Einsatzes ebenfalls ein maßgeblicher Grund, wie auch der Verweis darauf, dass der Krieg in Afghanistan keine deutsche Angelegenheit sei. Knapp ein Viertel ist der Ansicht, dass innere deutsche Angelegenheiten vorrangig vor militärischem Engagement in Afghanistan stehen sollten. Schließlich folgen noch Argumente, die Risiken für die Sicherheit in Deutschland, z. B. durch erhöhte Gefahr von Terroranschlägen, sowie wirtschaftlich-finanzielle Gründe anführen. Nur eine Minderheit von sieben Prozent nannte Gründe, welche die Verantwortung für das Engagement bzw. den Krieg bei anderen Nationen, z. B. den USA, sahen.

Bei den Begründungen für einen Abzug aus Afghanistan zeigt sich, dass die Hauptsorgen der entsprechenden Gruppe der Bevölkerung den Perspektiven für einen Erfolg des Einsatzes gelten. Auch die wachsende Anspannung der Sicherheitslage in Nordafgha-

nistan, die mit vermehrten Angriffen gegen Bundeswehrsoldaten verbunden ist, schlägt sich im Meinungsbild der Gegner einer Weiterführung des deutschen Einsatzes nieder. Schließlich ist noch der Einstellungskomplex einer allgemeineren Kritik am deutschen Engagement im Ausland deutlich erkennbar, der oft im Zusammenhang mit der Wahrnehmung sozioökonomischer Probleme steht (vgl. Kapitel 4). Diese einzelnen Begründungen, die für einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan genannt werden, sollten im Kern der Informationsarbeit über den Bundeswehreinsatz stehen. Nur wenn Regierung und Bundeswehr in der Lage sind, mittel- und langfristige Perspektiven des Einsatzes aufzuzeigen, die auch Erfolgsaussichten offenbaren, und auch Zweifel an der Sicherheit der eingesetzten Soldaten ausräumen, kann der Sorge der Bevölkerung in eben diesen Bereichen begegnet werden.

## 9.5 Fazit

Die Einstellungen der Deutschen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr spiegeln in gewisser Weise die Beobachtungen wider, die bereits in vergangenen Kapiteln gemacht wurden. Sie sind ein direktes Resultat der außen- und sicherheitspolitischen Präferenzen der Bundesbürger, ihrem im Allgemeinen geringen Interesse an Sicherheitspolitik, sowie ihrem geringen Wissensstand in diesem Themenbereich.

Die Bundeswehr als Parlamentsarmee ist durch den für einen Auslandseinsatz notwendigen Beschluss des Bundestags rückgekoppelt an die deutsche Bevölkerung. Der Bundestag muss einem Auslandseinsatz und seiner Ausgestaltung zustimmen. Da sowohl die grundsätzliche Zustimmung zu einem militärischen Engagement im Ausland als auch dessen spezifische Ausgestaltung vor den eigenen Wählern gerechtfertigt werden müssen, ist die Unterstützung der Bevölkerung für die Auslandseinsätze der Bundeswehr politisch von dauerhaft großer Bedeutung.

Die Akzeptanz für die Auslandseinsätze der Bundeswehr ist zum Befragungszeitpunkt wieder etwa auf das Niveau von 2005 zurückgekehrt. Alle Auslandseinsätze einschließlich ISAF werden von einer Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Dieses scheinbare Grundniveau der Zustimmung ist jedoch als unsicher anzusehen, da es schnell durch negative Ereignisse und Entwicklungen in Frage gestellt werden kann. Zustimmung und Akzeptanz können nur dann auf einer sicheren Grundlage stehen, die nicht durch kurzfristigen Einstellungswandel erschüttert werden kann, wenn sie nicht vorrangig auf einem allgemeinen Vertrauen in die Bundeswehr basieren, wie dies gegenwärtig zu beo-

bachten ist, sondern in größerem Umfang auf Informationen über die Aufgaben und die jeweiligen Einsätze der Bundeswehr.

Die Bevölkerung ist auch mit einem nur begrenzten Wissen durchaus in der Lage, einen Auslandseinsatz wie ISAF anhand seiner Effektivität zu bewerten. Dabei werden nicht nur negative Impulse beispielsweise aus den Medien verarbeitet, sondern auch positive Aspekte gewürdigt, sofern sie den Menschen bewusst sind. Eine konsequente und umfassende Öffentlichkeitsarbeit und Berichterstattung, die sowohl über die Motive und Ziele eines Einsatzes aufklärt, Fortschritte aufzeigt, aber auch Herausforderungen und Risiken nicht ausspart, sind also zentrale Elemente einer effektiven Vermittlung der Auslandseinsätze in der Bevölkerung. Die in der Untersuchung aufgezeigten Gründe, die nach Einschätzung der Bevölkerung für die Beendigung des ISAF-Einsatzes sprechen könnten, sollten dabei nicht als Themen angesehen werden, die in der Vermittlung zu vermeiden sind, sondern als Fragen und Problemfelder, welche die Öffentlichkeit besonders sorgenvoll betrachtet. Soll sich die Bevölkerung ein umfassendes Bild über die Auslandseinsätze machen können, das auch potenzielle Risiken beinhaltet, dann sollten auch solche Themen mit besonderer Sorgfalt vermittelt werden.





# 10 Verteidigungsausgaben, Personalumfang und Wehrform

*Victoria Wieninger*

---

## 10.1 Einleitung

Die Bereitstellung angemessener Ressourcen, sowohl finanzieller als auch personeller Art, ist eine maßgebliche Voraussetzung für die kontinuierliche Handlungsfähigkeit und den internationalen Einfluss Deutschlands im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Der Aufbau moderner und zukunftsfähiger Elemente sowie der Abbau unnötiger Strukturen dienen der Anpassung an die neuen, zunehmend komplexeren und oft grenzüberschreitenden Aufgaben. Auf der Grundlage von Ergebnissen der Bevölkerungsumfrage 2007 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr stellt dieses Kapitel die Tendenzen der öffentlichen Meinung hinsichtlich der Höhe der Verteidigungsausgaben, der Größe des militärischen Personalumfangs sowie der zukünftig möglichen Form des Wehrdienstes dar.

Die Maßnahmen des Verteidigungsministeriums und die Wahrnehmung dieser Aktivitäten in der Bevölkerung sind sehr stark mit der jeweils aktuellen wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik verbunden, da die zur Verfügung stehenden Gelder und deren effiziente Nutzung determinieren, welche Möglichkeiten, Mittel und Ressourcen für die Bewältigung von nationalen und internationalen Aufgaben zur Verfügung stehen. Gemessen am Bruttosozialprodukt standen dem Verteidigungsministerium 2007 weniger Mittel zur Verfügung als vielen anderen EU-Staaten, und den Bundesbürgern sollte bewusst sein, dass ein aktives Handeln auf der internationalen Ebene auch notwendige materielle, finanzielle und personelle Ressourcen beansprucht. Im Folgenden wird betrachtet, welche Meinungen die Befragten bezüglich der grundlegenden Ressourcenausstattung vertreten und ob die 2007 geführten parteipolitischen Debatten über die Wehrpflicht Auswirkungen auf die Meinungen der Bürger hatten.

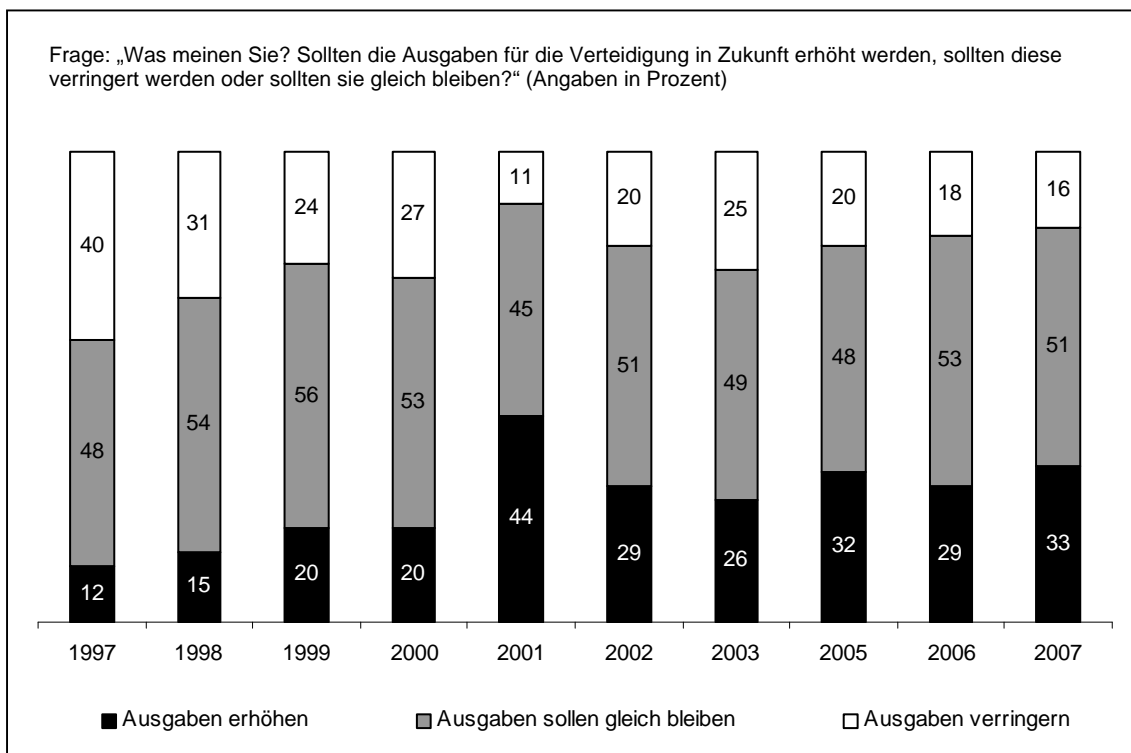
## 10.2 Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben

Wie bereits im Kapitel 4 erläutert wurde, zeigt ein großer Anteil der Bundesbürger Interesse an Streitkräften, die bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten im internationalen Rahmen einsetzbar sind. Für die von den Bundesbürgern gewünschte Handlungsfähigkeit Deutschlands im Bereich der Verteidigungspolitik ist die Bereitstellung angemessener finanzieller Mittel eine unabdingbare Voraussetzung. Im Rahmen der jährlichen Bevölkerungsumfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr wurden in Anbetracht dieser Tatsache die Einstellungen und Präferenzen der Bürger im Hinblick auf die Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik untersucht.

Der Verteidigungsetat Deutschlands wurde infolge der sicherheitspolitischen Veränderungen seit 1991 deutlich zurückgeführt. Die mittelfristige Finanzplanung des Verteidigungsministeriums sieht nun eine Steigerung der Verteidigungsausgaben von 28,4 Milliarden Euro im Jahr 2007 auf knapp 30,3 Milliarden Euro im Jahr 2011 vor, um die Transformation der Bundeswehr entsprechend der Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) von 2003 und dem Weißbuch 2006 zu gewährleisten, die veränderten Einsatzerfordernisse zu erfüllen und den eingegangenen Verpflichtungen gegenüber Bündnispartnern nachkommen zu können.

Die mittelfristige Steigerung der Verteidigungsausgaben erfolgt vor dem Hintergrund eines Meinungsbilds der Bevölkerung, das sich in Bezug auf die Verteidigungsausgaben in den letzten Jahren gewandelt hat. Im Jahr 2007 stimmten 41 Prozent derer, die eine aktive Außen- und Verteidigungspolitik bevorzugen, für eine Erhöhung des Verteidigungsetats, und nur elf Prozent für dessen Verringerung. Mit Einarbeitung der Daten aus vorherigen Jahren ist derzeit ein Trend auszumachen, der langfristig auf eine wachsende Bereitschaft der Bundesbürger zur Erhöhung des Verteidigungsetats hindeutet. Im Jahr 1997 lag der Anteil der Befürworter einer Anhebung der Ausgaben bei nur zwölf Prozent, heute, 10 Jahre später, hat sich der Anteil fast verdreifacht und liegt bei 33 Prozent. Ereignisse von besonders großer Tragweite, wie zum Beispiel die Anschläge des 11. September 2001, scheinen die Bereitschaft zur Erhöhung des Etats dagegen nur kurzfristig zu heben, da im Folgejahr wieder eine Angleichung an den normalen Trend folgte.

**Abbildung 10.1: Allgemeine Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben**



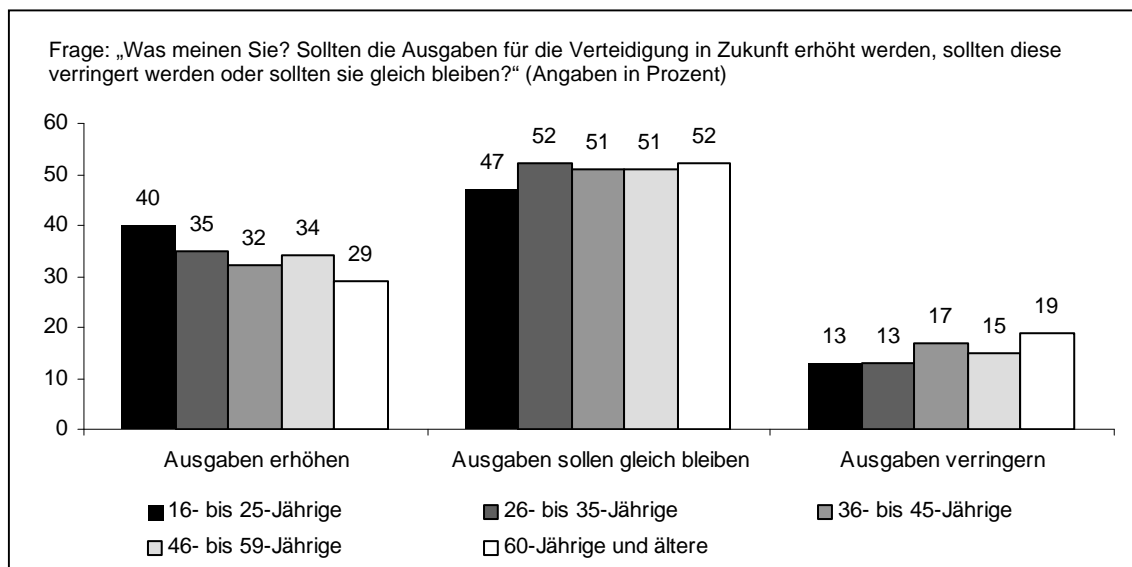
Anmerkung: Anteile „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ zusammengefasst; Anteile „Stark verringert werden“ und „Eher verringert werden“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 1997–2007.

Bei einer Bündelung der Antworten von Bundeswehrangehörigen und Bürgern, die Wehrdienst geleistet haben, wird deutlich, dass Personen, die einen näheren Bezug zur Bundeswehr aufweisen und sich mit deren Aufgaben intensiver beschäftigt haben, einer Erhöhung der Ausgaben eher zustimmen als der Durchschnitt der Bevölkerung. Im Vergleich zu 33 Prozent in der Bevölkerung plädierten 41 Prozent dieser Gruppierung für eine Erhöhung des Verteidigungsetats. Ähnlich reduzierte sich in dieser Konstellation auch die Anzahl derer, die eine Reduzierung befürworteten, von 16 auf sieben Prozent.

Desgleichen wird ersichtlich, dass die jüngeren Altersklassen im Vergleich zu den älteren Generationen im Durchschnitt einer Erhöhung der Ausgaben eher zustimmen und Sparmaßnahmen bei den Streitkräften eher ablehnen.

**Abbildung 10.2: Allgemeine Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben nach Altersgruppen**



Anmerkung: Anteile „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ zusammengefasst; Anteile „Stark verringert werden“ und „Eher verringert werden“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Die Tendenz vieler jüngerer Bürger, die Erhöhung der Ausgaben gutzuheißen, lässt auf eine Kontinuität des bisher zu beobachtenden Trends in Folgejahren schließen. Aus der wachsenden Bereitschaft der Bundesbürger ist abzuleiten, dass einem immer größer werdenden Anteil die Vielfalt und Komplexität der Aufgaben, wie auch der Umstrukturierung der Bundeswehr, bewusst werden. Nicht zuletzt deutet dieser Trend auf eine Akzeptanz in der Bevölkerung für die neuen Bundeswehraufgaben im erweiterten Aufgabenspektrum.

### 10.3 Vorstellungen zum Personalumfang der Bundeswehr

In den letzten Jahren hat die Bundeswehr wie keine andere öffentliche Institution Personalreduzierungen vorgenommen (BMVg 2006b). Im Jahr 1991, in dem erstmals die Berechnung eines gesamtdeutschen Haushalts gegeben war, betrug der Personalumfang der Bundeswehr weit mehr als 650 000 Soldaten und zivile Mitarbeiter. Bis 2006 reduzierte sich dieser Umfang bereits auf circa 370 000 Bundeswehrangehörige, mit einem zukünftigen Zielumfang von 327 500 im Jahr 2010 (ebenda). Die aktuellen Personalreduzierungen richten sich nach der durch die Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) und nach der Konzeption der Bundeswehr (KdB) definierten Umstrukturierung,

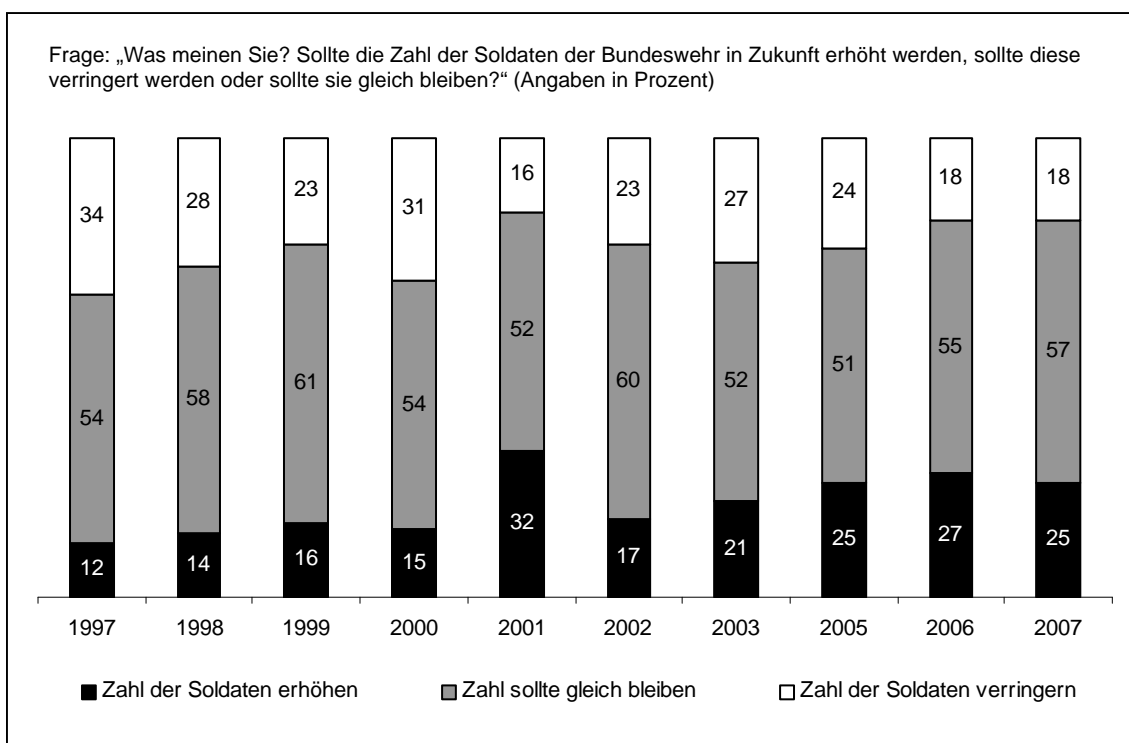
mit der die Bundeswehr auf die zukünftigen Aufgaben der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung vorbereitet werden soll. Der neue Zielumfang wurde nicht zuletzt festgesetzt, um Mittel für die Modernisierung der Streitkräfte freizusetzen. Ein Großteil der laufenden Personalreduzierungen liegt im zivilen Bereich der Bundeswehr. Die jährliche Umfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, beschäftigt sich allerdings ausschließlich mit dem von den Bundesbürgern gewünschten Umfang des militärischen Personals.

Die Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage zeigen, dass die Einstellungen der Bürger zum Personalumfang der Bundeswehr keinen eindeutigen Trend erkennen lassen. Ähnlich wie bei der Thematik Verteidigungshaushalt, stieg in den Jahren zwischen 1997 und 2006 die Anzahl derer, die eine Vergrößerung des Personalumfangs wünschten. Im Jahr 2001 stieg die Zustimmung zu einer Personalerhöhung überdurchschnittlich an, die stark erhöhte Bereitschaft zur Personalerhöhung war aber nicht von Dauer. Sie ist ganz offensichtlich, wie bei den Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben, auf die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten von Amerika zurückzuführen und der damit verbundenen erhöhten Bedrohungsperzeption.

Im Gegensatz zu den Ergebnissen des Jahres 2006 hat die Anzahl der Fürsprecher einer Personalerhöhung 2007 leicht abgenommen. Die Anzahl der Befragten, die eine Verringerung der Streitkräfte postuliert, blieb hingegen im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Eine Mehrheit der Befragten möchte mit 57 Prozent, ähnlich wie in Vorjahren, den aktuellen Personalumfang der Bundeswehr beibehalten.

Die beschriebene Zunahme an Befürwortern einer Personalerhöhung von 1997 bis 2006 könnte einerseits auf einen wachsenden Anteil der Bevölkerung deuten, der die fortlaufenden Personalreduzierungen nicht länger für vertretbar hält. Andererseits könnte die Bereitschaft zu einer Erhöhung des Personalumfangs lediglich der Vielfalt und Komplexität der neuen Einsätze Rechnung tragen. Deutungen sollten behutsam vorgenommen werden, da viele Befragte Wissenslücken im Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufweisen. So konnten nur 32 Prozent der Befragten grobe Angaben über die Anzahl der Soldaten machen, die sich zum Zeitpunkt der Befragung in Auslandseinsätzen befanden. Weiterhin hat sich gezeigt, dass die Bereitschaft einer Personalerhöhung bei Bürgern größer war, die die Anzahl der Soldaten im Ausland überschätzten und die Bereitschaft bei Bürgern geringer war, welche die Anzahl unterschätzten.

**Abbildung 10.3: Allgemeine Einstellungen zum Personalumfang**



Anmerkung: Anteile „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ zusammengefasst; Anteile „Stark verringert werden“ und „Eher verringert werden“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 1997–2007.

Die Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage 2007 lassen, deutlicher als die Zahlen der Vorjahre, eine mehrheitliche Zufriedenheit mit der von den Bürgern wahrgenommenen Anzahl von Soldaten erkennen. Dies steht in Einklang mit der sich kontinuierlich verringern- den Anzahl von Bürgern, die eine Reduktion des Personalumfangs bevorzugt und die sich in den letzten zehn Jahren halbiert hat, von 34 auf aktuell 18 Prozent.

#### 10.4 Generelle Einstellung der Bundesbürger zur Wehrpflicht

Durch die veränderte Sicherheitslage, die Tendenz anderer europäischer Mitgliedstaaten ihre Streitkräfte in Berufsarmeen umzuwandeln und die steigende Zahl der Kriegsdienst- verweigerer bleibt die Zukunft der Wehrpflicht ein aktuelles Diskussionsthema. Insbesondere die Wehrgerechtigkeit wird in der politischen und gesellschaftlichen Debatte immer wieder thematisiert. Der Grundsatz der Wehrgerechtigkeit besagt, dass die durch die Verpflichtung zum Wehrdienst entstehende Belastung mit dem allgemeinen Gleich- heitsgrundsatz in Übereinstimmung stehen muss. Nach Auffassung der Kritiker ist diese Voraussetzung nicht gegeben, solange die Bundeswehr die Möglichkeit besitzt, Taug-

lichkeitskriterien und die Festsetzung der Wehrdienstausnahmen zu verändern und somit die Wehrgerechtigkeit zu regulieren (Krelle 1994: 81). Das Bundesverwaltungsgericht hat in seiner Entscheidung vom Januar 2005 eine Verletzung des Gebotes der Wehrgerechtigkeit durch die Einberufungspraxis der Bundeswehr nicht gesehen. Es hat festgestellt, dass Wehrgerechtigkeit nicht voraussetzt, dass ein bestimmter Prozentsatz eines Geburtsjahrgangs zum Wehrdienst herangezogen werden muss. Das Gebot der Wehrgerechtigkeit ist danach erfüllt, wenn der weitaus überwiegende Teil der verfügbaren Wehrpflichtigen eines Geburtsjahrgangs zum Wehrdienst herangezogen wird. Gradmesser für die Wehrgerechtigkeit ist daher das Verhältnis zwischen dem Aufkommen an verfügbaren Wehrpflichtigen für die Bundeswehr und der tatsächlichen Zahl der Einberufenen zum Wehrdienst (BVerwG 6 C 9.04 vom 19.01.2005).

Grundsätzlich ist diskutierbar, ob und in welchem Maße ein Staat seinen Bürgern persönliche Verantwortung und Verpflichtungen für die Verteidigung des Landes abverlangen darf. Vom verfassungsrechtlichen Standpunkt ist gemäß Artikel 12, Absatz 1 des Grundgesetzes sowohl die Wehrpflicht, als auch eine Freiwilligenarmee denkbar, da lediglich festgehalten ist, dass Männer nach dem vollendeten 18. Lebensjahr zum Dienst verpflichtet werden können. Entsprechend können die gesetzgebenden Organe Deutschlands über die Art der Rekrutierungsform entscheiden (Dinter 2004: 113). Die Wehrpflicht ist also nicht unabdingbar ein allgemeingültiges ewiges Prinzip, „sondern sie ist immer auch von der konkreten Sicherheitslage abhängig. Die Diskussion über die Zukunft der Wehrpflicht ist somit im Wesentlichen das Ringen um ihre zeitgemäße sicherheitspolitische Begründung.“ (Schneiderhan 2007a)

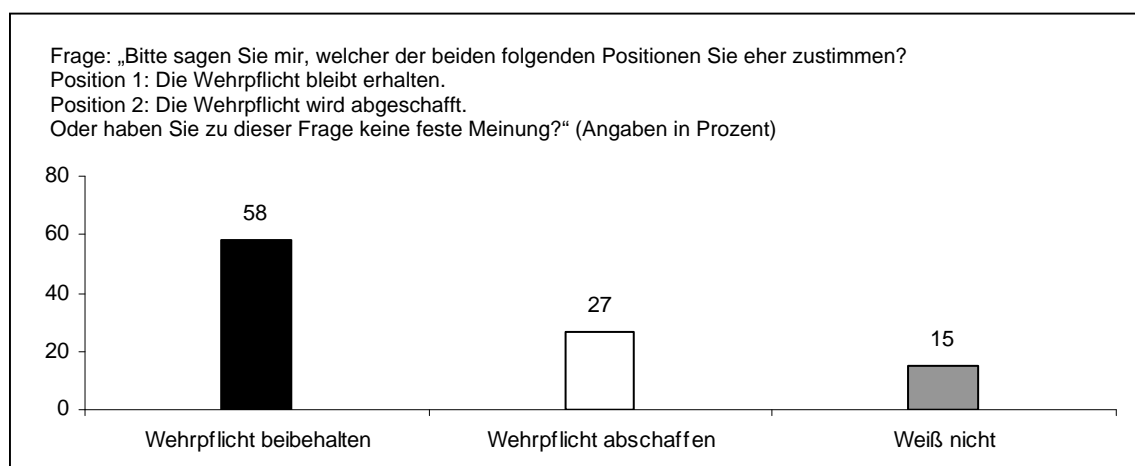
Anlass für die von manchen gesehene europäische „Trendwende“ zur Berufsarmee sind unter anderem die neuen Aufgaben, die sich aus der sich verändernden Sicherheitslage und der sich wandelnden technologischen und gesellschaftlichen Entwicklung ergeben. Im Gegensatz dazu wird in Deutschland aus einer Vielzahl von politischen, sicherheitspolitischen und gesellschaftlichen Gründen an der Allgemeinen Wehrpflicht festgehalten. Die Bundesregierung ist der Meinung, dass die neue Sicherheitslage, wenn auch in geringerem Maße, eine angemessene Aufwuchsfähigkeit erfordert (Schneiderhan 2007a). Die Bindung des Staatsbürgers an seinen Staat und die Möglichkeit des Zugriffs auf eine Bandbreite schulischer und beruflicher Qualifikationen für die Nachwuchsgewinnung wird in Deutschland aus Sicht der Befürworter alleine durch die Wehrpflichtarmee sichergestellt. Das breite Spektrum der aus allen gesellschaftlichen Schichten kommenden Wehrpflichtigen soll dazu beitragen, dass auch in der Bundeswehr ein plu-

realistisches Meinungsbild erhalten bleibt und eine Abstützung auf unkritische Befehls-empfänger vermieden wird. Ebenso erhofft man sich, dass die Verankerung in der Gesellschaft und das Interesse an den Aufgaben der Bundeswehr größer ist, wenn ein ständiger Austausch zwischen der Bundeswehr und der Zivilbevölkerung durch den Wehrdienst stattfindet. Schließlich zeigen die Erfahrungen der Verbündeten, die ihrerseits die Wehrpflicht abgeschafft haben, dass der Übergang zu einer Berufsarmee erhebliche Mehrkosten verursacht (Dreist 2002: 14).

Die Einstellung der Bürger zu dieser Thematik ist von hoher politischer Relevanz. Eine positive Haltung der Bevölkerungsmehrheit ist ein nicht zu unterschätzendes Argument für die Beibehaltung der Wehrpflicht, während eine fehlende Unterstützung Wasser auf die Mühlen der Kritiker wäre.

Seit Jahren ist die Frage nach der Haltung zur Wehrpflicht fester Bestandteil der Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. Ähnlich wie in den vorhergehenden Jahren plädierte die Mehrheit der Bürger 2007 mit 58 Prozent für die Beibehaltung der Wehrpflicht und nur etwa jeder Vierte bevorzugte deren Abschaffung.

**Abbildung 10.4: Allgemeine Einstellungen zur Wehrpflicht**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Weiterhin wurde aus den Ergebnissen ersichtlich, dass sich nicht nur ein Großteil der Bevölkerung für die Beibehaltung der Wehrpflicht ausspricht, sondern auch, dass deutlich mehr als die Hälfte der Personen in Deutschland eine durchaus positive Einstellung zum Wehrdienst vertreten. So geben 75 Prozent der Befragten auf die Frage der generellen Einstellung gegenüber der Wehrpflicht, bei einer sechsstufigen Skala von sehr posi-



tiv bis sehr negativ, an, eine sehr positive, positive oder eher positive Einstellung zur Wehrpflicht zu haben.

**Tabelle 10.1: Einstellung zur Wehrpflicht nach Geschlecht, Altersgruppen und Bildungsniveaus**

Frage: „Wie ist Ihre Einstellung zur Wehrpflicht?“ (Angaben in Prozent)				
	(Sehr) positiv <sup>1</sup>	Eher positiv	Eher negativ	(Sehr) negativ <sup>2</sup>
Insgesamt	41	34	15	10
Männer				
16 bis 39 Jahre	42	31	15	13
40 bis 59 Jahre	40	38	14	9
60 Jahre und älter	49	30	14	7
Frauen				
16 bis 39 Jahre	37	35	21	8
40 bis 59 Jahre	32	39	14	15
60 Jahre und älter	48	34	11	7
Bildungsniveau				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	38	32	15	16
Realschulabschluss	39	34	17	11
Hauptschulabschluss	45	36	13	7

Anmerkungen: 1) Anteile „Sehr positiv“ und „Positiv“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Sehr negativ“ und „Negativ“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Wie aus Tabelle 10.1 ersichtlich ist, kann man eine sehr leichte Erhöhung im Bereich der Zustimmung bei Personen mit zunehmendem Alter erkennen und zugleich einen Abbau der negativen Haltung. Deutlich wird auch, dass Männer im Alter von 16 bis 39 Jahren eine deutlich negativere Einstellung zur Wehrpflicht aufweisen, als die älteren männlichen Generationen, was auf eine abnehmende Zustimmung zur Wehrpflicht bei zeitnaher persönlicher Betroffenheit deuten könnte. Eine differenziertere Unterteilung der Altersgruppen, wie z. B. eine Gruppierung der 16- bis 23-Jährigen und somit unmittelbar von der Wehrpflicht betroffenen Jahrgänge, wäre von großem Interesse, konnte aber aufgrund der zu geringen Fallzahlen und einer daraus herleitenden mangelnden Aussagekraft nicht durchgeführt werden. Bei einer Aufschlüsselung der Daten nach Geschlecht wird eine sehr ähnliche Haltung zur Wehrpflicht von Frauen und Männern deutlich. Bei Einbeziehung des Bildungsgrades offenbart sich, dass Befragte mit Hochschulreife die Wehrpflicht deutlich skeptischer betrachten als Personen mit einem niedrigeren Bildungsniveau. Der Anteil der Befragten mit Hochschulreife, die die Wehr-

pflicht negativ oder sehr negativ betrachten, liegt bei 16 Prozent gegenüber zehn Prozent in der Bevölkerung.

Auffällig ist auch, wie in Tabelle 10.2 ersichtlich wird, dass sowohl Personen, die selber Wehrdienst geleistet haben oder momentan noch Dienst leisten sowie Eltern, deren Söhne Wehrdienst geleistet haben, eine viel positivere Einstellung zur Wehrpflicht aufweisen als der Durchschnitt der Bevölkerung. So geben 51,3 Prozent dieser Gruppierung an, eine entweder sehr positive oder positive Einstellung zum Wehrdienst zu haben, im Vergleich zu 41 Prozent in der Gesamtbevölkerung.

**Tabelle 10.2: Einstellung zur Wehrpflicht**

Frage: „Wie ist Ihre Einstellung zur Wehrpflicht?“ (Angaben in Prozent)				
Beziehung zur Bundeswehr	(Sehr) positiv <sup>1</sup>	Eher positiv	Eher negativ	(Sehr) negativ <sup>2</sup>
Wehrdienst geleistet	50	34	11	5
Sohn hat Wehrdienst geleistet	54	31	11	4

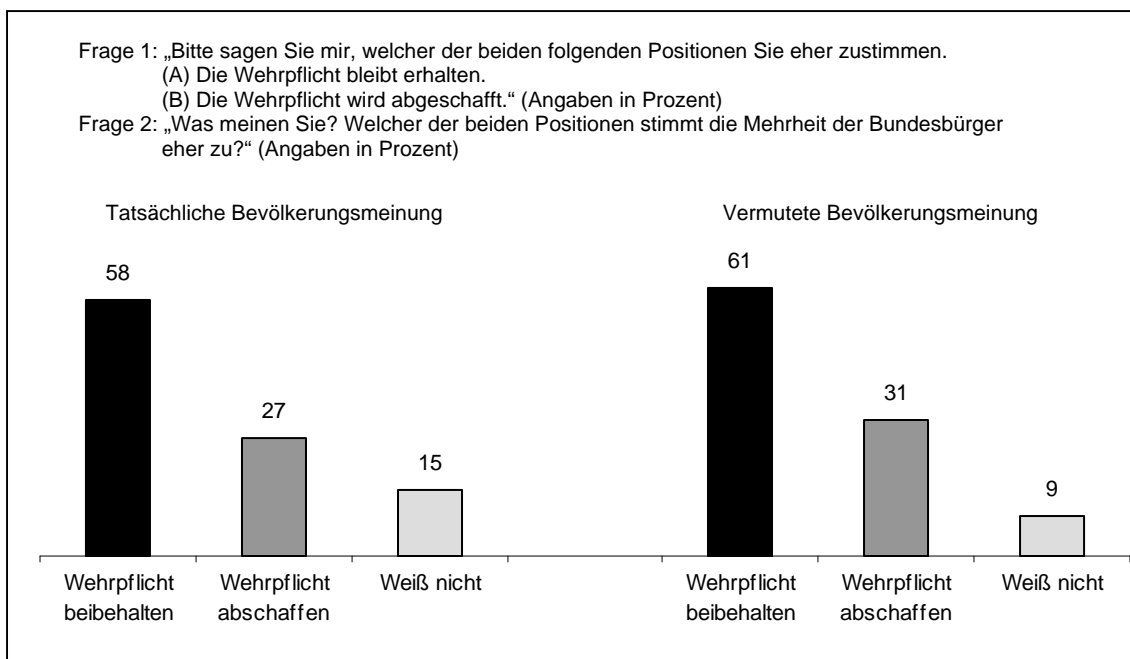
Anmerkungen: 1) Anteile „Sehr positiv“ und „Positiv“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Sehr negativ“ und „Negativ“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Aufgrund der in den Bevölkerungsbefragungen anhaltenden positiven Einstellung zur Wehrpflicht, stellt sich die Frage, ob sich die Bürger dieser konstanten Bevölkerungsmeinung bewusst sind. Wie auch schon in den Meinungsumfragen der Vorjahre, hat sich gezeigt, dass auch die Teilnehmer der Umfrage 2007 die Mehrheitsverhältnisse erstaunlich genau einschätzen konnten.

Der in Abbildung 10.5 verdeutlichte Sachverhalt, dass die tatsächliche Bevölkerungsmeinung mit der von den Befragten vermuteten Bevölkerungsmeinung weitgehend übereinstimmt, könnte auf eine Beeinflussung der persönlichen Meinung durch die (vermutete) Mehrheitsanschauung hindeuten. Diese Hypothese könnte zutreffen angesichts der „Schweigespirale“, einer Theorie der öffentlichen Meinung, welche voraussetzt, dass die Bereitschaft vieler Menschen, sich öffentlich zu ihrer persönlichen Meinung zu bekennen, oft von der wahrgenommenen Mehrheitsmeinung abhängt. Danach betrachtet das Individuum seine Umwelt aus Isolationsfurcht, um Meinungsverteilungen abschätzen zu können und sein Bedürfnis nach Zustimmung durch die Umwelt zu erlangen (Noelle-Neumann 1989).

**Abbildung 10.5: Meinungen zur Zukunft der Wehrpflicht**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Aus den Ergebnissen wird ersichtlich (vgl. Tabelle 10.3), dass der Großteil der Bevölkerung annimmt, die gleiche Meinung wie der Rest der Bevölkerung zu vertreten. Insgesamt vermuten 71 Prozent der Befragten eine Übereinstimmung ihrer Meinung mit der Ansicht der Mehrheit der Bundesbürger. Allein 48 Prozent derer, die sich persönlich für die Erhaltung der Wehrpflicht aussprechen, erwarten eine mehrheitliche Zustimmung der Bevölkerung für deren Erhalt. Nur 15 Prozent der Personen, die entweder die Erhaltung der Wehrpflicht befürworten oder keine Meinung diesbezüglich haben, vermuten eine negativere oder ungenauere Einstellung in der Bevölkerung. Desgleichen sind nur 14 Prozent derjenigen, welche die Wehrpflicht abschaffen wollen oder sich ihrer Sache nicht sicher sind, der Meinung, dass die Mehrheit der Bevölkerung eine positivere Ansicht vertritt. Dieses sehr stabile Bild lässt auf eine Kontinuität des bisher zu beobachtenden Meinungsbildes der Bevölkerung in Folgejahren schließen. Bei einer differierenden Ergebnislage, in der ein Großteil der Bevölkerung ein ungleiches Meinungsbild der Bevölkerung zur persönlichen Meinung erwartet hätte, könnte hingegen ein Umschwung der Bevölkerungsmeinung in näherer Zukunft erwartet werden.

**Tabelle 10.3: Vergleich zwischen der persönlichen und der vermuteten Bevölkerungsmeinung (Angaben in Prozent)**

Persönliche Meinung	Vermutete Bevölkerungsmeinung		
	Erhaltung der Wehrpflicht	Weiß nicht	Abschaffung der Wehrpflicht
Erhaltung der Wehrpflicht	48	3	7
Weiß nicht	6	4	5
Abschaffung der Wehrpflicht	6	2	19

■ 71 Prozent der Befragten vermuten, die gleiche Meinung zu vertreten wie der Rest der Bevölkerung.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Die Gesamtheit der Daten hinsichtlich der Wehrpflicht lässt darauf schließen, dass die Bundesregierung bei der Beibehaltung der Wehrpflicht eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich weiß.

## 10.5 Haltungen zur Zukunft der Wehrpflicht in Deutschland

Die veränderten Rahmenbedingungen können eine Weiterentwicklung und Anpassung der Wehrpflicht an aktuelle Gegebenheiten notwendig machen. Auch politisch wird eine mögliche Anpassung der Wehrpflicht immer wieder diskutiert. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2003 sprechen von der Allgemeinen Wehrpflicht in „angepasster Form“, die für die Einsatzbereitschaft, Leitungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Bundeswehr unabdingbar sei (BMVg 2003: 18). Es stellt sich die Frage, ob die mehrheitliche Zustimmung der Bundesbürger zur Wehrpflicht nur für die aktuelle Ausgestaltung der Wehrpflicht gegeben ist oder ob sich die Bürger einer anderen Variante der Wehrpflicht in Deutschland ebenso zugeneigt zeigen. In der Bevölkerungsumfrage werden diesbezüglich die Einstellungen der Bürger mithilfe von vorgegebenen Positionen erfasst, zu denen sich die Befragten auf einer Skala von vollkommener Zustimmung bis vollkommener Ablehnung äußern können.

Anzumerken ist, wie bereits im Kapitel zur „Darstellung der Bundeswehr in den Medien“ aufgezeigt wurde, dass einige Wochen vor der Befragung in den Medien eine Diskussion über die Zukunft der Wehrpflicht stattfand. Anlass war der Vorschlag der SPD, eine „freiwillige Wehrpflicht“ einzuführen.

**Tabelle 10.4: Meinungen zur Wehrpflicht**

Frage: „Ich lese Ihnen nun einige Positionen zur zukünftigen Entwicklung der Wehrpflicht vor. Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Positionen zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“ (Angaben in Prozent)				
	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab <sup>2</sup>
Die Wehrpflicht sollte abgeschafft und die Bundeswehr in eine Freiwilligenarmee umgewandelt werden.	27	16	28	29
Die gegenwärtig bestehenden Regelungen zur Wehrpflicht sollten unverändert beibehalten werden.	32	30	22	16
Die Wehrpflicht sollte nicht nur für Männer, sondern auch für Frauen gelten.	19	17	24	41
Es sollte eine allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen eingeführt werden, bei der zwischen Wehrdienst und anderen Diensten für die Gesellschaft gewählt werden kann.	24	24	23	30
Die Wehrpflicht sollte grundsätzlich bestehen bleiben, aber es sollten nur Freiwillige Wehrdienst leisten, solange damit der Personalbedarf der Streitkräfte gedeckt werden kann.	36	29	19	16

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne vollkommen ab“ und „Lehne überwiegend ab“.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Aus den ausgewerteten Antworten der Bevölkerungsumfrage (Tabelle 10.4) wird eine eindeutig überwiegende Zustimmung der Bevölkerung (62 Prozent) zu den bestehenden Regelungen der Wehrpflicht ersichtlich. Ferner wird deutlich, dass sich die Haltung von Männern und Frauen kaum unterscheidet. Die Möglichkeit, die Wehrpflicht auch für Frauen einzuführen, wird von der Mehrheit der Befragten und insbesondere von Frauen nicht befürwortet.

**Tabelle 10.5: Meinungen zur Wehrpflicht nach Geschlecht**

Die Wehrpflicht sollte nicht nur für Männer, sondern auch für Frauen gelten. (Angaben in Prozent)					
		Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab <sup>2</sup>
Geschlecht	Männer	22	18	22	38
	Frauen	16	15	26	43
Es sollte eine allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen eingeführt werden, bei der zwischen Wehrdienst und anderen Diensten für die Gesellschaft gewählt werden kann. (Angaben in Prozent)					
Geschlecht	Männer	27	24	23	26
	Frauen	21	24	22	32

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne vollkommen ab“ und „Lehne überwiegend ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Knapp die Hälfte (48 Prozent) der Bundesbürger begrüßt die in der Umfrage vorgeschlagene Variante, eine allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen mit der Aussicht auf Alternativen zum Wehrdienst einzuführen. Bei der Aufteilung der Ergebnisse nach Geschlecht wird deutlich, dass knapp über die Hälfte der Männer dieser Möglichkeit zustimmen, jedoch 54 Prozent der Frauen diese Aussicht ablehnen. Die letzte abgefragte Variante der Wehrpflicht, die vorsieht, zunächst Freiwillige einzuberufen und sich nur bei Personalmangel auf die Wehrpflicht zu stützen, erfährt im Gegensatz zu den anderen Möglichkeiten eine Zustimmung des Großteils der Bevölkerung (65 Prozent), relativ unabhängig von Alter, Geschlecht und Bildungsniveau. Die Tatsache, dass diese Aussage die höchste Zustimmung in der Bevölkerung erfährt, ist nicht überraschend, da diese Position einerseits die Beibehaltung der Wehrpflicht, für die sich eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung findet, weiterhin zulässt, ohne jedoch gleichzeitig deren zwangsweise Durchsetzung zu implizieren. Zudem lässt die Aussage außer Betracht welche rechtlichen Schritte ergriffen werden müssen, wenn die Anzahl der Freiwilligen zur Deckung des Bedarfs nicht ausreicht. Unklar ist, inwieweit das Ergebnis durch die im Voraus der Befragung geführten politischen Debatten beeinflusst wurde und ein stabiles Meinungsbild der Bürger wiedergibt. Sicher ist, dass diese Variante eine gravierende Veränderung der bisherigen Form der Wehrpflicht darstellen würde.

## **10.6 Fazit**

Insgesamt ist die Mehrheit der Deutschen grundsätzlich bereit, dem Verteidigungsministerium die nötigen Ressourcen für eine aktive Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Verfügung zu stellen. Insbesondere in Bezug auf die Verteidigungsausgaben zeigt sich, dass sich das Meinungsbild der Bevölkerung in den letzten Jahren gewandelt hat und eine kontinuierlich wachsende Bereitschaft der Bürger zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben vorliegt. Diese wachsende Bereitschaft konnte im erhöhten Maße unter den jüngeren Generationen festgestellt werden, was auf eine Beständigkeit des Trends in den nächsten Jahren hindeutet. Obgleich die Ergebnisse in Hinblick auf den Personalumfang nicht ebenso beständig waren, wie die Zahlen zu den Verteidigungsausgaben, konnte auch in diesem Fall eine mehrheitliche Zufriedenheit mit der von den Bürgern wahrgenommenen Anzahl an Soldaten und eine steigende Bereitschaft zur Erhöhung des Personalumfangs festgestellt werden. Das in beiden Bereichen zunehmende

Einverständnis zur Erhöhung der Ressourcen scheint der Vielfalt und Komplexität der neuen Einsätze und der Akzeptanz dieser in der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Die bisherige Tendenz einer positiven Haltung zur Wehrpflicht blieb auch 2007 stabil. 58 Prozent der Bürger plädierten für die Beibehaltung der Wehrpflicht und nur jeder Vierte bevorzugte deren Abschaffung. Interessant ist, dass die Bürger bei der Einschätzung der Bevölkerungseinstellungen die Mehrheitsverhältnisse richtig einschätzen konnten und die Mehrheit der Bürger vermutete, die gleiche Meinung wie der Rest der Bevölkerung zu vertreten. Auch mit Blick auf den sozialpsychologischen Ansatz der „Schweigespирale“ (Noelle-Neumann) scheint die Wehrpflicht nach wie vor fest in der Bevölkerung verankert zu sein. Die Bevölkerung weist darüber hinaus eine deutliche Zufriedenheit mit der jetzigen Form der Wehrpflicht auf. Insbesondere die Eventualität einer Wehrpflicht für Frauen wird von der Mehrheit der Bevölkerung nicht befürwortet und selbst bei einer Alternative für Frauen zum Wehrdienst im Rahmen der Allgemeinen Wehrpflicht ist die Bevölkerung gespalten. Deutlich befürwortet wird die Variante, die vorsieht, dass wehrpflichtige Männer zunächst auf freiwilliger Basis einberufen werden und nur bei Personalbedarf weitere junge Männer den Wehrdienst ableisten müssen.





# 11 Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber

*Rüdiger Fiebig*

---

## 11.1 Einleitung

Die Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr steht aktuell und langfristig vor erheblichen Herausforderungen. Diese lassen sich auf eine Reihe von Faktoren zurückführen, die sowohl endogen, also aus den Entwicklungen der Bundeswehr heraus, wie auch exogen, durch gesellschaftliche Prozesse, hervorgerufen sind. Die Bundeswehr selbst stand im Jahr 2007 weiterhin in einem Prozess der Transformation von einer Verteidigungsarmee zu Zeiten des Ost-West-Konflikts zu einer Einsatzarmee des 21. Jahrhunderts, die in Konflikten weit außerhalb der Staatsgebiete der NATO agiert. Diese Entwicklung macht es notwendig, die Bundeswehr hin zu professionalisierten Streitkräften zu transformieren, die sowohl personell wie auch materiell für die sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bereit sind. Die personelle Verkleinerung der Bundeswehr, die einhergeht mit der Einführung neuer militärischer Technologien und Doktrinen, die auch Einsätze wie die ISAF-Mission in Afghanistan erfolgreich bewältigen können, erfordern hohe Ansprüche an die Qualität der Bewerber für den Dienst als Zeit- und Berufssoldaten. Die Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr steht vor der Aufgabe, diese gewachsenen Ansprüche trotz weiterer Probleme, die sich auch aus gesellschaftlichen Entwicklungen ergeben, zu decken (vgl. Bulmahn 2007).

Die Verkleinerung der Bundeswehr bringt ein weiteres Problem mit sich, nämlich die verringerte Präsenz der Streitkräfte im Alltag der Deutschen. Während bis zur Wende und der Wiedervereinigung die Bundeswehr aufgrund ihrer Größe und regionalen Präsenz in ganz Westdeutschland, die z. B. auch Manöver außerhalb von Übungsplätzen beinhaltete, fest verankert in der Wahrnehmung der Bundesbürger war, werden die Streitkräfte heute im Alltag immer weniger wahrgenommen. SOWI-Bevölkerungsbefragungen der vergangenen Jahre zeigen den Trend, dass unmittelbare Kontakte mit der Bundeswehr immer seltener werden, und die Wahrnehmung zunehmend über die Medien geschieht, und nicht durch persönliche Erfahrungen. Dies hat Auswirkungen auf den Kenntnisstand der Bevölkerung über Strukturen und auch Berufsmöglichkeiten in der Bundeswehr, und beeinflusst auch die Herausbildung fundierter Einstellungen über

die Streitkräfte, die ersetzt werden durch ein Meinungsbild, das teilweise von Vorbehalten und verzerrten Wahrnehmungen geprägt ist (vgl. Bulmahn/Fiebig/Sender 2008).

Angesichts des demografischen Wandels wird sich die verfügbare Auswahl möglicher Bewerber für die Bundeswehr in den nächsten Jahren reduzieren. Der Geburtenrückgang und die damit einhergehende Verringerung der Schulabgängerzahlen wird die Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr vor die Aufgabe stellen, aus einem schrumpfenden Potenzial den nötigen personellen Bedarf zu decken. Diese Situation wird noch verschärft, da die Entwicklung der Wirtschaft und speziell die Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren die Bundeswehr vor die Aufgabe stellt, auf einem hart umkämpften Arbeitsmarkt mit der freien Wirtschaft um junge, möglichst hoch qualifizierte Fachkräfte zu konkurrieren. Hinzu kommt, dass die Bundeswehr als Arbeitgeber nicht mehr nur wie bisher ein potenziell auch körperlich anspruchsvoller Beruf ist, sondern angesichts der Auslandseinsätze Fragen von Verwundung und Tod im Einsatz durchaus realistischer Bestandteil einer Berufswahl sein müssen. In einer solchen Situation ist die Frage der Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber für junge Menschen ein zentraler Faktor für die weitere Entwicklung der Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr. Nur wenn die Bundeswehr für junge Menschen als potenzieller Arbeitgeber eine reelle Alternative auch zu attraktiven Unternehmen der freien Wirtschaft darstellt, kann die Bundeswehr den Herausforderungen der Transformation im 21. Jahrhundert begegnen (vgl. Bulmahn 2007).

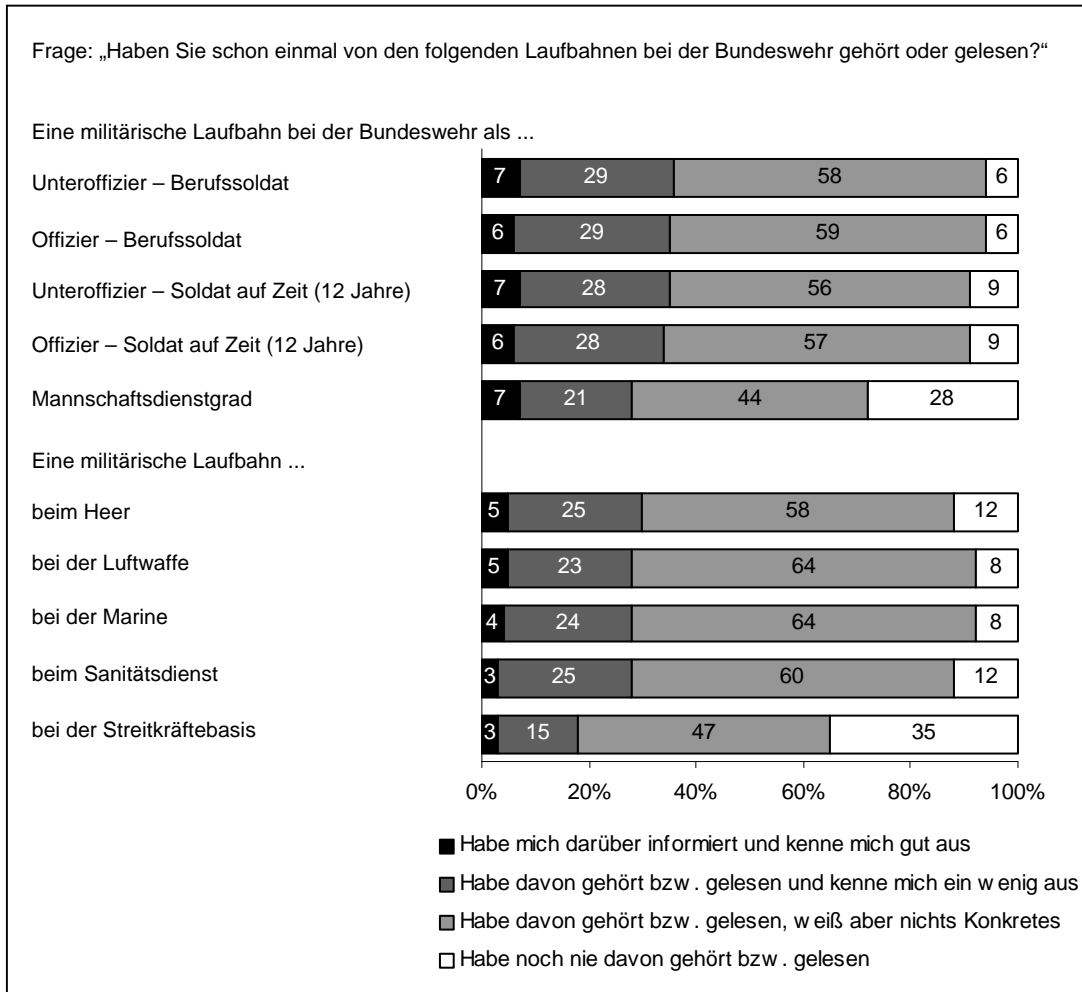
Die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber wurde in der SOWI-Bevölkerungsbefragung 2007 mit einer Reihe von Fragenkomplexen erfasst. Um den Wissensstand der Befragten um die beruflichen Möglichkeiten in der Bundeswehr einschätzen zu können, wurde zunächst ihr Kenntnisstand über militärische Laufbahnen, bezogen einerseits auf Laufbahngruppen, u. a. Offizier, Unteroffizier und Mannschaften, und andererseits auf Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche der Bundeswehr abgefragt. Daneben wurde auch das Wissen über die zivilen Berufsmöglichkeiten in der Bundeswehr geprüft, darunter beispielsweise als Beamter in der Bundeswehrverwaltung. Die Antwortmöglichkeiten waren dabei jeweils vierstufig skaliert, und reichten von „ich habe noch nie davon gehört bzw. gelesen“ bis hin zu „ich habe mich darüber informiert und kenne mich ganz gut aus“. Nach dem Test des Wissenstandes wurde die erwartete Reaktion abgefragt, sollten verschiedene Personen aus dem Umfeld des Befragten erwägen, sich als Zeitsoldat bei der Bundeswehr und in einer zweiten Frage als ziviler Mitarbeiter zu verpflichten. Auf die Frage, wie man beispielsweise im Falle des eigenen

Sohnes reagieren würde, konnte auf einer fünfstufigen Skala von „würde zuraten“ bis „würde abraten“ geantwortet werden. Als letzte Frage wurde schließlich die eigentliche Attraktivität der unterschiedlichen Laufbahnen, wiederum als Soldat bzw. ziviler Mitarbeiter, bezogen auf Laufbahngruppen und Organisationsbereiche erhoben. Die Frage wurde als Attraktivität für junge Männer und junge Frauen getrennt gestellt. Im Folgenden wird nun zunächst der Wissensstand der Befragten hinsichtlich der beruflichen Möglichkeiten in der Bundeswehr betrachtet. Anschließend werden die Fragen zur Attraktivität der Bundeswehr untersucht. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Untersuchung mit Hilfe der persönlichen Nähe zur Bundeswehr. Ziel ist es einen Eindruck vom Ausmaß zu bekommen, mit dem die Verringerung der Präsenz der Bundeswehr im Alltag der Bürger die Nachwuchsgewinnung beeinflusst. Dabei wird geprüft, wie stark die persönliche Nähe der Bundeswehr, also z. B. durch Zeitsoldaten in der eigenen Familie, den Kenntnisstand über Laufbahnen sowie die Attraktivität als Arbeitgeber beeinflusst.

## **11.2 Bekanntheitsgrad von beruflichen Möglichkeiten in der Bundeswehr**

Der Wissensstand der deutschen Bevölkerung über die beruflichen Möglichkeiten in der Bundeswehr ist insgesamt als relativ gering einzuschätzen. Sowohl in Bezug auf militärische Laufbahngruppen als auch auf Laufbahnen verschiedener Organisationsbereiche geben nur maximal gut ein Drittel der Befragten an, sich zumindest ein wenig auszukennen. Besonders auffällig ist das Unwissen der Befragten in Bezug auf die Streitkräftebasis, bei der mehr als ein Drittel angeben, noch nie etwas davon gehört oder gelesen zu haben.

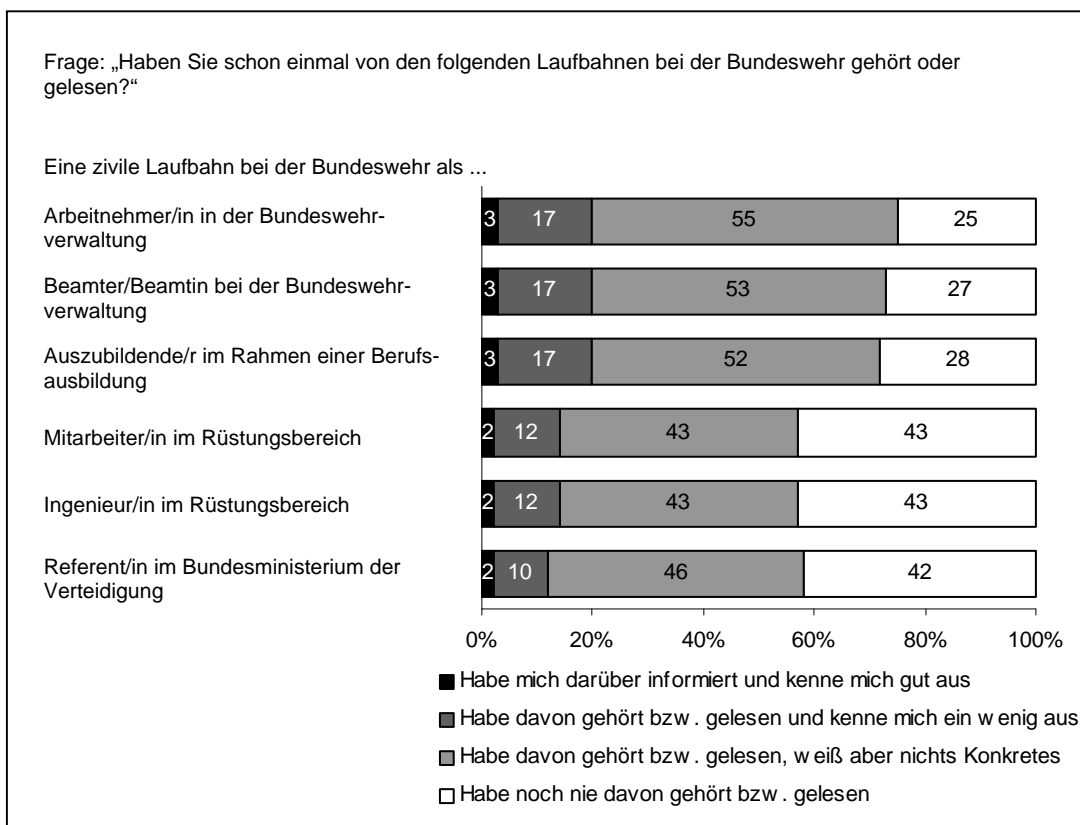
**Abbildung 11.1: Bekanntheit der militärischen Laufbahnen bei der Bundeswehr**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Für die zivilen Laufbahnen fällt der Wissensstand der Bevölkerung sogar noch geringer aus, hier gab nicht einmal ein Viertel der Befragten an, sich gut oder wenigstens ein wenig auszukennen. Verwaltungsberufe scheinen dabei noch geringfügig besser bekannt zu sein, während zivile Laufbahnen im Rüstungsbereich auf verbreitetes Unwissen stoßen.

**Abbildung 11.2: Bekanntheit der zivilen Laufbahnen bei der Bundeswehr**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Die persönliche Nähe der Befragten zur Bundeswehr stellt sich nach Tabelle 11.1 als entscheidender Faktor für die Bekanntheit der militärischen Laufbahnen dar. So ist bereits bei Teilen der Bevölkerung, an deren Wohnort sich ein Bundeswehr-Standort befindet, das Wissen über eine Laufbahn als Soldat im Heer höher als bei Befragten ohne Kontakt zur Bundeswehr. Sind oder waren Familienangehörige des Befragten Soldat, steigt der Anteil derjenigen, die sich über die Laufbahn als Heeressoldat nach eigener Aussage ein wenig auskennen, bereits auf 24 Prozent an. Ein dramatischer Anstieg des Kenntnisstandes setzt – nicht überraschend – ein, wenn der Befragte selber Soldat war oder noch ist. Während alle übrigen Gruppen mit geringerem Kontakt zur Bundeswehr verschwindend geringe Anteile von Befragten verzeichnen, die sich nach eigener Aussage gut auskennen, steigt dieser Anteil bei den Befragten mit unmittelbarer Erfahrung als Soldat auf 21 Prozent.

**Tabelle 11.1: Bekanntheit der militärischen Laufbahn beim Heer nach persönlicher Nähe zur Bundeswehr**

Frage: „Haben Sie schon einmal von den folgenden Laufbahnen bei der Bundeswehr gehört oder gelesen?“ Item: Militärische Laufbahn beim Heer (Angaben in Prozent)				
	Kenne mich gut aus	Kenne mich ein wenig aus	Weiß nichts Konkretes	Noch nie davon gehört
Insgesamt	5	25	58	12
Nähe zur Bundeswehr				
Keine	2	14	69	15
Schwach (Bw-Standort vor Ort)	1	19	66	14
Mittel (Familienmitglieder sind/waren Soldat)	3	24	61	12
Stark (Befragter ist/war Soldat)	21	50	26	3

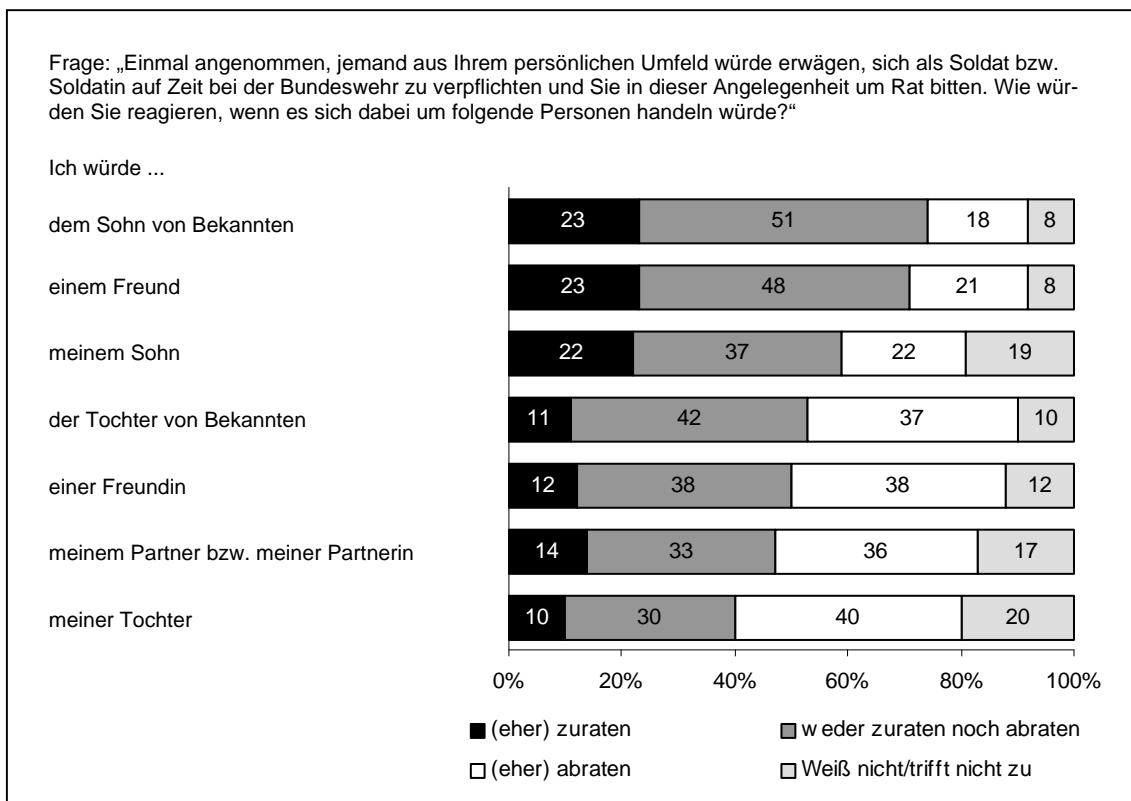
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Dies macht deutlich, dass die persönliche Nähe zur Bundeswehr erhebliche Wirkung auf den Kenntnisstand der Befragten hat und damit angesichts der Verkleinerung der Bundeswehr auch die Nachwuchsgewinnung zukünftig noch problematischer werden wird. Der starke Zusammenhang zwischen der Nähe zur Bundeswehr und dem Wissen über Bundeswehrlaufbahnen zeigt dabei, dass die Nachwuchswerbung dieses Problem bislang nur unzureichend auffangen kann. Sie wird zukünftig auch Bevölkerungsschichten erreichen müssen, die aufgrund ihrer Biografie oder ihres Wohnortes bisher keinen Kontakt mit der Bundeswehr hatten, um einen ausreichenden Bewerberpool erschließen zu können.

### 11.3 Attraktivität einer Berufstätigkeit in der Bundeswehr

Die Frage der Empfehlung für eine berufliche Perspektive in der Bundeswehr als Soldat wird in hohem Maße von der persönlichen Distanz abhängig gemacht, in der sich der angenommene Interessent zur eigenen Person befindet. Einem Sohn von Bekannten, der sich für eine Laufbahn als Zeitsoldat interessiert, würden knapp ein Viertel der Befragten zuraten, den Beruf zu ergreifen. Die Hälfte würde keine Empfehlung geben, weder positiv noch negativ, und 18 Prozent würden von einer Verpflichtung in der Bundeswehr abraten. Bei einem Freund gestalten sich die Ergebnisse sehr ähnlich, beim eigenen Sohn steigt die Zahl derjenigen, die eher abraten würden, bereits an. Noch deutlicher wird die Skepsis, wenn der Interessent am Soldatenberuf weiblich wäre; hier würden bereits mehr als ein Drittel der Befragten eher von einer Berufstätigkeit abraten.

**Abbildung 11.3: Empfehlung für eine berufliche Perspektive als Soldat/in bei der Bundeswehr**



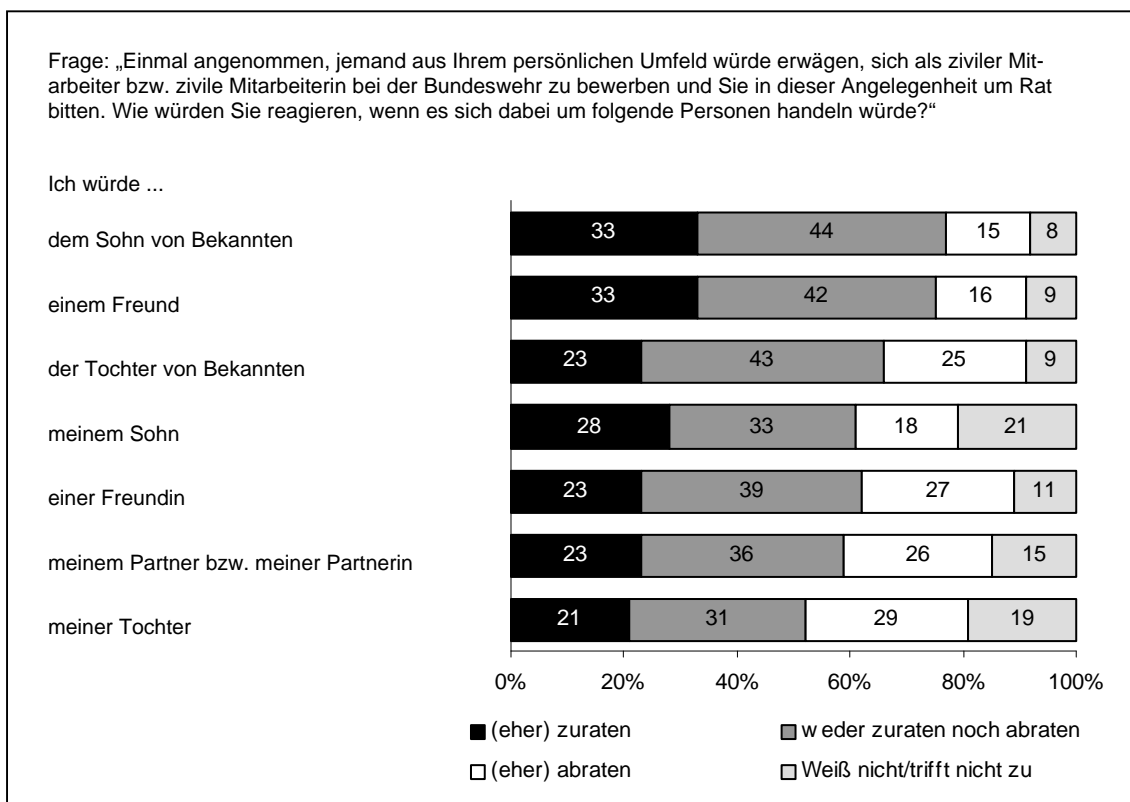
Anmerkung: Anteile „zuraten“ und „eher zuraten“ zusammengefasst; Anteile „abraten“ und „eher abraten“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Nur noch 10 Prozent würden der eigenen Tochter zuraten, sich als Soldatin bei der Bundeswehr zu verpflichten.

Die Reaktionen bei einem Bekannten, der erwägt, sich als ziviler Mitarbeiter bei der Bundeswehr zu bewerben, würden nach Abbildung 11.3 auf größere Zustimmung stoßen als die bei Interessenten für den Soldatenberuf. Jedoch ist auch hier ein deutlicher Geschlechtsunterschied feststellbar. So liegt der Anteil derjenigen, die dem eigenen Sohn abraten würden, sich als ziviler Mitarbeiter zu bewerben, bei 18 Prozent, während fast ein Drittel der Befragten ihrer Tochter abraten würden, sich zu bewerben.

**Abbildung 11.4: Empfehlung für eine berufliche Perspektive als zivile/r Mitarbeiter/in**



Anmerkung: Anteile „zuraten“ und „eher zuraten“ zusammengefasst; Anteile „abraten“ und „eher abraten“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Ähnlich wie beim Kenntnisstand über die Laufbahnen der Bundeswehr ist auch im Falle der angenommenen Reaktion bzw. Empfehlung über eine Bewerbung oder Verpflichtung zu prüfen, wie stark die Nähe zur Bundeswehr die eigene Einstellung zu diesem Beruf verändert, auch in der Kommunikation mit anderen. Wie Tabelle 11.2 zeigt, bestehen bei der Frage nach einer Empfehlung an einen Freund bei einer angedachten Verpflichtung als Soldat zunächst auch gewisse Abweichungen bei Geschlecht, Alter und Bildungsgrad des Befragten. Männer sind eher als Frauen geneigt, eine positive Empfehlung abzugeben, ältere Befragte würden seltener abraten (19 Prozent bei den über 60-Jährigen) als jüngere Befragte (30 Prozent bei der Gruppe von 16 bis 24 Jahren). Das Bildungsniveau beeinflusst ebenfalls geringfügig die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Befragter eine Empfehlung aussprechen würde. Knapp ein Drittel der Hochschulabsolventen würden einem Freund vom Soldatenberuf abraten, unter den Befragten mit Hauptschulabschluss sind es 18 Prozent. Die persönliche Nähe der Befragten zur Bundeswehr besitzt von der Größenordnung her einen ähnlichen Effekt. So würden mehr als ein Drittel derjenigen Befragten, die in ihrem Leben Bundeswehrsoldat waren



oder es noch sind, einem Freund zum Soldatenberuf raten, während unter den Befragten ohne solchen Kontakt zur Bundeswehr nur 17 Prozent zuraten würden. Nicht zu vergessen ist dabei der Anteil von etwa der Hälfte der Befragten, die weder zuraten noch abraten würden.

**Tabelle 11.2: Empfehlung für eine berufliche Perspektive als Soldat bei der Bundeswehr nach Geschlecht, Alter, Bildung und Nähe zur Bundeswehr**

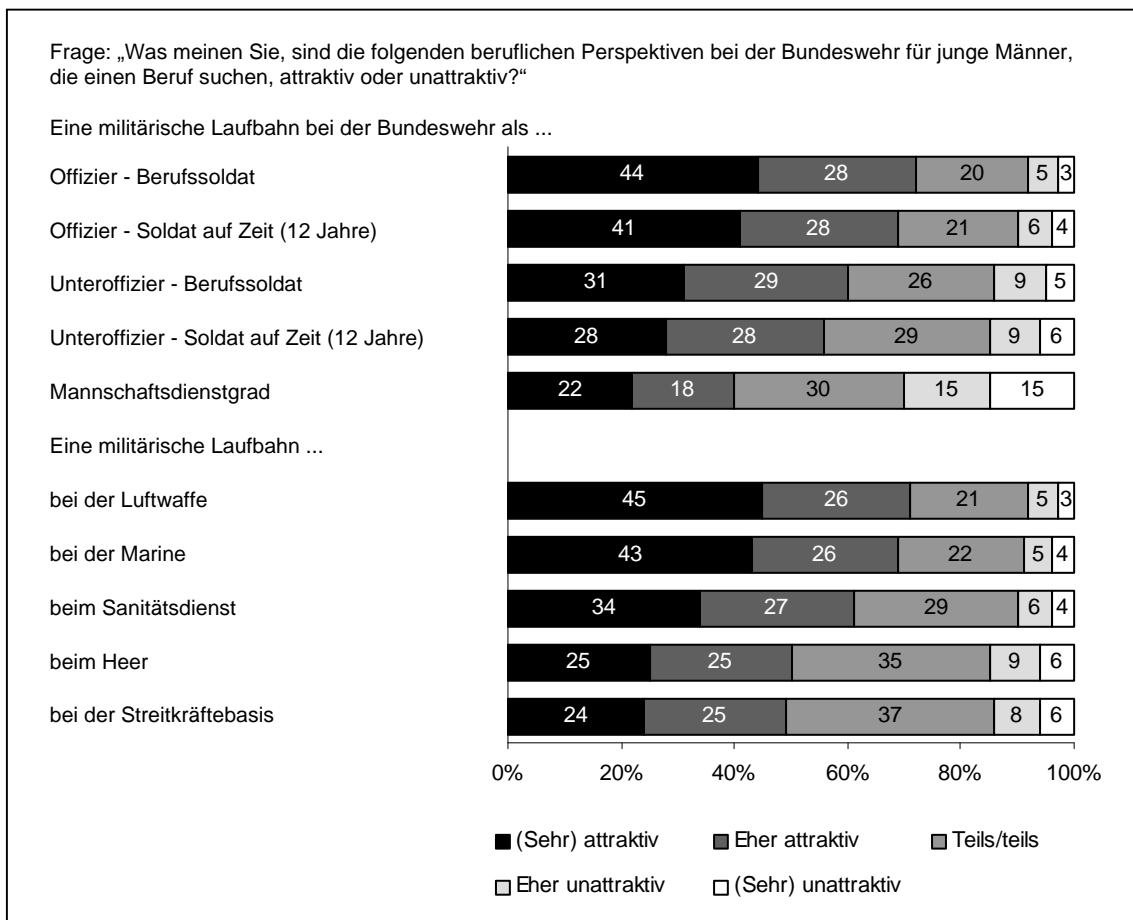
Frage: „Einmal angenommen, jemand aus Ihrem persönlichen Umfeld würde erwägen, sich als Soldat bzw. Soldatin auf Zeit bei der Bundeswehr zu verpflichten und Sie in dieser Angelegenheit um Rat bitten. Wie würden Sie reagieren, wenn es sich dabei um folgende Personen handeln würde?“ Item: Einen Freund (Angaben in Prozent)			
	Zuraten <sup>1</sup>	Weder noch	Abraten <sup>2</sup>
Insgesamt	25	52	23
<b>Geschlecht</b>			
Männer	29	50	21
Frauen	21	54	25
<b>Altersgruppe</b>			
16 bis 24 Jahre	27	43	30
25 bis 35 Jahre	31	47	22
36 bis 45 Jahre	25	53	22
46 bis 59 Jahre	17	60	23
60 Jahre und älter	25	56	19
<b>Bildungsniveau</b>			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	23	45	32
Realschulabschluss	24	54	22
Hauptschulabschluss	27	55	18
<b>Nähe zur Bundeswehr</b>			
Keine	17	54	29
Schwach (Bw-Standort vor Ort)	21	57	22
Mittel (Familienmitglieder sind/waren Soldat)	31	48	21
Stark (Befragter ist/war Soldat)	36	48	16

Anmerkungen: 1) Anteile „würde zuraten“ und „würde eher zuraten“ zusammengefasst; 2) Anteile „würde abraten“ und „würde eher abraten“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Dies geschieht zwar vermutlich auch in Fällen von Unsicherheit über Möglichkeiten und Umstände einer Berufstätigkeit in der Bundeswehr, jedoch ist der Großteil dieses Anteils nicht fehlendem Wissen zuzuschreiben, sondern auch dem Wunsch, einem Bekannten die eigene Entscheidung treffen zu lassen, wie der hohe Anteil von 48 Prozent auch unter den Befragten mit soldatischem Hintergrund zeigt.

**Abbildung 11.5: Attraktivität einer militärischen Laufbahn bei der Bundeswehr für Männer**



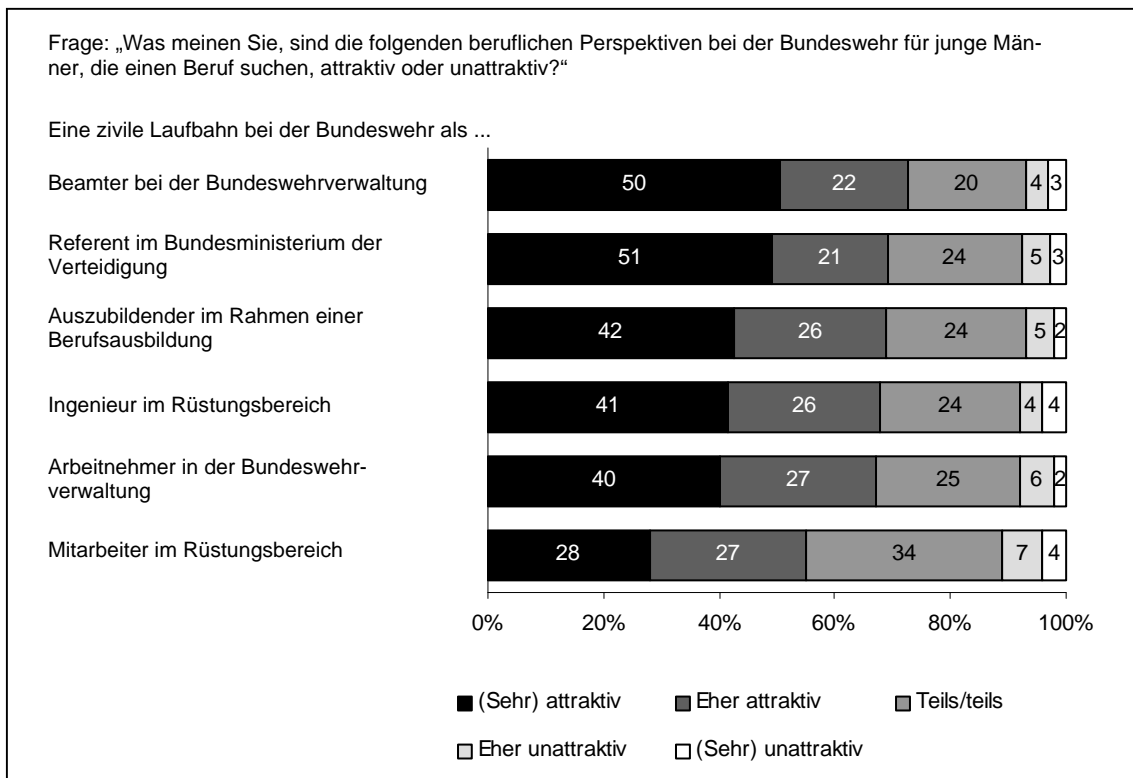
Anmerkung: Anteile „sehr attraktiv“ und „attraktiv“ zusammengefasst; Anteile „sehr unattraktiv“ und „unattraktiv“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Wie eingangs bemerkt, ist das Wissen der Befragten über die beruflichen Möglichkeiten in der Bundeswehr und über ihre Laufbahnen gering. Dennoch sind die Befragten in der Lage, Statusunterschiede verschiedener Laufbahngruppen zu unterscheiden, was sich in der Bewertung ihrer jeweiligen Attraktivität niederschlägt. So empfinden 72 Prozent der Befragten eine Stellung als Offizier und Berufssoldat als attraktiv; die Bewertung für Offiziere als Zeitsoldaten fällt mit 69 Prozent sehr ähnlich aus. Auch die Laufbahnen der Unteroffiziere werden mehrheitlich attraktiv wahrgenommen, mit 60 Prozent bzw. 56 Prozent für Berufs- bzw. Zeitsoldaten. Mannschaftsdienstgrade hingegen erscheinen den Befragten weniger erstrebenswert, sie werden von 40 Prozent als attraktiv bewertet, gegenüber 30 Prozent, die sie als unattraktiv empfinden, und ebenfalls 30 Prozent, die mit „Teils/teils“ antworteten.

Die Attraktivität der einzelnen Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche für Männer lässt ebenfalls ein leichtes Gefälle erkennen. Der Dienst in der Luftwaffe erscheint mit 71 Prozent am attraktivsten, gefolgt von der Marine mit 69 Prozent. Dienst im Heer und in der Streitkräftebasis ist demgegenüber mit 50 bzw. 49 Prozent weniger attraktiv.

**Abbildung 11.6: Attraktivität einer zivilen Laufbahn bei der Bundeswehr für Männer**



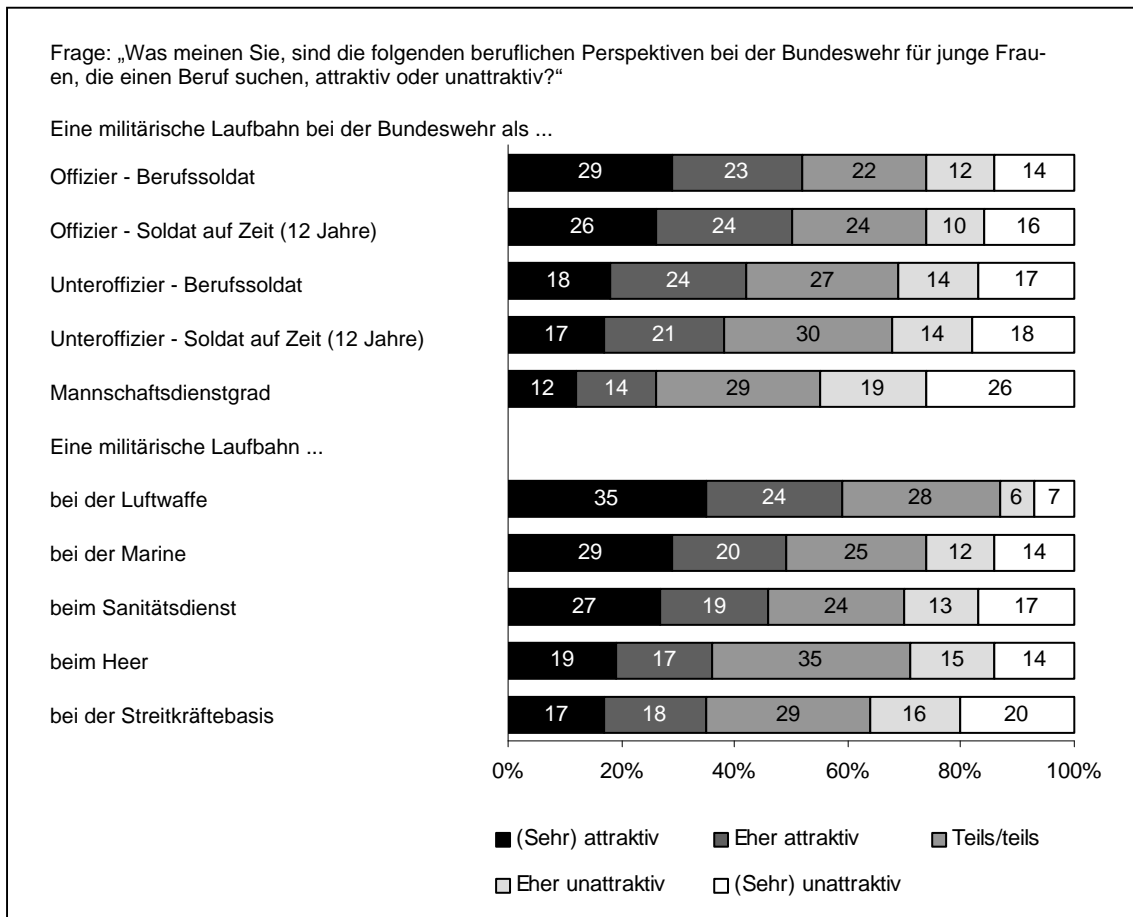
Anmerkung: Anteile „sehr attraktiv“ und „attraktiv“ zusammengefasst; Anteile „sehr unattraktiv“ und „unattraktiv“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Gegenüber den Laufbahnen der Soldaten bestehen bei der Aussicht einer zivilen Laufbahn in der Bundeswehr für Männer weniger starke Schwankungen in der Attraktivität zwischen den verschiedenen beruflichen Möglichkeiten. Wahrgenommene Statusunterschiede sind zwischen den Beamtenlaufbahnen in der Bundeswehrverwaltung und im Ministerium und andererseits den Arbeitnehmerverhältnissen erkennbar. Die Beamtenlaufbahnen sind mit 72 Prozent am attraktivsten, während eine Stelle als Mitarbeiter im Rüstungsbereich noch von 55 Prozent der Befragten als attraktiv beurteilt wird.

Die Attraktivität militärischer Laufbahnen in der Bundeswehr für Frauen entspricht für die Betrachtung nach Laufbahngruppen in der Rangfolge denen der Männer, jedoch fallen die Werte für den Beruf als Soldat von Frauen deutlich geringer aus, und liegen rund 20 Prozentpunkte unter der Attraktivität für männliche Soldaten.

**Abbildung 11.7: Attraktivität einer militärischen Laufbahn bei der Bundeswehr für Frauen**



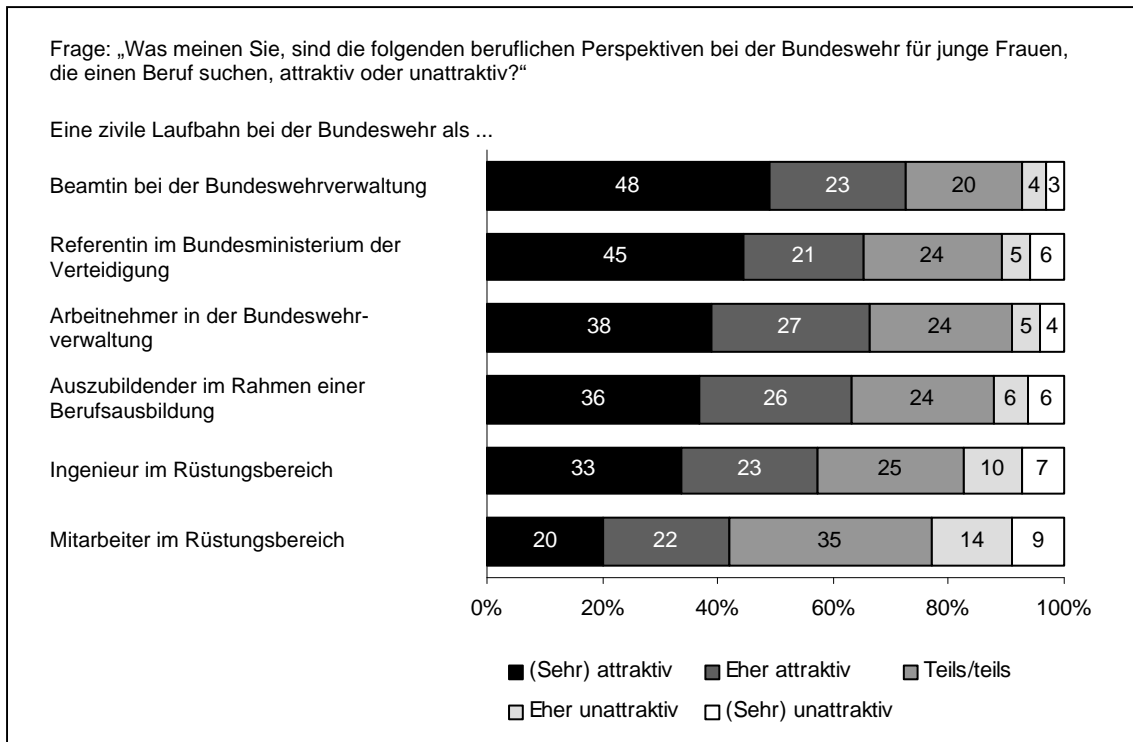
Anmerkung: Anteile „sehr attraktiv“ und „attraktiv“ zusammengefasst; Anteile „sehr unattraktiv“ und „unattraktiv“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Nach einzelnen Organisationsbereichen aufgeschlüsselt spiegelt die Attraktivität in gewisser Weise noch die Vergangenheit der Stellung von Frauen in der Bundeswehr wider. So wird eine Laufbahn im Sanitätsdienst der Bundeswehr, der früher einer der wenigen Bereiche war, der weiblichen Soldaten offen stand, für Frauen am attraktivsten gesehen. Der Dienst beim Heer dagegen, der noch am stärksten geeignet ist, „männliche“ Vorstellungen des Militärdienstes in sich zu bündeln, erscheint dagegen nur 35 Prozent der Befragten als attraktiv für Frauen.

Die Attraktivitätswerte der zivilen Laufbahnen in der Bundeswehr für Frauen ähneln stark denen der Männer, jedoch spielt offenbar auch hier der Effekt eine Rolle, der den Rüstungsbereich als militärisch besetzten und geprägten Begriff für Frauen weniger geeignet erscheinen lässt. Die Attraktivität liegt für die Laufbahnen der Frauen rund 10 Prozentpunkte geringer als für die Männer.

**Abbildung 11.8: Attraktivität einer zivilen Laufbahn bei der Bundeswehr für Frauen**



Anmerkung: Anteile „sehr attraktiv“ und „attraktiv“ zusammengefasst; Anteile „sehr unattraktiv“ und „unattraktiv“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

## 11.4 Fazit

Insgesamt wird die Bundeswehr in Deutschland als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen. Für Männer werden fast alle militärischen Laufbahnen der Bundeswehr positiv bewertet, zivile Laufbahnen sogar noch attraktiver. Jugendliche in den für die Bundeswehr relevanten Altersgruppen schätzen die Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr dabei jedoch kritischer ein als die gesamte Bevölkerung im Durchschnitt (vgl. Bulmahn 2007). Zudem ist besonders im militärischen Bereich weiterhin ein sehr deutlicher Unterschied zwischen den Geschlechtern feststellbar. Die Nachwuchswerbung steht weiterhin vor der Aufgabe, die militärischen Laufbahnen auch für Frauen als zu-

mindest potenziellen Arbeitsplatz zu kommunizieren, der nicht per se auf Ablehnung stößt. Angesichts der in der Einleitung vorgestellten gegenwärtigen Herausforderungen für die Nachwuchsgewinnung ist die Bundeswehr auch auf das Bewerberpotenzial von Frauen zunehmend angewiesen, um den Nachwuchsbedarf decken zu können.

Ein erhebliches Problem stellt dabei der geringe Kenntnisstand der Bevölkerung über die beruflichen Möglichkeiten in der Bundeswehr dar. Die geringere Präsenz der Streitkräfte im Alltag der Bürger führt dazu, dass Informationen auch über berufliche Möglichkeiten der Bundeswehr zunehmend über die Medien vermittelt werden. Die Nachwuchswerbung ist derzeit noch nicht in der Lage, das bestehende Informationsdefizit auszugleichen. Damit die Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr den zukünftigen Bedarf an hoch qualifizierten Bewerbern decken kann, darf das Wissen junger Menschen nicht länger davon abhängen, ob bereits andere Familienmitglieder Soldaten sind oder waren. Die Nachwuchswerbung muss daher insbesondere im Alltag junger Menschen aktiv sein, in dem die Bundeswehr ansonsten nur noch eine geringe Rolle spielt.

# 12 Sicherheits- und verteidigungspolitische Einstellungen im Vergleich: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA

*Alexandra Jonas*

---

## 12.1 Einleitung

Im Jahr 2007 befanden sich über 7 000 Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz, um im Rahmen von VN-, NATO- und EU-Missionen zu Frieden und Sicherheit in der Welt beizutragen. Dabei agieren die deutschen Soldaten im Auslandseinsatz Hand in Hand mit ihren internationalen Kollegen. So gehören die französischen, britischen und US-amerikanischen Streitkräfte im Rahmen multinationaler Einsätze zu den wichtigsten Partnern der Bundeswehr. Ebenso wie in Deutschland sind auch die politischen Entscheidungsträger in Frankreich, Großbritannien und den USA, wenn auch in unterschiedlichem Maße, – in Hinblick auf ihre Popularität und die damit einhergehenden Chancen, wieder gewählt zu werden – mit abhängig von der Zustimmung der Bevölkerung zu den Auslandseinsätzen ihrer Streitkräfte.<sup>19</sup> Somit können die jeweiligen nationalen Bevölkerungseinstellungen sowohl die grundsätzliche Durchführbarkeit, als auch den Umfang eines multinationalen Einsatzes determinieren und sind daher letztlich auch ein bedeutsamer Faktor für alle an einer gemeinsamen militärischen Operation beteiligten Staaten.

Die multinationale Verflechtung in internationalen Einsätzen illustrieren die folgenden Zahlen: Zum Zeitpunkt des Entstehens dieses Kapitels arbeiten 3 370 deutsche, 1 670 französische, 8 530 britische und 23 550 US-amerikanische Soldaten als Teil des multinationalen ISAF-Einsatzes in Afghanistan zusammen.<sup>20</sup> Im Kosovo sind es 2 374 deutsche, 2 269 französische, 135 britische und 1 456 US-amerikanische Soldaten, die gemeinsam im Rahmen der KFOR-Operation tätig sind.<sup>21</sup> Ein Rückgang dieser gemeinsamen Einsätze ist in naher Zukunft nicht zu erwarten. Im Gegenteil: Die internationale Staatengemeinschaft und insbesondere die vier in diesem Kapitel betrachteten Industrienationen sind zunehmend in der Verantwortung, sich auf internationaler Ebene im-

---

19 Zum Thema Input-Legitimität von Militäreinsätzen siehe Mair 2007b: 14.

20 [www.nato.int/isaf](http://www.nato.int/isaf)

21 [www.nato.int/kfor](http://www.nato.int/kfor)

mer intensiver zu engagieren, einschließlich militärischer Mittel.<sup>22</sup> Es ist daher keine Verringerung der im Rahmen von VN, EU oder NATO durchgeführten multinationalen militärischen Einsätze zu erwarten.

Betrachtet man die öffentlichen Debatten in der Bundesrepublik hinsichtlich der deutschen Beiträge zu multinationalen Einsätzen, so wird schnell deutlich, warum die jeweiligen nationalen sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen auch für die internationalen Partner von Bedeutung sind. Exemplarisch können hierfür die Diskussionen um die verschiedenen thematischen und geografischen Erweiterungen des deutschen Beitrags zum ISAF-Einsatz in Afghanistan angeführt werden. So reagiert die deutsche Bevölkerung auf solche Mandatserweiterungen regelmäßig mit Vorsicht und zeigt eine geringe Akzeptanzgrenze hinsichtlich einer Veränderung des deutschen Beitrags zu ISAF (vgl. Kapitel 9). In der Konsequenz ergibt sich ein Wechselspiel, in dem sich die grundsätzlichen Einstellungen der Bevölkerung, einschließlich der Vorbehalte, in den Handlungen der deutschen sicherheits- und verteidigungspolitischen Entscheidungsträger widerspiegeln. Auch in anderen europäischen Staaten und den USA stellen die jeweiligen nationalen Meinungsbilder zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Themenkomplexen eine wichtige Determinante für die Beteiligung eines Staates an einem multinationalen Einsatz dar. Dies kann dazu führen, dass sich nicht nur die beteiligten Regierungen, sondern auch die Soldaten im Einsatz in einem permanenten Spannungsfeld aus innenpolitischen Einschränkungen und multinationaler Einbindung befinden. Ein Vergleich der sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA kann Aufschluss über die Hintergründe bestehender multinationaler Einsätze sowie über das Potenzial und die Hürden zukünftiger militärischer Zusammenarbeit zwischen diesen Ländern geben.

Im Jahr 2006 verglich das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr im Rahmen der SOWI-Bevölkerungsbefragung bereits die sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA. Die Studie basierte auf den Daten einer komparativen Online-Erhebung mit jeweils ca. 1 000 Befragten aus den vier Staaten. Der Vergleich zeigte, dass die Einstellungen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen in den vier Ländern stark voneinander abweichen.

---

22 Einen Hinweis darauf gibt neben der Abschlusserklärung des Bukarester NATO-Gipfels im Frühjahr 2008 (online: <http://www.nato.int/docu/pr/2008/p08-049e.html>) u. a. auch die Erhöhung des deutschen Verteidigungshaushalts im Jahr 2008 (online: [www.bmvg.de](http://www.bmvg.de)) sowie die geplante Aufstockung der Bundeswehrtruppe in Afghanistan (siehe „4 500 Soldaten nach Afghanistan“ in Süddeutsche Zeitung vom 24.06.2008).



Ferner wurde deutlich, dass das Maß an militärischem Engagement, welches die jeweilige Bevölkerung bereit ist mitzutragen, sowie die grundsätzliche Haltung zu den nationalen Streitkräften, stark geprägt sind von den jeweiligen sicherheits- und verteidigungspolitischen Kulturen. So ließ die Vergleichsstudie von 2006 darauf schließen, dass v. a. tief verwurzelte historische und gesellschaftliche Faktoren die Beziehungen zwischen Bevölkerung und Streitkräften grundlegend prägen. Dies bedeutet in der Konsequenz, dass diese kulturellen Faktoren auch maßgeblich die nationalen Meinungsbilder zur jeweiligen Sicherheits- und Verteidigungspolitik determinieren.

Im Folgenden sollen die Ergebnisse aus der 2006 durchgeführten Einstellungsbefragung in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA vor dem Hintergrund einer immer intensiver werdenden multinationalen militärischen Kooperation erneut interpretiert werden. Dabei soll in einem einführenden Exkurs zunächst näher auf den Zusammenhang zwischen kulturellen Faktoren und nationalen Meinungsbildern zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik eingegangen werden. In einem zweiten Schritt werden dann die grundlegenden außen- und sicherheitspolitischen Ziele und Prioritäten der deutschen, französischen, britischen und US-amerikanischen Bevölkerung verglichen, um daraufhin auf die von der jeweiligen Bevölkerung bevorzugten, konkreten Aufgaben der nationalen Streitkräfte im Ausland einzugehen. Abschließend sollen dann die grundsätzlichen Einstellungen in den vier Staaten zu den nationalen Streitkräften analysiert und verglichen werden.

## **12.2 Exkurs: Strategische Kulturen als Determinante für sicherheits- und verteidigungspolitische Einstellungen**

Die aus dem Jahr 2006 datierende SOWI-Vergleichsstudie zu den sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA befand bereits, dass ein enger Zusammenhang zwischen den Bevölkerungseinstellungen und spezifischen kulturellen Faktoren in den jeweiligen Ländern besteht. Diese Erkenntnis steht im Einklang mit der neueren (politik-)wissenschaftlichen Forschung zu „strategischen Kulturen“, die davon ausgeht, dass eben diese nationalen strategischen Kulturen das außen- und sicherheitspolitische Verhalten von Staaten maßgeblich determinieren (Johnston 1995). Dabei können unter „strategischen Kulturen“ u. a. gesellschaftliche, historische und kulturelle Traditionen, die spezifischen nationalen rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die jeweiligen technischen Möglichkeiten ver-

standen werden. Dieses Bündel an innerstaatlichen Faktoren würde, gemäß der Forschung zu „strategischen Kulturen“, auch die sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen einer Bevölkerung und somit die Akzeptanz der jeweiligen Gesellschaft für den Einsatz militärischer Mittel durch die nationalen Streitkräfte determinieren.<sup>23</sup> Nachstehend sollen einige hervorstechende Charakteristika der strategischen Kulturen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA aufgeführt werden.<sup>24</sup> Im Rahmen der darauf folgenden Interpretation der 2006 erhobenen Zahlen zu den sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA soll die punktuelle Skizzierung der vier strategischen Kulturen einem besseren Verständnis der Ergebnisse dienen. Auch soll auf Basis des vorliegenden Exkurses eine Bewertung des jeweiligen, landesspezifischen Zusammenhangs zwischen Bevölkerungseinstellungen und nationalen strategischen Kulturen erfolgen.

Hinsichtlich der kulturell-historischen Faktoren, die Deutschlands Sicherheits- und Verteidigungspolitik determinieren liegt es nahe, zunächst darauf zu verweisen, dass die Bundesrepublik über eine sehr junge Tradition von Bundeswehr-Auslandseinsätzen verfügt und militärische Einsätze in der kollektiven Erinnerung in engem Zusammenhang mit dem Dritten Reich stehen (Kühne 2007: 1; Freuding 2007: 24). Vor allem dieses – negativ belegte – historische Element scheint als Teil der deutschen strategischen Kultur großes Gewicht zu besitzen und könnte die Einstellungen der Bevölkerung stark prägen. Im kollektiven Gedächtnis stünden somit die Erfahrungen des Dritten Reichs im Vordergrund, während den Erinnerungen an die koloniale Ära mit hoher Wahrscheinlichkeit kein großes Gewicht zuzumessen sind und daher enge Bindungen an die ehemaligen Kolonien nicht erwartet werden können. Weiterhin lässt der historische Faktor auf eine eher zurückhaltende Einstellung zu militärischem Engagement, die grundsätzliche Bevorzugung ziviler Mittel und eine – u. a. durch den Parlamentsvorbehalt ausgedrückte – sehr vorsichtige Entscheidungsfindung bezüglich militärischer Einsätze schließen. Hinzu kommt ein mit um die 30 Milliarden Euro im Vergleich zu Frankreich, Großbritannien und den USA eher kleines Verteidigungsbudget,<sup>25</sup> welches sich in Einsatzfähig-

---

23 Für eine detailliertere Auseinandersetzung mit strategischen Kulturen in Europa siehe das Projekt „Strategic Culture in Europa: Integrationsmotor oder Hindernis für gemeinsame europäische Streitkräfte?“ (Arbeitstitel) des Forschungsschwerpunkts Multinationalität/Europäische Streitkräfte am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr.

24 Hierbei handelt es sich um eine exemplarische, nicht abschließende Auflistung einiger Elemente, die über die jeweiligen nationalen kulturellen, gesellschaftlichen und historischen Traditionen, die rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die technischen Möglichkeiten Aufschluss geben sollen.

25 Zahlen aus dem Jahr 2006, siehe „2006 *National Breakdowns of European Defence Expenditure*“. Online: [www.eda.europa.eu](http://www.eda.europa.eu)

keit und technischen Möglichkeiten der Bundeswehr widerspiegelt. Während Deutschland also – in der gegenwärtigen Form – ein noch recht junger militärischer Akteur auf der internationalen Bühne ist, können Frankreich, Großbritannien und die USA als alt-ingesessene, weltweit agierende Ordnungsmächte eingestuft werden (Mair 2007a: 7). So verfügen sowohl Frankreich als auch Großbritannien über eine ausgeprägte Vergangenheit als Kolonialmacht. Es ist daher zum einen davon auszugehen, dass ein gewisser Großmachtanspruch das kollektive Gedächtnis prägt und sich in den Bevölkerungseinstellungen widerspiegelt, zum anderen könnte auch ein besonderes Verantwortungsgefühl gegenüber bestimmten Regionen in der Welt, insbesondere in verschiedenen Teilen Afrikas, abgeleitet werden (Schmidt 2007: 53). Eine auf einem Verantwortungsgefühl für die Kriegsverbrechen der Vorfahren beruhende negative Konnotation mit den nationalen Streitkräften, wie in Deutschland, liegt weder im Falle Frankreichs noch Großbritanniens nahe – daher ist eine grundsätzliche Ablehnung militärischer Instrumente nicht anzunehmen. Ganz im Gegenteil ist vielmehr davon auszugehen, dass sowohl die französische als auch die britische Armee aufgrund ihrer essenziellen Rolle bei der Beendigung des Zweiten Weltkriegs als vital angesehen werden. In Einklang damit verfügen Frankreich und Großbritannien auch über die im EU-Vergleich größten Verteidigungsbudgets – mit 43 Milliarden Euro in Frankreich bzw. 47 Milliarden Euro in Großbritannien.<sup>26</sup> Unterschiedliche Standpunkte existieren in Frankreich und Großbritannien jedoch v. a. hinsichtlich der transatlantischen Beziehungen: Während Frankreich sich traditionell für ein militärisch autonom handlungsfähiges Europa einsetzt, pflegt Großbritannien üblicherweise eine enge Zusammenarbeit mit den USA (Kempin 2005: 6). Hinsichtlich der Vereinigten Staaten scheint bereits die Größe des Verteidigungsbudgets ein Indikator für die US-amerikanische strategische Kultur zu sein: Mit einem über 500 Milliarden Euro großen Verteidigungsbudget verfügen die Vereinigten Staaten über ungleich größere technologische Möglichkeiten als Deutschland, Frankreich oder Großbritannien.<sup>27</sup> Die v. a. in den Medien häufig vorgenommene Unterscheidung zwischen den USA als „Weltpolizist“ und dem militärisch weniger potenten Europa könnte somit zum einen in der technologischen Überlegenheit, zum anderen aber auch in der wesentlich größeren Intensität, mit der sich die USA weltweit militärisch engagieren, begründet liegen.<sup>28</sup> So sehen sich die Vereinigten Staaten traditionellerweise als verantwortlich

---

26 Ebenda.

27 Zahlen aus dem Jahr 2006, siehe „*The SIPRI Military Expenditure Database*“. Online: <http://milexdata.sipri.org/result.php4>

28 Siehe z. B. „Deutschland ist keine Weltpolizei“ in *Süddeutsche Zeitung* vom 26.10.2006.

für die Verbreitung von Sicherheit und Stabilität in der Welt.<sup>29</sup> In diesem Sinne beteiligen sich an der ISAF-Mission in Afghanistan auch 10 000 mehr US-amerikanische Soldaten als deutsche, französische und britische Truppen zusammen.<sup>30</sup> Schlussendlich ist außerdem die besondere Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und Israel zu erwähnen, die auf ein hervorgehobenes – und in der Vergangenheit tatsächlich immer wieder beobachtbares – Interesse der USA schließen lassen könnte, sich an der Beilegung von Konflikten im Nahen Osten zu beteiligen (Krell 2006).

Im Rahmen der folgenden Analyse der Umfragewerte aus den Bevölkerungsbefragungen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA soll überprüft werden, ob die hier antizipierten strategischen Kulturen sich in den Einstellungen der jeweiligen Bevölkerung widerspiegeln.

### **12.3 Außen- und sicherheitspolitische Ziele und Prioritäten**

Die Antworten auf die Frage nach den außen- und sicherheitspolitischen Zielen und Prioritäten der Bürger in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA zeigen auf, dass diesbezüglich durchaus unterschiedliche Auffassungen in den Bevölkerungen der vier Staaten herrschen. Eindeutige Einstimmigkeit war lediglich hinsichtlich der erstgelisteten Priorität der Befragten aller vier Länder zu verzeichnen: So waren sich Deutsche, Franzosen, Briten und US-Amerikaner mit jeweils über 80 Prozent einig, dass der Schutz der Bürger vor Krieg und Terror das wichtigste Ziel der nationalen Außen- und Sicherheitspolitik sein sollte. Betrachtet man jedoch die in der jeweiligen Hierarchie folgenden Prioritäten, so werden eher unterschiedliche Zielsetzungen der befragten Bevölkerungen ersichtlich. Eine grobe Unterteilung kann v. a. zwischen ideellen und normativen Prioritäten auf der einen Seite, sowie materiellen und realpolitischen Prioritäten auf der anderen Seite getroffen werden. So erachtete die deutsche Bevölkerung v. a. ideell-normative Ziele als prioritär, wie z. B. die Förderung des Völkerrechts und der Menschenrechte sowie die Friedenssicherung in der Welt, sprach sich allerdings auch für eher materielle Ziele, wie Energie- und Rohstoffsicherheit, aus. Die französische Bevölkerung legte, neben ideell-normativen Prioritäten wie der Friedenssicherung in der Welt und der Förderung von Menschenrechten, besonderen Wert auf materiell-realpolitische Ziele wie der Energie- und Rohstoffsicherheit, der Sicherung des Wohl-

---

29 Vgl. die US-amerikanische Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2008. „*National Defense Strategy*“, Juni 2008.

30 [www.nato.int/isaf](http://www.nato.int/isaf)

stands der Nation und der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. In Großbritannien waren sowohl ideell-normative Präferenzen wie die Förderung von Menschenrechten und die Friedenssicherung in der Welt, als auch materielle Ziele, wie die Sicherung des Wohlstands der Nation und die Energie- und Rohstoffsicherheit unter den Top-Prioritäten. Schlussendlich wiesen die US-Amerikaner die am stärksten von realpolitisch-materiellen Erwägungen geprägten Präferenzen auf und nannten – neben der Förderung von Menschenrechten – v. a. die Sicherung des Wohlstands der Nation, die Energie- und Rohstoffsicherheit sowie die Verhinderung einer atomaren Bewaffnung Irans als bevorzugte Ziele und Prioritäten der US-amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik.

**Tabelle 12.1: Vorstellungen zu den Zielen und Prioritäten der Außen- und Sicherheitspolitik**

Frage: „Welche Ziele sollte [Nation] <sup>1</sup> im Rahmen seiner Sicherheits- und Verteidigungspolitik verfolgen? Stimmen Sie den folgenden Zielen zu oder lehnen Sie diese ab?“ (Angaben in Prozent) <sup>2</sup>				
	Deutsch-land	Frankreich	Großbri-tannien	USA
[Nation] und seine Bürgerinnen und Bürger vor Krieg und Terror schützen	87	84	81	88
Die Geltung der Menschenrechte weltweit fördern	77	72	56	65
Die Versorgung der [Nation] mit Energie und Rohstoffen sichern	77	72	68	74
Den Frieden in der Welt sichern helfen	75	77	64	61
Die Respektierung des Völkerrechts in der Welt fördern	73	62	55	57
Den Wohlstand der [Nation] sichern	68	76	56	66
Den internationalen Terrorismus weltweit bekämpfen	63	73	51	53
Armut und Unterentwicklung in der Welt bekämpfen	61	63	51	49
Die atomare Bewaffnung Irans verhindern	59	63	48	67
Den freien und ungehinderten Welthandel sichern	55	39	46	50
Den Konflikt im Nahen Osten bewältigen helfen	43	43	24	34
[Nation]s Macht und Einfluss in der Welt sichern	35	51	40	55
[Nation]s Größe und Bedeutung in der Welt demonstrieren	22	44	31	40

Anmerkungen: 1) Anpassung der Nationen für das jeweilige Land der Befragung; [Nation] = Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA; 2) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Insgesamt zeigen die deutschen Befragten somit die stärkste Präferenz für ideell-normativ geprägte Ziele und Prioritäten in der Außen- und Sicherheitspolitik, während die US-Amerikaner sich am anderen Ende des Spektrums bewegen und v. a. Wert auf materielle und realpolitische Ziele legen. Franzosen und Briten befinden sich mit einer Mischung aus ideell-normativen sowie materiell-realpolitischen Prioritäten zwischen

den beiden Polen. Würde man die verschiedenen Ziele in praktische Schritte zur Umsetzung übersetzen, so implizierten die ideell-normativ geprägten Prioritäten eher zivile oder diplomatische Mittel bzw. Einsätze geringer Intensität, wohingegen die materiell-realpolitisch geprägten Präferenzen auch militärische Instrumente bzw. Einsätze hoher Intensität vermuten ließen. Die US-amerikanische Bevölkerung weist demzufolge die größte Akzeptanz für außen- und sicherheitspolitische Ziele auf, die unter Umständen den Einsatz militärischer Mittel erfordern, während die deutsche Bevölkerung die vergleichsweise niedrigste Akzeptanzgrenze für solche Einsätze hoher Intensität offenlegt.

Darüber hinaus sticht v. a. die machtpolitische Prägung der Einstellungen in der französischen Bevölkerung hervor: Die relativ hohen Zustimmungswerte zu „Frankreichs Macht und Einfluss in der Welt sichern“ und „Frankreichs Größe und Bedeutung in der Welt demonstrieren“ als Prioritäten der Außen- und Sicherheitspolitik weisen auf ein traditionelles Großmachtdenken als Teil der französischen strategischen Kultur hin. Im Einklang dazu steht der vergleichsweise niedrige Zustimmungswert zu „Den freien und ungehinderten Welthandel sichern“, der die Existenz eines traditionellen nationalen Protektionismus in Frankreich zu bestätigen scheint. Das US-amerikanische Meinungsbild spiegelt, analog zu den französischen Einstellungen, eine große Präferenz für machtpolitisch geprägte außen- und sicherheitspolitische Prioritäten wider. Dies deckt sich mit einer US-amerikanischen strategischen Kultur, die eine „Weltpolizist“-Rolle der USA impliziert und die – vergleichsweise – enormen technologischen Möglichkeiten der USA widerspiegelt. Indessen sind die Einstellungen der deutschen Befragten hinsichtlich einer machtpolitischen Prägung am entgegengesetzten Spektrum anzusiedeln: Die Zustimmungswerte zu „Deutschlands Macht und Einfluss in der Welt sichern“ und „Deutschlands Größe und Bedeutung in der Welt demonstrieren“ sind im Vergleich äußerst niedrig und bestätigen die Annahme einer strategischen Kultur, die nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und den sehr jungen Auslandseinsätzen der Bundeswehr keine ausgeprägte machtpolitische Dimension aufweist. Die deutlich hinter den US-amerikanischen und französischen Zahlen liegenden Zustimmungswerte in der britischen Bevölkerung zu „Großbritanniens Macht und Einfluss in der Welt sichern“ und „Großbritanniens Größe und Bedeutung in der Welt demonstrieren“ als Prioritäten der Außen- und Sicherheitspolitik überraschen jedoch. Ein enger Zusammenhang zwischen diesen Einstellungen und einer strategischen Kultur, die eng verbunden ist mit den Kolonien des *British Empire* und auf einer aktiven, technologisch leistungsfähigen Armee basiert, scheint sich hier nicht zu bestätigen.

## 12.4 Bevorzugte Aufgaben der nationalen Streitkräfte im Ausland

In den Antworten auf die Frage nach den bevorzugten Aufgaben der nationalen Streitkräfte im Ausland spiegeln sich insgesamt die Präferenzen der befragten Deutschen, Franzosen, Briten und US-Amerikaner zu den Prioritäten und Zielen der nationalen Außen- und Sicherheitspolitik wider. Einigkeit zwischen den Befragten aller vier Länder herrschte darüber hinaus v. a. hinsichtlich solcher Aufgaben, die einen humanitären Hintergrund haben, bzw. darauf abzielen, den eigenen Staat bzw. die eigene Bevölkerung zu schützen. In diesem Sinne sprachen sich z. B. jeweils über 50 Prozent der Befragten in den vier Ländern dafür aus, dass ihre nationalen Streitkräfte im Ausland eingesetzt werden sollten, um Opfer von Naturkatastrophen zu versorgen, einen terroristischen Anschlag auf das eigene Land zu verhindern oder einem NATO-Partner zu helfen, der angegriffen wurde. Das komparative Meinungsbild fiel jedoch hinsichtlich der Streitkräfte-Aufgaben, die weniger von ideell-normativen Motiven geleitet sind, wesentlich heterogener aus. So fällt auf, dass die Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung für Aufgaben mit humanitärem Hintergrund sehr hoch ist, die Zustimmung jedoch schlagartig abfällt, wenn es um Aufgaben geht, die von materiellen oder real- und machtpolitischen Erwägungen geprägt sind und einen Kampfeinsatz einschließen könnten. So befürworteten z. B. 80 Prozent der befragten Deutschen, dass die Bundeswehr die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln versorgen und medizinische Hilfe leisten sollte, 43 Prozent sprachen sich dafür aus, dass die Bundeswehr die Energie- und Rohstoffversorgung sichern sollte und nur noch 18 Prozent der Befragten Deutschen waren der Ansicht, die Bundeswehr solle eine ausländische Regierung entmachten, welche die Menschenrechte verletzt. Im Gegensatz dazu ist anhand der Einstellungen der befragten US-Amerikaner ersichtlich, dass eine wesentlich höhere Akzeptanzgrenze für Aufgaben mit einem materiellen oder real- und machtpolitischen Hintergrund besteht, einschließlich eines potenziellen Kampfeinsatzes. Zwar werden Aufgaben, die von humanitären bzw. ideell-normativen Erwägungen geprägt sind, durchaus auch durch die US-Bevölkerung befürwortet, darüber hinaus erweisen sich jedoch die Zustimmungswerte für Aufgaben mit materiellem, real- und machtpolitischem Hintergrund als vergleichsweise hoch. So sprachen sich 38 Prozent der befragten US-Amerikaner für die Entmachtung einer ausländischen Regierung aus, wenn diese die Menschenrechte verletzt, 63 Prozent für die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung durch die US-amerikanischen Streitkräfte und 85 Prozent der US-amerikanischen Befragten waren der Ansicht, dass ihre nationalen Streitkräfte eigene Staatsbürger aus der Hand von Geisel-

nehmern befreien sollten. Das französische sowie das britische Meinungsbild befinden sich wiederum in der Mitte des Spektrums, da sowohl ideell-normativ motivierte als auch materiell bzw. real- und machtpolitisch begründete Aufgaben für die nationalen Streitkräfte mehrheitlich befürwortet werden.

Ein Vergleich der Meinungsbilder zu den bevorzugten Aufgaben der nationalen Streitkräfte im Ausland lässt weiterhin auf regionale Präferenzen der jeweiligen Bevölkerung schließen. So spricht sich mit 37 Prozent eine vergleichsweise hohe Zahl der befragten Franzosen dafür aus, dass die nationalen Streitkräfte die Stabilisierung der Sicherheitslage von Krisenregion in Afrika übernehmen sollten. Dies steht in Einklang mit der Annahme, dass die strategische Kultur Frankreichs stark geprägt ist von der kolonialen Vergangenheit in Afrika und den heutigen engen Beziehungen zu den Ex-Kolonien. Indessen weisen die Einstellungen in den USA darauf hin, dass weder die Stabilisierung der Sicherheitslage in Europa, noch die Stabilisierung der Sicherheitslage in Afrika als eine imminente Priorität angesehen werden. Mit einer 44-prozentigen Zustimmung spricht sich allerdings eine vergleichsweise hohe Zahl an US-Amerikanern dafür aus, dass ihre Streitkräfte die Sicherheitslage im Nahen Osten stabilisieren sollten. Dies stimmt überein mit einer strategischen Kultur, die stark geprägt ist von den engen Beziehungen der USA zu Israel.

In Deutschland zeigt die Bevölkerung ein vergleichsweise geringes Interesse daran, dass sich die nationalen Streitkräfte in Afrika oder im Nahen Osten engagieren – eine Haltung, die der eingangs antizipierten strategischen Kultur entspricht. Ausgehend von einem engen Zusammenhang zwischen strategischer Kultur und sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bevölkerung überrascht lediglich Großbritannien mit den vergleichsweise niedrigsten Zustimmungswerten zu einem Engagement der britischen Streitkräfte in den ehemaligen Kolonien in Afrika sowie im Nahen Osten.

Ein Vergleich der in den vier Ländern bevorzugten Aufgaben für die nationalen Streitkräfte im Ausland bestätigt, dass sich die sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen in der deutschen, französischen, britischen und US-amerikanischen Bevölkerung klar unterscheiden. In Einklang mit den Meinungsbildern zu den präferierten Zielen und Prioritäten in der Außen- und Sicherheitspolitik bestätigen die Antworten auf die Frage nach den bevorzugten Aufgaben der nationalen Streitkräfte jedoch auch die Annahme, dass zumindest die deutsche, französische und US-amerikanische strategische Kultur die jeweiligen Einstellungen determiniert.



**Tabelle 12.2: Aufgaben der nationalen Streitkräfte im Ausland**

Frage: „Welche Aufgaben sollten die [nationalen] Streitkräfte Ihrer Meinung nach im Ausland übernehmen?“ (Angaben in Prozent) <sup>1</sup>				
Die [nationalen] Streitkräfte sollten im Ausland eingesetzt werden, ...	Deutschland	Frankreich	Großbritannien	USA
um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten.	80	78	64	77
um einen terroristischen Anschlag auf das eigene Land zu verhindern.	65	75	76	86
um die Sicherheitslage in einer Krisenregion in Europa zu stabilisieren.	63	69	52	43
um eigene Staatsbürger aus der Hand von Geiselnehmern zu befreien.	62	80	71	85
um einen Völkermord zu verhindern.	56	76	58	65
um einem NATO-Partner zu helfen, der angegriffen wurde.	52	55	53	64
um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen.	50	68	53	67
um die Versorgung mit Energie und Rostoffen zu sichern.	43	43	40	63
um Länder wie den Iran an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern.	41	52	39	62
um Drogenanbau und Drogenhandel zu unterbinden.	38	58	42	56
um bei der Durchführung demokratischer Wahlen zu helfen.	38	36	28	35
um die Sicherheitslage in einer Krisenregion im Nahen Osten zu stabilisieren.	33	35	30	44
um die Sicherheitslage in einer Krisenregion in Afrika zu stabilisieren.	31	37	30	32
um eine ausländische Regierung zu entmachten, die die Menschenrechte verletzt.	18	39	30	38

Anmerkung: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst. Im Gegensatz zu Tabelle 8.5 „Zustimmung zu Aufgabenfeldern der Bundeswehr im Ausland im Zeitvergleich“ in Kapitel 8 „Aufgabenfelder der Bundeswehr“, in der drei Anteilswerte zusammengefasst sind, sind es hier zwei Anteilswerte. Die Zahlen divergieren daher.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

## 12.5 Einstellungen zu den nationalen Streitkräften

Die Frage nach den grundsätzlichen Einstellungen zu den nationalen Streitkräften soll, losgelöst von konkreten Aufgaben oder Zielen, die emotionalen Grundhaltungen der jeweiligen Bevölkerung zu ihren Streitkräften beleuchten. Dabei wird im Folgenden davon ausgegangen, dass die affektiven Aussagen des Einzelnen bezüglich dessen grundsätzlicher Haltung zu den nationalen Streitkräften starke Erklärungskraft hinsichtlich der Einstellung zu anderen sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen hat. Allerdings gilt: Je geringer der sicherheits- und verteidigungspolitische Kenntnisstand

des Einzelnen, desto stärker prägen solche emotionalen, oftmals nicht fundierten Grundhaltungen das jeweilige Meinungsbild.<sup>31</sup>

Ein Vergleich der Meinungsbilder zu den grundsätzlichen Einstellungen der deutschen, französischen, britischen und US-amerikanischen Bevölkerung zu den nationalen Streitkräften ergibt ein klares Bild: Die befragten US-Amerikaner stehen ihren Streitkräften mit 87 Prozent am positivsten gegenüber. Im Einzelnen sind 87 Prozent der befragten US-Amerikaner auf ihre Armee stolz und empfinden ein Gefühl der Dankbarkeit, 82 Prozent sind der Ansicht, dass ihre Streitkräfte sich als nützlich erwiesen haben und 90 Prozent halten die Existenz ihrer Streitkräfte sowieso für selbstverständlich. Im Gegensatz dazu stehen die grundsätzlichen Einstellungen der deutschen Bevölkerung zur Bundeswehr. Während 55 Prozent der befragten Deutschen ihren Streitkräften positiv gegenüberstehen, sind 42 Prozent der Deutschen auf die Bundeswehr stolz, 30 Prozent empfinden ein Gefühl der Dankbarkeit und lediglich 47 Prozent halten die Bundeswehr für nützlich. Frankreich und Großbritannien befinden sich in puncto grundsätzliche Einstellung der Bevölkerung zu den nationalen Streitkräften zwischen den beiden Polen Deutschland und USA, wobei die Briten insgesamt eine etwas positivere Einstellung aufweisen als die Franzosen. So sind z. B. mit 71 Prozent der befragten Briten sechs Prozent mehr Briten als Franzosen der Ansicht, dass sie alles in allem eine positive Haltung zu den nationalen Streitkräften vertreten.

Ein Vergleich der jeweiligen Einstellungen zu den deutschen, französischen, britischen und US-amerikanischen Streitkräften deutet darauf hin, dass die Bevölkerung in den Staaten, in denen eine langfristige und traditionell gewachsene Beziehung zwischen Bürgern und nationaler Armee besteht, ihren Streitkräften gegenüber am positivsten eingestellt ist. In Deutschland hingegen, einem Staat, in welchem die Bundeswehr in ihrer jetzigen Form – als Armee im Einsatz – noch sehr jung ist, dementsprechend nicht von langfristig gewachsenen Bindungen an eine einsatzorientierte Armee auszugehen ist und außerdem eine historisch bedingte negative Konnotation mit militärischen Einsätzen besteht, nehmen die Bürger eine eher freundlich-zurückhaltende Grundhaltung zu ihren Streitkräften ein.

---

31 Zu dem Zusammenhang zwischen sicherheits- und verteidigungspolitischem Kenntnisstand und Einstellungen, siehe Kapitel 4 „Internationales Engagement Deutschlands“.

**Tabelle 12.3: Einstellungen zu den nationalen Streitkräften**

Frage: „Was halten Sie persönlich von den [nationalen] Streitkräften? Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder lehnen Sie diese ab?“ (Angaben in Prozent) <sup>2</sup>				
	Deutschland	Frankreich	Großbritannien	USA
Es ist ganz selbstverständlich, dass [Nation] <sup>1</sup> wie andere Länder auch eigene Streitkräfte hat.	66	69	80	90
Die [nationalen] Streitkräfte sind ein ganz normaler Bestandteil der Gesellschaft.	58	62	66	82
Die [nationalen] Streitkräfte sind ein Fremdkörper in der [nationalen] Gesellschaft.	7	12	10	12
Ich empfinde für die [nationalen] Streitkräfte ein Gefühl der Dankbarkeit.	30	52	64	87
In Anbetracht ihrer Leistungen im In- und Ausland kann man auf die [nationalen] Streitkräfte stolz sein.	42	53	66	87
Ich empfinde für die [nationalen] Streitkräfte ein Gefühl der Abneigung.	9	6	10	15
Die [nationalen] Streitkräfte haben sich bei ihren Einsätzen im In- und Ausland als sehr nützlich erwiesen.	47	52	68	82
Die [nationalen] Streitkräfte werden nach wie vor gebraucht, um die Sicherheit [Nation] zu gewährleisten.	56	71	74	85
Die [nationalen] Streitkräfte haben in der heutigen Zeit keine richtigen Aufgaben mehr und sind eigentlich überflüssig.	15	10	6	6
Alles in allem vertrete ich eine positive Haltung zu den [nationalen] Streitkräften.	55	65	71	87

Anmerkungen: 1) Anpassung der Nationen für das jeweilige Land der Befragung; [Nation] = Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA; 2) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

## 12.6 Fazit

Betrachtet man die Ergebnisse aus der komparativen Bevölkerungsbefragung zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA, so wird schnell deutlich, dass diese sehr unterschiedlich sind. Dies erklärt auch, weshalb die Vorstellungen hinsichtlich Durchführung bzw. Mandat eines multinationalen militärischen Einsatzes oftmals stark voneinander abweichen. Dabei besteht die größte Divergenz zwischen Deutschland und den USA, mit Frankreich und Großbritannien im Mittelfeld zwischen diesen diametralen Positionen. Im Einzelnen bevorzugt die deutsche Bevölkerung eine Außen- und Sicherheitspolitik, die geprägt ist von ideell-normativen Motiven und befürwortet Auslandseinsätze der Bundeswehr vor allem dann, wenn diese humanitäre Beweggründe haben. Insgesamt zeigten die deutschen Befragten hinsichtlich ihrer Einstellung zu den nationalen Streitkräften eine von einer mittelmäßigen emotionalen Bindung geprägte freundliche Zurückhaltung. Die US-amerikanischen Befragten hingegen sprachen sich für eine von

materiellen, real- und machtpolitischen Kalkülen geleitete Außen- und Sicherheitspolitik aus und befürworten Auslandseinsätze auch dann, wenn diese hoher Intensität sind und Kampfeinsätze einschließen könnten. Insgesamt waren die US-amerikanischen Befragten ihren nationalen Streitkräften gegenüber ausgesprochen positiv eingestellt.

Bei der näheren Betrachtung der Umfrageergebnisse scheint sich die eingangs aufgeführte Annahme, dass die jeweiligen nationalen strategischen Kulturen die sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bevölkerungen determinieren, zu bestätigen. Eine Ausnahme bildet im Rahmen der vorliegenden Untersuchung Großbritannien, da kein durchgängiger Zusammenhang zwischen der in 12.2 vermuteten strategischen Kultur und den sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der befragten Briten festgestellt werden konnte. Ob die von der eingangs skizzierten strategischen Kultur abweichenden Einstellungen der britischen Bürger zu außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten sowie zu den bevorzugten Aufgaben der nationalen Streitkräfte möglicherweise in der im Jahr 2006 stetig verlustreicher und unbeliebter werden britischen Beteiligung am Irakeinsatz begründet ist, könnte im Rahmen einer weiterführenden Untersuchung abschließend analysiert werden.<sup>32</sup> Im Fall von Deutschland, Frankreich und den USA scheinen jedoch traditionelle, auf historischen, kulturellen oder gesellschaftlichen Gegebenheiten basierende Denkmuster einen Einfluss auf die nationalen Meinungsbilder zu haben. Wie sich solche Denkmuster und folglich auch die jeweiligen strategischen Kulturen ändern können und welche Auswirkungen die abgeschlossenen bzw. laufenden multinationalen Militäreinsätze ihrerseits auf die nationalen strategischen Kulturen haben, bedarf weiterer Analysen.<sup>33</sup> Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass eine maßgebliche Veränderung sicherheits- und verteidigungspolitischer Meinungsbilder, insofern diese auf tief verwurzelte strategischen Kulturen beruhen, eher in einer langfristigen Perspektive zu erwarten ist.

Davon ausgehend, dass multinationale Militäreinsätze auch in Zukunft nicht an Bedeutung verlieren werden, ist eine regelmäßige Beobachtung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen in den Bevölkerungen der beteiligten Länder sinnvoll. Die nationalen Meinungsbilder sind Anhaltspunkte dafür, ob und in welchem Maß sich die jeweiligen Regierungen in Zukunft in multinationale Einsätze einbringen werden.

---

32 Zu den Forderungen in der britischen Bevölkerung nach einem Abzug der nationalen Streitkräfte aus dem Irak, siehe „Kein schneller Abzug“ in DIE ZEIT vom 24.10.2006. Online: <http://www.zeit.de/online/2006/43/Irak-Kroenig?page=1>

33 Siehe das Projekt „Strategic Culture in Europa: Integrationsmotor oder Hindernis für gemeinsame europäische Streitkräfte?“ (Arbeitstitel) des Forschungsschwerpunkts Multinationalität/Europäische Streitkräfte am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr.

# 13 NATO und ESVP im Meinungsbild der Deutschen

*Wolfgang Sender*

---

## 13.1 Einleitung

Die NATO besteht seit 1949 und Deutschland ist seit 1955 Mitglied dieses Bündnisses kollektiver Sicherheit. Auch nach dem Ost-West-Konflikt, in dem sie das prägende Sicherheitsbündnis des Westens war, blieb die NATO bestehen und bestreitet heute Einsätze mit deutscher Beteiligung, unter anderem in Afghanistan und auf dem Balkan. Parallel zu dieser Geschichte des Erfolges agiert spätestens seit 1999 ein weiterer maßgeblicher sicherheitspolitischer Akteur unter Beteiligung wichtiger Nationen: Die Europäische Union. Wie auch immer sich das Verhältnis zwischen diesen beiden Institutionen gestalten wird – beide führen heute Einsätze durch, beide tragen zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität bei und beide sind auch im öffentlichen Bewusstsein vorhanden. Fraglich ist, wie die Bundesbürger diese Institutionen für sich genommen und in Beziehung zueinander bewerten. Mit Blick auf die NATO ist dabei vor allem von Interesse, wie sie vor dem Hintergrund des Wandels von einer reinen Verteidigungsallianz zu einem global agierenden Sicherheitsakteur bewertet wird. Schwindet die Unterstützung der Deutschen für diese Institution? Für die deutlich jüngere Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU stellt sich dagegen eher die Frage, welchen Wissensstand und welche Vorstellungen die Bürgerinnen und Bürger hierüber haben.

## 13.2 Auswirkungen des ISAF-Einsatzes auf die Zustimmung zur NATO

Auch am Vorabend des 60. Jahrestages der NATO-Gründung ist für die NATO-Mitglieder klar: „A strong collective defence of our populations, territory and forces is the core purpose of our Alliance and remains our most important security task.“<sup>34</sup> Mit ihrer traditionellen Rolle und ihres Ansatzes der kollektiven Verteidigung muss es der NATO dabei gelingen, den Bevölkerungen ihrer durchgängig demokratischen Mitglied-

---

<sup>34</sup> NATO 2008.

staaten zu vermitteln, weshalb beispielsweise der ISAF-Einsatz für die transatlantische Sicherheit wichtig ist. In Deutschland – dies wird in Kapitel 9 gezeigt – gelingt es, eine Mehrheit für die Unterstützung des ISAF-Einsatzes zu gewinnen. 64 Prozent der Bundesbürger unterstützen diesen Einsatz. Doch wie sehen sie und die übrigen 36 Prozent vor dem Hintergrund des ISAF-Einsatzes die Rolle der NATO?

Anhand der grundsätzlichen Zustimmung zur NATO unter Beachtung der spezifischen Zustimmung zum ISAF-Einsatz kann dieser Fragestellung nachgegangen werden. Der ISAF-Einsatz bietet sich für diese Analyse als prominentester laufender NATO-Einsatz mit Bundeswehrebeteiligung an wie kein zweiter. Schließlich wurde den Bundesbürgern 2007 zwar eine breite Palette vielfältiger Medienberichten zur NATO angeboten, die eine Meinungsbildung über die Allianz zumindest durch die Qualitätspresse ermöglichten.<sup>35</sup> Vorherrschendes Thema blieb jedoch die ISAF-Mission, deren Aufgabe es ist, die afghanische Regierung bei der Schaffung und Aufrechterhaltung von Sicherheit und beim Wiederaufbau zu unterstützen.<sup>36</sup> Aufgrund dieses Medienangebotes und aufgrund der persönlichen Nähe des Einsatzes für die Bundesbürger<sup>37</sup> ist deshalb davon auszugehen, dass sie sich zu diesem NATO-Thema das umfassendste Bild gemacht haben und hierzu eine relativ differenzierte Meinung besitzen. Hierfür spricht, dass auch im Rahmen dieser Befragung ermittelt wurde, dass die Bundesbürger zum ISAF-Einsatz noch das höchste Informationsniveau besitzen (siehe Kapitel 9, Tabelle 9.2: Bekanntheit ausgewählter Einsätze nach Informationsniveau).

Aufgrund des Umstandes, dass sich eine Minderheit von etwa einem Drittel der Deutschen gegen die Teilnahme der Bundeswehr am NATO-geführten ISAF-Einsatz ausspricht, wäre zu vermuten, dass sich etwa gleich viele auch insgesamt gegen die Zu-

---

35 Fast täglich fanden sich im Untersuchungszeitraum in der tonangebenden deutschen Qualitätspresse Beiträge über die NATO, die zur Meinungsbildung beitragen konnten. Informiert wurde dabei nicht nur über laufende Einsätze mit NATO-Beteiligung, sondern auch zu Zukunftsthemen und aktuellen Herausforderungen des Jahres 2007. Thema waren so unter anderem die zwischen Russland und den USA geführte Debatte über das Raketenschild und den möglichen Implikationen für die NATO, die Zukunft des KSE-Vertrages, die Beitrittsmöglichkeit der Ukraine, die Stabilität auf dem Balkan wie auch insbesondere die Zukunft des Kosovo. Auch Frankreichs geplante Rückkehr in die militärische Zusammenarbeit der NATO war 2007 ein Thema.

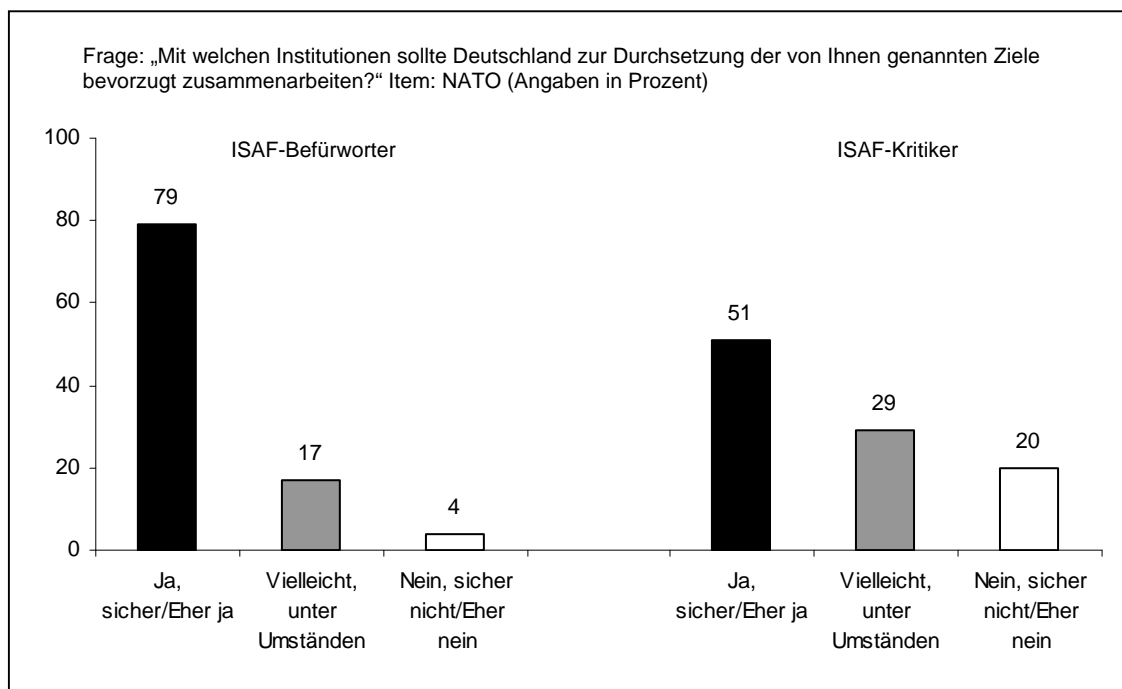
36 Im Mai 2007 beherrschte zunächst ein Anschlag auf Bundeswehr-Soldaten die Medienberichterstattung; über Monate zog sich dann die Debatte hin, ob und unter welchem Mandat deutsche Tornados in Afghanistan eingesetzt werden sollten (siehe hierzu auch Kapitel 6). Im September 2007, mitten während der Befragung, stimmte das Kabinett der Verlängerung an der ISAF-Beteiligung zu; der Deutsche Bundestag stimmte der Verlängerung des Einsatzes im Oktober zu. Die Medienberichterstattung schwoll zu dieser Zeit nochmals an und immer wieder wurden dabei vielfältige Bezüge zur NATO gezogen.

37 Diese persönliche Nähe ergibt sich vor allem aus der zeitlichen Dauer des Einsatzes: Die Bundeswehr ist bereits seit 2003 unter NATO-Kommando im Rahmen von ISAF aktiv.

sammenarbeit mit der NATO richten, unter deren Führung der Einsatz steht. Um diese These zu überprüfen, wurden die Zustimmungswerte zu einem stärkeren Engagement Deutschlands in der NATO unter zwei Vergleichsgruppen getestet: Der Gruppe der „ISAF-Befürworter“, die alle diejenigen Bundesbürger umfasst, die dem ISAF-Einsatz (eher) zustimmen, und der Gruppe der „ISAF-Kritiker“, die diesen Einsatz (eher) ablehnen.

Unter den ISAF-Kritikern zeigt sich dabei erwartungsgemäß eine größere Ablehnung des stärkeren Engagements in der NATO als bei den ISAF-Befürwortern. Während sich unter den ISAF-Befürwortern nur vier Prozent gegen eine Zusammenarbeit Deutschlands mit der NATO aussprechen, sind es unter den ISAF-Kritikern fünfmal mehr. Überraschend ist, dass sich die Mehrheit der ISAF-Kritiker (51 Prozent) wie auch die Mehrheit der ISAF-Befürworter (79 Prozent) für eine weitere Zusammenarbeit mit der NATO aussprechen. Diese Mehrheit ist bei den ISAF-Kritikern zwar geringer, aber immer noch deutlich (siehe Abbildung 13.1).

**Abbildung 13.1: Zustimmung zur Zusammenarbeit mit der NATO (Vergleich von ISAF-Befürwortern und ISAF-Kritikern 2007)**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007. Die dieser Frage zugrunde liegenden Ziele sind in Abbildung 13.3 aufgeführt.

Wie ist diese breite Zustimmung zur NATO besonders auch unter den ISAF-Kritikern zu erklären? Wie können 36 Prozent der Bundesbürger gegen den ISAF-Einsatz sein,

obwohl sich darunter nur 20 Prozent befinden, die sich grundsätzlich gegen eine Zusammenarbeit mit der NATO aussprechen? Erstens könnte angenommen werden, dass ein großer Teil der Bundesbürger überhaupt nicht weiß, dass es sich bei ISAF um einen NATO-geführten Einsatz handelt. Für diese Interpretation spricht das generell geringe allgemeine Wissen der Bundesbürger über sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen (siehe Kapitel 9). Aber auch wenn die Auslandseinsätze für die Mehrheit der Gesellschaft „mehr virtuelle Realität als persönliche Erfahrung[en]“ (Schneiderhan 2008: 14) sind, so erfuhr ISAF im Untersuchungszeitraum dennoch eine relativ intensive Medienaufmerksamkeit. Über ISAF wissen die Bundesbürger unter den längerfristigen Einsätzen noch am meisten (siehe Kapitel 9, Tabelle 9.2: Bekanntheit ausgewählter Einsätze nach Informationsniveau). Zweitens wäre zu vermuten, dass einige Bundesbürger speziell nur den ISAF-Einsatz kritisch sehen, der NATO als Allianz jedoch grundsätzlich zustimmen. Wenn dieses Argument tragen würde, dann müssten sich zur Allianz selbst große Zustimmungswerte bestätigen lassen und ISAF müsste sich als Ausnahmekritikpunkt an der Allianz herausstellen. Diese grundsätzliche Zustimmung zur NATO wird im Folgenden untersucht. Zunächst wird gefragt, welche Rolle die Bundesbürger der NATO grundsätzlich zumessen. Im Anschluss wird gefragt, wie die Deutschen die militärische Zusammenarbeit in der NATO beurteilen. Die Ansichten über die Zukunft der NATO aus Bürgersicht auch unter Beachtung der zunehmenden Bedeutung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die Frage nach der demografisch bestimmten Konsistenz der deutschen NATO-Unterstützung schließen die Analyse zur Beurteilung der Allianz ab.

### **13.3 Grundsätzliche Vorstellungen zur Bedeutung der NATO**

Der grundsätzlichen Haltung der Bundesbürger zur NATO näherte sich das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr bereits in der Bevölkerungsbefragung 2006 mit einer Frage nach der Bedeutung, die der NATO zugemessen wird. Diese Bedeutung wurde durch die folgende Fragestellung ermittelt: „Ich lese Ihnen jetzt zwei verschiedene Positionen zur Rolle der NATO für die Sicherheit der westlichen Staatengemeinschaft vor. Bitte sagen Sie mir dann, welcher der beiden Positionen Sie persönlich eher zustimmen.“ Den Befragten wurden hierzu zwei Antwortmöglichkeiten vorgegeben,



zwischen denen sie sich entscheiden sollten.<sup>38</sup> Position 1 lautete: „Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Ende des Kalten Krieges hat die NATO ihre Funktion als westliches Sicherheitsbündnis weitgehend verloren.“ Position 2 beschrieb die gegenteilige Auffassung: „In Anbetracht der neuen Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus bleibt die NATO auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten.“ Die Befragten wurden gebeten, diejenige Position zu benennen, der sie eher zustimmen.

**Tabelle 13.1: Grundsätzliche Vorstellungen zur Bedeutung der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges**

Frage: „Ich lese Ihnen jetzt zwei verschiedene Positionen zur Rolle der NATO für die Sicherheit der westlichen Staatengemeinschaft vor. Bitte sagen Sie mir dann, welcher der beiden Positionen Sie persönlich eher zustimmen.“			
Position 1: Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Ende des Kalten Krieges hat die NATO ihre Funktion als westliches Sicherheitsbündnis weitgehend verloren.			
Position 2: In Anbetracht der neuen Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus bleibt die NATO auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten.“ (Angaben in Prozent)			
	Position 1: NATO hat Funktion weitgehend verloren	Position 2: NATO bleibt auch in Zukunft das wichtigste Sicher- heitsbündnis	Weiß nicht
Insgesamt	20	68	12
Geschlecht/Altersgruppe			
Männer	22	72	6
16 bis 39 Jahre	24	69	7
40 bis 59 Jahre	21	74	5
60 Jahre und älter	20	75	5
Frauen	17	65	18
16 bis 39 Jahre	22	65	13
40 bis 59 Jahre	18	61	21
60 Jahre und älter	11	67	22
Bildungsniveau			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	24	67	9
Realschulabschluss	23	66	11
Hauptschulabschluss	14	72	14
Parteipräferenz			
CDU/CSU	13	80	7
SPD	18	74	8
FDP	27	71	2
Bündnis 90/Die Grünen	37	45	18

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

38 Die Bevölkerungsbefragung 2006 fand mit Blick auf Fragen zur NATO in einem ausgesprochen positiven zeitlichen Umfeld statt, da im Befragungszeitraum über den im November 2006 durchgeführten NATO-Gipfel in Riga medial berichtet wurde. Hierdurch ist auch eine stärkere Wahrnehmung von NATO-Themen in der deutschen Öffentlichkeit anzunehmen, wodurch sich die Meinungen reflektierter als zu anderen Zeitpunkten gestalten könnten.

Die Antworten auf diese Fragestellung zeigen, dass die NATO von soliden zwei Dritteln der Deutschen auch für die Zukunft als wichtigstes Sicherheitsbündnis angesehen wird (siehe Tabelle 13.1).<sup>39</sup> Nur 20 Prozent meinen, dass die NATO ihre Funktion als westliches Sicherheitsbündnis nach dem Ende des Ost-West-Konflikts weitgehend verloren habe.<sup>40</sup> Insgesamt erscheint die NATO damit für die Deutschen als eine durchaus zeitgemäße Allianz, deren Existenzberechtigung von der deutlichen Mehrheit nicht in Zweifel gezogen wird.

### **13.4 Bewertung der militärischen Zusammenarbeit in der NATO**

Diese zugesprochene Bedeutung muss sich dabei aus bestimmten Einschätzungen ableiten, die dem Antwortverhalten zugrunde lagen. Natürlich können auch emotionale Gründe sowie traditionale oder wertrationale Aspekte (historische Bedeutung der NATO, Multinationalität als positiver Eigenwert) auf die Bewertung der heutigen militärischen Zusammenarbeit ausgestrahlt haben. Angenommen wird jedoch, dass die Antworten auf eine Frage nach einem zweckrationalen Grund – der militärischen Zusammenarbeit – auch einen hohen Anteil von Antworten aufweist, der auf einer Reflexion von Sachgründen beruht. In dieser Hinsicht wurde sowohl in 2006 wie auch in 2007 nach der konkreten Beurteilung der militärischen Zusammenarbeit im Rahmen der NATO gefragt. Die Fragestellung lautete: „Wie beurteilen Sie – nach allem was Sie über die Bundeswehr wissen – die folgenden Punkte?“, wobei die „militärische Zusammenarbeit im Rahmen der NATO“ als eine von mehreren Antwortmöglichkeiten vorgegeben wurde. Im Vergleich der Antworten aus den Jahren 2006 und 2007 zeigt sich ein stabiles, sehr ähnliches Bild: Mindestens 85 Prozent sahen diese Zusammenarbeit eher positiv, positiv oder sehr positiv (siehe Abbildung 13.2). Etwas mehr als jeder Zehnte sieht diese militärische Zusammenarbeit eher negativ oder negativ. Von 2006 auf 2007 zeigt sich dabei eine leichte Erhöhung der Zustimmung. Gegenüber 2006 sagten in 2007 zwei Prozent mehr, dass sie die militärische Zusammenarbeit eher positiv sehen. Die Bundesbürger sehen also die militärische Zusammenarbeit im Rahmen der NATO ausgesprochen positiv und trauen sich mit großer Mehrheit zu, diese Beurteilung zu treffen

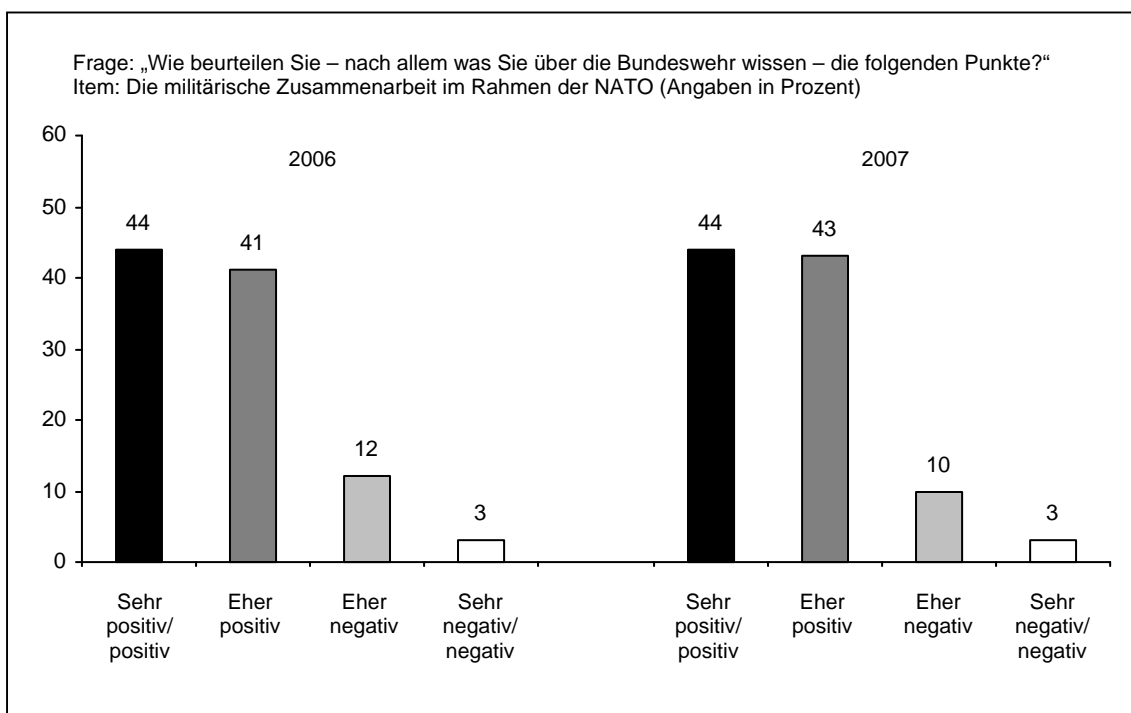
---

39 Eine klare Mehrheit der Befragten konnte ihre Meinung einer der beiden vorgegebenen Antwortpositionen zuordnen. Frauen und Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen konnten sich etwas häufiger nicht auf eine Antwortmöglichkeit festlegen.

40 Ältere Personen sehen dabei in der NATO nur etwas stärker als jüngere Personen auch für die Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis. Hinsichtlich der Parteipräferenzen zeigten sich dagegen deutlichere Unterschiede (siehe Bulmahn/Fiebig/Sender 2008: 60).

und daraus ein zweckrationales Gesamturteil zur NATO zu bilden. Dieses positive Bild scheint dabei kaum von der Entwicklung der Zustimmung zum ISAF-Einsatz abzuhängen, wird also nicht von Einzelaspekten der Allianz maßgeblich verändert. Schließlich stieg die Zustimmung zu ISAF von 2006 auf 2007 um 11 Prozent (siehe Kapitel 9, Tabelle 9.3: Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr), während die Beurteilung der militärischen Zusammenarbeit im Rahmen der NATO wie beschrieben konstant blieb.

**Abbildung 13.2: Beurteilung der militärischen Zusammenarbeit im Rahmen der NATO**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006 und 2007.

Die bislang festgestellte Zustimmung zur NATO ist dabei offenbar auch keine Generationenfrage, sondern hat durchgängig in allen Altersklassen Bestand. Bereits im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2006 wurde festgestellt, dass ähnlich viele jüngere wie ältere Deutsche meinen, dass die NATO auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis bleibe (Bulmahn/Fiebig/Sender 2008: 62). In der Bevölkerungsbefragung 2007 wurden diese Ergebnisse auch unter einer geänderten Fragestellung verifiziert.<sup>41</sup> Hierbei

<sup>41</sup> Gefragt wurde hier: „Die Bundesregierung kann in der Formulierung ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik ja unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Für wie wichtig erachten Sie diese außen- und sicherheitspolitischen Ziele?“ Item: Die politische und militärische Zusammenarbeit in der NATO erhalten und fortentwickeln.

bestätigt sich das Bild, nach dem ältere wie jüngere Deutsche nahezu zu gleichen Anteilen sagen, dass man die politische und militärische Zusammenarbeit in der NATO erhalten und fortentwickeln sollte (siehe Tabelle 13.2).

**Tabelle 13.2: Zustimmung zur Erhaltung und Fortentwicklung der politischen und militärischen Zusammenarbeit in der NATO**

Frage: „Die Bundesregierung kann in der Formulierung ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik ja unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Für wie wichtig erachten Sie diese außen- und sicherheitspolitischen Ziele? Item: Die politische und militärische Zusammenarbeit in der NATO erhalten und fortentwickeln (Angaben in Prozent)			
	Ja	Teils/teils	Nein
Insgesamt	37	20	43
Altersgruppe			
16 bis 24 Jahre	33	21	46
25 bis 35 Jahre	37	18	45
36 bis 45 Jahre	39	18	43
46 bis 59 Jahre	38	21	41
60 Jahre und älter	38	21	41

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts 2007.

### 13.5 Einstellungen der Bundesbürger zur Zukunft der NATO

Das Bild über die NATO ist selbst dann positiv, wenn man die Bundesbürger um eine Prognose bittet. Um die Zustimmung zur Allianz auch unter dem Eindruck eines neu auftauchenden sicherheitspolitischen Akteurs, der EU, zu prüfen, wurden den Befragten in der Bevölkerungsbefragung dazu zwei Positionen zur Auswahl angeboten, wobei die Probanden gebeten waren, diejenige Position anzugeben, der sie eher zustimmten. Position 1 stellt eine Auffassung dar, nach der die NATO deshalb nicht mehr wichtig sei, weil sich die EU-Staaten sicherheitspolitisch enger abstimmen. Wörtlich lautete diese Position: „Weil die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten und eigene – europäische – Verteidigungsstrukturen aufbauen, hat die NATO ihre Funktion als westliches Sicherheitsbündnis weitgehend verloren.“ Position 2 vertritt dabei eine Gegenauffassung: „Auch wenn die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten und eigene Verteidigungsstrukturen aufbauen, bleibt die NATO auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten.“ Mit dieser Wahlmöglichkeit zeigte sich folgendes Bild: Eine deutliche Mehrheit von 65 Prozent meint bei explizitem Hinweis auf diese Institutionenkonkurrenz, dass die NATO in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis bleibt, selbst wenn die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten und eigene Verteidigungsstrukturen aufbau-

en. Nur 18 Prozent meinen, dass die NATO ihre Funktion weitgehend verloren habe, weil die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten. Diese hohe Zustimmung zur Bedeutung der NATO trotz des Aufbaus eigener europäischer Verteidigungsstrukturen ist in dieser Deutlichkeit durchaus überraschend, erklärt sich aber durch die Meinungen der Bundesbürger über die beiden Organisationen, die das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2005 erhoben hat.<sup>42</sup> Welches immer die Gründe sind, es bleibt festzuhalten, dass die Deutschen auch unter der Bedingung einer intensivierten europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik fest zur NATO als sicherheitspolitischer Institution stehen. Diese NATO-Treue der Deutschen geht dabei sogar so weit, dass eine Mehrheit der Bundesbürger eine Verwendung europäischer Eingreifkräfte am liebsten mit der NATO koordiniert sehen möchte (Bulmahn/Fiebig/Sender 2008: 65).

Obwohl sich im Jahr 2007 immerhin 36 Prozent der Deutschen gegen den NATO-geführten ISAF-Einsatz aussprechen, bedeutet dies nicht, dass die generelle Zustimmung zur NATO hierunter litt. Vielmehr wurde bislang gezeigt, dass Kritiker der ISAF-Mission mehrheitlich die NATO nicht grundsätzlich infrage stellen. Deutlich wurde, dass die klare Mehrheit der Bundesbürger glaubt, dass die NATO auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis bleibt. Die militärische Zusammenarbeit in der NATO wird dabei ausgesprochen stabil und sehr positiv bewertet. Auch für die Zukunft ist eine Stabilität dieser Zustimmung zur NATO zu erwarten. Erstens, so wurde gezeigt, glauben die Bundesbürger, dass die NATO auch mit Blick auf eine wichtigere Rolle der ESVP bedeutsam bleiben wird. Zweitens zeigt sich, dass jüngere Deutsche der Erhaltung und Fortentwicklung der politischen und militärischen Zusammenarbeit in der NATO in etwa gleichem Maße zustimmen, wie ältere Personen. *Ceteris paribus* ist daher nicht zu erwarten, dass die Zustimmung zur NATO dereinst „wegstirbt“. Sie scheint alles in allem stabil – auch unter dem Eindruck des ISAF-Einsatzes, dem ein Teil der Bundesbürger kritisch gegenübersteht.

---

42 Danach sehen die Bundesbürger die EU zwar wichtiger für die Zukunft Deutschlands als die NATO an, der NATO wird aber eine bessere Aufgabenerfüllung und ein geringerer Reformbedarf zugemessen als der EU. Es bleibt indes unklar, wodurch diese Reihenfolge in der Bevölkerungsmeinung gebildet wird. Wahrscheinlich ist, dass die EU, die erst seit wenigen Jahren Militäroperationen im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik durchführt, als sicherheitspolitischer Akteur erst langsam in das Bewusstsein der Deutschen vordringt. Möglich erscheint auch, dass die Bevölkerung im Rahmen dieser Frage der NATO gegenüber der EU die Präferenz einräumte, weil bei der Leistungsbeurteilung der EU auch Meinungen zu den wirtschaftlichen und sozialen Regelungsbereichen der EU Einfluss auf die Bewertung der außen- und sicherheitspolitischen Komponenten der Union hatten, wodurch die NATO besser abschneidet.

**Tabelle 13.3: Einstellungen der Bundesbürger zur Zukunft der NATO**

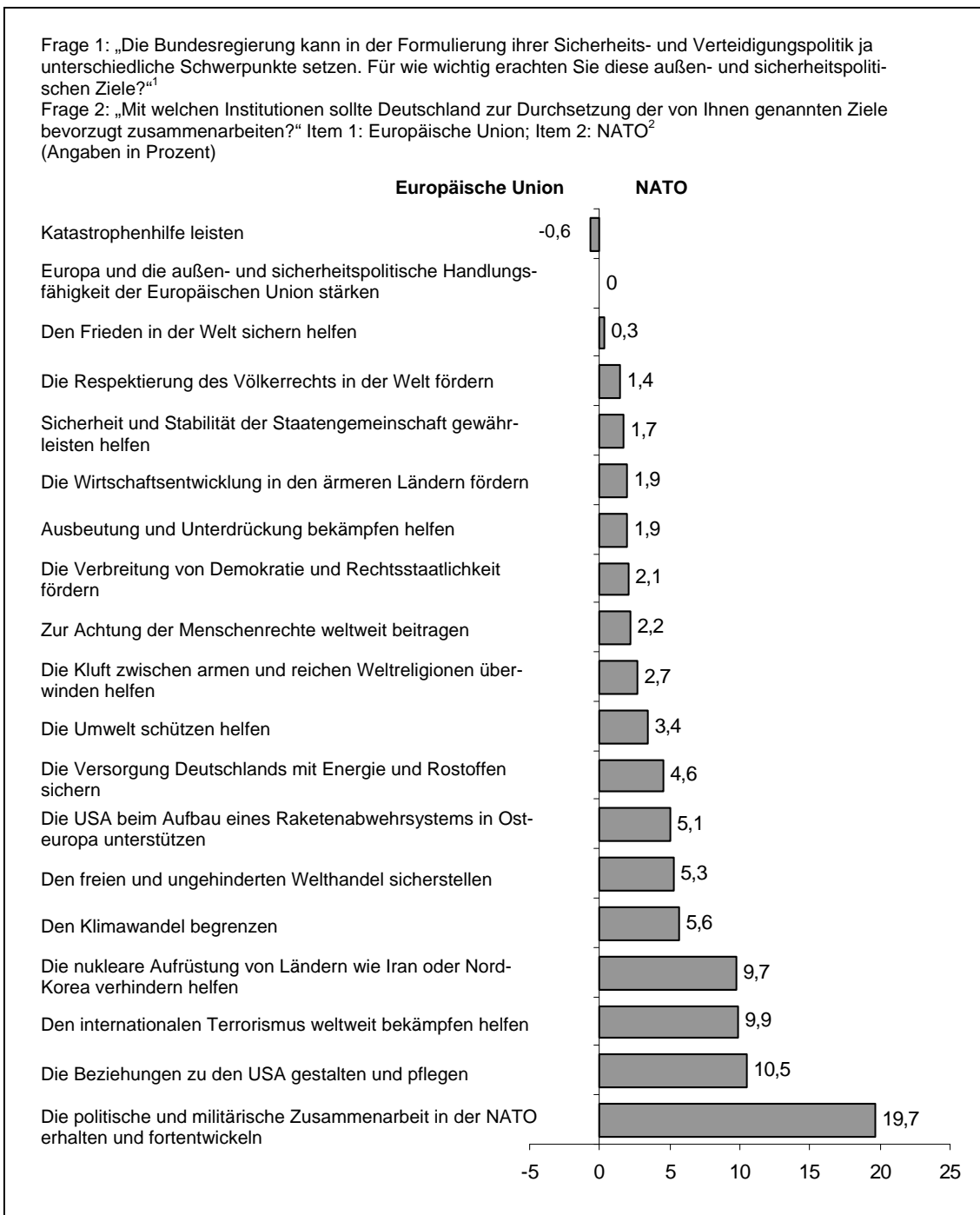
Frage: „Ich lese Ihnen jetzt zwei verschiedene Positionen zur Rolle der NATO für die Sicherheit der westlichen Staatengemeinschaft vor. Bitte sagen Sie mir dann, welcher der beiden Positionen Sie persönlich eher zustimmen. Position 1: Weil die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten und eigene – europäische – Verteidigungsstrukturen aufbauen, hat die NATO ihre Funktion als westliches Sicherheitsbündnis weitgehend verloren. Position 2: Auch wenn die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten und eigene Verteidigungsstrukturen aufbauen, bleibt die NATO auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten.“ (Angaben in Prozent)			
	Position 1: NATO hat Funktion weitgehend verloren	Position 2: NATO bleibt auch in Zukunft das wichtigste Sicher- heitsbündnis	Weiß nicht
Insgesamt	18	65	17
Geschlecht/Altersgruppe			
Männer	21	68	11
16 bis 39 Jahre	20	64	16
40 bis 59 Jahre	27	66	7
60 Jahre und älter	18	77	5
Frauen	16	61	23
16 bis 39 Jahre	19	59	22
40 bis 59 Jahre	11	66	23
60 Jahre und älter	15	61	24
Bildungsniveau			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	25	63	12
Realschulabschluss	16	67	17
Hauptschulabschluss	18	65	17
Parteipräferenz			
CDU/CSU	15	77	8
SPD	14	74	12
FDP	25	67	8
Bündnis 90/Die Grünen	36	37	27

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

### 13.6 Spezifische Aufgabenzuordnung zu NATO und ESVP

Auch wenn die Zustimmung zur NATO alles in allem stabil ist, bleibt damit gleichwohl noch unbeantwortet, welche Stellung die NATO in Relation zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Meinung der Bürger einnimmt. Die im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2007 erhobenen Daten lassen hierzu Einschätzungen zu, indem die Haltung der Deutschen zur ESVP näher bestimmt wird. Gefragt wurde zunächst nach der Wichtigkeit, die die Bürger einzelnen sicherheits- und verteidigungspolitischen Schwerpunkten zuordnen. Im Anschluss wurde gefragt, mit welchen Institutionen diese am besten umzusetzen seien, wobei sowohl die NATO als auch die EU als Antwortmöglichkeit vorgegeben wurden.

**Abbildung 13.3: Bevorzugte Institution zur Durchsetzung gewählter Ziele**



Anmerkungen: 1) Abgebildet ist die Differenz zwischen den zusammengefassten Antworten „Außerordentlich wichtig“ und „Sehr wichtig“ zu den abgebildeten verteidigungs- und sicherheitspolitischen Aspekten unter denjenigen, die meinen, dass hierfür mit der NATO bzw. der Europäischen Union als Institution zusammengearbeitet werden sollte; 2) Die Balken größer Null zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger zu den genannten Aspekten eher eine Zusammenarbeit mit der NATO bevorzugen würden, der Balken kleiner Null zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger zu diesem Aspekt eher eine Zusammenarbeit mit der EU befürworten.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2007.

Die Ermittlung dieser spezifischen Aufgabenordnung zu NATO und EU aus Bürgersicht zeigt dabei keine überraschend großen Unterschiede. Vielmehr wird deutlich, dass die Bundesbürger bei der Umsetzung konkreter Ziele tendenziell stärker meinen, dass Deutschland hier mit der NATO zusammenarbeiten sollte, die Abweichung gegenüber der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik beträgt aber (mit Ausnahme des Aspektes „Die politische und militärische Zusammenarbeit in der NATO erhalten und fortentwickeln“) maximal elf Prozent. Der NATO wird dabei gegenüber der Europäischen Union zu den wichtigsten sicherheitspolitischen Kernfragen tendenziell etwas stärker der Vorzug gegeben – sei es hinsichtlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus, der Sicherstellung des Welthandels, dem Umweltschutz oder der Rohstoff-sicherung (siehe Abbildung 13.3). Einzig im Bereich der Katastrophenhilfe denken die Bundesbürger, dass Deutschland hier eher mit der Europäischen Union zusammenarbeiten sollte. Insofern scheint die Schlussfolgerung naheliegend, dass die NATO bei der Lösung der genannten konkreten sicherheitspolitischen Sachfragen von den Deutschen noch stärker als das Instrument erster Wahl gesehen wird und die EU mit ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik dahinter zurücksteht.

### **13.7 Grundsätze einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus Bürgersicht**

Bedeutet diese Bevorzugung der NATO bei der Lösung der dargestellten Sachfragen, dass die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Bürgersicht im Schwerpunkt nur für die Begegnung von sekundären Herausforderungen geeignet ist? In der Tat zeigt die Feststellung des Charakters, der der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zugeordnet wird, dass die Bundesbürger vor allem eine Sicherheitspolitik der EU unterstützen, die auf Diplomatie und ziviles Krisenmanagement orientiert. 43 Prozent der Bundesbürger stimmen zu, dass sich die Sicherheitspolitik der EU strikt auf Diplomatie und ziviles Krisenmanagement beschränken sollte (siehe Tabelle 13.4). 48 Prozent meinen darüber hinaus, dass die EU auch Militär einsetzen sollte – allerdings nur zur Friedenssicherung und sofern Diplomatie und ziviles Krisenmanagement nicht mehr ausreichen. „Kampfeinsätze“ zur Wahrung der Interessen der Union werden als Grundsatz indes nur von 27 Prozent der Befragten voll oder überwiegend unterstützt.



**Tabelle 13.4: Grundsätze einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

Frage: „Nach welchen Grundsätzen sollte Ihrer Meinung nach die Europäische Union ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik gestalten? Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Positionen zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.“ (Angaben in Prozent)				
	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab <sup>2</sup>
Die Europäische Union sollte ihre Sicherheitspolitik strikt auf Diplomatie und ziviles Krisenmanagement beschränken	43	34	18	5
Wenn erforderlich, sollte die EU neben Diplomatie und zivilem Krisenmanagement auch Militär einsetzen können, aber nur zur Friedenssicherung	48	38	9	5
Wenn Diplomatie und ziviles Krisenmanagement scheitern, muss die EU zur Wahrung ihrer Interessen notfalls auch Kampfeinsätze durchführen	27	32	26	15
Die Europäische Union sollte ihre Sicherheitspolitik enger mit der NATO abstimmen	43	39	11	7
Die Europäische Union sollte ihre Sicherheitspolitik enger mit den USA abstimmen	23	30	25	22
Die Europäische Union sollte ihre Sicherheitspolitik enger mit Russland abstimmen	22	32	24	22
Die Länder der Europäischen Union sollten zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Sicherheitsinteressen ihre außenpolitischen Aktivitäten besser untereinander abstimmen	66	29	3	2
Die Länder der Europäischen Union sollten zur Durchsetzung ihrer Sicherheitsinteressen die Verteidigungsausgaben erhöhen	22	27	32	19

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne überwiegend ab“ und „Lehne vollkommen ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

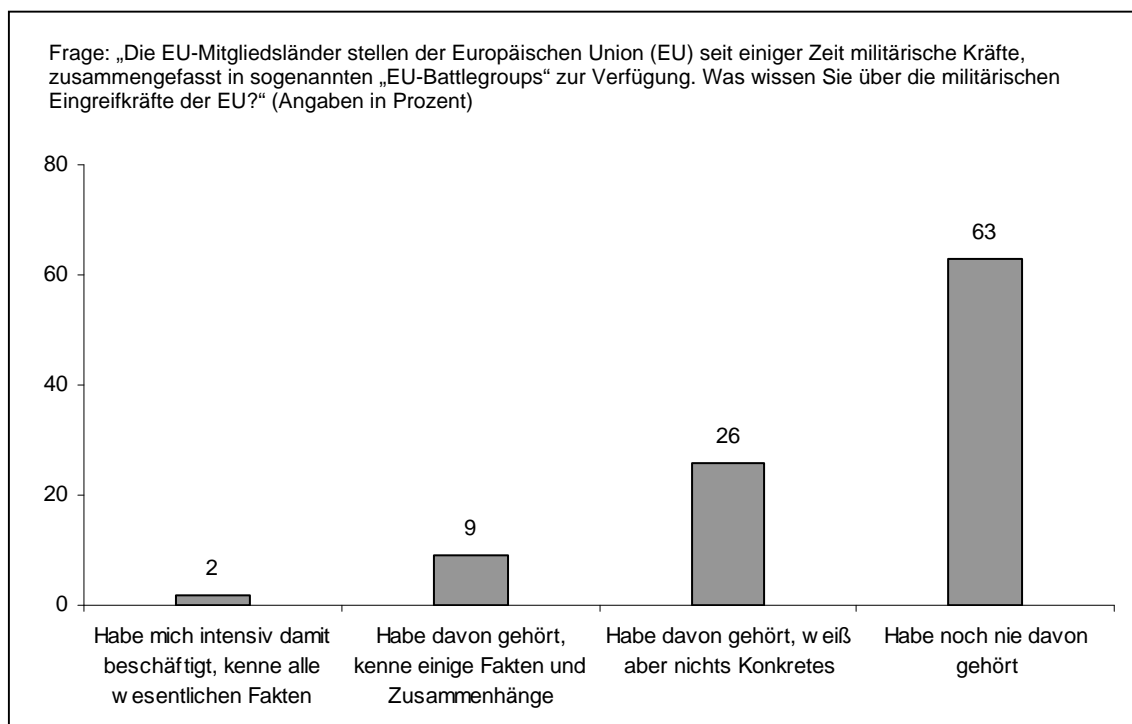
Die Zustimmung zu den Instrumenten der ESVP ist damit vor allem bei zivilen Maßnahmen gegeben und bestätigt, dass ihr im Vergleich zur NATO tatsächlich ein eher ziviler Charakter zugeordnet wird. Zwar befürwortet immer noch eine knappe Mehrheit der Deutschen voll, überwiegend oder eher Kampfeinsätze, wenn Diplomatie und ziviles Krisenmanagement im Rahmen der ESVP scheitern. Ein Verzicht auf militärische Anteile oder die Beschränkung auf die Friedenssicherung finden demgegenüber jedoch eine deutlich stärkere Zustimmung.

### **13.8 Bekanntheit der militärischen Eingreifkräfte der EU (EU-Battlegroups) und Zustimmung zur deutschen Beteiligung an den EU-Battlegroups**

Eine Erklärung für diese Zuschreibung eines vorwiegend zivilen Charakters der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik könnte darin liegen, dass den Bundesbürgern die vorhandenen Fähigkeiten dieser Institution nicht bekannt sind. Dieses wurde im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2006 überprüft, indem nach der Bekanntheit

der EU-Battlegroups gefragt wurde. Diese stehen mit ersten Einheiten seit 2005 bereit und erlangten ihre volle Einsatzbereitschaft 2007.

**Abbildung 13.4: Bekanntheit der militärischen Eingreifkräfte der EU (EU-Battlegroups)**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

Obwohl sich Deutschland mit umfangreichem Personaleinsatz an den Kontingenten der EU-Battlegroups beteiligt und die verwendete Fragestellung das Konzept der Battlegroups in Ansätzen bereits erläuterte, konnten fast zwei Drittel der Befragten damit nichts verbinden: 63 Prozent gaben im Jahr der Herstellung der bedingten Einsatzbereitschaft der Battlegroups an, davon noch nie gehört zu haben. 26 Prozent haben davon schon einmal gehört, wissen aber nichts Konkretes, neun Prozent kennen zumindest einige Fakten und Zusammenhänge. Damit bestätigt sich, dass die Bundesbürger über die konkrete institutionelle Ausgestaltung der militärischen Fähigkeiten der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik noch weitgehend uninformiert sind.<sup>43</sup> Der zugeschriebene zivile Charakter der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik lässt sich auch aus dieser Uninformiertheit erklären.

<sup>43</sup> Dass die Bundesbürger jedoch wenig über die EU-Battlegroups wissen, bedeutet indes noch nicht, dass die Bundesbürger dieses Element ablehnen (Bulmahn/Fiebig/Sender 2008: 77).

**Tabelle 13.5: Zustimmung zur deutschen Beteiligung an den EU-Battlegroups**

Frage: „Vorrangiges Ziel der militärischen Eingreifkräfte der EU ist die weltweite Konflikt- und Krisenbewältigung. Hierzu sollen humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Maßnahmen und – wenn notwendig – auch Kampfeinsätze durchgeführt werden. Die Eingreifkräfte werden nach Bedarf aus Einheiten der nationalen Streitkräfte der EU-Länder zusammengestellt. Was halten Sie von der Beteiligung Deutschlands an den militärischen Eingreifkräften der Europäischen Union? Stimmen Sie einer deutschen Beteiligung zu oder lehnen Sie diese ab?“ (Angaben in Prozent)				
	Stimme zu <sup>1</sup>	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne ab <sup>2</sup>
Insgesamt	35	39	16	10
Geschlecht				
Männer	38	36	16	10
Frauen	31	42	15	12
Altersgruppe				
16 bis 39 Jahre	40	34	17	9
40 bis 59 Jahre	30	43	16	11
60 Jahre und älter	34	40	14	12
Bildungsniveau				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	33	39	15	13
Realschulabschluss	35	40	17	8
Hauptschulabschluss	35	38	15	12
Parteipräferenz				
CDU/CSU	41	42	12	5
SPD	39	39	11	11
FDP	33	41	16	10
Bündnis 90/Die Grünen	26	37	18	19

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme vollkommen zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne überwiegend ab“ und „Lehne vollkommen ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2006.

## 13.9 Fazit

Die Bundesbürger ordnen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU derzeit vor allem zivile Aufgaben zu. Dies wurde sowohl im Vergleich mit der Aufgabenzuordnung zur NATO wie auch bei der direkten Frage nach den Grundsätzen der ESVP deutlich. Gleichwohl meinen die Bundesbürger, dass der EU auch die Mittel an die Hand gegeben werden sollten, notfalls auch militärische Fähigkeiten zum Einsatz bringen zu können. Die Existenz dieser militärischen Fähigkeiten – dies wurde am Beispiel der EU-Battlegroups gezeigt – ist den Bundesbürgern hingegen noch weitgehend unbekannt. Der Umstand, dass einer deutschen Beteiligung an den Battlegroups, dem „militärischsten“ aller vorhandenen ESVP-Instrumente, so deutlich zugesprochen wird, obwohl diese weitgehend unbekannt sind, reflektiert dabei ein offenbar vorhandenes

und erstaunlich hohes Vertrauen in die EU als sicherheitspolitischen Akteur. Vertrauen haben die Bundesbürger auch in die NATO. Trotz zurückhaltender Bewertung des NATO-geführten ISAF-Einsatzes bleibt die generelle Zustimmung zur NATO wie gezeigt stabil. Eine klare Mehrheit der Bundesbürger glaubt, dass die NATO das wichtigste Sicherheitsbündnis bleibt. Diese Stabilität ist auch für die Zukunft zu erwarten. Erstens glauben die Bundesbürger, dass die NATO auch mit Blick auf eine wichtigere sicherheitspolitische Rolle der EU bedeutsam bleiben wird. Zweitens suchen sie nach einer engen Abstimmung zwischen EU und NATO. Drittens zeigt sich, dass es keine Anhaltspunkte dafür gibt, dass nur diejenigen Deutschen die NATO unterstützen, die ihre sicherheitspolitische Sozialisierung im Kalten Krieg erfahren haben. Jüngere Deutsche stimmen der Erhaltung und Fortentwicklung der politischen und militärischen Zusammenarbeit mit der NATO in etwa gleichem Maße zu wie ältere Personen. Die Bundesbürger sehen es damit als wahrscheinlich und als wünschenswert an, dass beide Institutionen fortexistieren und zur Sicherheit Deutschlands beitragen. Unter weniger populären Einsätzen wie dem Afghanistan-Einsatz leidet die Zustimmung zur NATO nicht. Sollte die EU ihrerseits notfalls Militär zur Friedenssicherung einsetzen, dann spricht man sich nicht dagegen aus. Wünschenswert ist jedoch aus Sicht der Deutschen vor allem, dass es bei allen anstehenden Aufgaben eine Koordination zwischen beiden Institutionen gibt.

## 14 Literaturverzeichnis

---

- Altmeppen, Klaus-Dieter/Löffelholz, Martin (1994): Kommunikation in der Informationsgesellschaft. In: Merten/Schmidt/Weischenberg (Hrsg.) 1994: 570–591.
- Aufermann, Jörg/Bohrmann, Hans/Sülzer, Rolf (Hrsg.) (1973): Gesellschaftliche Kommunikation und Information. Bodenheim: Athenaem.
- Bergmann, Gustav/Meurer, Gerd (Hrsg.) (2002): Best Patterns Marketing. Erfolgsmuster für Innovations-, Kommunikations- und Markenmanagement. Neuwied et al.: Luchterhand Verlag.
- Boomgaarden, Hajo G./Vreese, Claes H. de (2007): Dramatic Real-World Events and Public Opinion Dynamics: Media Coverage and its Impact on Public Reactions to an Assassination. In: International Journal of Public Opinion Research, 19: 3, Autumn 2007, 354–366.
- Breed, Warren (1973): Soziale Kontrolle in der Redaktion: eine funktionale Analyse. In: Aufermann/Bohrmann/Sülzer (Hrsg.) 1973: 356–378.
- Brettschneider, Frank (2002): Die Medienwahl 2002: Themenmanagement und Berichterstattung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 49–50/2002, 36–47.
- Bulmahn, Thomas (2005): Bevölkerungsumfrage 2005. Repräsentative Befragung zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild in Deutschland. Ergebnisbericht. Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Bulmahn, Thomas (2007): Berufswahl Jugendlicher und Interesse an einer Berufstätigkeit bei der Bundeswehr. Ergebnisse der Jugendstudie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. Forschungsbericht 80. Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Bulmahn, Thomas/Fiebig, Rüdiger/Sender, Wolfgang (2008): Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2006 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. Forschungsbericht 84. Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Bundesministerium der Verteidigung (2003): Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung. Berlin.
- Bundesministerium der Verteidigung (2006a): Erläuterungen und Vergleiche zum Regierungsentwurf des Verteidigungshaushalts 2007. Bonn.
- Bundesministerium der Verteidigung (2006b): Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr. Berlin [[www.weissbuch.de](http://www.weissbuch.de)].
- Bundesministerium der Verteidigung (2007): Erläuterungen und Vergleiche zum Regierungsentwurf des Verteidigungshaushalts 2008. Bonn.
- Bundesverwaltungsgericht Leipzig (2005): Urteil vom 19.01.2005, BVerwG 6 C 9.04 [[www.bverwg.de](http://www.bverwg.de), abgerufen am 19.08.2008].
- Capitanchik, David/Eichenberg, Richard C. (1983): Defence and Public Opinion. London: Royal Institute of International Affairs.

- Chittick, William O./Billingsley, Keith R./Travis, Rick (1995): A Three-Dimensional Model of American Foreign Policy Beliefs. In: *International Studies Quarterly*, 39, 313–331.
- Dinter, Henrik (2004): Wehrpflicht, Freiwilligenarmee und allgemeine Dienstpflicht – Aktuelle Argumentationslinien. In: *Werkner (Hrsg.) 2004*: 109–129.
- Dreist, Peter (2002): Die allgemeine Wehrpflicht bleibt. In: *IFDT – Zeitschrift für Innere Führung*, II/2002, 4–15.
- Elsner, Monika/Gumbrecht, Hans Ulrich/Müller, Thomas/Spangenberg, Peter M. (1994): Zur Kulturgeschichte der Medien. In: *Merten/Schmidt/Weischenberg (Hrsg.) 1994*: 163–187.
- Everts, Philip P. (2002): *Democracy and Military Force*. London: Palgrave.
- Flynn, Gregory/Rattinger, Hans (Hrsg.) (1985): *The Public and Atlantic Defense*. London: Rowman & Allanheld.
- Freedma, Lawrence (Hrsg.) (2002): *Superterrorism. Policy Responses*. Berlin et al.: Blackwell Publishing.
- Freuding, Christian (2007): Streitkräfte als Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik seit Mitte der neunziger Jahre. In: *Studien zur Internationalen Politik*, Heft 2/2007.
- Galtung, Johan/Ruge, Mari Holmboe (1965): The Structure of Foreign News: The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crises in Four Norwegian Newspapers. In: *Journal of Peace Research*, 2: 1, 64–91.
- Gareis, Sven Bernhard (1999): Sicherheitspolitische Kommunikation. Eine Annäherung an ein schwieriges Thema. In: *Gareis/Zimmermann (Hrsg.) 1999*: 9–17.
- Gareis, Sven Bernhard/Klein, Paul (2003): Europas Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Einstellungen und Meinungen in der deutschen Bevölkerung. SOWI-Arbeitspapier Nr. 135. Strausberg. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Gareis, Sven Bernhard/Zimmermann, Rolf (Hrsg.) (1999): *Sicherheitspolitische Kommunikation*. Baden-Baden: Nomos.
- Gearson, John (2002): The Nature of Modern Terrorism. In: *Freedma (Hrsg.) 2002*: 168–175.
- Gelpi, Christopher/Reifler, Jason/Feaver, Peter (2007): Iraq the Vote: Retrospective and Prospective Foreign Policy Judgments on Candidate and Casualty Tolerance. In: *Political Behavior*, 29: 2, June 2007, 151–174.
- Gorschenek, Günter/Justenhoven, Heinz-Gerhard (Hrsg.) (1994): *Eine Zukunft für die allgemeine Wehrpflicht? Publikationen der Katholischen Akademie Hamburg*, Band 13. Hamburg.
- Gurr, Nadine/Cole, Benjamin (2000): *The New Face of Terrorism. Threats from Weapons of Mass Destruction*. London et al.: I. B. Tauris.
- Hirschmann, Kai/Gerhard, Peter (Hrsg.) (2000): *Terrorismus als weltweites Phänomen*. Berlin: Berlin Verlag.
- Hoffman, Bruce (2002): *Terrorismus – der unerklärte Krieg*. Bonn: Bpb.

- Hoffman, Lindsay H./Glynn, Carol J./Huge, Michael E./Border Sietman, Rebecca/Thomson, Tiffany (2007): The Role of Communication in Public Opinion Processes: Understanding the Impacts of Intrapersonal, Media, and Social Filters. In: *International Journal of Public Opinion Research*, 19: 3, Autumn 2007, 287–312.
- Holst, Christian (1998): Sicherheit und Bedrohung. Determinanten subjektiver Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der neunziger Jahre. Hamburg: Kovač.
- Hurwitz, Jon/Peffley, Mark (1987): How Are Foreign Policy Attitudes Structured? A Hierarchical Model. In: *American Political Science Review*, 81: 4, December 1987, 1099–1120.
- Jäckel, Michael (2005): Medienwirkungen. Ein Studienbuch zur Einführung, 3. überarb. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Johnston, Alastair Ian (1995): Thinking about Strategic Culture. In: *International Security*, 19: 49, 32–64.
- Juhász, Zoltán (1996): Außenpolitische Denkbilder: eine empirische Untersuchung außenpolitischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung nach der Wiedervereinigung. Hamburg: Kovač.
- Kaase, Max/Schulz, Winfried (Hrsg.) (1989): Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kempin, Ronja (2005): Französisch-britische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik. In: SWP-Studie, März 2005.
- Krell, Gert (2006): Die USA, Israel und der Nahost-Konflikt. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 14/2006.
- Krelle, Wilhelm (1994): Ökonomische Gesichtspunkte bei der Wahl zwischen Wehrpflicht und Freiwilligenarmee. In: Gorschenek/Justenhoven (Hrsg.) 1994: 75–102.
- Kühne, Winrich (2007): Deutschland und die Friedenseinsätze – vom Nobody zum weltpolitischen Akteur. In: *ZIF Aufsatz* 12/2007.
- Laqueur, Walter (2003): Krieg dem Westen. Terrorismus im 21. Jahrhundert. München: Propyläen.
- Löffelholz, Martin (2005): Oberflächliche Aufmerksamkeit. In: *Loyal, Magazin für Sicherheitspolitik*, 12, 16–19.
- Löffelholz, Martin (2007): Kriegsberichterstattung in der Mediengesellschaft. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 16–17/2007, 25–31.
- Löffelholz, Martin (2008): Medien als „Mediatoren“? Entstehung, Inhalte und Folgen der sicherheitspolitischen Berichterstattung. In: Ose (Hrsg.) 2008: 123ff.
- Lubell, Mark/Zahran, Sammy/Vedlitz, Arnold (2007): Collective Action and Citizen Responses to Global Warming. In: *Political Behavior*, 29: 3, September 2007, 391–413.
- Mair, Stefan (Hrsg.) (2007): Auslandseinsätze der Bundeswehr. In: SWP-Studie, September 2007.
- Mair, Stefan (2007a): Einleitung. In: Mair (Hrsg.) 2007: 5–7.

- Mair, Stefan (2007b): Kriterien für die Beteiligung an Militäreinsätzen. In: Mair (Hrsg.) 2007: 11–19.
- Meade, Charles/Molander, Roger C. (2006): Considering the Effects of a Catastrophic Terrorist Attack. Santa Monica. RAND Center for Terrorism Risk Management Policy.
- Merten, Klaus/Schmidt, Siegfried J./Weischenberg, Siegfried (Hrsg.) (1994): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- NATO (2008): Bucharest Summit Declaration. Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Bucharest on 3 April 2008 [[www.nato.int/docu/pr/2008/p08-049e.html](http://www.nato.int/docu/pr/2008/p08-049e.html), abgerufen am 17.09.2008].
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1989): Öffentliche Meinung: Die Entdeckung der Schweigespirale. Frankfurt a. M.: Ullstein.
- Ose, Dieter (Hrsg.) (2008): Sicherheitspolitische Kommunikation im Wandel. Baden-Baden: Westdeutscher Verlag.
- Page, Benjamin I./Shapiro, Robert Y. (1992): The Rational Public. Fifty Years of Trends in American's Policy Preferences. Chicago: University of Chicago Press.
- Räder, Hans-Georg (1982): Meinungsbildung und Meinungsänderung zur Sicherheitspolitik unter Einfluß politischer Ereignisse. Eine Panel-Untersuchung über Stabilität und Veränderung von Meinungen zur Sicherheitspolitik. In: Zoll (Hrsg.) 1982: 66–119.
- Rattinger, Hans (1985): The Federal Republic of Germany: Much Ado About (Almost) Nothing. In: Flynn/Rattinger (Hrsg.) 1985: 101–173.
- Rattinger, Hans/Behnke, Joachim/Holst, Christian (1995): Außenpolitik und öffentliche Meinung in der Bundesrepublik. Ein Datenhandbuch zu Umfragen seit 1954. Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Rattinger, Hans/Holst, Christian (1998): Strukturen und Determinanten außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen in der Bundesrepublik. Universität Bamberg [[web.unibamberg.de/sowi/polsociology/forschung/publications/textband.pdf](http://web.unibamberg.de/sowi/polsociology/forschung/publications/textband.pdf)].
- Renfordt, Swantje (2007): Auf dem Weg zu einer europäischen Öffentlichkeit? Eine Medienanalyse europäischer und amerikanischer Debatten über den Irak-Krieg 2003. Saarbrücken: Verlag Dr. Müller.
- Ruhrmann, Georg (1994): Ereignis, Nachricht, Rezipient. In: Merten/Schmidt/Weischenberg (Hrsg.) 1994: 237–256.
- Rusch, Gebhard (2002): Strategische Grundlagen der Unternehmenskommunikation. Das neue Paradigma. In: Bergmann/Meurer (Hrsg.) 2002: 291–311.
- Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.) (1987): Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Bonn.
- Schmidt, Peter (2007): Nationale Entscheidungsspielräume in der Europäischen Union und den Vereinten Nationen. In: Mair (Hrsg.) 2007: 50–58.



- Schmidt, Siegfried J./Weischenberg, Siegfried (1994): Mediengattungen, Berichterstattungsmuster, Darstellungsformen. In: Merten/Schmidt/Weischenberg (Hrsg.) 1994: 212–235.
- Schneiderhan, Wolfgang (2007a): Namensartikel des Generalinspektors der Bundeswehr zum Jubiläum „50 Jahre Wehrpflicht in der Bundeswehr“ [[www.bmvg.de](http://www.bmvg.de), abgerufen am 17.09.2008].
- Schneiderhan, Wolfgang (2007b): Soldat im Zeitalter der Globalisierung. In: Europäische Sicherheit, 2/2007, 14–20.
- Schulz, Winfried (1976): Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien: Analyse der aktuellen Berichterstattung. Freiburg – München.
- Schulz, Winfried (1987): Politikvermittlung durch Massenmedien. In: Sarcinelli (Hrsg.) 1987: 129–144.
- Schulz, Winfried (1989): Massenmedien und Realität. Die „ptolemäische“ und die „kopernikanische“ Auffassung. In: Kaase/Schulz (Hrsg.) 1989: 135–149.
- Seliger, Marco (2005): „Größtmögliche Offenheit“. In: Loyal, Magazin für Sicherheitspolitik, 12, 8–13.
- Sinnot, Richard (1997): European Public Opinion and Security Policy. Chaillot Papers 28. Paris: Institute for Security Studies.
- Staab, Joachim Friedrich (1990): Entwicklungen der Nachrichtenwert-Theorie. Theoretische Konzepte und empirische Überprüfungen. In: Wilke (Hrsg.) 1990: 161–172.
- Tophoven, Rolf: Fundamentalistisch begründeter Terrorismus: Osama bin Laden als neuer Typ des Terroristen. In: Hirschmann/Gerhard (Hrsg.) 2000: 181–190.
- Weischenberg, Siegfried (1994): Journalismus als soziales System. In: Merten/Schmidt/Weischenberg (Hrsg.) 1994: 427–454.
- Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.) (2004): Die Wehrpflicht und ihre Hintergründe. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, Band 2.
- White, David M. (1950): The gatekeeper: A Case Study in the Selection of News. In: Journalism Quarterly, 27, 383–390.
- Wiktorowicz, Quintan/Kaltner, John (2003): Killing in the Name of Islam: Al-Qaeda's Justification for September 11. In: Middle East Policy, X: 2, Summer 2003 [[www.mepc.org/journal\\_vol10/0306\\_wiktorowicz Kaltner.asp](http://www.mepc.org/journal_vol10/0306_wiktorowicz Kaltner.asp), abgerufen am 17.09.2008].
- Wilke, Jürgen (Hrsg.) (1990): Fortschritte der Publizistikwissenschaft. Freiburg – München.
- Zoll, Ralf (Hrsg.) (1982): Genese, Struktur und Wandel von Meinungsbildern in Militär und Gesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag.



## 15 Tabellenverzeichnis

---

3.1	Wahrgenommene Bedrohung der persönlichen Sicherheit .....	23
3.2	Bedrohungsdimensionen – Ergebnisse der Faktorenanalyse (MCA) .....	25
4.1	Zustimmung zum internationalen Engagement Deutschlands .....	35
4.2	Motive der Befürworter eines aktiven internationalen Engagements Deutschlands .....	38
4.3	Motive der Gegner eines aktiven internationalen Engagements Deutschlands .....	39
4.4	Schwerpunkte in der Außen- und Sicherheitspolitik .....	41
5.1	Einstellungen zum Bundeswehreinsatz im Inneren: Terrorismus- bekämpfung .....	52
5.2	Vorstellungen der Bundesbürger zur Terrorabwehr in Deutschland .....	54
5.3	Abschuss von entführten Passagierflugzeugen .....	56
5.4	Kognitive Dimensionen von Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung .....	58
7.1	Häufigkeit der Wahrnehmung in den Medien und im Lebensumfeld .....	79
7.2	Wahrnehmung mindestens einmal im Monat im Zeitvergleich .....	81
7.3	Bewertung der Bundeswehrpräsenz in den Medien und im Lebensumfeld .....	82
7.4	Positive Bewertung der Bundeswehrpräsenz im Zeitvergleich .....	85
8.1	Einstellung zu den Aufgabenfeldern der Bundeswehr im Ausland .....	93
8.2	Einstellung zu den Aufgabenfeldern der Bundeswehr im Inland .....	95
8.3	Einstellungsdimensionen – Ergebnisse der Faktorenanalyse (MCA) .....	98
8.4	Haltung zu Aufgaben der Bundeswehr nach Einstellungsmilieus .....	102
8.5	Zustimmung zu Aufgabenfeldern der Bundeswehr im Ausland im Zeitvergleich .....	105
9.1	Bekanntheit ausgewählter Einsätze der Bundeswehr im Ausland .....	114
9.2	Bekanntheit ausgewählter Einsätze nach Informationsniveau .....	115
9.3	Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr .....	117
9.4	Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Zeitvergleich.....	118
9.5	Vermutete Auswirkungen des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan .....	120
9.6	Gründe für eine sofortige Beendigung eines Einsatzes .....	123

10.1	Einstellung zur Wehrpflicht nach Geschlecht, Altersgruppen und Bildungsniveaus .....	135
10.2	Einstellung zur Wehrpflicht .....	136
10.3	Vergleich zwischen der persönlichen und der vermuteten Bevölkerungsmeinung .....	138
10.4	Meinungen zur Wehrpflicht .....	139
10.5	Meinungen zur Wehrpflicht nach Geschlecht .....	139
11.1	Bekanntheit der militärischen Laufbahn beim Heer nach persönlicher Nähe zur Bundeswehr .....	148
11.2	Empfehlung für eine berufliche Perspektive als Soldat bei der Bundeswehr nach Geschlecht, Alter, Bildung und Nähe zur Bundeswehr .....	151
12.1	Vorstellungen zu den Zielen und Prioritäten der Außen- und Sicherheitspolitik .....	163
12.2	Aufgaben der nationalen Streitkräfte im Ausland .....	167
12.3	Einstellungen zu den nationalen Streitkräften .....	169
13.1	Grundsätzliche Vorstellungen zur Bedeutung der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges .....	175
13.2	Zustimmung zur Erhaltung und Fortentwicklung der politischen und militärischen Zusammenarbeit mit der NATO .....	178
13.3	Einstellungen der Bundesbürger zur Zukunft der NATO .....	180
13.4	Grundsätze einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik .....	183
13.5	Zustimmung zur deutschen Beteiligung an den EU-Battlegroups .....	185

## 16 Abbildungsverzeichnis

---

3.1	Wahrgenommene Bedrohung der persönlichen Sicherheitslage .....	21
3.2	Beurteilung der persönlichen Sicherheitslage .....	27
3.3	Rückgang persönlichen Unsicherheitsgefühls .....	28
3.4	Auswirkungen des Bedrohungsempfindens auf das individuelle Sicherheitsgefühl – Ergebnisse der multiplen Regressionsanalyse .....	29
3.5	Beurteilung der nationalen Sicherheitslage .....	30
4.1	Zustimmung der Bundesbürger zum außenpolitischen Engagement in der Retrospektive .....	36
4.2	Wissensfragen zur Bundeswehr und ihren Einsätzen .....	43
4.3	Sicherheits- und verteidigungspolitisches Informationsniveau .....	44
5.1	Gepanzertes Spähfahrzeug „Fennek“ der Bundeswehr .....	50
6.1	Die Bundeswehr im Spiegel ausgewählter Printmedien .....	66
6.2	Medienberichte vom 18. und 19.09.2007 .....	71
7.1	Pfadmodell zu den Einflussfaktoren Wahrnehmung und Bewertung der Bundeswehr in Zeitungen und Zeitschriften .....	83
8.1	Anzahl und Umfang der Gruppen mit spezifischen Einstellungs- profilen .....	100
8.2	Einstellungsprofile für die sechs Gruppen (Cluster) .....	101
9.1	Tornado-Aufklärungsflugzeug des Einsatzgeschwaders Mazar-e-Sharif .....	111
9.2	Wahrgenommener Erfolg des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan .....	121
9.3	Einstellungen zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan .....	122
10.1	Allgemeine Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben .....	129
10.2	Allgemeine Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben nach Altersgruppen .....	130
10.3	Allgemeine Einstellungen zum Personalumfang .....	132
10.4	Allgemeine Einstellungen zur Wehrpflicht .....	134
10.5	Meinungen zur Zukunft der Wehrpflicht .....	137

11.1	Bekanntheit der militärischen Laufbahnen bei der Bundeswehr .....	146
11.2	Bekanntheit der zivilen Laufbahnen bei der Bundeswehr .....	147
11.3	Empfehlung für eine berufliche Perspektive als Soldat/in bei der Bundeswehr .....	149
11.4	Empfehlung für eine berufliche Perspektive als zivile/r Mitarbeiter/in .....	150
11.5	Attraktivität einer militärischen Laufbahn bei der Bundeswehr für Männer .....	152
11.6	Attraktivität einer zivilen Laufbahn bei der Bundeswehr für Männer .....	153
11.7	Attraktivität einer militärischen Laufbahn bei der Bundeswehr für Frauen .....	154
11.8	Attraktivität einer zivilen Laufbahn bei der Bundeswehr für Frauen .....	155
13.1	Zustimmung zur Zusammenarbeit mit der NATO (Vergleich von ISAF-Befürwortern und ISAF-Kritikern 2007) .....	173
13.2	Beurteilung der militärischen Zusammenarbeit im Rahmen der NATO .....	177
13.3	Bevorzugte Institutionen zur Durchsetzung gewählter Ziele .....	181
13.4	Bekanntheit der militärischen Eingreifkräfte der EU (EU-Battlegroups) ....	184

## 17 Zu den Autoren

---

*Dr. Thomas Bulmahn* hat von 1991 bis 1996 Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin studiert. Von 1996 bis 2002 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB) beschäftigt. Seit Dezember 2002 ist Dr. Bulmahn wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SWInstBw). Er ist als Leiter der Forschungsschwerpunkte „Einstellungsforschung und Meinungsumfragen“ sowie „Nachwuchsgewinnung und Personalbindung“ unter anderem verantwortlich für die jährliche Bevölkerungsbefragung, die Jugendstudie, die Studentenbefragung und eine Panelstudie zur beruflichen Entwicklung von Marineoffizieren in der Bundeswehr.

*Rüdiger Fiebig* studierte von 2000 bis 2006 Politikwissenschaft und Kommunikationswissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Nach seinem Abschluss als Diplom-Politologe war er Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Politische Soziologie in Bamberg. Seit Juli 2007 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am SWInstBw, wo er als verantwortlicher Projektbearbeiter im Forschungsschwerpunkt Einstellungsforschung die jährliche Bevölkerungsumfrage zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild der Deutschen betreut.

*Stefanie Greif* studierte von 1998 bis 2001 an der Fachhochschule des Bundes am Fachbereich Bundeswehrverwaltung in Mannheim. Seit dem Abschluss als Diplom-Verwaltungswirtin (FH) ist sie in der Bundeswehrverwaltung tätig. An der Universität Rostock studiert sie seit 2003 Politikwissenschaften, Öffentliches Recht und Neuere Geschichte Europas. Im Rahmen eines sechswöchigen Praktikums am SWInstBw hat sie unter anderem an dem vorliegenden Forschungsbericht mitgearbeitet.

*Alexandra Jonas* studierte von 2000 bis 2006 Politikwissenschaft, Öffentliches Recht und Strafrecht an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen und dem Institut d'Études Politiques in Straßburg. Nach Abschluss ihres Studiums war Alexandra Jonas zunächst am EU-Institut für Sicherheitsstudien, dann in der OECD-Direktion für Entwicklungszusammenarbeit in Paris beschäftigt. Seit Juni 2008 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsschwerpunkt Multinationalität/Europäische Streitkräfte des SWInstBw und bearbeitet ein Projekt zu strategischer Kultur und Streitkräfteintegration in Europa.

*Wolfgang Sender* ist Politologe und Journalist. Er studierte von 1996 bis 2003 Politikwissenschaft und Soziologie in Leipzig, Bonn und Berlin. Nach seinem Abschluss als Diplom-Politologe war er bis 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter einer Bundestagsabgeordneten im Deutschen Bundestag. Seit Januar 2007 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter und Referent für Öffentlichkeitsarbeit am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr. Dort ist er u. a. Projektbearbeiter für die Panelstudie zur Berufsbiografie von Marineoffizieren in der Bundeswehr sowie für die Befragungen der Studierenden an den Universitäten der Bundeswehr.

*Victoria Wieninger* studierte von 2002 bis 2006 Europäische Studien an der Royal Holloway University London mit Studienaufenthalten an der La Sorbonne in Paris und der La Sapienza in Rom. Von 2006 bis 2007 absolvierte sie ein Masterstudium in Internationalen Politikwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften am University College London. Gegen Ende ihres Studiums war sie Studentische Hilfskraft beim Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Herrn Thomas Kossendey. Seit Juli 2008 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin und seit September Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit am SWInstBw. Am Institut arbeitet sie im Forschungsschwerpunkt Einstellungsforschung und Meinungsumfragen.



**Zum Inhalt:** Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr führt im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung seit 1996 jährlich eine repräsentative Bevölkerungsumfrage durch, um die Einstellungen der Bundesbürger zu einer Vielzahl von sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen zu erfassen. Das Themenspektrum dieser Studie umfasst unter anderem das Sicherheits- und Bedrohungsempfinden der Bundesbürger, die Einstellungen zu grundlegenden außen- und sicherheitspolitischen Fragen, die Wahrnehmung und Bewertung der Bundeswehr, die Auffassungen der Bürger zu den Aufgaben und Einsätzen der Bundeswehr im In- und Ausland, die Mediennutzung und den Informationsstand der Bevölkerung, die Einstellungen zur Wehrpflicht und die Auffassungen zur Attraktivität der Bundeswehr. Im vorliegenden Forschungsbericht werden die ausführlichen Ergebnisse der im Oktober 2007 durchgeführten Befragung präsentiert.

**Zum Institut:** Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SWInstBw – „SOWI“) befasst sich im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung mit streitkräftebezogener empirischer Sozialforschung sowie militärsoziologischer Grundlagenforschung. Das SWInstBw ging 1974 aus dem Institut für Erziehung und Bildung in den Streitkräften hervor und wurde 1995 von München nach Strausberg verlegt. Das Institut arbeitet mit einem Kern von etwa 15 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern überwiegend empirisch, interdisziplinär und problemorientiert. Es ist national wie international eingebunden in ein dichtes Netzwerk von wissenschaftlichen, politischen und militärischen Einrichtungen und Institutionen. Das SWInstBw verfolgt und analysiert Situation und Entwicklung der Bundeswehr und ihrer Angehörigen in nationalen und multinationalen Zusammenhängen. Dabei hat es ein Sensorium für die innere Lage der Streitkräfte und die öffentliche Meinung zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen entwickelt. Als Einrichtung der Ressortforschung leistet das Institut mit seinen Forschungsergebnissen einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr. Dazu greift es aktuelle Problemstellungen auf und entwickelt seine Forschungs- und Erkenntnisinteressen ständig fort.